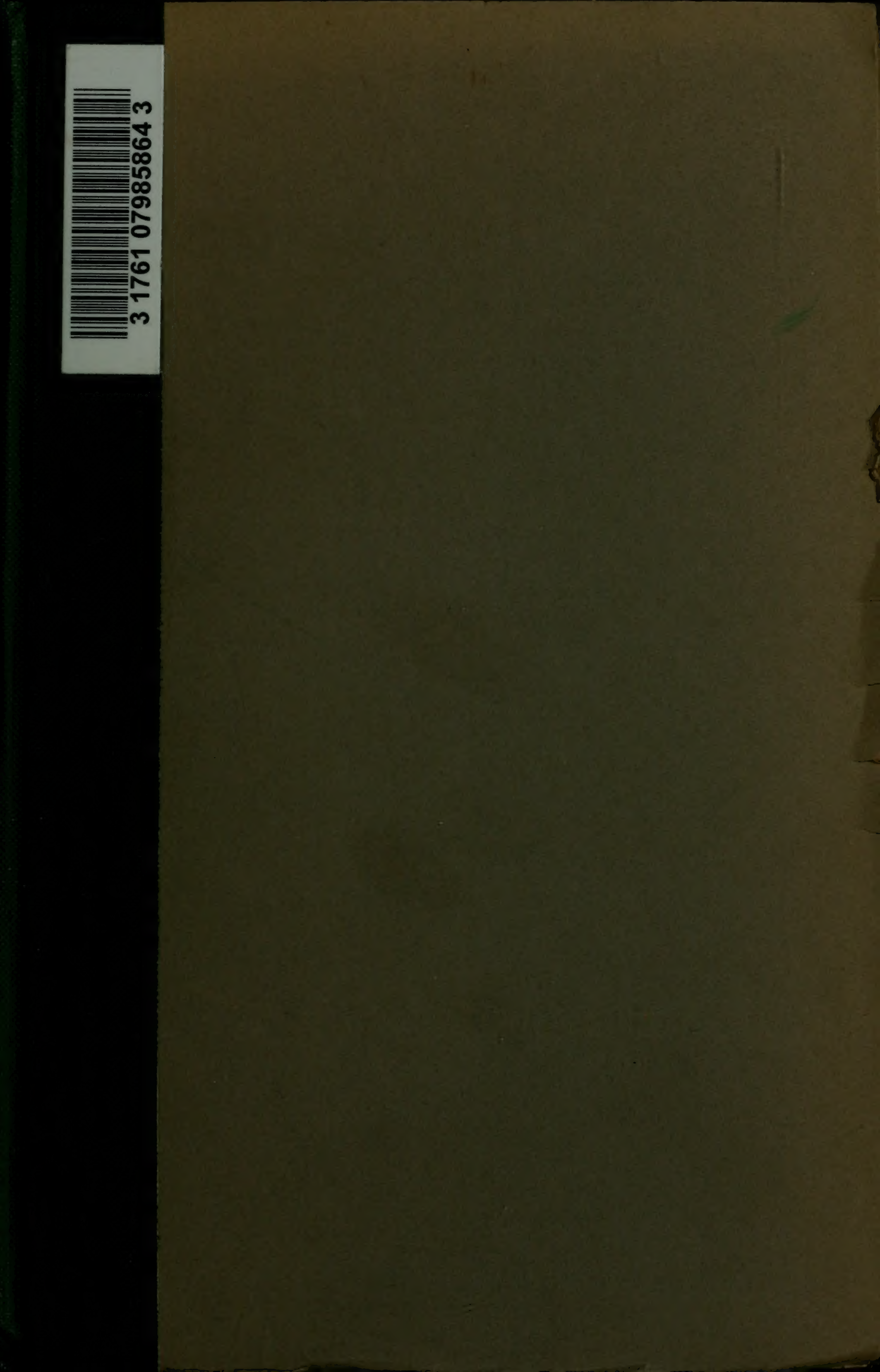

3 1761 07985864 3

LEOPOLD FREIHERR VON CHLUMECKY

ÖSTERREICH-UNGARN UND ITALIEN.

DAS WESTBALKANISCHE PROBLEM
UND ITALIENS KAMPF
UM DIE VORHERRSCHAFT IN DER ADRIA.

ZWEITE AUFLAGE.

LEIPZIG UND WIEN.
FRANZ DEUTICKE
1907.

LEOPOLD FREIHERR VON CHLUMECKY

ÖSTERREICH-UNGARN UND ITALIEN

DAS WESTBALKANISCHE PROBLEM
UND ITALIENS KAMPF
UM DIE VORHERRSCHAFT IN DER ADRIA

ZWEITE AUFLAGE

LEIPZIG UND WIEN
FRANZ DEUTICKE

LEOPOLD FREIHERR VON CHLUMECKÝ.

ÖSTERREICH-UNGARN UND ITALIEN.

DAS WESTBALKANISCHE PROBLEM UND ITALIENS KAMPF UM DIE VORHERRSCHAFT IN DER ADRIA.

ZWEITE AUFLAGE.

LEIPZIG UND WIEN.
FRANZ DEUTICKE.
1907.

Druck von Rudolf M. Rohrer in Brünn.

Verlags-Nr. 1316.

Vorwort zur ersten Auflage.

Nur zu sehr ist unser Blick von dem unseligen Bruderzwiste in der Monarchie und dem alten häuslichen Hader gebannt, der auch in unserem engeren Vaterlande nicht ruht.

Wir sehen nicht, wie um uns sich alles ändert, neue Gedanken und neue Kräfte zum Durchbruche ringen. Nebensächliche Vorgänge im Innern wachsen für uns zu ungemessener Bedeutung, während zumeist das, was draußen vorgeht, unbeachtet bleibt. Wir wollen es nicht sehen ....., denn die heimischen Sorgen scheinen uns dringender, und wir glauben für alles Andere später noch Zeit zu finden. Später? Die Weltgeschichte hat keine Muße zu warten, und kein Mitleid für den Säumigen; sie geht rücksichtslos über ihn hinweg.

Darum wäre es an der Zeit, etwas aufmerksamer um uns zu blicken, und all die Summe an Kraft und Energie, welche heute im heimischen Streite vergeudet wird, einem besseren Ziele zuzuwenden: der geeinten Wahrung gemeinsamer Interessen.

Oder sollen wir so lange zögern, bis daß sie unwiederbringlich schwere Einbuße erlitten, und wir ihren Wert erst an den gemeinsam zu tragenden Verlusten und Schäden ermessen?

Eines dieser Lebensinteressen, welches die beiden Teile der Monarchie eng verbindet, scheint bedroht:

die volle Freiheit der Adria. Triest wie Fiume, Österreich wie Ungarn müßten verkümmern, wenn die Adria das werden sollte, was in Italien neuestens nicht Wenige fordern: ein italienischer See . . . !

Den Finger auf diese Wunde zu legen, ist des vorliegenden Buches Zweck. Nicht um sie zum Aufbrechen zu bringen, sondern um auf die Notwendigkeit zu weisen, ernstlich dafür zu sorgen, daß sie baldigst vernarbe. Denn je mehr man von der Ersprießlichkeit des Bündnisses mit Italien durchdrungen ist, um so lebhafter muß man auch wünschen, daß beizeiten ein Interessengegensatz erstickt werde, der bei unverminderter Verfolgung gewisser Adria- und Balkan-Aspirationen Italiens für beide Teile recht ernste Gestalt annehmen könnte.

Wenn daher in diesem Buche auch notgedrungen in erster Linie nur von dem Italien und die Monarchie Trennenden die Sprache ist, so geschieht dies doch nur in der Hoffnung, daß das uns Entfremdende, je allgemeiner es bekannt und je häufiger es öffentlich besprochen wird, um so eher beseitigt werden kann.

Kennen wir erst einmal zur Genüge das Übel, dann wird die Heilung vielleicht doch noch möglich werden. Daß diese bald erfolge, sollte beider Verbündeter aufrichtigster Wunsch sein!

Wien, Ende Oktober 1906.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die kurze Frist von drei Wochen, welche seit Erscheinen der ersten Auflage des vorliegenden Buches verstrichen ist, hat keinerlei Verschiebung der in demselben besprochenen Verhältnisse gezeitigt und es ist kein Ereignis eingetreten, welches eine Ergänzung oder Modifizierung meiner Ausführungen bedingen würde.

Unverändert übergebe ich daher ein zweitesmal mein Buch der Öffentlichkeit, welche in steigendem Maße ihre Aufmerksamkeit den im Süden der Monarchie sich abspielenden und zu gewärtigenden Vorgängen zuwendet. Möge die Erkenntnis sich allmählich Bahn brechen, daß das adriatische Problem ein für die Monarchie schicksalschweres, über unsere Zukunft entscheidendes ist!

Wien, 21. November 1906.

Inhalt.

I.

Italien im Dreibunde.

Sehr bald nach Königgrätz und Lissa zeigten sich die verschwommenen Umrisse eines austro-italienischen Bündnisses. Damals freilich in dem Sinne einer ganz andern Mächtegruppierung als jener, welche fast anderthalb Jahrzehnte später Österreich-Ungarn und Italien vereinigte. Revanche für Sadowa sollte das geheime Lockmittel sein, durch welches man Österreich für den Zusammenschluß mit Frankreich und Italien zu gewinnen dachte.

Italien scheint für seinen Beitritt zu diesem Bunde, dessen Zustandekommen doch vornehmlich im Interesse Napoleons lag, gerade von Österreich einen hohen Preis gefordert zu haben. Im Falle eines siegreichen Feldzuges gegen Preußen sollte das Trento dem Königreiche einverleibt werden. Die Forderung nach Abtretung dieser Gebiete hatte das Kabinett von Turin bereits bei den drei Jahre vorher stattgefundenen Friedensverhandlungen erhoben. Trotz Custozza und Lissa wollte man sich mit Venetien nicht begnügen und so vertraten Nigra wie Menabrea mit großer Zähigkeit den Anspruch Italiens auf das Trento.

Am 29. Juli, neun Tage nachdem der „Re d' Italia" in den Grund gebohrt und die geschlagene italienische Flotte nach Ancona zurückgewichen war, betonte

der Minister des Äußern Visconti Venosta in einer Note an den Botschafter in Paris, Grafen Nigra, daß „der wichtigste Gegenstand der gegenseitigen Verhandlungen die Rektifizierung der Grenzen des Veneto sei“.

Dieses müßte bis zum Isonzo und bis zu einer Demarkationslinie, die das Etschtal südlich von Bozen und nördlich von Trient zu durchschneiden hätte, reichen.

„Wichtige Gründe erfordern eine solche Grenzregulierung, durch welche insbesondere das Trento den mit Italien zu vereinigenden Gebietsteilen angegliedert werden müsse.“

Tags darauf überreichte Nigra an Drouyn de Lhuys eine Note, in welcher der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß Napoleon die italienische Regierung in diesen ihren Ansprüchen unterstützen werde. „Die Vereinigung des Trento mit dem Königreiche ist“, so hieß es in der Note, „für Italien unbedingt erforderlich. Dieses Territorium gehört ethnographisch, geographisch, durch seine Geschichte und in militärischer Beziehung zur Halbinsel. Italien verlangt nicht den ganzen Teil Welschtirols, welcher mit dem alten italienischen Reiche unter der Bezeichnung ‚alto adige‘ vereinigt war. Seine Ansprüche beschränken sich ausschließlich auf die von Italienern bewohnten Gebiete ... Diese Frage ist daher von ungemein großer Bedeutung. Von der Art ihrer Lösung hängt zum großen Teile die Schaffung eines dauernd freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Italien und Österreich ab.“

Obwohl sich die französische Regierung diesen

Ansprüchen Italiens gegenüber ungemein reserviert — um nicht zu sagen ablehnend — verhielt, gab sich Visconti Venosta noch nicht für geschlagen. Der Vertreter Italiens bei den Friedensverhandlungen, General Menabrea, wiederholte diese Forderung, bis er sich von ihrer völligen Aussichtslosigkeit überzeugte. Die allgemeine Unzufriedenheit über diesen „Verzicht" spiegelte sich aber in zahlreichen Kundgebungen sowie auch in einer am 13. April 1867 gehaltenen Rede des Abgeordneten Cairoli wieder. Dieser sprach unter lautem Beifalle des Parlamentes die Hoffnung aus, etwas Stärkeres als die Waffen, der siegreiche nationale Gedanke, werde die Verwirklichung dieser Aspirationen erringen. So war es nur ein Fortspinnen alter Hoffnungen, wenn man auch im Jahre 1869 zur Forderung der Einverleibung des Trento zurückkehrte. Das Kabinett von Turin ist jedoch gar nicht in die Lage gekommen, sich dem wohl unausweichlichen, kategorischen refus der Monarchie auszusetzen, auf solcher Basis in Verhandlungen zu treten.

Es scheint vielmehr die Frage der weltlichen Herrschaft des Papstes und der Räumung Roms, welche, von Menabrea aufgeworfen, auf Napoleons heftigsten Widerstand gestoßen war, den ganzen Plan zum Scheitern gebracht zu haben, noch ehe er in das Stadium förmlicher diplomatischer Unterhandlungen getreten war.

So wurde schon im Keime der Gedanke einer Staatengruppierung erstickt, welche einen innigeren Zusammenschluß Italiens und Österreichs zur Folge gehabt hätte.

Für längere Zeit war die Aussicht auf eine Allianz zwischen den beiden Gegnern des Jahres 1866 geschwunden. Der Berliner Kongreß hinterließ sogar eine merkliche Verstimmung zwischen den beiden Mächten: die öffentliche Meinung in Italien war darüber erregt, daß Österreich-Ungarn dem Berliner Kongresse einen Länderzuwachs verdanke. Diese Unzufriedenheit machte sich wie stets, wenn die österreichische Politik Italiens Mißfallen erregte, in lärmenden, irredentischen Kundgebungen Luft. Damals, wie zum großen Teile auch noch heute, wußte die öffentliche Meinung Italiens nicht, daß nur die Unentschlossenheit und Schwäche seiner Staatsmänner daran Schuld trug, wenn dieselben mit leeren Händen von Berlin heimkehrten. Schon ein Jahr vor dem Kongresse teilte Andrássy im Namen Bismarcks dem italienischen Botschafter in Wien, Grafen Robilant, mit, daß Deutschland eine Okkupation von Tunis durch Italien in keiner Weise behindern werde. Rom kehrte sich nicht an diesen Vorschlag. Ebenso wies — wie der einstige italienische Minister des Äußern, Cappelli, bestätigt — der Vertreter Italiens am Berliner Kongresse, Graf Corti, die ihm von Bülow über Bismarcks Auftrag gemachte Eröffnung, Deutschland wäre mit Vergnügen bereit, die Frage der Besetzung von Tunis durch Italien am Kongresse zu vertreten, mit der ironischen Frage zurück ... „ob denn Fürst Bismarck so großes Gewicht darauf lege, uns in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln?“

Italien hatte den günstigen Augenblick für eine weit ausgreifende Mittelmeerpolitik versäumt, eine Politik, welche in dieser Form sich dem König-

reiche als das natürliche und selbstverständliche Ergebnis kommerzieller und strategischer Interessen geradezu aufdrängte. Nur wenige Stunden von Sizilien entfernt, bildete Tunis mit dem angrenzenden Tripolis das für eine rationelle italienische Kolonialpolitik geradezu prädestinierte Gebiet. Der Besitz Bisertas hätte Italien in die Lage versetzt, sämtliche Durchfahrtstraßen vom westlichen in das östliche Mittelmeer zu beherrschen; seit Jahrzehnten das Ziel ungemein zahlreicher Auswanderer aus Süditalien und besonders aus Sizilien, war Tunis schon vor langem in regsten wirtschaftlichen Verkehr mit Italien getreten. Italienische Kaufleute beherrschten das gesamte Geschäftsleben, Italiener waren die Arbeiter, welche bei Bauten Verwendung fanden, Italiener die zahlreichen kleinen Landwirte, die sich hier ansiedelten, Italienisch die einzige Umgangsprache der europäischen Bevölkerung. So tief hatte sich der italienische Charakter besonders der Stadt Tunis eingeprägt, daß wir noch heute — nachdem der französische Einfluß schon über ein Vierteljahrhundert währt, uns in einer italienischen Kolonie zu bewegen glauben!

Mit einem Worte: diese — und nebst Tripolis im ganzen Mittelmeerbecken — nur diese Gebiete waren das natürliche Expansionsziel einer gesunden Kolonialpolitik Italiens. Daß seine Staatsmänner die Kraft Italiens damals zu gering einschätzten, um diese ihnen von Bismarck und Andrássy suggerierte Politik zu verfolgen, dies zu beklagen hat heute nicht bloß Italien alle Veranlassung.

Auch Österreich-Ungarn muß es auf das leb-

hafteste bedauern, daß Italien durch dieses schwere Versäumnis aus den Bahnen seiner natürlichen Politik herausgeschleudert wurde und nach verschiedenen mißlungenen Versuchen, für das teilweise unwiderbringlich Verlorene in Abessinien Ersatz zu finden, sich nun auf Wege begibt, welche ihm weder Geschichte und Geographie, noch wahrhaft vorhandene politische und kommerzielle Interessen weisen, und bei deren Verfolgung es mit wichtigen Lebensbedingungen der Monarchie in Kollision zu geraten droht.

Die erste Folge der kurzsichtigen Tunispolitik Italiens sollte freilich eine ganz andere sein als die, es in einen Interessengegensatz mit Österreich-Ungarn zu bringen. Im Gegenteile: der von Jules Ferry mit großer staatsmännischer Klugheit vorbereitete und durchgeführte Coup trieb Italien in Österreichs und Deutschlands Arme. Als sich das junge Königreich eines Morgens seiner Rechte auf Tunis beraubt, als es dieses fast schon italianisierte Land seinen Armen entwunden sah, da brauste ein Sturm durch die ganze Halbinsel. Das Kabinett Cairoli, welches seinen ... Unfähigkeitsnachweis in so eklatanter Weise erbracht, wurde weggefegt, der psychologische Moment des Anschlusses an den Demütiger Frankreichs und hiermit auch an Österreich war gegeben.

Der Vertrag von Kasr el Saïd war die Geburtsstunde des Dreibundes. Freilich: mit Begeisterung schloß sich das italienische Volk den beiden Kontinentalmächten nicht an. Hatte auch wenig Ursache dazu. Aber die damalige Isolierung Italiens gestattete keinen andern Ausweg. Der Exminister des

Äußern, Marchese Cappelli, sah sich veranlaßt, einem im Oktoberheft 1897 der Nuova Antologia erschienenen vehementen Angriff gegen den Dreibund entgegenzutreten, und er schildert bei dieser Gelegenheit in folgender Weise die Situation, in welcher sich Italien vor Abschluß des Bündnisses befand:

„Niemand wußte es besser als Robilant, daß wir nicht bloß isoliert waren, sondern seit einigen Jahren von den maßgebenden Kabinetten Europas so scheel angesehen wurden, daß dies für uns eine wirkliche Gefahr bedeutete. Auch einem weniger klar blickenden Manne als ihm hätten die Vorfälle, denen er im Jahre 1879 beiwohnte, die Augen geöffnet.

„Der einzige Botschafter, den Bismarck anläßlich seines Besuches in Wien, bei welchem das Bündnis zwischen den beiden Reichen abgeschlossen wurde, nicht besuchte, war jener Italiens. Und mehr: Graf Andrássy hatte dem Fürsten gesagt, daß Österreich immer mehr und mehr durch die Irredenta bedroht, vielleicht gezwungen werden könnte, die Waffen gegen Italien zu ergreifen. Andrássy frug den Fürsten Bismarck, ob Deutschland diesen Absichten Österreichs entgegentreten würde, worauf Bismarck nach einigem Zögern antwortete: ‚Nein, Italien gehört nicht zu unseren Freunden.‘ ... Von welchen Gefühlen nun gar erst Frankreich gegen Italien beseelt war, dies zu wissen brauchte Robilant nicht erst der Ereignisse von Tunis.“ (Cappelli, Nuova Antologia, 1. November 1897.)

Wenn Deutschland damals, wie natürlich, nur aus

Gründen der höheren Staatsraison das Bündnis mit Italien suchte, so waren solche Motive in noch viel höherem Maße für Italien ausschlaggebend. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, gab man der Erkenntnis Raum, daß Italiens politische und wirtschaftliche Lage dringend die Anlehnung an die zwei mächtigen Alliierten erheische. Der Minister des Äußern, Mancini, mußte dennoch erst gegen Robilants Widerstand ankämpfen, ehe der Abschluß des Bündnisses gelang.

Bald darauf erhielt auch die Kolonial- und Expansionspolitik Italiens eine neue Richtung.

Anstatt sein Augenmerk auf das naheliegende Tripolis zu richten, wandte Italien seinen Blick nach Abessinien. Wie Mancini sich ausdrückte (Kammersitzung vom 25. Jänner 1885), waren im Roten Meere die Schlüssel zum Mittelmeer zu suchen und zu finden. „Mittelmeerpolitik im Roten Meere", dies war das neue Schlagwort geworden. Gewiß: auch auf diesem Wege war eine weitausgreifende Kolonialpolitik möglich, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß Italien wirtschaftlich und militärisch für ein so großzügiges Unternehmen vorbereitet war. Während Italiens Staatsmänner vor dem Jahre 1881 durch Zögern und zu geringes Vertrauen in die Kraft ihres Landes fehlten, überschätzten sie später dessen Können und trieben es auf diese Weise in das afrikanische Abenteuer, welches bei Adua so traurigen Schiffbruch erlitt.

Die öffentliche Meinung Italiens aber schob die Verantwortung für diese mit einer so schweren finanziellen Erschütterung verbundene Politik den

beiden Verbündeten zu, und in immer breiteren Schichten machte sich die Anschauung geltend, daß Österreich und Deutschland seinen Alliierten auf diese gefährliche Bahn gewiesen hätten.

Dazu kamen die Opfer, welche der fast zehn Jahre währende Handelskrieg mit Frankreich dem italienischen Volke, besonders der Weinbau treibenden Bevölkerung auferlegte.

Immerhin muß konstatiert werden, daß die Ursache der finanziellen Krise nicht so sehr in dem Abbruche der Handelsbeziehungen zu Frankreich, als in dem Afrika-Abenteuer zu suchen ist: Drei Jahre nach der Besetzung von Massaua hatte das Defizit die Höhe von 230 Millionen erreicht und eben in diesem Jahre erfolgte auch der Bruch mit Frankreich, welcher vom 1. Jänner 1888 bis zum 21. November 1898 währte. Schon im Jahre 1894 war aber das Defizit auf 58 Millionen gesunken und das nächste Jahr schloß bereits mit einem kleinen Überschusse, der von nun an fast nie mehr aus dem Budget verschwand, sich späterhin sogar von Jahr zu Jahr steigerte. Die tief gefallenen Rentenkurse begannen noch während des wirtschaftlichen Konfliktes sich kräftig zu erholen und der fabelhafte Aufschwung der norditalienischen Industrie fand noch während, vielleicht gerade *wegen* dieses Handelskrieges, seinen Anfang. Die wirtschaftliche Erstarkung Italiens ist auch späterhin keineswegs auf die Zunahme des Verkehres mit Frankreich zurückzuführen und auch die italienische Landwirtschaft zog aus der Wiederannäherung an Frankreich nicht sehr bedeutenden Gewinn. Der italienische Export nach Frankreich war während

des Zollkrieges von 497 auf 222*) Millionen Lire gesunken und erreichte mit 116 Millionen seinen Tiefstand, um sich nur sehr unbedeutend zu erholen. Die neue Entente mit der Republik brachte keine nennenswerte Zunahme der Ausfuhr nach Frankreich: im Jahre 1902 repräsentierte sie nur einen Wert von 168 Millionen . . . während der österreichisch-ungarische und deutsche Markt für rund 380 Millionen Lire italienische Waren aufnahm. Und während im Jahre 1882 Frankreich an der italienischen Ein- beziehungsweise Ausfuhr mit 30 respektive 40% beteiligt war, beträgt im Jahre 1902 diese Quote nur mehr 10 beziehungsweise 11·4%, wogegen 25·5% der Gesamtausfuhr Italiens nach Österreich-Ungarn und Deutschland gerichtet sind.

Es heißt dem bewundernswerten italienischen Schaffensdrange keineswegs die Anerkennung versagen, wenn wir sohin feststellen, daß Italiens großer wirtschaftlicher Aufschwung ohne die Anlehnung an Deutschland und Österreich niemals in diesem Ausmaße hätte erfolgen können. Das Bündnis war das Rückgrat, welches Italien die notwendige Stabilität gewährte, um mit Muße und Ruhe dem politischen nun auch das ökonomische Risorgimento anzureihen.

Vom Jahre 1882 bis 1902 war die Ausfuhr Italiens um mehr als 330 Millionen gestiegen wobei, — charakteristisch für die allmähliche Umwandlung in einen Industriestaat sowie für die größere Konsumkraft der Bevölkerung — der Export landwirtschaftlicher Produkte nennenswert gesunken ist. Und dies

*) Ein Teil der nachstehenden Daten ist dem Werke: „Vent' Anni di Vita Italiana“ von Ernesto Nathan entnommen.

trotz der verunglückten Afrikaspekulation, trotz des wirtschaftlichen Krieges mit Frankreich.

So mußten selbst jene Politiker, welche der Annäherung an Frankreich das Wort redeten, offen zugeben, daß dieser Entente viel mehr ein politischer als ein wirtschaftlicher Wert inneliege, und daß die Annahme irrig sei, Italien habe sein ökonomisches Gleichgewicht erst nach dem wirtschaftlichen Friedensschlusse mit der Republik wiedergefunden. Man sollte glauben, daß all diese Erwägungen genügt hätten, um jedem denkenden Italiener die Vorteile eines Bündnisses mit den beiden Zentralmächten klar vor Augen zu führen. Die verantwortlichen Staatsmänner Italiens haben auch lange Jahre hindurch den Wert des Dreibundes in seiner ganzen Größe richtig eingeschätzt und niemals gezögert, dies offen einzubekennen. Auch das ist anders geworden. Man braucht nur die knappen, korrekt kühlen Bemerkungen, welche die jetzigen leitenden Personen der Tripelallianz widmen, mit den Reden der damaligen Staatsmänner zu vergleichen, um die tiefe Wandlung zu erfassen, die sich seitdem vollzogen hat.

Selbst in der Zeit als die italo-französische Entente schon in der Luft lag, fanden die italienischen Staatsmänner kräftige Akzente, um die Dreibundpolitik, speziell das Bündnis mit Deutschland, zu verteidigen.

Als zum Beispiel Imbriani am 25. Mai 1896 eine seiner heftigen Reden gegen Österreich hielt und den Dreibund dafür verantwortlich machte, daß Italien seine „legitimen Aspirationen“ (auf Albanien) nicht geltend machen könne, da erhob sich Minister-

präsident Rudini zu einer energischen Stellungnahme für die Tripelallianz. „Italien findet gerade an Deutschland und Österreich-Ungarn jene Anlehnung, deren heutzutage keine einzige Großmacht entraten könne“ so klang es damals dem Abgeordneten Imbriani aus eines Ministers Mund entgegen. Worte, die im Monte Citorio zu vernehmen wir uns nun allmählich entwöhnt haben!

Doch wie gesagt, der Keim der italo-französischen Entente begann sich schon damals leise und schüchtern zu regen. Und wie einen den Ereignissen voraneilenden Schatten enthielt diese Rede bereits einen Hinweis auf die große Bedeutung der französischen Freundschaft. „Ich beabsichtige daher“, fuhr Rudini fort, „den Dreibund ungeschmälert zu erhalten, mit fester Hand an der von ihm gewollten, in den noch gültigen Verträgen festgelegten Politik zu halten. Aber ich will sie in dem Sinne auslegen und die Politik der Regierung in der Weise leiten, daß durch sie die guten Beziehungen zu Rußland und zu Frankreich nicht gestört werden, Beziehungen, die ich immer freundschaftlicher gestalten will, aufrichtig und ich möchte sagen herzlich freundschaftlich.“

Eben dieses Jahr, in welchem Rudini die erwähnten Worte sprach, sollte Ereignisse bringen, welche den Wendepunkt für die auswärtige Politik Italiens bedeuten beziehungsweise ihn vorbereiten.

Der erste Schritt zu einer Annäherung an Frankreich erfolgte noch im Herbste desselben Jahres. Visconti-Venosta schloß mit Hanoteaux am 28. September 1896 betreffs Tunis einen Vertrag,

welcher die alte Wunde zum Vernarben bringen sollte. Und wenige Wochen später, am 24. Oktober, fand die Hochzeit des nunmehrigen Königs mit der Tochter des Fürsten von Montenegro statt — eine Heirat, welche naturgemäß nicht ohne weittragende politische Folgen bleiben konnte, und welche vieles dazu beigetragen haben mag, daß auch in den höchsten Sphären Italiens der Glaube an dessen neue „Mission am Balkan“ überzeugte Anhänger fand. Begreiflicherweise litt unter der später zu besprechenden Wendung des Kurses der italienischen Politik vorerst nur das Verhältnis zur Monarchie; jenes zu Berlin blieb noch einige Jahre von dieser neuen Richtung unberührt. Die Beziehungen Deutschlands und Italiens wurden vielmehr in dem Maße herzlicher, als Kaiser Wilhelm es verstand, mit feinem Empfinden des Italieners Eigenart zu erfassen und mit geschicktem Griffe die Gefühlsaiten dieses — im Guten wie im Schlechten — so leicht erregbaren Volkes gerade in jene Schwingungen zu versetzen, welche zu einem mächtigen Akkord der Sympathie und der Dankbarkeit anschwollen.

In dem besonders trüben Jahre von Adua beeilte sich das deutsche Kaiserpaar durch Besuche in Genua, Neapel, Syrakus und Venedig seine lebhafte Sympathie für Italien zu bekunden. In Neapel fand unter Mitwirkung der Kaiserlichen Schiffskapelle ein Konzert zugunsten der in Afrika Verwundeten statt, und als die italienischen Waffen bei Kassala einen Erfolg errungen hatten, da bezeugte eine aus Syrakus einlangende, ungemein herzlich gehaltene Depesche, welch warmen Anteil Deutschlands Kaiser

an den Peripetien dieser Kämpfe seines Verbündeten nehme.

Auch wiederholte spätere Reisen Kaiser Wilhelms nach Italien trugen in hohem Maße zur Herstellung freundlicher Beziehungen zwischen Rom und Berlin bei, ohne jedoch die wachsende Animosität gegen den zweiten Bundesgenossen nennenswert modifizieren zu können. Auch König Viktor Emanuel III. sah sich genötigt, dieser in seinem Lande herrschenden Stimmung in gewisser Beziehung Rechnung zu tragen. So wurde jede Anspielung auf die Monarchie in dem Toaste sorgsam vermieden, mit welchem der König am 3. Mai 1903 den Kaiser Wilhelm begrüßte.

Der dritte Verbündete ward mit Stillschweigen übergangen. . . .

Zu der alten, das wahrhaft herzliche Einvernehmen zwischen Österreich und Italien nicht selten trübenden Frage der Irredenta, war eben seit Ende der neunziger Jahre ein neues Konfliktsmoment hinzugetreten: Italien lenkte immer mehr in die Bahn einer Orientpolitik ein, welche zu einer Kollision mit unseren vitalsten Interessen zu führen droht. Auf diesen Weg wurde es zum Teil auch durch seinen neuen Freund gewiesen. Daß der Spannung zwischen Italien und Frankreich nach langer Zeit ein Ende bereitet wurde, dies konnten auch die beiden Alliierten nur auf das freudigste begrüßen. Es hatte Zeiten gegeben, wo man nur mit großer Besorgnis auf das Verhältnis dieser beiden Mächte blicken mußte, wo ein an sich unbedeutender Zwischenfall einen bewaffneten Konflikt der beiden „lateinischen Schwesternationen“ herbeiführen konnte.

Darum war Visconti-Venosta der Zustimmung Berlins und Wiens gewiß, als er seine Bemühungen dahin richtete, den so lange unterbrochenen Draht zwischen Rom und Paris wiederherzustellen.*) Daß dies dem eminenten Staatsmanne nur allzu gut gelang, dafür zeugt die Geschichte der letzten Jahre.

Die politische Entente zwischen diesen beiden Mächten war perfekt noch ehe die Wiederaufnahme freundschaftlicher Handelsbeziehungen erfolgte. Der Handelsvertrag, welcher dem zehnjährigen Bruche ein Ende setzte, wurde unter Canevaro am 21. November 1898 abgeschlossen, doch schon vorher hatte die Kreta-Affäre gezeigt, in welchem Fahrwasser Italien bei weiterer Annäherung an Frankreich segeln werde.

Bekanntlich hatten sich Österreich-Ungarn und Rußland im Mai 1897 auf das Programm der Erhaltung des Status quo am Balkan geeinigt und jene Entente geschlossen, in welcher später von einem großen Teile der italienischen Publizistik bezeichnenderweise eine Gefährdung der italienischen Balkaninteressen erblickt wurde.

Seine praktische Anwendung sollte dieses Übereinkommen in der kurz vorher entbrannten Kretafrage finden. Die Insel stand in vollstem Aufruhr — Christenmassakers und Gewalttaten gegen die Türken wechselten in einer Weise ab, daß Ursache und Wirkung unmöglich mehr zu unterscheiden waren.

*) Authentischen Mitteilungen zufolge wurde die Absicht einen Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen früher sowohl nach Wien als auch nach Berlin notifiziert.

Die Richtschnur für das Verhalten der beiden am Balkan meistinteressierten Ententemächte mußte auch für die Kretafrage lauten: Verwaltungsreformen unter Wahrung der türkischen Souveränität in Kreta. Diese Politik entsprang der gerechtfertigten Besorgnis, daß die kleinste Amputation hundert Wunden am Leibe des kranken Mannes zum Aufbrechen bringen müßte. Siegte die Revolution in Kreta und ließ man die Vereinigung der Insel mit Griechenland zu, so drohte die ganze Balkanfrage ins Rollen zu kommen. Die Abtrennung Kretas von der Türkei wäre einer Prämie gleichgekommen, mit welcher man jede der vielen unzufriedenen mazedonischen Völkerschaften aneiferte, Ähnliches zu wagen.

Deutschlands Verhalten war durch seine kluge Politik bedingt, welche seit Jahren dahingeht, durch Unterstützung der Türkei sich im Orient stets neue wirtschaftliche Vorteile zu erringen.

Weit schärfer als das Wiener betonte daher das Berliner Kabinett, daß es an der Souveränität der Türkei in Kreta nicht rütteln lassen wolle. Zum Teil war dieser Standpunkt aber auch durch die gleichen Erwägungen und Befürchtungen diktiert, welche für Österreich-Ungarn ausschlaggebend waren. „Baron Marschall“ — berichtete der französische Botschafter in Berlin — „würde die Annexion Kretas an Griechenland als Einleitung zur Teilung der Türkei ansehen — sehr wahrscheinlich auch als Präludium eines europäischen Krieges.“ (Livre jaune, affaires de Crête.)

Diese Rücksichten waren für England nicht maßgebend. Seiner traditionellen griechenfreundlichen Politik auch diesmal treu bleibend, betrieb England

die vollkommene Vereinigung der Insel mit Griechenland. Frankreich folgte im Kielwasser .... und in einiger Entfernung auch — Italien.

Wenn auch französische Schriftsteller wie Bérard („Pro Macedonia") entschieden zu weit gehen, wenn sie von einem Siege der anglo-franco-italienischen Kreta-Entente über die austro-deutsche Koalition sprechen — eines ist gewiß: Italien stand schon damals nicht auf seiten seiner Alliierten. Billiot („La France et l'Italie", Paris, Plon 1905) ist vollkommen im Rechte, wenn er dieser ersten Phase des franco-italienischen Einvernehmens jene ganz besondere Bedeutung zuweist, welche bei uns erst sehr spät erkannt wurde. Ohne daß es deshalb gerade zu tiefergehenden Gegensätzen kam, wandelte Italien doch schon damals seine eigenen Wege und schloß sich freundschaftlich jenem Staate an, mit dem es bis dahin in langjährigem Konflikt gestanden. Das europäische Konzert vor Kreta war die Reunion, bei welcher sich jener Flirt entwickelte, der dann zu so vielen Extratouren führte. — Bald darauf (1899) schloß Italien mit Frankreich das Übereinkommen betreffs Tripolis, durch welches der Rest des Haders wegen der Eskamotierung von Tunis begraben wurde. Besonders die Monarchie hätte es nur freudigst begrüßen können, wenn ihrem Alliierten hiedurch der Weg einer ruhigen, keines unserer großen Interessen durchkreuzenden Expansionspolitik gewiesen worden wäre. Ob Tripolis im Wege der Pénétration pacifique oder des Protektorates oder der Okkupation in Italiens Interessensphäre fiel: eine jede derartig gestaltete

Mittelmeerpolitik hätte Österreichs Zustimmung gefunden, wenn sie nicht nach Osten übergriff, nicht zu einer Adriapolitik wurde, dabei aber dennoch unserem Bundesgenossen mächtige wirtschaftliche Quellen eröffnen und ihm eine ungeheure Erweiterung seines Aktionsgebietes gewähren konnte. Die französischen Zusagen betreffs Tripolis sollten aber wohl nichts anderes sein als ein Wechsel auf lange Sicht — dessen Fälligkeitstermin so spät als möglich, vielleicht auch niemals kommen wird. Und damit Italien leichter hingehalten werden könnte, wurde es mit großem Geschicke von seinem neuen Freunde auf einen ihm bisher fremden Weg geführt: jenen der Orientpolitik. Albanien und Mazedonien sollten den Blick Roms von Tripolis ablenken — beziehungsweise der Hemmschuh für Italiens Aktion an der Nordküste Afrikas sein. Und ein zweiter noch größerer Preis winkte diesem Spiele, bei welchem Frankreich mit dem billigen Einsatze der rücksichtslosen Durchquerung fremder Interessen operierte: Die Festigkeit des Dreibundes mußte in dem Umfange leiden und Mißtrauen sich in dem Maße unter die Verbündeten drängen, als Italien, über Österreichs ältere Rechte hinwegsehend, gerade den westlichen Balkan zum Ziele seiner Expansionspolitik erkor. —

Bekanntlich waren es noch andere Momente als diese von Barrère mit großem Nachdrucke verfolgte Politik Frankreichs — die Italien in das unruhige Fahrwasser der Orientpolitik führten. Die Heirat Viktor Emanuels mit der Prinzessin Helene von Montenegro mußte notgedrungen eine

immer stärkere Strömung der Sympathie zwischen dem streitbaren Balkanvolke und dem gegenüberliegenden Italien erzeugen. Der sich entwickelnde lebhaftere Verkehr — anfangs wohl ausschließlich geistiger Natur — bewirkte, daß die Italiener den Balkanfragen, welche ihnen völlig fremd geblieben waren, nun eine steigende Aufmerksamkeit zuwendeten. Zu den verwandtschaftlichen Beziehungen traten auch andere einigende Momente. Es darf nicht vergessen werden, daß kein anderer Akkord die Saiten der Volksstimmung Italiens rascher zum Vibrieren bringt als jener der nationalen Befreiung, der nationalen Einigung — — dieser mächtige Gedanke, dem Italien sein Werden und seine heutige Größe verdankt. Und dieses Leitmotiv klang aus Montenegro, dem südslawischen Piemont, hundertfältig übers Meer herüber. Der geniale Herrscher, welcher auch seines Landes größter Dichter ist, er konnte auf verständnisreiches Mitfühlen Italiens rechnen, wenn er seinem Traume nachjagt — — alle nicht bloß unter Österreichs, sondern auch der Türkei „hartem Joche schmachtende Serben“ zu vereinen, und wenn er dies sein Lebensideal in hinreißenden Worten besingt. — Und last but not least: In Italien selbst waren es wieder die aus Albanien dahin Ausgewanderten, welche durch eine nachhaltige Agitation die Blicke Roms an die Ostküste der Adria lenkten und das Interesse Italiens für Albanien zu wecken verstanden.

Anfangs haben wohl nur diejenigen, welche man als die „Unverantwortlichen“ zu bezeichnen beliebt, dieser neuen Richtung der auswärtigen Politik Italiens

das Wort geredet. Mit überraschender Schnelligkeit brach sich aber in den weitesten und gerade den einflußreichsten Kreisen die Ansicht Bahn, die Balkanpolitik, speziell die Wahrung der „Rechte und Interessen“ Italiens in Albanien, müsse zur Achse der italienischen Politik werden. —

Der erste, welcher diesen Gesichtspunkt im Parlamente zum Ausdruck brachte, war Imbriani. „Wir sind ans andere Ufer der Adria gerufen, von Völkerschaften, die uns nicht als Unterdrücker, sondern als Befreier herbeisehnen . . . Österreichs halber haben wir uns aber nicht gerührt . . .“ Damals war es noch ein radikaler, durch seinen Haß gegen Österreich und als irredentistischer Agitator bekannter Abgeordneter, der so sprach. Doch sollte er nicht lange vereinzelt bleiben. — — Vertreter aller Parteien brachten später diese neue „Mission Italiens in der Adria“ zur Sprache. Ja — — so manchen der „Unverantwortlichen“, die den Dreibund heftig bekämpft und einer aktiven Balkanpolitik Italiens das Wort gesprochen hatten, finden wir bald darauf — in schwer verantwortungsreichen Stellungen wieder. Sollen wir dabei wirklich an die oft merkwürdigen Wirkungen des Zufalles glauben?

Am 13. Dezember 1899 äußerte De Martino im Parlamente ernste Zweifel über den Wert der Tripelallianz für Italien — kurz nachher ist er Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte. Und der ihn berufen, der Minister des Auswärtigen, Prinetti, hatte selbst nach dem Urteile eines überzeugten Gegners Österreichs keinen andern Vorzug für diese Stellung mitgebracht, als den, eine vehemente Rede

gegen den Dreibund gehalten zu haben. (Vico Mantegazza, L'Altra Sponda, Roma 1905.) Und Guicciardini und San Giuliano*), die es sich zur vornehmsten Aufgabe gestellt, durch eine unermüdliche Agitation Italien zur Verdopplung seiner Anstrengungen in Albanien anzuspornen, die durch Reisen, Publikationen und Parlamentsreden diese neue Adriapolitik propagierten — haben sie nicht mitten in der Zeit, während welcher sie diese Kampagne führten, ihren Einzug in die Consulta als Minister des Äußern gehalten?

Einer der ersten nach Imbriani war Guicciardini, unter den gemäßigten gewiß der erste Abgeordnete, welcher — es geschah dies in der Sitzung vom 18. Dezember 1900 — einen Alarmruf gegen Österreich-Ungarns Vorgehen in Albanien ausstieß, als stünde Albaniens Okkupation durch Österreich unmittelbar bevor, und als wäre Italien hiedurch in seinen Existenzbedingungen, wie er sich ausdrückte „in seiner Unabhängigkeit", bedroht. Ein Jahr später trat er wiederum mit einer Rede über Albanien auf den Plan, und andere, wie Barzilai, Bovio, de Nicolo, der spätere Unterrichtsminister de Marinis,**) Sant Onofrio und

*) Guicciardini hat in der Nuova Antologia und später in einer separaten Publikation sehr bemerkenswerte Studien über Albanien veröffentlicht, während San Giuliano besonders mit seinen im Giornale d'Italia erschienenen „Briefen aus Albanien" die Aufmerksamkeit breiterer Kreise auf die westbalkanische Frage lenkte.

**) Am 8. Juni 1901 hielt de Marinis eine Rede, in welcher er unter anderem sagte: „Von der Zukunft Albaniens werden die Interessen und Rechte Italiens in der Adria abhängen. Wer im Besitze des Hafens von Valona sich befinden wird, der wird auch der unumschränkte Herrscher über die Adria sein."

Luzzatti sekundierten ihn in mehr oder weniger gleich lebhaftem Tone.

Die erwähnten Interpellationen und Anfragen betreffs Albaniens beantwortete Prinetti (14. Juni 1901) nicht mehr bloß wie sein Vorgänger im Amte Visconti-Venosta es getan, mit einem kurzen Hinweise auf die Vereinbarung der Erhaltung des Status quo, Prinettis Rede enthält vielmehr eine ausführliche Aufzählung all dessen, was die Regierung getan, um den Einfluß Italiens in Albanien nachhaltig zu steigern. „Um seine Rechte zu wahren", lautet die beliebte Formel. Und sonderbar: manches von dem, was Guicciardini ein Jahr vorher als österreichische Maßnahmen bezeichnet hatte, welche auf ganz bestimmte Endabsichten der Monarchie betreffs Albaniens hinweisen sollten, manches davon und noch vieles mehr ... zählte nun Prinetti als Beginn einer italienischen Aktion auf. Hiebei fällt jedoch der merkliche Unterschied ins Gewicht, daß diese Vorkehrungen seitens Österreichs tatsächlich alten Rechten (dem Protektorat) oder der Notwendigkeit des Schutzes einer seit Jahrzehnten beherrschten kommerziellen Position entspringen, bei Italien dies jedoch nicht zutrifft, es sich dort vielmehr um Maßnahmen ausschließlich politischer Natur handelte, denen damals wohl die Absicht der künstlichen Schaffung einer neuen Interessensphäre, keineswegs aber die Notwendigkeit der Wahrung bereits bestehender Interessen zugrunde lag. —

Das nichtoffizielle Frankreich versäumte keine Gelegenheit Italien zu ermuntern, in Albanien ein

Gebiet zu erblicken, welches seiner „Pénétration pacifique“ unbehindert offen stehe, später auch inniger mit dem Königreiche verknüpft werden könne. Valona als Ersatz für Biserta! Nicht bloß unverantwortliche Publizisten und Politiker, selbst französische Staatsmänner schmeichelten Italien mit dieser Hoffnung. Nur zu bekannt ist des Botschafters Barrère Neujahrsrede (1902) — und Delcassés Äußerungen Ojetti gegenüber*) klangen so, als hätte der französische Minister des Äußern Albanien unserem Verbündeten förmlich angetragen.

Diese Äußerungen wurden zwar in einem spät nachhinkenden, erst in Wien und hierauf in Paris verlautbartem Dementi in Abrede gestellt. Ojetti hielt sie jedoch in einer Depesche an das Giornale d'Italia ausdrücklich aufrecht und in Italien wie Österreich blieb der Eindruck, Delcassé habe großmütig fremde Gebiete in der Adria an Italien geboten, um es vom Mittelmeer abzulenken und das Verhältnis zu seinen Alliierten zu trüben. Zwei Tage vorher hatte Bülow die bekannten Worte von der Extratour gesprochen, die, so wohlwollend sie klangen, doch eine deutliche Verwarnung enthielten.

Dies hinderte natürlich nicht, daß wenige Wochen später (22. und 23. Mai 1902) die Verhandlungen im italienischen Parlament über das Budget des Auswärtigen Amtes wieder recht gereizte Reden über die Albanische Frage brachten. Diese Debatte spiegelt auch die Beunruhigung wieder, von welcher Italien wegen der stets offenkundiger werdenden Übereinstimmung Österreich-Ungarns und Rußlands betreffs

*) Veröffentlicht im Giornale d'Italia vom 3. Jänner 1902.

die Verfolgung der Status-quo-Politik, erfaßt wurde. Die Hauptinteressenten am Balkan verbürgen sich, eine auf die Erhaltung des Status quo abzielende Aktion — und an Stelle der erwarteten Beruhigung treten in Italien vielfach Befürchtungen und Besorgnisse auf! Nur damit läßt sich dies erklären, daß eine mehrjährige, in der Wahl der Mittel nicht immer gewissenhafte Agitation den klaren Blick der öffentlichen Meinung und selbst ernsterer Politiker getrübt hatte.

Inwiefern diese beispiellose publizistische Agitation, die Kammerreden und schließlich auch die Heranziehung hervorragender Balkanpolitiker zu leitenden Stellen auch tatsächlich eine positive, zielbewußte, umfassende Aktion Italiens am westlichen Balkan herbeiführten, welche mit den Interessen der Monarchie auf die Dauer unvereinbar erscheint, dies soll im Zusammenhange mit der Besprechung der Verhältnisse in Mazedonien und Albanien erörtert werden.

* * *

Leider war aber die Albanische Frage nicht der einzige Grund zeitweiliger Dissonanzen zwischen den beiden Verbündeten. Auch der Irredentismus gab zu Reibungen Anlaß, besonders die Art und Weise, wie sich einzelne Regierungen Italiens der Irredenta gegenüber verhielten.

Es ist eine eigenartige Erscheinung: die Revindikationen der Italiener gehen keineswegs auf alle von ihren Konnationalen bewohnten Auslandsprovinzen. Warum gibt und gab es auch während des wirt-

schaftlichen Krieges mit Frankreich in Italien keinen Irredentismus für Nizza, die Heimat Garibaldis, für Savoyen, wo die Wiege des italienischen Königshauses stand? Warum keinen solchen für Korsika, für Malta oder die italienische Schweiz? Weshalb die Beschränkung dieser Aspirationen auf das Trento, auf die Regione Giulia, auf Triest und Istrien? Sonderbar ist es jedenfalls, daß die „Befreiung" gerade jener Italiener angestrebt wird, deren Nationalität wie fast nirgend anders geschont und respektiert wird. Bloß in Dalmatien, wo die italienischen Oasen von der slawischen Hochflut des Landes allmählich verschlungen wurden, mußte auch die österreichische Regierung eine slawisierende Politik verfolgen. Sie mußte es, wenn sie sich nicht in Gegensatz zur riesigen Mehrheit der Bevölkerung setzen wollte. Wenn irgendwo in Österreich, so kann man in Dalmatien von der Zurücksetzung des italienischen Elementes zugunsten einer andern Nationalität sprechen. Aber auf Dalmatien gehen die Ansprüche der Irredenta zu allerletzt; sie überläßt die kleine italienische Minorität dieses Landes ihrem Schicksal, womit aber nicht gesagt werden soll, daß die Irredentistenpartei Italiens nicht auch Dalmatiens Loslösung von Österreich anstrebt. Sie tritt vielmehr für seine Einverleibung an ein großes, von der Monarchie zu sonderndes und mit Italien verbündetes Slawenreich ein — und „befreit" lieber die — von niemandem unterdrückten Italiener Tirols und des Küstenlandes! — An der mit allen Mitteln angestrebten Entnationalisierung der Italiener in Korsika und Nizza scheint man keinen Anstoß zu finden.

Daß die englischen Behörden in wirklich rücksichtsloser Weise den Italianismus in Malta unterdrücken, das wird manchmal wohl von der italienischen Presse mit Bedauern konstatiert; man beeilt sich aber stets, hinzuzufügen, daß diese Sympathien rein ideeller Natur sind und man deshalb auch nicht im entferntesten an eine Revindikation Maltas denke.

Die Italiener bilden noch heute die überwiegende Mehrheit der europäischen Bevölkerung in Tunis. Frankreich ignoriert ihre Existenz vollständig, nimmt auf die italienische Sprache auch nicht die geringste Rücksicht und man hat sich damit in Italien abgefunden. Österreich schont das nationale Empfinden seiner italienischen Bevölkerung in weitgehendem Maße, achtet und pflegt deren kulturelle Bestrebungen, berücksichtigt die italienische Sprache in allen Zweigen der Verwaltung — und trotzdem (oder deshalb?) müssen diese Länder „befreit" und mit Italien vereinigt werden!

Schwerlich würden anderwärts derartig offenkundige Losreißungstendenzen so weitgehende Nachsicht finden wie bei uns. Der einstige alte Polizeistaat, er ist in manchen Beziehungen heute recht modern geworden, er läßt gewissen Meinungsäußerungen in Wort und Schrift so freien Lauf, daß der gesprochene und gedruckte Irredentismus bisweilen die Grenzen des Hochverrates ungestraft überschreiten darf.

Daß diese Bewegung von drüben entfacht und unterstützt wird, darüber besteht leider nicht der geringste Zweifel. Sie wäre bei uns längst wie eine Schaumblase zersprungen, wenn nicht immer wieder

von Italien her neue Hoffnungen erweckt würden. Eine Zeitlang hätten Österreichs Italiener sich an dem grün-weiß-roten Schimmer dieser Seifenblase gefreut und ihr Spiel mit derselben getrieben, dann aber wären sie zum Bewußtsein der Hohlheit und Wesenslosigkeit desselben gelangt. Die Seifenblase wäre zerstoben und der irredentistische Spuck zerflossen. Zu wichtige materielle Interessen ketten das Trento und noch mehr die Küste an Österreich, als daß die Einverleibung mit Italien nicht die allerschwerste Schädigung der wirtschaftlichen Interessen dieser Gebiete im Gefolge haben müßte. Der Kampf gegen die Weinklausel, den italienische und kroatische Abgeordnete in gleich energischer Weise führten, ist ein deutlicher Hinweis, welch schweren Nachteil die Weinbau treibende Bevölkerung des österreichischen Südens durch die Vereinigung mit Italien erleiden müßte. Und ist nicht Venedigs kommerzieller Niedergang ein Menetekel für Triest, wessen es sich zu gewärtigen hätte, wenn ihm seine einzige raison d'être entzogen würde: der Export- und Importhafen des österreichischen Hinterlandes zu sein?

Diese kühlen Erwägungen des kaufmännischen Rechenstiftes müßten längst alle nationalen und politischen Schwärmereien, alle utopistischen Vereinigungsgedanken zum Schweigen gebracht haben, wenn nicht immer wieder von Italien aus die leicht entzündliche Phantasie unseres Südländers entfacht, wenn nicht tausend und tausend feine Fäden von jenseits der Grenze herübergesponnen würden. Die große Schuldige ist vor allem die Presse des

regno. Nicht die irredentistische allein! Daß diese offenkundig den Abfall des Trento und der Regione Giulia predigt, daß sie unverblümt Österreich als Italiens Erbfeind bezeichnet und geflissentlich Haß und Feindschaft gegen uns sät — — dies ist gewiß ebenso bedauerlich als gefahrdrohend. Noch unverantwortlicher aber, weil noch weit gefährlicher, ist die Haltung der meisten großen, gemäßigten italienischen Blätter. Müssen nicht die auch von der ernsten Presse stets wiederholten Klagen über das Los der zu Österreich gehörenden Italiener schließlich die ganze öffentliche Meinung Italiens irreführen, und den Glauben hervorrufen, als handle es sich wirklich um die heilige Mission die unter schwerem Drucke schmachtenden Konnationalen aus verzweifelter Situation zu befreien? Wenn ernste, angeblich dreibundfreundliche Zeitungen wie die Tribuna (der ständige Offiziosus aller Ministerien), das Giornale d'Italia, die Ora usw. keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um kleine Sticheleien oder auch direkte Angriffe gegen den Verbündeten zu veröffentlichen, mit allerhand erfundenen Nachrichten über des bösen Nachbarn hinterhältige Absichten das Publikum zu alarmieren und systematisch die Abneigung gegen Österreich zu schüren, darf man sich dann wundern, wenn die Volksstimmung Italiens von Jahr zu Jahr eine gegen Österreich gereiztere wird? Daß die italienischen Manöver an der österreichischen Grenze (August 1906) den weniger gemäßigten Blättern eine willkommene Gelegenheit bieten würden, in allen möglichen Formen die Frage eines Krieges mit Österreich zu besprechen, dies

konnte man ebenso erwarten, wie, daß die kurz darauf erfolgten österreichischen Manöver in der Adria zu geradezu unerhörten Ausfällen gegen den Verbündeten führen müßten.

Eigens muß es uns aber dennoch anmuten, wenn ein führendes Blatt wie das Giornale d'Italia ganz unverblümt die italienischen Manöver in den Alpen (1906) als eine weise und vordenkende Maßregel des Generalstabes bezeichnet, um die Stärke der italienischen Position gegen Österreich zu erproben, und wenn dasselbe Blatt als Ursache einer neuerlichen Verstimmung Italiens gegen Österreich nicht bloß die italienisch-kroatischen Zusammenstöße, welche im September 1906 in Fiume und Zara stattfanden, bezeichnet, sondern auch die Flottenmanöver in der Adria und besonders auch die Tatsache, daß der Kaiser an denselben teilzunehmen beabsichtigte, als provokatorische, unfreundliche Akte Österreich-Ungarns ansieht. Und glaubt dieses Blatt — eines der tatsächlich dreibundfreundlichsten Italiens — den Interessen der Tripelallianz mit langatmigen Artikeln wirklich zu dienen, in welchen die Notwendigkeit der Heeresreorganisation in erster Linie als Maßnahme gegen Österreich motiviert wird? Diese Beispiele ließen sich ins Unendliche vermehren.*)

*) So veröffentlichte Mitte Oktober 1906 der Abgeordnete de Palma im Mattino einen Artikel, in welchem er eine ungemein große Erhöhung des Marineetats fordert, um Italien in einem Kriege mit Österreich-Ungarn die Gewähr der Beherrschung der Adria und die Möglichkeit zu geben, gleichzeitig zwei Kriegshäfen der Monarchie zu blockieren. —

Vom leisen Säuseln bis zum stärksten Rauschen weht uns aus dem ganzen Blätterwald Italiens stets der gleich feindliche Lufthauch entgegen, der im September 1906 wiederum so stark anschwoll, daß das sozialistische Organ Avanti schließlich gegen diese Treibereien auftrat und feststellte, daß all dies, was man in Italien als Provokationen seitens der Monarchie ansehen will (so besonders die Manöver in der Adria), im Grunde genommen doch nur das Befolgen eines von Italien längst betretenen Weges sei.

Und der Presse schließen sich die zahlreichen politischen Broschüren und Werke an, in Ton und Tendenz nicht minder übelwollend. Auch sie nähren die Hoffnungen der österreichischen Irredenta, auch sie träufeln stets neues Öl ins Feuer. Und die „Dante Alighieri“ und die zahlreichen anderen Vereinigungen auf italienischer Erde . . . tragen ebenfalls den giftigen Samen des Irredentismus in jeden Winkel österreich-italienischen Bodens.*)

Heißt es nicht von Amts wegen den Irredentismus in das Herz der heranwachsenden Generation verpflanzen, wenn der in den meisten Elementarschulen Italiens verbreitete geschichtliche Leitfaden von Giovanni Soli folgende bezeichnende Stelle enthält: „Durch die Eroberung von Rom wurde Italien von der Fremdherrschaft fast ganz befreit. Wir sagen

*) Erst kürzlich (am 11. Oktober 1906) sandte das Präsidium des römischen Komitees der „Dante Alighieri“ an den Präsidenten des Dante-Monument-Komitees in Trient ein Telegramm folgenden Wortlautes: „Italiens Herz schlägt heute der Stadt Trient entgegen, welche den Kultus des Vaters Dante im Anblicke des Monumentes erneuert, der den Granit der Rätischen Alpen mit dem Erze römischen Ruhms vereinigen möge.“

fast ganz, weil zwei Teile von ihm noch bei Österreich verblieben sind, Südtirol und Istrien mit Triest, zwei schöne Länder mit mehr als einer Million Einwohnern."

Es muß anerkannt werden, daß gerade die großen Staatsmänner Italiens sich soweit als möglich dieser mächtigen Bewegung entgegenstemmten, zumindest sich bemühten, sie in etwas gemäßigtere Bahnen zu lenken. So hat z. B. Crispi wiederholt gegen die Irredenta Stellung genommen. (Sehr bekannt ist seine diesbezüglich in Florenz am 8. Oktober 1890 gehaltene Rede.) Sonnino hatte den Mut, offen einzubekennen: „Unsere Interessen im Trento sind ein höchst unbedeutend Ding im Vergleiche mit dem, was eine aufrichtige Freundschaft Österreich-Ungarns für uns bedeutet."

Es gibt aber zahlreiche italienische Minister, bei denen wir vergebens nach einer gleich korrekten, bundesfreundlichen Haltung ausblicken. Bei einzelnen — wie besonders Prinetti und Zanardelli — muß man geradezu von einem Kokettieren mit dem Irredentismus sprechen. Es ist kennzeichnend, wie selbst ein Gegner Österreichs, der bekannte italienische politische Schriftsteller Vico Mantegazza hierüber urteilt. Sein Werk „L'Altra Sponda" (Milano 1905) ist vom Geiste des italienischen Imperialismus getragen, von dem glühenden Wunsche durchtränkt, Italiens Macht ans „jenseitige Ufer" zu verpflanzen, um die alleinige Herrschaft über die Adria zu begründen; jedes Kapitel dieses Bandes enthält zahlreiche Ausfälle gegen Österreich — — und dennoch kann Mantegazza nicht umhin, die

Haltung der italienischen Regierung in der Frage der Irredenta mit nachfolgenden Sätzen zu verurteilen:

„Und leider ... erschwerte die Regierung immer mehr die Lage, indem sie in den Kundgebungen für Frankreich übertrieb und über alle Maßen den Irredentismus ermunterte.“ „Und wenn es auch nicht die Haltung Österreichs entschuldigt, so erklärt dies doch jedesfalls, warum Österreich sich zu keinerlei Rücksicht gegen Italien verpflichtet erachtete ... nach all dem unmäßigen Irredentismus, den das Ministerium Zanardelli erst mit Prinetti und dann mit Morin offenkundig so weit unterstützte, daß es sogar höchststehende Personen durch unvorsichtige Schachzüge kompromittierte.“

Und weiter:

„Auch der Name Prinetti hatte (in Deutschland und Österreich-Ungarn) einen gewissen Eindruck gemacht, da sich ja alle der heftigen Rede gegen den Dreibund erinnerten, die er wenige Jahre früher gehalten hatte ... Die Tatsachen haben dieses Mißtrauen vollständig gerechtfertigt, weil — — wenn auch das Ministerium am Anfange ein gewisses Maß zu halten schien ... dennoch nach der Zusammenkunft in Wien unserer Politik eine aggressive Richtung gegen Österreich gegeben wurde. Sie akzentuierte sich immer mehr und mehr und führte zu jenen Manövern in Udine, obwohl man genau wußte, welche Kundgebungen bei diesem Anlasse veranstaltet werden würden, die offen von der Regierung ermuntert, ge-

wissermaßen wie eine Provokation über die Grenze hinaus, erschienen . . .

„Die offiziösen Zeitungen, jene, welche allgemein als die direkten Organe der Regierung und der Consulta bekannt waren, gaben den Ton, so daß schließlich die Agitation einen geradezu gefährlichen Charakter annahm. Zanardelli und der Minister des Äußern bewogen Seine Majestät, auch einige Personen der irredenten Provinzen zu empfangen, und sorgten dann dafür, daß deren Namen in den, den Zeitungen vermittelten Listen der empfangenen Personen nicht enthalten waren — wodurch sie diesen Audienzen, die schon öfter erfolgt und den Herrschern gewiß willkommen waren — einen Charakter gaben, welchen sie nicht haben durften, und welcher jenseits der Grenze stark kommentiert wurde. Bei den Manövern von Udine aber herrschte gar keine Rücksicht mehr und die Regierung duldete nicht bloß, sondern unterstützte ganz offen die Demonstrationen der Triester Ausflügler, welche mit Fahnen, die Trauerzeichen trugen, unter den Fenstern der Wohnung des Königs vorüberzogen . . . . mit sehr lebhaften Akklamationen gegen den verbündeten Staat.

„Die Minister, welche damals den König umgaben, rieten ihm, nicht bloß eine einfache Deputation, sondern insgesamt alle Erschienenen zu empfangen, nachdem der König, den andauernden Akklamationen Folge gebend, auf den Balkon getreten war, um die Demonstranten zu begrüßen und ihnen zu danken.

„An einem andern Tage behielt Ihre Majestät die Königin, welcher zahlreiche Damengruppen Blumen

überreicht hatten, das ihr von den Triester Damen überreichte Bouquet fortwährend in Händen — — eine liebenswürdige Auszeichnung, welche bemerkt wurde und die Umstehenden tief rührte."

Österreichischen Mitteilungen zufolge haben diese Vorfälle zu noch weitergehenden Demonstrationen, zu noch ganz anderen, geradezu unbeschreiblichen Ausschreitungen geführt. Nicht ohne Absicht wurden dieselben jedoch nach ausschließlich italienischen Quellen geschildert. Nicht der vielleicht parteimäßige österreichische Standpunkt sollte das Vorgehen italienischer Regierungen beleuchten — — die Auffassung eines italienischen politischen Schriftstellers wurde im vollen Wortlaute wiedergegeben, eines Politikers, dessen nationaler Chauvinismus bekannt ist, und welcher die Tatsache, daß die Zusammenkunft Tittonis mit dem Grafen Goluchowski in Abbazia stattfand, als Erniedrigung Italiens bezeichnete, weil dadurch ein italienischer Minister gezwungen wurde „italienischen, Österreich unterworfenen Boden" zu betreten.

In die Zeit der Amtswirksamkeit Zanardellis fiel auch die bekannte Aktion Ricciotti Garibaldis.

Garibaldi hat von seinem Vater wohl nicht das Talent, aber dafür in um so höherem Maße den Haß gegen Österreich geerbt.

Vor einigen Jahren warb dieser hoffnungsvolle Salonrevolutionär mit großer Reklame und wohlgespielter Pose ein Freiwilligenkorps zum Kriege gegen Österreich. Mit aufreizenden Aufrufen überschwemmte er das Land und selbst ein Teil der gemäßigteren Presse stellte sich in den Dienst dieser

Aktion, die trotz ihrer sublimen Naivität dennoch als eine unerhörte bezeichnet werden muß. Die verbündete Regierung sah diesem Treiben gelassen zu. Nach Garibaldis Angaben betrug die Zahl jener, die sich zu diesem Freikorps gemeldet hatten, schon nahe an 30.000 Mann. Schließlich sah sich das italienische Ministerium doch genötigt, einzuschreiten und machte dem der Welt gebotenen eigentümlichen Schauspiel ein Ende, daß in einem der Dreibundstaaten Freischaren zum Kriege gegen den Verbündeten geworben werden konnten, ohne daß die verantwortlichen Kreise sich ihrer Pflicht, dagegen einzuschreiten, erinnerten.

Und ist es nicht ebenfalls recht sonderbar, daß es erst zweimonatlicher diplomatischer Verhandlungen bedurfte, um die italienische Regierung zu bewegen, ihr Bedauern darüber auszusprechen, daß der Präsident der Kammer, Marcora, vom Präsidentensitze aus von „unserem Trentino“ gesprochen?

Eine ähnliche rhetorische Entgleisung leistete sich am 13. Juni 1901 der Referent des Budgets des Ministeriums des Äußern, Abgeordneter Campi. Er sprach von der Sympathie des Hauses für jene anderen Italiener, „welche noch nicht mit dem Vaterlande vereinigt sind. . .“

Und weiter sehen wir, wie der Ministerpräsident Zanardelli dem irredentistischen Schriftsteller Pellegrini Einsicht in allerhand Akten und amtliche Korrespondenzen gewährt, um ihn bei Abfassung seines berüchtigten Werkes „Verso la guerra?“ zu unterstützen, eines Werkes das als Apotheose des Irredentismus und des Österreicherhasses gelten

kann. Unter Zanardelli ließ man auch am ungestörtesten all jenen Demonstrationen freien Lauf, die — — nicht selten wegen irgendeiner internen österreichischen Regierungsmaßregel inszeniert — — zu unbeschreiblichen Ausbrüchen der Animosität und der Feindseligkeit gegen den Verbündeten führten. Und diese Nachsicht in einem Lande, in welchem sonst die öffentliche Ruhe und Ordnung mit eiserner Strenge aufrecht erhalten, und jede Ruhestörung mit drakonischen Mitteln unterdrückt wird.

Wegen nicht sehr bedeutender Streiks wird nicht selten der Ausnahmszustand verhängt, im Sommer 1906 richtete ein im Hafen von Trapani liegendes Kriegsfahrzeug seine Kanonen gegen die Menge, welche eine etwas gewalttätige Demonstration inszenierte — gegen die antiösterreichischen Kundgebungen wurde aber von einzelnen Regierungen nur dann eingeschritten, wenn dies wirklich schon unvermeidlich geworden war . . . Ebensowenig wie man gegen jene Organe der Presse vorging, welche die Monarchie in geradezu unqualifizierbarer Weise angriffen. Im Gegenteil: Prinetti und Zanardelli subventionierten selbst solche Blätter, welche ganz rückhaltlos irredentistische Propaganda treiben. Daß einzelne dieser Zeitungen auch heute noch von der Regierung Unterstützungen erhalten, dies ist ein leider mehrfach verbürgtes bedauerliches Festhalten an alten Fehlern.

Nicht bloß die Presse, auch die Bühne stellte sich ungestraft in den Dienst jener, deren Hauptgeschäft darin besteht, das Verhältnis zwischen Italien und Österreich zu trüben. Rovettas Drama

„Romanticismo“ konnte und kann auch heute noch unbehindert aufgeführt werden, ein Schauspiel, welches fast mit jedem Worte den Haß gegen Österreich und gegen sein Herrscherhaus auflodern läßt. Der Verfasser ist mit dem Wesen des Italieners viel zu sehr vertraut, als daß er nicht wüßte, daß des italienischen Publikums Beifalls- und Gefühlsäußerungen mit ganz anderm Maßstabe zu messen sind, wie etwa in Österreich oder Deutschland. Aber selbst wenn man der italienischen Begeisterung diese geänderte Bewertung zugrunde legt, so müssen die explosiven Jubelstürme, von denen die Theater — wie mich wiederholte eigene Erfahrung lehrte — jedesmal erdröhnen und erzittern, wenn von der Bühne aus Österreich in heftigster Weise angegriffen wird, dennoch als etwas Beispielloses, zwischen verbündeten Staaten noch nicht Dagewesenes bezeichnet werden.

Unter tosendem Beifalle geht dieses Tendenzstück von Bühne zu Bühne — — es frei allerorts aufführen zu lassen, erscheint gewiß nicht als das richtige Mittel, um die Gegensätze abzuschleifen, die Spannungen zu vermindern.

Über die Wirkung einer solchen Aufführung teilte erst wiederum am 2. Oktober 1906 das „Giornale d'Italia“ unter der Spitzmarke „Irredentische Demonstrationen in Ancona“ unter anderem folgendes mit: „Gestern fanden während der Aufführung von ‚Romanticismo‘ großartige patriotische Demonstrationen statt. Das Publikum . . . stand auf, schwenkte Tücher und Hüte und rief: Hoch Italien, hoch Trento und Triest. Jeder Hinweis auf Österreich

wurde von Pfiffen begleitet. Das Theater war übervoll."

Die eigentümliche Tatsache soll nicht weiter releviert werden, daß ein dreibundfreundliches Blatt eine als irredentische Kundgebung bezeichnete Demonstration auch gleichzeitig eine patriotische nennt ... identifizieren doch nicht selten selbst österreichisch-italienische Zeitungen den Patriotismus mit dem Irredentismus.

Österreich beweist all diesen Vorgängen gegenüber eine gewisse allgemein anerkannte Langmut. Wenn aber einmal der eine oder andere allzu kühne Vorstoß der heimischen Irredentisten die verdiente Zurückweisung von seiten unserer Behörden erfuhr, dann wurden nicht selten Entrüstungsrufe in Italien laut, als sei es Österreichs heiligste Pflicht — den Hochverrat zu dulden.

Als König Humbert in Monza dem Dolche eines wahnwitzigen Verbrechers zum Opfer fiel, kam es in Österreich sowie in Rom zu beispiellosen Ausschreitungen des Irredentismus. Selbst ernste Kreise beschlossen Trauerkundgebungen, welche das Maß erlaubter Teilnahme weitaus überschritten. So gaben die Abgeordneten Triests, d' Angeli, Cambon, Hortis und Mauroner ihrem Mitgefühl durch eine Depesche Ausdruck, deren Wiedergabe zur Beschlagnahme des Piccolo führte, weil dieses sowie das gleichzeitig veröffentlichte Beileidstelegramm der Associazione Progressista in Triest laut Erkenntnis des Landesgerichtes Triest den Tatbestand des § 65a des Strafgesetzes involvieren. Wer immer, wie der Verfasser, den Wortlaut dieser Depeschen kennt, wird es völlig

begreifen, daß die österreichischen Behörden solch unerhörte Kundgebungen unmöglich dulden konnten.

In Italien, wo die Depeschenzensur in so strenger Weise gehandhabt wird, daß Telegramme von Korrespondenten oder Abgeordneten an die Redaktionen, sofern sie eine allzu scharfe Kritik von Regierungsmaßregeln enthalten, der Konfiszierung verfallen — hätte wohl eine auch weniger deutliche Sprache genügt, damit derartige Kondolenztelegramme inhibiert werden.

Daß man aber in Österreich einzelne gar zu ungeschminkte „Beileidskundgebungen" nicht in ihrer provokatorisch-irredentistischen Form duldete, dies wurde jenseits der Grenze verübelt; gewisse Kreise sahen, wie Pellegrini mitteilt, darin einen Versuch, Trauerkundgebungen anläßlich eines Unglückes, welches Italien betroffen, zu unterdrücken! Daß nun gar die Irredenta des Regno den geringsten Anlaß benutzt, um über Vergewaltigung der an Österreich „geketteten" Italiener zu klagen, dies ist allgemein bekannt und braucht uns auch nicht weiter zu berühren, so wie es auch die Beziehungen der beiden Staaten nicht wesentlich alterieren würde, wenn sich derlei Machenschaften nur auf den Kreis einiger berufsmäßiger Hetzer beschränken würden.

Als Kuriosum und als Beweis dafür, wie die irredentistischen Kreise die Gelegenheit, um Mißstimmungen hervorzurufen, geradezu bei den Haaren herbeiziehen, diene folgendes:

Anläßlich eines Wohltätigkeitsfestes für Unteroffizierswitwen wurde in Pola ein Bild der Schlacht von Lissa verkauft... Die Irredenta des Regno erhob

darüber laute Beschwerden und man bezeichnete dies als völlige Außerachtlassung pflichtgemäßer bundesfreundlicher Rücksichten.

Niemandem fiel es aber bei, die so laut beanspruchten Rücksichten auch selbst zu üben, als anläßlich des Besuches der französischen Eskader (1904) die Gemeindeverwaltung von Neapel die Straßen mit Transparenten schmückte, von denen einige die flammenden Inschriften „Solferino“ oder „Magenta“ trugen — und so die fraternisierenden italienischen und französischen Matrosen zu Evvivas auf Solferino, zu Abbasso-Rufen gegen Österreich anregten.

* * *

Das Jahr 1904 war ein markanter Meilenstein in der Entwicklung der italo-französischen Entente. Im Oktober 1903 hatte Italien die schwere Enttäuschung der Absage des Zarenbesuches erlebt. „Aufgeschoben“ hieß es in der diplomatischen Sprache — tatsächlich aufgegeben, wie die späteren Ereignisse bewiesen. Etwas anderes konnte man aber auch schwerlich erwarten. Nachdem die sozialistische Presse Wochen und Monate hindurch unbehindert eine unerhörte Kampagne gegen den Zar hatte führen dürfen, konnte diese Absage niemanden überraschen. Um so mehr als diese Invektiven gegen einen fremden Monarchen von seiten einer der Regierung nahestehenden Partei ausgingen. Und wie hätte der russische Botschafter in Italien seinem Souverän die Reise nach Rom besonders warm empfehlen sollen, wenn Prinetti des Botschafters Anfrage, ob die italienische Re-

gierung die Garantie dafür übernehmen könne, daß kein Zwischenfall sich ergeben werde — dahin beantwortete, er müsse die Erteilung einer positiven Auskunft erst von einer Rücksprache mit seinen Ministerkollegen abhängig machen.

Der Versuch schlug fehl, das Ausbleiben des Zarenbesuches einer österreichisch-ungarischen Intrige zur Last zu schieben und den Verbündeten zu beschuldigen, diese Monarchenentrevue hintertrieben zu haben. Eine Zeitlang glaubte zwar die öffentliche Meinung der von den Regierungsorganen verbreiteten Fabel einer Intrige Österreichs und es kam besonders in Rom zu österreichfeindlichen Demonstrationen. Schließlich konnte man aber auf die Dauer doch niemanden darüber täuschen, daß die italienische Diplomatie eine selbstverschuldete Schlappe erlitten hatte. Unbegreiflicherweise erschien aber auch das Mürzsteger Übereinkommen vielen italienischen Politikern als ein Mißerfolg der Consulta.

Als nun bald darauf der Russisch-japanische Krieg ausbrach, da hielten es selbst überlegte Politiker Italiens für sehr wahrscheinlich, die Monarchie werde diese Zeit der verminderten Aktionsfähigkeit Rußlands benützen, um den Einmarsch in Albanien vorzunehmen. Die Sprache der Presse und die Erörterungen in der Kammer nahmen die schärfsten Formen an. Die Regierung, die Consulta insbesondere, benötigte dringend eine Ablenkung der erregten öffentlichen Meinung, welche durch einen Scheinerfolg der italienischen Diplomatie getäuscht und beruhigt werden sollte. Loubets Besuch war ein

willkommener Anlaß, die franco-italienische Intimität stärker zu betonen. Daher auch die ostentativen Flottenverbrüderungen, für welche Neapel einen wahrhaft prächtigen Rahmen bot. Das leichtlebige, politisch so unreife neapolitanische Volk wird mit seinem Enthusiasmus niemals kargen, wenn man es durch lärmende Volksbelustigungen in die richtige Stimmung zu versetzen weiß.

Wenn damals die Straßen Neapels von Evvivas auf Frankreich erdröhnten und Schmährufe auf Österreich laut wurden, so geschah dies, weil die Drahtzieher es eben so wollten. Freilich: daß in ganz Italien die Sympathien für Frankreich in rapidem Wachsen begriffen waren, darüber durfte man sich keineswegs einer Täuschung hingeben.

Die mächtigen Lichtkegel, welche aus den Scheinwerfern italienischer und französischer Schiffe nach Neapel leuchteten, sich verschmolzen und ineinander fließend, gemeinsam die jubelnde Stadt in Taghelle badeten . . . . dieses aus dem Westen herüberflutende Licht . . . es schien wie das Symbol eines über Italien neuanbrechenden Tages . . . vom Westen kommend, — nach den ersehnten Osten gerichtet! . . .

Trotz der Begeisterung für Frankreich waren aber damals die italienischen Sympathien für Deutschland noch nicht nennenswert im Schwinden begriffen. Vor der Ankunft Loubets war Kaiser Wilhelm in Neapel und Sizilien gewesen und der Empfang, der ihm allerwärts bereitet wurde, bewies, daß des Kaisers genial-impulsive Art nach wie vor die Herzen der Südländer zu erobern vermochte. Zwei Herzen

wohnten in Italiens Brust. Eines, das der französischen Trikolore warm entgegenschlug, das andere, welches nicht umhin konnte, Sympathie und Freundschaft für den mächtigen Bewunderer Italiens zu hegen.

Ein charakteristisches Beispiel für dieses doppelte Gefühlsleben politischer Empfindungen bot eine an sich unbedeutende, vom Verfasser beobachtete Episode, welche sich im Frühjahre 1904 in Catania zutrug.

Der Deutsche Kaiser wurde dort — von Syrakus kommend — erwartet. Hoher Seegang verzögerte das Auslaufen der kaiserlichen Yacht aus Syrakus, so daß schließlich die Ankunft Kaiser Wilhelms mit dem demonstrativen Besuche einer großen Anzahl französischer Bürgermeister in Catania zusammenfiel. Dieses korporative Erscheinen der Franzosen hatte eine besondere politische Bedeutung. Nirgends hatte die Wunde des Verlustes von Tunis so lange geblutet wie in Sizilien, welches ja vor dem französischen Coup Tunis kolonisiert und dortselbst sehr bedeutende materielle Interessen erworben hatte. Allmählich war aber der alte Groll geschwunden; die erste demonstrative Annäherung sollte stattfinden und die Wärme des Empfanges den französischen Gästen beweisen, daß auch hier der Schmerz vernarbt sei, daß auch Sizilien die franco-italienische Entente freudig begrüße. Am gleichen Ort und zur selben Zeit: italienisch-französische Verbrüderung — und freudig-festlicher Empfang des deutschen Monarchen; bundesfreundliche Kundgebungen und „extratourliche“ Demonstrationen

.... wahrlich eine schwere Probe für das Organisationstalent und den Takt der Gemeindevertretung sowie der ganzen Bevölkerung Catanias. Man zog sich ganz gut aus der Klemme. Die Stadt war streng in zwei Zonen geteilt. Hier Deutschlands Farben und zwei bundfreundliche Aufschriften an Balkonen und Fenstern — — dort die Trikolore und allegorische Zeichen der Verbrüderung zwischen den beiden lateinischen Nationen. Und wie die Dekoration, so war auch der Enthusiasmus wohlweislich geschieden. Hier frenetische Hochrufe auf Kaiser Wilhelm — — dort nicht endenwollendes Zujubeln an das Schwestervolk, an den neuen, stammverwandten Freund! —

Eine kleine Episode nur — aber kennzeichnend für das politische Empfinden eines großen Teiles des Landes — bloß mit der einen Modifikation, daß weiter nordwärts die Sympathie für Frankreich schon früher festere Wurzeln geschlagen hatte als hier im Süden.

Das stets inniger werdende Einverständnis Italiens mit den Westmächten sowie besonders die neuen italienischen Balkanaspirationen, verbunden mit der unter Prinetti, Morin und Zanardelli erfolgten Unterstützung des Irredentismus — — dies alles hatte schließlich eine merkliche Spannung und Gereiztheit erzeugt. Die höchsten Faktoren Italiens mußten befürchten, daß sie dieser Bewegung schließlich nicht mehr Herr werden könnten, wenn man ihr weiter unbehinderten Lauf gewährte.

Daher der einigermaßen gemäßigtere Kurs unter der ersten Auflage des Ministeriums Giolitti-Tittoni. Auch diese konnten freilich nicht hindern, daß während ihrer damaligen Ministerschaft im Par-

lamente nach wie vor recht eigenartige Reden gehalten wurden und auch die der Regierung nahestehenden Abgeordneten von ihrer Abneigung gegen den Dreibund kein Hehl machten. Geschah es doch — während Tittoni das Auswärtige Amt leitete — daß der Berichterstatter des Budgets für das Ministerium des Äußern, Abgeordneter Crippo, in seinem mehrere Druckseiten umfassenden Berichte auf zwar wahrhaft enthusiastische Art der italienisch-französischen Freundschaft gedachte .... den Dreibund aber mit keiner Silbe erwähnte. Die aber trotz allem erfolgte Besserung der offiziellen Beziehungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn fand ihren markanten Ausdruck in den bekannten zwei Entrevuen Tittonis und Goluchowskis in Abbazia und Venedig .... eine Wiederannäherung, welche freilich nicht hindern konnte, daß Tittoni in gewissen Fragen der mazedonischen Gendarmeriereform England und Frankreich gegen Österreich-Ungarn ausspielte (s. Cap. III). Nach Tittoni aber finden wir Guicciardini und dann San Giuliano in der Consulta — — jene zwei Abgeordneten, welche seit langem die Träger des neuen politischen Gedankens, der Einbeziehung des westlichen Balkans in Italiens Interessensphäre waren.

Naturgemäß gehörten diese beiden Staatsmänner zu den überzeugtesten Anhängern der intimen Anlehnung Italiens an die beiden Westmächte. Die praktischen Folgen dieser Politik zeigten sich ganz besonders bei der Konferenz zu Algeciras: die vor Kreta skizzenhaft sichtbar gewordene Mächtegruppierung offenbarte sich nun mit plastischer Deutlichkeit .... Auf spanischem Boden ward aus den bisher

in mäßigem Walzertempo getanzten Extratouren eine recht feurige Tarantella ....

Daß Italien neuerdings bei einem diplomatischen Aufmarsch der Mächte nicht auf seiten seiner Alliierten zu finden war, erregte in Deutschland tiefgehenden Unmut — der entente cordiale sans alliance stand nun wirklich eine alliance sans cordialité gegenüber — —.

Die hochherzige Spende Kaiser Franz Josefs für die Verunglückten der Vesuvkatastrophe hatte wohl ein merkliches, wenn auch nicht dauerndes Nachlassen der Animosität Italiens gegen die Monarchie zur Folge. An deren Stelle trat aber eine um so heftigere Strömung gegen Deutschland, welche die einstigen Sympathien im Nu ins Gegenteil verwandelte.

Es gibt aber Vernunftehen, welche länger währen als Liebesheiraten. Nichts führt eine gleich beredte Sprache für die Notwendigkeit der Anlehnung Italiens an die beiden Zentralmächte als der Umstand, daß der Dreibund allen Stimmungen und Verstimmungen zum Trotze dennoch immer wieder erneuert wurde.

Die italienischen Staatsmänner konnten sich der Erkenntnis nicht entziehen, daß Deutschland und die Monarchie für den ihnen durch Italiens Anschluß gegebenen erhöhten Sicherheitskoeffizienten einen sehr namhaften Gegenwert bieten. — Die latente Kraft, welche der italienischen Volkswirtschaft innewohnt, hätte sich niemals so unbehindert entfalten können, wenn nicht die große Aufnahmsfähigkeit des deutsch-österreichischen Marktes, besonders aber die durch den Dreibund gebotenen Friedensgarantien diese glänzende ökonomische Entwicklung Italiens gefördert

hätten. So konnte die italienische Volkswirtschaft und besonders die Industrie jenen ungeahnten Aufschwung nehmen,*) so befestigte sich der Staatskredit Italiens in geradezu erstaunlicher Weise. Um fast eine halbe Milliarde wurde der Staatsnotenumlauf in dem Zeitraume von 1882 bis 1902 vermindert.**) In der Zeit des ersten Abschlusses der Tripelallianz notierte die 5prozentige italienische Rente in Paris mit zirka 88 Prozent — — zwanzig Jahre später stand sie weit über pari. Gewiß: . . in erster Linie beweisen diese Ziffern, daß Italien ein ökonomisch erstarkendes, aus sich selbst eine mächtige Lebenskraft schöpfendes Land ist. Ohne der Bundesgenossen Stütze hätte aber niemals der Niederbruch von Adua so rasch überwunden werden und die Folgen des wirtschaftlichen Kampfes mit Frankreich so glimpflich ablaufen können. Und auch neuerdings zeigte sich die Bedeutung der durch die Tripelallianz gewährten ungestörten, ruhigen Entwicklungsmöglichkeit: Wenn sich Italien vom Dreibunde losgesagt oder eine solche Richtung eingeschlagen hätte, daß sein Austritt aus dieser Gruppierung unvermeidlich geworden wäre, dann hätte es schwerlich

*) Es betrug z. B. die Ausfuhr

	im Jahre 1898	im Jahre 1904
von Baumwolle und Baumwollwaren	52·2	117·7 Millionen Lire
von Seide und Seidenwaren	386·6	538·1 „ „

Die Gesamtausfuhr Italiens betrug 1891: 876·8 Millionen Lire
1904: 1597·2 „ „

**) 1882: 940 Millionen Lire
1902: 445 „ „

die im Juni 1906 mit so glänzendem Erfolge durchgeführte Rentenkonversion wagen können. Wenn Luzzattis langjähriger Traum erfüllt ist, wenn Italien heute eine $3^3/_4$prozentige, in weiteren 4 Jahren automatisch eine $3^1/_2$prozentige Rente besitzt . . . so ist dies in erster Linie seiner gesicherten internationalen Position zu danken. So drückt sich auch in diesem Belange der Wert der Tripelallianz in sehr gemeinverständlichen Ziffern aus: Italiens Budget ist vom Jahre 1907 angefangen um 20 Millionen, einige Jahre später um fast 41 Millionen Lire jährlicher Ausgaben entlastet. Was dies trotz der stets steigenden Überschüsse für den italienischen Staatshaushalt bedeutet, dessen wird man sich erst dann völlig bewußt, wenn man sich daran erinnert, wie unelastisch das Steuersystem Italiens bereits geworden, wie überaus angespannt die Steuerschraube ist, und in welch hohem Maße stets neue Anforderungen an das Budget treten: Einlösung der Eisenbahnen und dringende Investitionen im ganzen Gebiete des Eisenbahnwesens (im Jahre 1906 wurden hierfür 300 Millionen votiert, von denen 200 Millionen dem Zwecke der Fahrparkergänzung zugeführt wurden. Sonnino bezifferte die für die Reorganisation des Eisenbahnwesens erforderliche Summe auf rund eine Milliarde). Ferner: Fürsorge für den schwer vernachlässigten Süden des Landes, vor allem aber das mächtige Flottenprogramm, der geplante Ausbau eines Kriegshafens in der Adria, die beabsichtigte Befestigung von Brindisi sowie die Durchführung von Baggerungen, welche auch den tiefsttauchenden Kriegsschiffen das Einlaufen in sämtliche Adriahäfen

ermöglichen soll. Bezeichnenderweise motiviert man in Italien besonders in der letzten Zeit die neugeplanten Rüstungen zur See mit dem offenen Hinweis auf die Monarchie. Während Österreich-Ungarns Kriegsflotte bekanntlich lange nicht halb so stark ist wie die italienische, finden es selbst die offiziellen Kreise in Italien für gut, für die beabsichtigten Rüstungen Stimmung zu machen, indem sie unter offenkundiger Entstellung der Tatsachen das Publikum mit Nachrichten über die formidabeln Marinepläne der Monarchie alarmieren. Tatsächlich alarmierend ist aber dieser Modus procedendi der verantwortlichen und unverantwortlichen italienischen Kreise. Und sehr bemerkenswert auch die italienischen Rüstungsabsichten, jene zur See nicht minder als die an der Ostgrenze. Sie werden gewaltige Summen verschlingen, deren Beschaffung durch die vollzogene Rentenkonversion namhaft erleichtert wird.

Das Festhalten am Dreibunde hat sehr bald und in vielfacher Beziehung praktische Früchte für Italien gezeitigt. Werden die in Algeciras geleisteten Dienste ebenso bald ihren Lohn finden — und wird Frankreich seinem neuen Freunde aufrichtig und rückhaltlos freie Hand in Tripolis gewähren? Nichts spricht dafür, daß Frankreich gewillt wäre, Tripolis freiwillig so vollkommen der italienischen Einflußsphäre zu überlassen, wie es sich Italien nach dem Übereinkommen vom Jahre 1899, besonders aber nach dem Sekundantendienste bei der auf spanischem Boden gefochtenen Mensur wohl erwarten konnte. Die Vorgänge, welche sich

im Sommer und Herbst 1906 im Hinterlande von Tripolis abspielten, weisen auf die unbeirrte Absicht Frankreichs hin, seinen Einfluß auch in diesem wichtigen Gebiete selbst auf Kosten der italienischen Interessen zu befestigen. Ein Keil nach dem andern wird von der vagen tunesischen Grenze aus in das tripolitanische Hinterland getrieben. „Schutz der tunesischen Grenze“ lautet die offizielle Parole — ein durchsichtiger Vorwand, um, wie von einer Artischocke Blatt um Blatt, so von der türkischen Herrschaft in Nordafrika Gebiet um Gebiet abzulösen. Besonders auf die wichtige Karawanenstraße, welche von der Tripolisküste in den Süden führt, ist Frankreichs Augenmerk gerichtet. So kam es erst kürzlich zwischen Frankreich und der Türkei zu einem Konflikt um den Besitz der Oase Gjanet, welche, im Vereine mit Ghat als das Tor zwischen Tripolis und dem Sudan bezeichnet wird.

Selbstverständlich endete der Streit mit dem Abzuge der türkischen Truppen; Gjanet bleibt in französischen Händen: ein Schritt weiter in der zielbewußten Aktion, sich die Verkehrswege in das Innere zu sichern. Ergänzend schloß sich daran die im September 1906 erfolgte Besetzung der Oase Bilma. Ein diesbezüglich im Giornale d'Italia vom 24. September 1906 publizierter Artikel schließt mit folgenden Worten:

„Wir konnten aber nicht erwarten, daß so bald der letzte Schlag gegen das tripolitanische Hinterland erfolgen werde. Nach all dem erscheinen unsere Ansprüche auf eine Pénétration pacifique als reine Ironie, welche ein Gegenstück zum traurigen, wenn

auch längst vergessenen Zwischenfall von San Mun zu werden droht.“

Charakteristisch ist nur das eine: daß die italienische Presse die rücksichtslosen französischen Vorstöße gegen die Interessen Italiens verzeichnet, ohne jemals auch nur ein Wort des Unmutes über Frankreichs Vorgehen zu finden, während der geringste Anlaß benützt wird, um in gehässiger Weise Österreich-Ungarn anzugreifen, obwohl gerade wir stets eine besondere Rücksichtnahme für berechtigte oder unberechtigte italienische Empfindlichkeiten bekunden.

Noch ist das tripolitanische Hinterland nicht verloren, wenn aber die Politik des Gewährenlassens noch längere Zeit befolgt wird und Italien nach wie vor von der französischen Hypnose gebannt bleibt, dann wird auch diese italienische Interessensphäre den Weg nehmen, den Tunis gegangen . . . ! Was würde es dann Italien nützen, wenn ihm von Frankreich auch wirklich der Besitz der Küste überlassen werden sollte? Deren Besetzung wäre ein Schlag ins Wasser, wenn ihr nicht auch die Einbeziehung des ganzen Hinterlandes in Italiens Machtgebiet auf dem Fuße folgt . . . und die Position an der Küste wäre für Italien eine unhaltbare. Eine neue Enttäuschung droht den italienischen Mittelmeerhoffnungen. Anstatt aber mit aller Energie den Platz zu behaupten, sich inniger an seine Alliierten anzulehnen und mit deren Hilfe den ihm gebührenden Vorrang in Tripolis und dessen Hinterland zu behaupten, glaubt Italien durch engen Anschluß

an die Westmächte sich vor einer unliebsamen Überraschung in Nordafrika schützen zu können.

Der letzte Ministerwechsel in Italien bedeutet eine Entspannung in den Verhältnissen zu Österreich, insofern als nicht mehr eine die Irredenta geradewegs fördernde Regierung am Ruder ist. Schon dies ist ein großer Gewinn. Wenn die Reibungsflächen der leidigen Irredentafrage allmählich abgeschliffen würden, ließe das beiderseitige Mißtrauen nach, die Beziehungen könnten allgemach bessere werden und es wäre vielleicht weniger schwer, den andern großen Interessengegensatz zu schlichten, der uns trennt und der bedingt ist durch das Vordringen Italiens am westlichen Balkan sowie durch das Streben unseres Verbündeten nach der Vorherrschaft in der Adria.

Diesbezüglich scheint aber auch unter Tittoni die Politik, welche von Italien in den letzten Jahren eingeschlagen wurde, unverändert beibehalten zu werden. Stets innigere Anlehnung an Frankreich und England, in der Hoffnung, hiedurch zwei Eisen im Feuer zu haben: Garantien in Tripolis und eine Stütze für die Politik der unbeschränkten Adriabeherrschung.

Wiederum fand im Herbste 1906 eine italofranzösische Flottenvereinigung statt, der sich diesmal auch eine englische Eskader beigesellte. Dieser Anlaß wurde benützt, um in Tischreden laut zu verkünden, das Mittelmeer dürfe nur Frankreich und Italien angehören . . . Der kaum verblümte Hinweis auf die

Adria gab derartigen Reden eine ganz besondere Spitze gegen Österreich-Ungarn.

Auch die Ernennung San Giulianos zum Botschafter in London ist ein sehr deutliches Zeichen, wohin der Kurs geht. San Giuliano, einer der besten Kenner Mazedoniens und Albaniens, ist eine Autorität auf dem Gebiete italienischer Balkanpolitik. Er ist ein Anhänger jener Richtung, welche an eine mit englisch-französischer Hilfe zu vollführende Mission Italiens am westlichen Balkan glaubt. Und er, der Exminister des Äußern und heutige königlich italienische Botschafter in London, ist einer der zahlreichen Vizepräsidenten des großen Londoner Balkankomitees, dessen Programm dahin geht, durch englisch-französisch-italienisches Zusammenwirken über Österreichs Kopf hinweg die Autonomie Mazedoniens und Albaniens unter Leitung eines europäischen Gouverneurs durchzusetzen . . .

Italien will weiter nach den Osten blicken und streben . . . Dort aber kreuzen sich unsere Wege — ein künstlich erst zu schaffendes Interesse prallt an eine erbgesessene Position . . . Nur eine ehrliche, rückhaltlose Auseinandersetzung wird dauernd einem schweren Interessenkonflikt vorbeugen.

Ex oriente lux!

Möge es immer nur das friedliche Licht der aufgehenden Sonne sein, welches das Albanergebirge blutrot überflutet.

II.

Das albanisch-mazedonische Chaos.

Jahrhundertelang währte der Kampf um die Ostküste der Adria. Die ihn führten waren einerseits Venedig, welches sich das Ausfallstor zum Mittelmeer offen halten mußte, anderseits die Normannen, nach ihnen ihre Nachfolger im Königreiche Neapel, die Hohenstaufen beziehungsweise das Haus Anjou und Ungarn, welche das Netz zuziehen und die Republik vom Mittelmeer ausschließen wollten. Nicht ein Kampf um Land und Leute war es, nicht das Streben nach Ländererwerb, nicht die Sucht, neue Absatzgebiete zu finden, trieb Venedig dazu, sich um jeden Preis in den Besitz Dalmatiens und Albaniens zu setzen beziehungsweise zu erhalten oder wenigstens die Vereinigung beider Adriaküsten in einer Hand zu verhindern. Das große Problem stand auf dem Spiele, ob die Adria frei sein sollte, ob die alte Dogenstadt sich den unbehinderten Ausgang ihrer Handels- und Kriegsflotte ins freie Meer offen halten konnte. Geographie, Handelspolitik und Strategie hatten es als Axiom der von Venedig niemals verlassenen Adriapolitik erscheinen lassen: jede politische Konstellation eher zu dulden, als eine solche, welche beide Adriaufer in die Hand eines einzigen Herrn oder zweier engverbündeter Herrscher spielen konnte. Es war Venedigs Stellung als europäische Großmacht und

als erste Handelsmacht des Kontinents, welche von der siegreichen Durchsetzung dieses Postulates abhing. Nur eine selbstverständliche Folgerung dieser Politik war es, daß Venedig die Ostküste für sich reklamierte, nicht so sehr des direkten Vorteiles halber, den der Besitz als solcher bieten konnte, sondern um auf diese Art am sichersten von dort Jene auszuschließen, welche schon den Westen beherrschten oder doch gemeinsam mit der von drüben gebotenen Hand die Absperrung vornehmen konnten.

Es ist (wie dies auch Gustav Beckmann in der sehr interessanten Abhandlung „Der Kampf um die Adria“, Grenzboten 1905, sehr richtig bemerkt) ein völliger Trugschluß, wenn Italien seine neuentdeckten „geheiligten Rechte und Interessen am andern Ufer der Adria“ aus der Geschichte Venedigs abzuleiten und mit dessen Kämpfen um jene Gebiete historisch zu begründen sucht. Gerade das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Die Monarchie ist es, welche sich heute in derselben Lage wie Venedig befindet. Gleich diesem hat sie heute nur ein einziges Ausfallstor zur See, und wie die alte Republik können wir in Albanien wohl die türkische Herrschaft dulden . . . . keineswegs jedoch eine fremde europäische, unter welcher Form oder welchem Deckmantel immer sie geübt würde.

So wie Venedigs, so hängt auch Österreich-Ungarns Machtstellung in erster Linie davon ab, daß es uns gelingt, den Zutritt ins Mittelmeer offen zu halten; gleich der mittelalterlichen Republik wäre die Monarchie dem Verfalle geweiht, wenn diese einzige Arterie, welche den Pulsschlag des Weltverkehres auch in unseren Körper zu leiten vermag,

unterbunden würde. Auf Aussig und Hamburg gewiesen würde Österreich wirtschaftlich zum Vasall Deutschlands herabsinken und in dessen völlige Abhängigkeit geraten.

Triest und Fiume sind im Kampfe um den freien Zutritt zum offenen Meer Venedigs Erben geworden. Die Geschichte ist die Kronzeugin dafür, daß Österreich-Ungarn nur den Kampf um seine Existenz führt, wenn es seinem Alliierten betreffs Albaniens ein lautes hands off zuruft: Italien aber, welches von Genua und Neapel, von Messina und Tarent aus das Mittelmeer dominiert, welches von Venedig bis Brindisi die Adria beherrscht, befindet sich in einer weit glücklicheren Lage als die Monarchie: Allüberall steht ihm der Weg ins freie Meer unbehindert offen und wessen Einfluß immer in Albanien prävaliert, niemand könnte von dort aus Italiens volle Bewegungsfreiheit in der Adria hemmen, solange Brindisi und Ancona italienische Häfen sind. Was die Monarchie zu dem Kampfe um den überwiegenden Einfluß in Albanien drängen sollte, ist der nackte Erhaltungstrieb; was Italien zur Verfolgung seiner westbalkanischen Politik bewegt, ist die Sucht nach alleiniger Herrschaft über die Adria, das heißt die, hiemit wohl nicht beabsichtigte, aber durch sie bedingte Erdrosselung des österreichischen Lebensnervs. Wenn schon im Mittelalter trotz der technischen Unvollkommenheit der Waffen der gleichzeitige Besitz Valonas und Brindisis die unumschränkte Herrschaft über die Adria sicherte, um wie vieles mehr muß dies im zwanzigsten Jahrhundert der Fall sein? Valona mit seiner weiten Bucht, welche

den größten Kriegsflotten Schutz gewähren kann, mit dem Höhenkranze und der vorgelagerten Insel Saseno — — es müßte in der Hand jener Macht, die auch Brindisi beherrscht — zum Schlüssel der gesamten Adria werden.*) Nur 75 Kilometer voneinander entfernt, würden sich diese beiden Bollwerke die Hände reichen, die Adria wäre ein mare clausum geworden und die österreichisch-ungarische Kriegsflotte in diesem Bassin wie in einer Mausefalle gefangen. Aber nicht bloß die militärischen, auch die kommerziellen Interessen Österreich-Ungarns würden durch eine solche Konstellation in allerschwerste Mitleidenschaft gezogen werden.

Am tiefsten Ende eines Sackes gelegen, den zuzuziehen im jeweiligen Belieben und im Interesse eines Dritten liegt, wären Triest und Fiume zum Niedergange verurteilt. Die über den Handel und den freien Verkehr jederzeit schwebende Unsicherheit müßte jeden Aufschwung hemmen, das Kapital würde nicht leicht es wagen, sich in Verkehrsunternehmungen an einem Platze zu engagieren, welcher auf Gnade oder Ungnade einer fremden Macht ausgeliefert ist, der erdrosselt werden kann, ohne daß in seiner Nähe auch nur ein Schuß fällt. Das, was die Italiener heute schon laut verkünden:

*) San Giulano nennt Valona „einen Stützpunkt allerersten Ranges, dessen künftigen Geschicken gegenüber Italien keineswegs gleichgültig bleiben kann“.

Gleichzeitig erinnert er daran, daß vor nicht viel mehr als zwei Jahrhunderten die „italienische“ Flagge dort wehte, nachdem Venedig erst im Jahre 1690 Valona an die Türkei abtreten mußte.

„l'Adriatico è mare italiano" — würde an dem Tage zur Wirklichkeit werden, in welchem Italien die Hegemonie über Albanien gewänne.

Der Wahlspruch der italienischen „Lega navale", das lakonische Motto „mare nostrum", es würde bald aus einem Kampfesruf, der es heute noch ist, zu einem die nackten Tatsachen klipp und klar konstatierenden — Grabesspruch aller österreichischen und nicht minder aller ungarischen Hoffnungen werden!

Österreich-Ungarn ist es also, welches die Politik Venedigs zum Vorbilde zu nehmen sich geradezu gezwungen sieht .... und welches in Albanien vielleicht einmal um die Erhaltung seiner Machtstellung wird kämpfen müssen, wenn eine vertrauensselige Diplomatie sich nicht rechtzeitig vorsieht. Solange freilich das morsch gewordene Gebäude der europäischen Türkei noch aufrecht steht, solange droht uns keine unmittelbare Gefahr.

Inzwischen sind aber viele andere schon eifrig am Werke, rechtzeitig dafür Sorge zu treffen, daß — wenn einmal der kranke Mann die Augen geschlossen, ihnen ein möglichst großes Stück aus dem reichen Erbe zufalle. Die Intrigen all dieser Erbschaftsschleicher bilden einen Teil jenes komplizierten Problemes, das seit alters her als Orientalische Frage die Kanzleien der europäischen Diplomatie beschäftigt. Daß es Österreich-Ungarn heute nicht beifällt, eine territoriale Expansionspolitik zu treiben, dies folgt schon mit zwingender Notwendigkeit aus der ungeklärten, schwierigen Lage, in welcher sich die beiden Teile der Monarchie zueinander befinden. Glauben

doch selbst jene nicht an österreichische Okkupationsabsichten, welche sie stets verkünden, um das Interesse ihrer Konnationalen in Atem zu halten, und welche die Verdächtigung Österreich-Ungarns als Mittel benutzen, um die Aufmerksamkeit von den eigenen Aspirationen abzulenken, und um ihre Vorstöße lediglich als Abwehraktionen erscheinen zu lassen . . . Der bald uns allein zugeschriebene, bald uns als Werkzeug Deutschlands imputierte „Drang nach dem Osten“ — — dieses von fremden Händen der deutsch-österreichischen Politik vorgehaltene Aushängeschild, es dient bloß als Maske, hinter welcher sich die eigene Begehrlichkeit verstecken will.

Selbstverständlich soll damit nicht gesagt werden, daß die Monarchie an der Lösung der Balkanfragen nicht in ernstester Weise interessiert sei. Im Gegenteile: Unter allen europäischen Mächten gibt es keine einzige, welche in so hohem Maße wie Österreich-Ungarn das volle Recht besitzt, zu verlangen, daß *dieser Teil* der Balkanfrage niemals gegen sie, sondern nur *mit ihr* gelöst werde.

Die von den Balkanvölkern selbst so gerne in Anspruch genommenen „historischen Rechte“, die aber das Gemeinsame haben, daß sich aus ihnen *für jeden etwas — und für alle das gleiche* ableiten läßt, sie sollen für die Monarchie nicht geltend gemacht werden. Nicht etwa daraus sollen unsere Vorrechte am Balkan abgeleitet werden, daß der Siegeszug der Türken an den Mauern Wiens zerschellte und Österreich sowie Ungarn jahrhundertelang Europas Schutzmauer gegen das Vordringen des Osmanentums gewesen sind. Auf weit realerem

Boden wurzelt vielmehr gegenwärtig unser Anspruch, die europäische Vormacht am westlichen Balkan zu sein. Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina hat zur Folge, daß jedwede territoriale oder politische Verschiebung in der Nähe des Okkupationsgebietes von einer nachhaltigen und ernsten Rückwirkung auf dasselbe begleitet sein müßte. Wir sind nur dann imstande die uns am Berliner Kongreß übertragene Aufgabe zu erfüllen, wenn nicht unter der Ägide fremder Mächte sich am Balkan nationale oder politische Gruppierungen vollziehen, die, zahlreiche Konfliktsmomente in sich bergend, den Keim schwerer Unruhen auch nach Bosnien, nach der Herzegowina, wahrscheinlich selbst nach Dalmatien und Kroatien tragen müßten.

Wenn in Albanien der Schlüssel der österreichisch-ungarischen Machtstellung zur See und zu seiner kommerziellen Bewegungsfreiheit liegt, so läßt sich Mazedoniens Bedeutung für die Monarchie in folgender Weise kennzeichnen:

Jedwede ohne die vorwiegende Führung Österreich-Ungarns sich vollziehende Loslösung Mazedoniens von der Türkei, jede nicht durch und mit uns erfolgte „Autonomisierung" Mazedoniens würde ebenso wie jedwede „Balkankonföderation" die schwersten Erschütterungen für die Monarchie im Gefolge haben. Ein derartiges neues Gebilde müßte notgedrungen seine Konsolidierung darin suchen, daß es andere Balkanvölker an sich heranzieht. Die Slawen Mazedoniens könnten dauernd die von ihnen erstrebte Hegemonie über die anderen Nationalitäten dieses Landes nur dann erringen, wenn sich ihnen Gebiete

mit stark slawischer Mehrheit angliedern. Die okkupierten sowie die österreichischen Provinzen des Südens wären von einer neuen Irredenta bedroht, neue schwere Kämpfe und Verwicklungen stünden bevor! Ein autonomes mazedonisches Gebilde unter fremder Leitung oder die Schaffung eines Großbulgariens oder eines Großserbiens vor den Toren der Monarchie zuzugeben, hieße dieselbe den gefährlichsten Erschütterungen aussetzen.

In Süddalmatien erzählt man, daß Fürst Nikita von Montenegro, zu einer Zeit, als er noch mit besonderem Eifer dem großserbischen Ideale zustrebte, bei einer Fahrt an die montenegrinisch-österreichische Grenze gelangt, ein Streichholz entzündete, und als es aufflammte, dasselbe mit einer den Umstehenden wohl verständlichen Gebärde . . . in weitem Bogen auf österreichischen Boden schleuderte. Dieses symbolische Streichholz . . . es würde zur sehr reellen Brandfackel werden, wenn je unter serbischer, montenegrinischer oder bulgarischer Ägide ein neues oder vergrößertes Balkangebilde in unserer Nähe entstehen sollte. Die Frucht langjähriger Arbeit — — das der Kultur und Zivilisation erschlossene Okkupationsgebiet, würde Anderen in den Schoß fallen — und selbst Dalmatiens Besitz wäre auf das äußerste gefährdet. Auch in Mazedonien ist ebenso wie in Albanien das Interesse der Monarchie in *erster Linie* ein *negatives*: daß dort nichts geschehe, was uns Schaden bringen könnte, daß keine fremde Einmischung erfolge, daß kein anderer Staat die Führung dieser Völker an sich reiße. Diesen, in negativer Weise sich formulierenden Ansprüchen,

steht aber noch ein sehr namhaftes positives Interesse der Monarchie an Mazedonien zur Seite: sich den kommerziellen Weg über Salonik unbehindert offen zu halten, frei von jedwedem beengenden fremden Einflusse.

Salonik ist durch seine geographische Lage dazu prädestiniert, das am weitest nach Südosten vorgeschobene Ausfallstor für den südösterreichischen und ungarischen Handel zu werden. Heute bloß eine Zukunftshoffnung, wird Salonik in dem Augenblicke eine überragende Bedeutung als wichtigster Hafenplatz des europäischen Ostens erlangen, an welchem zwei — bereits im Werden begriffene Werke der Vollendung entgegengehen: Die Schienenverbindung Saloniks mit Sarajewo und der Ausbau des kleinasiatischen Netzes beziehungsweise der Bagdadbahn. Die bosnische Ostbahn ist wohl bereits bis an die Sandschakgrenze gedrungen, so lange aber die Verbindung mit Mitrowitza nicht hergestellt ist, kommt ihr bloß eine mäßige strategische Bedeutung zu: der in ihr schlummernde, kommerzielle und politische Wert bleibt bis zu dem Morgen ungeweckt, an welchem der erste Zug, von Sarajewo kommend, bis Mitrowitza rollen wird. Erst dann wird das fruchtbare Wardartal für die Monarchie wirklich erschlossen werden und Mazedonien, dessen reicher Boden das Zehnfache des gegenwärtigen Ertrages liefern könnte, wird dann erst in regeren Kontakt mit Österreich-Ungarn treten können.

Darum ist zu hoffen, daß es baldigst gelingen möge, alle Schwierigkeiten und Widerstände gegen

den Ausbau des noch fehlenden kurzen Verbindungsstückes zu beseitigen.

Von französischer Seite sekundiert, wurden in Italien Alarmrufe gegen den Bau der bosnischen Ostbahn laut. Die wahre Ursache der Stellungnahme gegen diese Bahn wollten die Wenigsten offen bekennen. Zuzugestehen, daß man in ihr einen abwehrenden Schachzug gegen die eigenen Aspirationen zu erblicken glaubte — das wäre einer vorzeitigen Demaskierung des eigenen Spieles gleichgekommen.

Man kam auf den unwahrscheinlichen Gedanken, die neue Bahn unter dem Motto der drohenden Ablenkung der malles des Indes als eine Italiens Interessen schädigende Maßregel zu bekämpfen.*) Die Abkürzung, welche die Route London—Ostende—Wien — Salonik — Port-Said dem indischen Postenlauf vielleicht einmal gewähren könnte, wurde als eine ernste Gefährdung italienischer Interessen, als „capitis deminutio“ Brindisis bezeichnet.**)

---

*) Von bedeutenden italienischen Politikern hatte nur San Giuliano den Mut, offen zu gestehen, daß andere politische und ökonomische Gründe Italien veranlassen, gegen diesen österreichisch-ungarischen Bahnbau Stellung zu nehmen.

San Giuliano schreibt darüber in einem Artikel „L'Italia e l'avvenire dell'Adriatico“ (Giornale d'Italia, 9. August 1902): Die Bahn Sarajewo—Mitrowitza, welche Österreich bis zum Jahre 1906 zu vollenden hofft . . . wird sehr bedeutende politische und ökonomische Folgen haben, — als deren unbedeutendste das Los der malles des Indes ist, welcher Loiseau und andere zu weitgehende Aufmerksamkeit schenken.“

**) So die Artikelserie des Professors Ghelli, publiziert im „Pungolo parlamentare“. Ferner „Don Marzio“ vom 23. November 1900, der „Commercio Italiano“ und die Publikation von Charles Loiseau „Les Chemins de fer du Balkan occidental“ in der „Revue de Paris“.

Man vergaß dabei gänzlich darauf Rücksicht zu nehmen, daß dieser neue Weg zum Teile über Schmalspurbahnen führen wird, daher die diesen Berechnungen zugrunde liegende Durchschnittsgeschwindigkeit der Bahnbeförderung viel zu hoch gegriffen ist. Hingegen ermöglicht die Abkürzung durch den Simplontunnel einerseits, besonders aber die jederzeit durch Verbesserung des italienischen Bahnbetriebes leicht zu erreichende namhafte Zeitkürzung auf dem langen Wege von Domo d' Ossola bis Brindisi eine vielstündige Abkürzung der bisherigen Transportdauer, so daß schließlich die Zeitdifferenz zwischen den beiden Routen sich auf ungefähr sechs Stunden reduzieren würde. Dieses geringen Vorteiles willen wird aber schwerlich so bald eine derartige Deviation von dem altgewohnten Wege eintreten. Brindisi kann bis auf weiteres der Hafen für den wichtigen indischen Eilverkehr bleiben — und von der bosnischen Ostbahn allein droht in dieser Beziehung den Interessen Italiens keine Gefährdung.

Salonik aber wird, wenn einmal die zwei Schienenstränge durch das heute noch fehlende, kurze Verbindungstück vereinigt sind, der Endpunkt zweier großer Handelszüge werden. Die Vardar-Moravalinie (Belgrad—Nisch—Üsküb—Salonik) und die Route Sarajewo—Üsküb—Salonik, denen sich die Bahn von Konstantinopel anschließt, werden wichtige Verkehrsadern darstellen und dem in stetem Wachsen befindlichen vorderasiatischen Bahnnetz die Hand reichen. Salonik wird dereinst der europäische Brückenkopf für den Verkehr nach dem Osten werden.

Der Salonik gegenüber liegende Hafen von Smyrna hat an Bedeutung zugenommen, seitdem die Verbindung Smyrnas mit der anatolischen Bahn hergestellt ist. Infolge der hiedurch gewonnenen Wegkürzung und der günstigeren Lage Smyrnas wird es sich von selbst ergeben, daß ein Teil des nach Konia respektive Eregli und darüber hinaus gravitierenden Verkehres von Haidarpascha nach Smyrna abgelenkt werden wird. Wenn aber einmal die mit der Konvention vom 8./21. Jänner 1902 konzessionierte Bagdadbahn ihrer Vollendung entgegengehen wird,*) dann werden die Häfen Salonik und Smyrna eine ungemein große Bedeutung erlangen.

Jener Staat, der es verstanden haben wird, sich bis dahin eine prädominierende Stellung in Salonik zu sichern, und die dortselbst einmündenden Verkehrslinien handelspolitisch zu beherrschen, der wird, ohne sich darum in die Gefahren einer unsicheren Kolonialpolitik eingelassen zu haben, unschätzbaren Gewinn aus dem Wiederaufblühen der große Reichtümer in sich bergenden alten vorderasiatischen Kulturländer ziehen.

Salonik, der dem Suezkanal nächstliegende große Hafen des Kontinentes, ist das einzige Ausfallstor, welches der Monarchie den unmittelbaren Zutritt zum Mittelmeere gewähren könnte. Und Österreich-Ungarn steht vor der Frage, ob es zusehen will, wie dieser Hafen ein französisch-italienischer Stapelplatz wird ... oder ob der aus der Geographie sich geradezu mit zwingender Notwendigkeit ergebende

*) Bis heute ist ein Torso in der Länge von etwa 200 Kilometern fertiggestellt.

Vorsprung endlich auch ausgenützt und Salonik handelspolitisch zu einem in erster Linie unseren Interessen dienenden Emporium gemacht werden soll.

Petrović, der einstige Preßchef im serbischen Ministerium des Äußern, charakterisiert die österreichisch-ungarischen Interessen im Ägäischen Meere in einer Weise, die unsere Aufmerksamkeit verdient, weil diese Stimme aus einem uns im allgemeinen nicht besonders gewogenem Lager kommt, sie sohin den Vorzug besitzt, die Frage gewiß nicht im einseitig österreichischen Lichte zu behandeln.

In Petrović' Broschüre „Mazedonien und die Lösung seines Problems" findet sich folgende Ausführung:

„Genau so wie Rußland im Marmarameere, hat Österreich im Ägäischen vitale Interessen seiner nationalen und Wirtschaftspolitik zu verfechten. Wenn die derzeitige Monarchie der Habsburger gewissen zentrifugalen Bestrebungen erfolgreich Einhalt gebieten will, so muß sie ihren Völkern nebst völliger Gleichberechtigung auf politischem Gebiete auch die wesentlichen Grundlagen ihres wirtschaftlichen Gedeihens und Fortkommens verbürgen, dem Schaffensgeiste und Erwerbsfleiße ihrer fünfzig Millionen Untertanen neue, glückverheißende Bahnen eröffnen. Handel und Wandel in Österreich werden sich aber so lange im Banne einer fast aussichtslosen Wirtschaftspolitik bewegen, als sich die Monarchie auf dem Landwege keinen freien Zugang zu den Häfen im Ägäischen Meere verschafft haben wird. Ist es doch eine unleugbare Tatsache, daß Österreichs

gangbarste Erzeugnisse allmählich aus der Levante verdrängt werden und auch im allernächsten Osten und Süden in solchen Gegenden auf gefährliche Mitbewerber stoßen, deren Märkte sie noch kurz vorher zu beherrschen vermochten. Der schmale Küstenstrich längs des Adriatischen Meeres genügt nicht mehr, um Österreich eine achtunggebietende Stellung im See- und Welthandel einzuräumen. Anderseits liegt es auf der Hand, daß — so lange sich das Gebiet, das sich von den Grenzen seines jetzigen Machtbereiches längs des Vardarflusses bis zum Hafen von Saloniki hinzieht, in fortwährender verhängnisvoller Gärung befindet und vom blutigen Gezänke verwilderter und verhetzter Völker widerhallt; so lange längs der großen Verkehrsader, der sich der größte Teil der österreichischen Produkte zuwenden sollte, die beschämendste Rechtsunsicherheit herrscht, bulgarische und albanesische Räuberbanden hausen und die türkische Willkürherrschaft ihre Orgien feiert — so lange kann auch von einem geregelten Handelsverkehr selbstverständlich keine Rede sein. Die Fortdauer der heutigen Verhältnisse in Mazedonien und Altserbien bedeutet schon heute eine empfindliche Schadigung der wichtigsten Handelsinteressen der österreichischen Monarchie. Neben diesem bedeutenden wirtschaftlichen kommen aber auch wesentliche politische Gesichtspunkte in Betracht. Österreich ist seinerzeit zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina geschritten, um einem ähnlichen, gefahrvollen Zustande in den unterwühlten Ländern ein Ende zu bereiten. Es hieß in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, hart an seinen von einer gleichartigen und

gleichsprachigen Bevölkerung bewohnten Landesgrenzen Ruhe und Ordnung stiften und für alle Fälle im Rücken strategisch gedeckt zu erscheinen. Dieses Ziel wäre heute in Bosnien so gut wie erreicht — indes brennt es im altserbischen und mazedonischen Hinterlande wieder einmal lichterloh. Die hoch aufflackernden Flammen werden so lange nicht erlöschen, bis sich das benachbarte Österreich nicht zu jenem entscheidenden Schritte entschließt, den seine Machtfaktoren im Berliner Vertrage vorausgesehen haben, als sie sich daselbst das Recht der Erweiterung ihres Einflußbereiches ‚au delà de Mitrovitza' klar und deutlich ausbedungen und vorbehalten hatten."

So urteilt ein Serbe, dessen offizielle Stellung die genaueste Vertrautheit mit den einschlägigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen bedingte. —

Wir aber — — wir gedenken nicht des alten historischen Gesetzes, nach welchem — heute ebenso wie in grauer Vergangenheit — nur jene Staaten eine dauernde Machtstellung und den Höhepunkt der Kultur sowie wirtschaftlicher Blüte erreichen, welche den freien Zutritt zur See besitzen.

Etwas mehr Egoismus wäre in unserer Politik am Platze!

Nur allzusehr wird auch an maßgebender Stelle immer wieder die „Uneigennützigkeit" als Leitmotiv der österreichisch-ungarischen Politik nicht bloß hervorgehoben, sondern tatsächlich auch zur ausschlaggebenden Richtschnur genommen. Wenn wir in den Seiten der Geschichte blättern, so drängt

sich uns die Überzeugung auf, daß Österreich nicht selten schwer gefehlt, indem es seine beste Kraft für die Erhaltung irgendeiner idealen Ordnung der Dinge, für eines Dritten Recht, für fremde, uns wenig tangierende Interessen einsetzte, dabei aber des eigenen Vorteiles nicht eingedenk war, ihn zumindest nicht mit dem nötigen Nachdruck wahrte...

So setzen wir auch heute noch einen ganz besonderen Stolz in die „Selbstlosigkeit" unserer Politik. Ohne aus den traurigen Erfahrungen vergangener Zeiten gelernt zu haben — halten wir an Maximen fest, welche von anderen längst über Bord geworfen wurden. Englands egoistisches Vorgehen mag menschlich wohl wenig Sympathien erwecken, die ungeheuren materiellen und kulturellen Erfolge, welche aber diese Politik erzielt, scheinen doch höher zu werten als die höflichen Verbeugungen und die platonische Dankbarkeit, welche das Ausland unserer Uneigennützigkeit zollt. Fast möchte man glauben, als läge manchmal in solch wohlwollender Anerkennung ein leiser Schimmer der Ironie, für diesen guten, alten Staat, der sich in der glücklichen Lage wähnt, durch Altruismus glänzen zu können, während rings um ihn andere, hochstrebende und große Nationen das Odium des Egoismus auf sich zu nehmen gezwungen sind, wenn sie unentwegt vorwärts schreiten wollen!

Eine derartig egoistische Politik braucht darum noch lange nicht mit territorialer Expansionspolitik gleichbedeutend zu sein. — —

Eines sollten wir aber doch nicht so ganz übersehen: die großen Weltmächte haben heute schon fast die ganze Erde unter sich aufgeteilt und

dafür gesorgt, daß die Überproduktion an Waren Abfluß finde und daß der Überschuß an geistigen Kräften nicht daheim durch ein drängendes Anbot den Preis der geistigen Arbeit allzusehr drücke, die Existenzbedingungen fast aller Berufsarten erschwere. In den überseeischen Kolonien und in der Abgrenzung gewisser, den Interessen bestimmter Staaten vorzugsweise vorbehaltener Gebiete, finden diese Großmächte einen auf Jahrzehnte, vielleicht auf Jahrhunderte hinaus stets aufnahmsfähiger werdenden Markt für ihren kommerziellen und intellektuellen Export. Einer Überschwemmung des heimischen Marktes wird dadurch im Bereiche des Menschenmöglichen ebenso gesteuert wie der Bildung eines geistigen Proletariates — dieses Fluches der sonst so segensreichen allgemeinen Bildungsmöglichkeit und des stets steigenden Bildungsdranges der Neuzeit. Die Gefahren, welche aus dem Heranwachsen eines riesigen geistigen Proletariates drohen . . . dieser Brutstätte für katilinarische Existenzen aller politischen Färbungen . . . werden noch immer nicht überall in ihrer ganzen Tragweite erkannt. Es ist dies vielleicht das wichtigste soziale Problem der Zukunft, dessen Lösung dort die größten Schwierigkeiten bieten wird, wo man nicht rechtzeitig für ein aufnahmsfähiges Reservoir gesorgt, in welches diese Überproduktion der Intelligenz ihren Abfluß finden soll. Wohin sollen die österreichischen Produkte, wohin die in der Heimat vergebens um ihre Existenz Kämpfenden sich wenden? Fühlen wir nicht schon heute den Mangel eines solchen Abzugkanals — ist nicht jetzt schon die Überfüllung der meisten Be-

rufszweige eine der Hauptursachen, daß fast in keinem andern Kulturstaate mehr der Standard of life ein so niedriger ist wie in Österreich? Sind nicht die verzweifelten Anstrengungen, welche allseits gemacht werden, um das Eindringen neuer Elemente in den Kreis bestimmter Berufsgenossen zu erschweren, ein deutlicher Beweis dafür, daß eben alle diese Wirtschaftssubjekte einen Verzweiflungskampf führen gegen die schrankenlose Überflutung des von ihnen gewählten Arbeitsfeldes durch eine notgedrungen sie unterbietende, ihre Existenzbedingungen neuerlich erschwerende Konkurrenz! —

All die dem oberflächlichen Beschauer oft grotesk scheinenden Barrieren, welche in Österreich der freien Betätigung des Individuums immer zahlreicher in den Weg gelegt werden — sie entspringen zum Teile der bitteren Not, dem beängstigenden Gedränge, dem nicht Hinauskönnen, dem sich gegenseitig Erdrücken. Dem Österreicher fehlt es an einem Gebiet, in welches er hinausstreben kann, ohne sich darum expatriieren zu müssen. Von ihrem innersten Zusammenhange mit dem Fehlen eines derartigen Aufnahmsgebietes losgelöst, erscheint die Tendenz auf dem Gebiete unserer heutigen gewerblichen und vielfach auch der sonstigen wirtschaftspolitischen Gesetzgebung als eine geradezu unverständliche, um nicht zu sagen unverständige. Und doch ist sie zumeist nichts anderes als das natürliche Ergebnis unnatürlicher Lebensbedingungen; dem Zusammenpferchen einer stets wachsenden Menge innerhalb unverrückbar starrer Grenzen.

So sehr ist es bei uns zum Axiom geworden, Österreich-Ungarn müsse sich innerhalb seiner Pfähle be-

scheiden und es sei jedweder Gedanke an eine Expansionspolitik zu perhorreszieren, — daß nicht einmal der Hinweis auf die neuesten Bestrebungen Anderer diese unsere vorgefaßte Meinung auch nur im geringsten zu erschüttern vermöchte. Daß Italien nach Tripolis und vielleicht noch nach anderen Gebieten im Mittelmeere beziehungsweise der Adria greifen will, daß England, Deutschland, Frankreich und Rußland ihre auswärtige Politik in erster Linie nur noch von kolonialen Interessen leiten lassen — dies erscheint uns ganz selbstverständlich. Wir erkennen an, daß die Zukunftsgeschicke dieser Staaten sich in Asien und Afrika, sich im Kampfe um die wirtschaftliche Vormacht erfüllen werden — — und daß jeder dieser Staaten zu einer Quantité négligeable zusammenschrumpfen würde, wenn er sich selbst genügen, wenn er auf seine überseeischen Interessen Verzicht leisten wollte.

Für uns selbst aber findet diese Erkenntnis keine Anwendung: Es wurde eben einmal das Dogma verkündet, Österreich-Ungarn benötige keine territoriale Expansionspolitik und sei zu einer solchen weder berufen noch befähigt. Und diesem Dogma entgegenzutreten gilt auch heute noch als eine Art politische Häresie — als Abfall von dem alleinseligmachenden Glauben an die eigene — Aktionsunfähigkeit! Gegen diese Stimmung mit Erfolg anzukämpfen, dies dürfte erst dann gelingen, wenn wir die Folgen unseres Verhaltens in noch empfindlicherer Weise als heute zu fühlen bekommen werden, wenn das Übergewicht der wirtschaftlichen Kraft des uns umgebenden Auslandes noch größer geworden sein

wird. — Heute einer auf Ländererwerb gerichteten Politik das Wort sprechen zu wollen, dies hieße angesichts dieser Strömungen und im Hinblicke auf die ungeklärte Lage im Innern der Monarchie — unpraktische Politik treiben.

Eines aber können wir und müssen wir verlangen: daß die Staatsmänner der Monarchie zielbewußt und nachhaltig in dem Sinne wirken, daß das einzige noch offenstehende Gebiet, Mazedonien und Albanien, unserer Pénétration pacifique gewahrt bleibe, daß jeder fremde Einfluß dort zurückgedrängt, jeder, den gegenwärtigen und zukünftigen Interessen der Monarchie präjudizierende Schritt — von wem immer er kommen möge, verhindert werde. —

Friedliches, von territorialen Aspirationen losgelöstes Streben, uns die politische und besonders die kommerzielle Suprematie in diesem Teile des Balkans zu sichern, dies ist das einzige, unseren heutigen Verhältnissen angepaßte Programm, welches uns aber auch die Gewähr bietet, daß wir, und wir allein, berufen sein werden, dort dereinst an dem Sterbebette des kranken Mannes zu stehen, nicht als Anwärter auf Teile seines Besitzes, sondern als diejenigen, welche berufen sein sollen, die Vormundschaft über einzelne der unmündigen Hinterbliebenen zu übernehmen. —

* * *

Die Berechtigung für unsere Mission am westlichen Balkan entspringt wie gesagt nicht etwa „historischen", oder sonstig willkürlicher Auslegung zugänglichen „Rechten". Unsere Ansprüche fußen

auf weit realerer Basis. Die Monarchie ist die einzige europäische Großmacht, die schon heute, und dies seit einem Vierteljahrhundert zwei Provinzen des osmanischen Reiches verwaltet, Gebiete, die in religiöser, nationaler und kultureller Beziehung vielfach ein Spiegelbild der noch heute in Mazedonien herrschenden Verhältnisse bildeten. Das Wirken der Monarchie in diesem Stück Balkan mag von unseren Feinden noch so sehr herabgesetzt werden — die Erfolge unserer Verwaltungstätigkeit sind so sehr über alle Anfechtung erhaben, daß sie die Bewunderung selbst der größten Kolonisatoren der Welt, der Engländer finden.

Österreich und Ungarn haben in fünfundzwanzigjähriger — — allen, nicht selten von außen hereingetragenen Schwierigkeiten trotzender Arbeit den Befähigungsnachweis für die Behandlung der Balkanvölker erbracht. Darauf beruht unser Mandat, Mazedonien und Albanien der Kultur zu erschließen. Nach achtzigjähriger Herrschaft in Algier sucht Frankreich noch heute nach der Lösung des Problems, den Mohammedaner mit dem Geiste westlicher Kultur zu versöhnen. Uns ist dies geglückt — obwohl die Verhältnisse in Bosnien und der Herzegowina nicht günstiger lagen. Wir haben das Denken und Fühlen all dieser Rassen und Religionen und Konfessionen erfaßt und vermochten ihnen die Segnungen der Zivilisation zu bringen ohne im geringsten ihr Empfinden zu verletzen. Und all dies sollte uns nicht das Primat sichern? Die Grenznachbarschaft zu diesen Völkern, die Vertrautheit mit ihrer so schwer zu erfassenden Eigenart, die staunenswerten Leistungen im

okkupierten Territorium — dies alles zählt nicht, oder soll nicht mehr zählen, als gewisse „geheiligte Rechte“, als die „historischen Ansprüche“ der kleinen Balkannationen, als die phantastische Deduktion der Rechtsnachfolge nach der Erbschaft Venedigs? Nicht mehr als Italiens Expansionsdrang nach dem Osten, der maskiert werden soll durch inhaltlose Phrasen von dem Berufe eines, durch die Nationalidee groß gewordenen Volkes, nunmehr die Ägide zur nationalen Einigung der Balkanvölker an sich zu reißen!

Die nationale Befreiung und Einigung der geknechteten Mazedonier und der unbotmäßigen Albanesen! Das ist der Traum so vieler, dem nur das eine Übel anhaftet, daß sie ihn alle in so verschiedener Weise träumen. Wie könnte es auch anders sein — in einem von so buntem Völkergemische bewohnten Lande? Serben und Bulgaren, Türken und Albanesen, Griechen und Kutzowalachen, zum Teile auch noch Spaniolen — sie alle sind über die Wilajete, denen man gewöhnlich den Namen Mazedonien gibt, sowie teilweise auch in Albanien, den Wilajeten Skutari und Janina verstreut.

Nicht etwa in halbwegs abgrenzbaren Sprachgebieten, sondern so durcheinander geworfen, daß sie ein unentwirrbares Chaos bilden. Als hätte man ein Mosaik zertrümmert und die kleinen Steinchen stundenlang in einem Sacke zusammengeschüttelt.

Nationales und Rassen-Babel, dem sich das religiöse und konfessionelle Chaos anschließt, Islam und Christentum, Katholizismus und Orthodoxie, Patriarchat, Exarchat, serbische und kutzowalachische Kirchensprache . . . all dies in erbittertem Kampfe! . . .

Und nicht genug daran: auch dieses Durcheinander ist nichts zeitlich Bleibendes. Jahr um Jahr, ja Monat um Monat ändert sich bald hier, bald dort die Physiognomie des nationalen Charakters eines Dorfes, einer weltvergessenen Menschengruppe: dem örtlichen Chaos steht auch das zeitlich Ruhelose, das ewig Wandelbare würdig zur Seite. Ein Kaleidoskop, an dem mit aller Gewalt fremde Hände stets drehen und zerren . . . die armen Stäbchen darinnen wirr durcheinanderwerfend, sie zerbröckelnd und zermalmend . . . .

Wer wollte da ein klares Bild der wahren Stärke all dieser Nationalitäten entwerfen? Nicht bloß ihre Gruppierung — auch ihre Summierung stößt auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Wer sich heute noch Grieche nennt, wird vielleicht morgen schon zum bulgarischen Exarchat schwören und eine beliebte Formel des sich plötzlich zu einer andern Nationalität oder zu einer neuen Kirche Bekennenden ist die Behauptung: „Er habe bis heute nicht gewußt . . . jetzt erst seien ihm die Augen aufgegangen . . . jetzt wisse er . . .“ Ob Geld oder Gewalt die Quelle dieses neuen Wissens sei, dies zu erraten bleibt dem Fragenden ebenso unbenommen, wie es dem Forscher freisteht, darüber zu grübeln, ob der Neubekehrte tatsächlich der von ihm gegenwärtig reklamierten oder der verleugneten oder vielleicht keiner von beiden, sondern einer dritten Nationalität angehöre, die er an dem Tage geltend machen würde, an welchem der Druck von außen aufhört. —

Die gewaltigste Agitation nationaler und kirch-

licher Natur geht seit etwa drei Jahrzehnten von bulgarischer Seite aus. Ehedem waren Orthodoxie und Hellenismus Synonima. Griechen waren die höheren geistlichen Würdenträger, welche der Fanar allüberallhin entsandte . . . gräzisierend wirkte auch der niedere Klerus selbst dann, wenn er sich aus einst slawischen Elementen rekrutierte. Dann kam die langjährige, zähe Agitation Rußlands. Ein Vierteljahrhundert lang predigten seine Emissäre in Mazedonien und in dem heutigen Bulgarien die Auflehnung gegen die staatliche und kirchliche Gewalt. Die große Schutzmacht der orthodoxen Welt fand, daß es im Interesse des ihr noch höher stehenden Panslawismus liege, die Slawen durch das Schisma nicht bloß vom Patriarchate, sondern auch vom Hellenentum zu trennen.

Der Augenblick, in welchem es der douce violence russischer Diplomatie gelungen war, die Pforte zur Anerkennung der national-bulgarischen Kirche zu bewegen — — er war im Grunde genommen die Zeugungstunde der bulgarischen Unabhängigkeit. Noch heute ist der Firman vom März 1870, welcher das bulgarische Exarchat schuf und damit neuen religiös-nationalen Gegensätzen gesetzliche Sanktion verlieh, der schwerste Fluch, welcher auf dem unglücklichen Mazedonien lastet. Dem Schisma folgte der erbitterte Kampf zwischen Exarchat und Patriarchat, welcher um Bistümer und Pfarreien, um Gemeinden und schließlich um jede einzelne Seele geführt wurde. Den Keim zu beständigen Verhetzungen und ruhelosen Agitationen legte die Bestimmung des Firmans, daß es den Christen freistehe, durch

Abstimmung den Übertritt einer Gemeinde zum Exarchat anzusprechen. So kam es zu jenen vielfachen, von dem bulgarischen Terrorismus beeinflußten Stimmabgaben zugunsten des Exarchates, zu jenen die Bevölkerung durchwühlenden Kämpfen. Hie Patriarchat — hie Exarchat, das ist der Kampfruf, welcher auch heute noch am lautesten diesen Teil der Balkanhalbinsel durchhallt.

Der Friede von St. Stefano hätte nach Rußlands Absichten die europäische Türkei einzig und allein zugunsten des Slawismus zerstückeln sollen.

Daß dieses von Rußland in jenem Frieden ideierte Großbulgarien alsbald durch den Berliner Kongreß in ein besseres Jenseits befördert wurde, das verschlägt nur wenig: der geheiligte Anspruch Bulgariens auf Mazedonien ist nun einmal da und auch längst vergangene Zeiten erhärten dieses Recht. Natürlich nur dann, wenn man mit bulgarischer Brille im Buche der Geschichte liest. Deshalb, weil um das Jahr 900 der Bulgare Simeon etwa zwanzig Jahre lang über Mazedonien herrschte, soll dieses Land heute noch rechtmäßig bulgarisches Eigen sein! Nur allzu rasch war das Reich dieses Bulgarenkaisers zerfallen und Mazedonien wieder von den byzantinischen Feldherren zurückerobert. Späterhin verschmilzt die Geschichte der Bulgaren zum Teil mit jener der Rumänen und der Bulgarenfürst, welcher die Grenzen seines Reiches neuerdings für kurze Zeit über Mazedonien erstreckte, Johann Assan, soll rumänischer Abstammung gewesen sein. Wie immer dem sei: Ende des vierzehnten Jahrhunderts gerieten die Bulgaren unter türkische Herrschaft,

die sie in fast halbtausendjähriger Unterwerfung trugen, ohne daß aus ihnen selbst heraus der Unabhängigkeitsgedanke geboren wurde. Erst die griechische Revolution erweckte das Nationalbewußtsein der Balkanchristen. Bei den Bulgaren aber erwachte es bloß durch die in ihrer Zähigkeit bewunderungswerte Arbeit der russischen panslawistischen Komitees. Russischem Geiste entsprang die Forderung nach einer autonomen, vom Patriarchate losgelösten Kirche, russischem Drucke haben die Bulgaren dieselbe zu verdanken, so wie russische Waffenerfolge das heutige Bulgarien schufen. Ignatiev kann füglich als der Schöpfer des Exarchates und mit ihm der bulgarischen Selbständigkeit bezeichnet werden. Später nahm aber die russische Politik einen zeitweise geänderten Kurs: sie spielte gegen den bulgarischen Nationalgedanken in Mazedonien nun auch die serbische Nationalidee aus. Erst hatte das bekannte russisch-bulgarische Zerwürfnis Rußlands Verhalten nennenswert modifiziert. Man wollte es dem kleinen Fürstentume zu fühlen geben, was es bedeute, Rußlands Mißfallen zu erregen und schuf der bulgarischen Propaganda in Mazedonien einen gefährlichen Konkurrenten: — die serbische. Dann aber erfolgte wieder ein Rückschlag, als Bulgarien reumütig eingelenkt hatte und als man Serbien für die Rückberufung des austrophilen Königs Milan strafen wollte sowie dafür, daß man es in Belgrad gewagt, Milan zum Kommandanten der Armee zu ernennen (24. Dezember 1897). Ganz offen gestand der Minister des Äußern, Murawiew, dem serbischen Gesandten Sava Gruić, daß dies der Grnnd sei,

weshalb Rußland den serbischen Bestrebungen in Mazedonien seine Unterstützung versage und die Schaffung neuer, bulgarischer Bistümer zumindest passiv fördere. („Das Ende der Obrenović“ von Dr. Vladan Georgević, pag. 90 ff.)

Aber schon vor der letzten Tragödie dieses unglücklichen Königshauses sah sich die russische Regierung veranlaßt, Bulgarien zur Ruhe zu mahnen, und bald darauf schwenkte die russische Politik neuerdings zu ziemlich nachhaltiger Unterstützung des Serbismus in Mazedonien über.

Am 6. Jänner 1899 konnte der türkische Botschafter in St. Petersburg seiner Regierung folgende Äußerung des Grafen Murawiew mitteilen: „Ich habe dem bulgarischen diplomatischen Agenten in kategorischer Weise wissen lassen, er möge seiner Regierung bekanntgeben, daß ich immer allen Komplikationen, die am Balkan entstehen könnten, abgeneigt bleiben und sie zu verhindern suchen werde. Falls unsere Ratschläge nicht beobachtet würden, dann werden die turbulenten Elemente sich allein und der Gefahr überlassen bleiben, nirgends in Rußland eine Unterstützung zu finden. Ebenso dürfen sie auch niemals auf irgendein Zeichen des Wohlwollens von seiten Rußlands rechnen.“

Auch die bekannte russische Kundgebung vom Februar 1903 enthält eine auch an die bulgarische Adresse gerichtete sehr deutliche Verwarnung:

„Die Balkanstaaten, welche dank den Opfern Rußlands sich der Unabhängigkeit erfreuen, können auf die stete Fürsorge der kaiserlichen Regierung

zählen — soweit ihre reellen Bedürfnisse in Frage kommen — ebenso auf Rußlands mächtigen Schutz für die moralischen und materiellen Interessen der Christen. Sie sollen aber nicht vergessen, daß Rußland nicht einen Tropfen des Blutes seiner Söhne und auch nicht den kleinsten Teil des Erbes seines Volkes opfern würde, wenn die Balkanstaaten entgegen den ihnen erteilten weisen Ratschlägen sich entschließen würden, durch gewaltsame und revolutionäre Mittel irgendeine Änderung an der auf der Balkanhalbinsel bestehenden Ordnung der Dinge herbeizuführen."

Ihre markante Offenbarung fand aber die offizielle Förderung des Serbismus in Mazedonien in der bekannten, bald nach König Peters Regierungsantritt publizierten russischen Note, welche betonte, daß die Agitation der bulgarischen Komitees in Mazedonien zum Schaden der gerechtfertigten Aspirationen der anderen Glaubensgenossen Rußlands erfolge, deren Interessen Rußland in gleicher Weise hoch halte.

Das offizielle Rußland hatte sich in dem Maße, als die bulgarische Propaganda in Mazedonien gewalttätiger wurde, der Idee des Panbulgarismus weniger wohlwollend*) gezeigt. Dies konnte nicht hindern, daß die panslawistischen Komitees und die Wohltätigkeitsgesellschaft ihr geheimes Wirken fortsetzten. Dieselbe unsichtbare Hand, welche in Maze-

*) Boris Sarafoff machte auch aus seiner Enttäuschung kein Hehl. Schon am 20. Dezember 1902 erklärte sein Organ: „Rußland ist bis jetzt das größte Hindernis für eine befriedigende Lösung der Mazedonischen Frage gewesen."

donien Millionen von Rubeln ausstreute und ungesehen fast in jeder Hütte Zarenbilder anheftete, sie gewährte auch weiter der bulgarischen Agitation ihre Unterstützung. Auch offizielle russische Persönlichkeiten liebäugelten noch immer — vielleicht ohne Wissen der Regierung — mit der bulgarischen Agitation. Ende Dezember 1902 erschien die Gattin des russischen Gesandten in Sofia, Bachmeteff, an der türkisch-bulgarischen Grenze, um im Namen der panslawistischen „Wohltätigkeitsgesellschaft“ den in der Nähe des Klosters Rilo versammelten bulgarisch-mazedonischen „Flüchtlingen“ (id est: Insurgenten) Unterstützungen auszufolgen.

Francesco Guicciardini — der spätere Minister des Äußern Italiens — veröffentlichte im März 1904 eine politisch bedeutende „Reiseschilderung“ über Mazedonien. („Impressioni di Macedonia“, Nuova Antologia, Fasc. 773 und 774.)

Ganz eigenartige Dinge werden da über das angebliche Verhalten russischer Funktionäre erzählt: Daß sie wiederholt die Enthaftung schwer kompromittierter Bulgaren fordern, welche sich nach ihrer Freilassung sofort wieder den revolutionären Banden anschließen, wodurch die Tätigkeit der türkischen Behörden zu einer förmlichen Sisyphusarbeit werde; daß sie sogar die Bevölkerung aufreizen und sie durch Vorspiegelung falscher Hoffnungen zum Widerstande verleiten, „so daß man an ein doppeltes Spiel Rußlands glauben könnte, die eine Politik für Europa zum Scheine auf Erhaltung des Status quo am Balkan gerichtet — die andere dahin gehend, in Mazedonien die Revolution stets lebensfähig zu er-

halten und die Türkei zugrunde zu richten." Man braucht diesen von Guicciardini aus vielleicht nicht ganz einwandfreier Quelle geschöpften und auch für die besonderen Zwecke der italienischen Politik zugeschnittenen Mitteilungen keineswegs vollen Glauben zu schenken, wird aber dennoch aus vielfachen Indizien schließen müssen, daß selbst russische Funktionäre die bulgarisch-mazedonische Bewegung eine Zeitlang förderten.

Anfangs waren die von Bulgarien angewandten Mittel wohl noch derartige, daß man sich durch Unterstützung der bulgarischen Sache wenigstens nicht die Hände mit Blut befleckte. — Man begnügte sich mit einer friedlichen, geistigen Propaganda, welche Mazedonien bulgarisieren sollte. Bekanntlich hatte die türkische Regierung den Christen der verschiedenen anerkannten Nationalitäten und Konfessionen schon vor dem Berliner Frieden das Recht zugestanden, ihre eigenen Schulen zu halten. Von dieser Befugnis machten die Bulgaren den denkbar größten Gebrauch. Wie Pilze schossen diese die Slawen und Griechen Mazedoniens bulgarisierenden Schulen aus dem Boden. Fast in jedem Dorfe entstand eine bulgarische Volksschule, denen sich in den größeren Zentren Handels- und höhere Schulen anreihten. Diese überschwemmen Mazedonien mit einem geistigen Proletariate, welches im Lande selbst keinen Unterhalt finden kann und nach Bulgarien strömt. „Mazedonische Flüchtlinge" heißen in offizieller bulgarischer Sprache diese künstlich bulgarisierten Mazedonier — und die bulgarische Regierung will uns glauben machen, daß sie diesen von ihr ge-

nährten Zuzug nur notgedrungen dulde, daß nur Menschlichkeitsgründe sie bewegen, all die — angeblich durch türkische und griechische Greuel „Vertriebenen“ — im Lande aufzunehmen! So werden alle Ressorts der bulgarischen Staatsverwaltung von Mazedoniern durchsetzt; und die bulgarische Regierung weiß es sehr gut, daß sie nicht zu fürchten braucht, es könnten ihre ad usum Europae hinausgegebenen Ukase zur Verhinderung der Gewalttaten gegen die Griechen — auch wirklich befolgt werden. Man kann in Sofia getrost Tintenströme gegen die Griechenverfolgungen fließen lassen — — die Blutströme hingemordeter Griechen werden dadurch nicht verringert werden . . . dafür sorgen schon die Mazedonier, die als Offiziere, Unteroffiziere und Beamte in Bulgarien dienen. — —

Etwa 400 Offiziere der bulgarischen Armee sind Mazedonier. Sie sind es, welche in dem seit Jahren mit ungeheuren materiellen Opfern trefflich ausgebildeten Heere des Fürstentums den Enthusiasmus für die mazedonische Sache wach erhalten. Auch an die liberalen Berufe drängen sich die Mazedonier heran, erschweren den Einheimischen ihren Kampf ums Dasein und tragen auf diese Weise dazu bei, daß auch die wirtschaftliche Not zur Trägerin des panbulgarischen Gedankens wird.

Dieser Prozeß hat wohl noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht. Die stets wachsende Anzahl der bulgarisierenden Schulen wird die Armee der von Mazedonien nach Bulgarien flutenden Stellenjäger nur noch weiter vermehren. Es ist nur zu bekannt, daß übrigens viele dieser bulgarischen „Schulen“

nichts anderes sind als Versammlungslokale, in denen der „Lehrer“ die Rolle des politischen Agitators spielt, um auf den ersten Ruf des Komitees die Schule zu verlassen und sich den Mordbanden anzuschließen. Lehrer und Priester bilden die Hauptteilnehmer jener „inneren Organisation“ — — welche bekanntlich eine der wirkungsvollsten Waffen Bulgariens im Kampfe um Mazedonien ist.

Der Agitation durch die Schule reiht sich der Kampf um die Erwirkung stets neuer Berate für Errichtung bulgarischer Bistümer an. Die geistlichen Zentren in Ochrida, Monastir, Üsküb, Veles, Strumnitza, Nevrekop und Dibra sind die Hauptsitze der lebhaftesten Propaganda und etwa tausend bulgarische Priester sind bezahlte Agitatoren, um die Bevölkerung vom griechischen Patriarchat abtrünnig zu machen, sie dem Exarchat zuzuführen.*)

Als aber der Augenblick kam, wo die friedliche Agitation nichts mehr nützte, wo alle Jene schon gewonnen waren, die klingenden oder geistigen Argumenten sich zugänglich gezeigt hatten, da begann die neue Art religiöser und nationaler Konvertierungen: die Gewalt. Der Streit ist müßig, ob die griechischen Banden die ersten waren, welche mit der Propaganda der Tat begonnen, ob den Bulgaren dieser Weg von den Anhängern des Patriarchates gewiesen wurde. Das eine steht fest, daß die Bul-

*) Man schätzt die durchschnittlichen Jahresausgaben Bulgariens für die Schul- und Kirchenpropaganda in Mazedonien auf etwa $4^1/_2$ Millionen; — in den Wilajets Monastir und Salonik wurden nach dem Berichte des bulgarischen Exarchates im Jahre 1902 über 580 bulgarische Schulen mit mehr als 900 Lehrern gezählt.

garen heute die Meister dieser gewalttätigen Agitation geworden sind, daß sie es sind, welche in Mazedonien weitaus voran die blutgetränkte Fahne nationaler und religiöser Gewaltbekehrungen tragen.

„Nicht Schulen und nicht Kirchen — Bomben und Banden!" so rufen die Anhänger Sarafoffs, dieses wilden Agitators, der die Revolutionskomitees schuf.

Diese nur allzu bekannte Organisation erzwingt durch bewaffnete Banden, durch Mord und Brand den Übertritt zum Exarchate und zur bulgarischen Nationalität. Die Reihen der militanten Elemente ihrer Gegner sollen gelichtet oder durch entsetzliche Attentate in ihrer Tätigkeit eingeschüchtert werden. Auch gegen die Türken richten sich diese Greueltaten. Man will den Fanatismus der Mohammedaner wecken, um den gesuchten Konfliktsfall und mit ihm den Vorwand für eine Intervention zu finden. In den Wilajets von Adrianopel und Salonik, von Monastir und Üsküb wirkt diese „Organisaton"; bloß den Norden des Kossovopolje, das eigentliche Altserbien, hat sie bis heute ziemlich verschont. Sie wird von Sofia und Philippopel aus geleitet, erhält von dort die erforderlichen Winke und Befehle, die Waffen und Munition, für welche ein jedes der zahlreichen Lokalkomitees sein eigenes Depot besitzt.

Schon zur Zeit des ersten Auftretens bulgarischer Banden (Mai 1895) war es eine unbestrittene Tatsache, daß sich diese Art der Agitation des Wohlwollens und der Unterstützung der bulgarischen Regierung erfreue. Von wo anders her als aus den bulgarischen Militärdepots hätten denn die Banden

mit Mannlichergewehren ausgerüstet werden können?*) Und damals wie jetzt wollte es der eigentümliche Zufall, daß die bulgarischen Grenzposten sich niemals dort befanden, wo die Banden den Übertritt auf türkisches Gebiet bewerkstelligten. Die „Hoffähigkeit" der mazedonischen Revolutionskomitees wurde aber bald nach Petrows Rücktritt eklatant erwiesen. General Nikolajew, welcher während der Dauer seiner Disponibilität als Präsident des mazedonischen Zentralkomitees fungierte, wurde von dieser Stelle weg zum Generaladjutanten des Fürsten ernannt.

In dem letzten Dezennium hat — von kurzen Unterbrechungen abgesehen — die Tätigkeit der Banden stets zugenommen. Und den Befähigungsnachweis für ihre Tüchtigkeit erbringen deren Führer durch eine ununterbrochene Folge schwerster Gewaltakte, durch Raub, Brandschatzung, Dynamitattentate und Mord!

Mögen die griechischen Organe bei Publizierung der bulgarischen Greueltaten sich auch noch so starker Übertreibungen schuldig machen, mag auch die griechische Regierung ihren Protesten eine sehr einseitige Färbung geben — eines ist gewiß: die den Bulgaren zur Last fallenden Atrocities übertreffen die von irgendeiner andern Seite in diesen Gebieten jemals begangenen Greueltaten um ein Vielfaches. Die türkischen Atrocities, gegen welche

---

*) Die Mausergewehre hinwieder, welche sich bei einzelnen Banden vorfinden, sollen von geldbedürftigen türkischen Offizieren den ottomanischen Militärdepots entnommen und an die Komitees verkauft worden sein.

sich das europäische Menschlichkeitsgefühl so oft empörte, sind nur ein Vorspiel zu dem gewesen, was die Bulgaren in den letzten Jahren am Balkan geleistet!

Ein in der Nummer vom 1. April 1904 des „Hellénisme“ erschienener Artikel charakterisiert folgendermaßen den bulgarischen Terror gegen die griechische Bevölkerung:

„Die Vernichtung der Griechen ist das Alpha und Omega des bulgarischen Patriotismus . . . und unerträglich ist die Proskription der griechischen Sprache, der Schule, des Glaubens . . . selbst der Familie der Griechen, die Konfiszierung seiner Güter, seiner Kirchen, Klöster und Unterrichtsanstalten...“

Gräkophile Übertreibung, mochte man vielleicht damals ausrufen! Wird man dies nach den Ereignissen, die sich im Sommer 1906 abspielten, noch sagen können? Bulgarien und Ostrumelien waren der Schauplatz geradezu beispielloser Griechenverfolgungen.

In Varna und Philippopel, in Burgas, Rustschuk und Stanimaka wurden die den Griechen gehörenden Kirchen von der Bevölkerung gestürmt, und mit Gewalt dem Exarchat einverleibt, nachdem man ihre Güter konfisziert hatte. Dasselbe geschah noch an zahlreichen anderen Orten, das gleiche Los traf die griechischen Volksschulen und Unterrichtsanstalten. Die Greuel in Anchialos, die Plünderungen in Philippopel, sie erfolgten unter den Augen der verständnisvoll zusehenden Behörden, welche der wohlorganisierten Bewegung völlig freien Lauf ließen. Gar so entfernt scheint der Tag wirklich nicht mehr zu sein, an dem sämtliche Griechen ausrufen

werden, „daß die in Bulgarien lebenden Hellenen das türkische Joch bitter vermissen, denn die Türken können zur Not Vernunft annehmen, die Bulgaren — niemals!“ (Hellénisme, 1. April 1904.)

Die Geschehnisse von Philippopel und Anchialos haben Europa darüber belehrt, wessen es sich zu gewärtigen hat, wenn der Panbulgarismus zum Siege gelangt. Und Alle, die in Mazedonien nicht zum Exarchat schwören, wissen nun genau, was für ein Schicksal ihrer harrt, wenn sie zu Bulgarien geschlagen werden. Falls Mazedonien mit dem heißhungrigen Fürstentume vereinigt würde, so dürften im ganzen Reiche die Bulgaren wohl noch immer in der Mehrheit sein und etwa 70 Prozent der Gesamtbevölkerung betragen. In Mazedonien selbst bilden sie aber trotz aller Agitation nur einen Bruchteil der Bevölkerung, und sind weit davon entfernt, die absolute Majorität zu besitzen. An dem Tage an welchem der großbulgarische Traum verwirklicht wäre, würden sich alle Nichtbulgaren Mazedoniens zusammenschließen, um sich gegen den gemeinsamen Feind zur Wehre zu setzen. Bulgarien hinwieder müßte um jeden Preis die Verhältnisziffern der Bevölkerung zu seinen Gunsten umzukehren suchen. Mit welchen Mitteln dies geschähe, das sagen uns die Bomben von Salonik und die rauchenden Trümmer von Anchialos.

Ganz offen fordern die Bulgaren ihre Anhänger in Mazedonien auf, mit Gewalt den bulgarischen Aspirationen zum Siege zu verhelfen. Das in bulgarischer und französischer Sprache erscheinende offizielle Organ der inneren Organisation leitete im

August 1903 die intensivere revolutionäre Tätigkeit mit folgendem Aufrufe ein:

„Conformément à la décision du Comité du IIème district révolutionnaire, qui comprend le vilayet de Bitolie, l'insurrection dans cette contrée à été proclamée le 2 août n. s. En même temps les dispositions ont été prises pour grouper de fortes masses d'insurgés sur différents points, afin d'être à même de prêter leur coopération en cas de besoin. Considérant que le mode adopté pour la lutte est celui de guerillas il entre naturellement dans le plan des insurgés de s'attaquer aux troupes turques et aux bandes armés de bachibozouks, ainsi que de couper toutes les communications, télegraphes et chemins de fer, qui sont de nature à aider les Turcs contre les insurgés. Cependant, afin d'éviter d'innocentes victimes humaines sur les voies ferrées, deux membres de l'état major révolutionnaire M. M. D. Groueff et B. Sarafoff ont invité à temps la Direction des Chemins de fer Orientaux de suspendre le service de voyageurs sur ses lignes."

Dynamit und Blei sind die Argumente, mit welchen die bulgarischen Banden die Mazedonier bekehren; nicht Freiheit, sondern — — Vogelfreiheit wäre das von einem Großbulgarien den Völkern Mazedoniens verbürgte Recht! Immer mehr und mehr dämmerte ihnen auch die Erkenntnis, welch zweifelhafter Beglückung sie entgegengehen, wenn das panbulgarische Programm realisiert würde. Schon haben Serben, Griechen und Rumänen, die in Mazedonien sonst allüberall einander bekämpfen, an besonders gefährdeten Orten gemeinsam Front gegen

den siegreich vordringenden Bulgarismus gemacht. Darum sieht sich in letzter Zeit ein Teil der bulgarischen Agitation veranlaßt, ihr Endziel zu maskieren. Zweiteilung der Komitees war die Folge. Das eine unter Mikailowsky und Zontchef kämpft noch für die Annektierung Mazedoniens, Sarafoff als Leiter des andern Komitees hat die Scheinparole der Autonomie ausgegeben. — „Mazedonien den Mazedoniern!“ klingt sehr hübsch — und verbindet zu gar nichts. Läßt sich, wie eine gut gefälschte Münze, leicht in Kurs setzen, ohne daß die innere Wertlosigkeit gleich zutage tritt.

Dieses Schlagwort soll den Bulgaren die Sympathien auch der anderen Nationalitäten gewinnen und Europas Widerstand gegen die bulgarischen Expansionspläne mildern.

Mazedoniens Selbstverwaltung unter bulgarischer Führung, das hieße den Bock zum Gärtner machen. Notgedrungen müßte diese Art der Autonomie, welche überdies den Kampf aufs Messer gegen alle anderen Rassen und Kirchen bedeutet, früher oder später zur Konfiskation Mazedoniens durch Bulgarien führen. Sie wäre bloß eine Etappe — nicht aber das Ziel. Darum setzen die Bulgaren der Verwaltungsreform in Mazedonien den schroffsten Widerstand entgegen. Nur eine dem Terrorismus der Komitees schutzlos preisgegebene Bevölkerung würde die von Bulgarien zur Beglückung der Mazedonier vorgeschlagene Volksabstimmung über deren Zugehörigkeit beziehungsweise über die Wahl des Gouverneurs auch tatsächlich in dem von den Bulgaren gewünschtem Sinne vollziehen. —

In dem Maße, als Rußland sich tatsächlich von Bulgarien einigermaßen zurückgezogen hat und die panslawistischen Komitees durch die schweren Erschütterungen im eigenen Lande etwas desorganisiert sind, in demselben Maße ist die Gefahr der Verwirklichung allbulgarischer Hoffnungen nennenswert vermindert. Das Streben Bulgariens nach Salonik wird darum freilich nicht geringer, die Versuche, eine Revolution zu entfachen, vielleicht noch intensiver werden. Es sorgen aber wieder Andere dafür, daß die bulgarischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wie eine mächtige Barriere stehen die Aspirationen der übrigen Balkanvölker da. Im Süden jene der Griechen, im Wilajet Üsküb die der Serben und Albanesen.

Die serbische Propaganda in Raszien und Mazedonien war wohl ziemlich früh auf den Plan getreten, aber die Niederlage bei Sliwnitza untergrub Serbiens Prestige vollkommen. Längere Zeit ruhte diese Agitation, um erst Anfang der neunziger Jahre wieder in erhöhtem Maße einzusetzen. Selbstverständlich haben auch die Serben ihr verbrieftes historisches Recht, auf das sie sich berufen. War doch ganz Mazedonien in der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts unter Dušan mit Serbien vereinigt, nachdem schon sechzig Jahre früher Nordalbanien erobert worden war. So war damals tatsächlich das Großserbische Reich verwirklicht. Bis zur Adria und zum Mittelmeere reichten seine Grenzen und der in Üsküb residierende Dušan konnte mit berechtigtem Stolze sich den Herrn aller Balkanvölker, den „Kaiser der Serben, Griechen, Bulgaren und Albanesen“ nennen. Dreißig Jahre später war dieses

ephemere Gebilde zertrümmert und der Halbmond flatterte siegreich in Üsküb. Die lange Türkenherrschaft hatte unter den Mazedoniern auch die leiseste Erinnerung an diese kurze Epopöe serbischer Großtaten verwischt —, und erst künstlich mußte sie wieder erweckt werden. Die slawischen Elemente in Mazedonien hatten längst den ausgesprochen bulgarischen oder den spezifisch serbischen Charakter eingebüßt. Rasse und Sprache waren dem Einflusse der Jahrhunderte unterlegen; es war ein Mischvolk entstanden, nicht mehr serbisch genug, als daß die Bulgaren es nicht für sich hätten reklamieren können — und doch wieder nicht so weit bulgarisch, um zur Not nicht auch als Serben gelten zu können. — Die verschiedenen Dialekte klingen bald etwas mehr an das Serbische an, bald sind die bulgarischen Wurzeln vorwiegend. Nichts leichter daher, als den mazedonischen Slawen nach Belieben der einen oder der andern Nationalität zuzurechnen. So brachte es Gopčević zustande, in Mazedonien weit über eine Million Serben zu zählen (1·3 Millionen katholischer und 0·3 Millionen mohammedanischer Serben) und die Stärke der Bulgaren mit bloß 50.000 Seelen zu beziffern. (Gopčević, „Mazedonien und Altserbien“.) Die aus bulgarischer Quelle stammenden Schätzungen differieren um ein Weniges: Kunčew kann bei bestem Willen in dem ganzen Gebiete nicht einen einzigen Serben entdecken und hatte dafür die patriotische Freude etwa 1,178.000 bulgarischen Landsleuten zu begegnen. Etwas weniger hart verfährt die bulgarische Regierung mit den Serben: Großmütig geben ihre amtlichen Statistiken zu, daß in den

Wilajeten Kossowo (Üsküb), Monastir und Salonik einer Million Bulgaren etwa 429.000 Serben, Griechen und Kutzowalachen gegenüberstehen — eine Bagatellisierung des hellenischen Elementes, welche in den griechischen Statistiken die verdiente Zurückweisung findet.*) —

Die größten Differenzen finden sich bei diesen „Volkszählungen" stets zwischen den von bulgarischer und serbischer Seite erfolgenden Schätzungen ihrer Landsleute. Jeder der beiden Konkurrenten nimmt eben alle Slawen — oder die von ihm für Slawen Gehaltenen, für sich in Anspruch. Die Bulgaren haben dabei den unleugbaren Vorsprung, daß sie schon früher gekommen waren und mit ihren

*) Diese verschiedenen Statistiken, welche die maßgebendsten „Beweise" sind, auf die sich die einzelnen Aspirationen gründen, bieten nachstehendes abwechslungsreiches Bild der Bevölkerung Mazedoniens:

Statistik von	Walachen	Griechen	Serben	Bulgaren	Türken	Albanesen	Juden
Gopčević	—	222.000	1,600.000	50.000	225.000	80.000	?
Nikolaides	50.000	650.000	250.000	200.000	620.000		80.000
Kunčew	—	211.000	—	1,178.000	495.000	115.000	?
Bulgarische Regierung	429.000			1,038.000	1,324.000		80.000
Gersin	80.767	228.702	1,182.036		499.204	28.711	67.840
Verdêne †)	520.000	500.000	800.000		900.000	2,600.000	95.000
Italienische Quelle	375.000	250.000	50.000	450.000	300.000	300.000	100.000

†) Verdêne zählt auch die Wilajets Skutari und Janina hinzu, scheidet jedoch jenes von Salonik aus.

Schulen tatsächlich einen Teil der Bevölkerung für sich gewonnen hatten.*) Um so ungelegener mußte den bulgarischen beati possidentes die neuerwachende, von Rußland unterstützte serbische Propaganda fallen: auf der einen Seite in ihrem weiteren Vordringen durch den Hellenismus und die Anstrengungen des Patriarchates behindert — drohte ihnen nun von Norden her die Gefahr des Einbruches eines neuen slawischen Einheits- und Nationalgedankens, welcher seine Anhänger nicht bloß unter den Albanesen, sondern auch aus ihren eigenen Reihen warb.

Die Unglücklichen, welche die ersten Versuche unternahmen den Serbismus in Mazedonien zu erwecken, sollten ihre Kühnheit teuer bezahlen: sie wurden kurzweg niedergemacht. Die Serben verloren nicht den Mut: sie setzten unentwegt die Schulgründungen fort. Erst im Wilajet Kossowo, dann aber auch in Monastir, der Hochburg des Bulgarismus.

Die kirchliche Agitation kam hinzu. Den Serben schien der Zustand unerträglich, daß alle Bistümer vom Patriarchate mit Griechen besetzt waren und die mazedonischen Slawen es daher vorziehen mußten, sich dem Exarchate, das heißt dem Bulgarismus anzuschließen. Nach langem hartem Kampfe gelang es, daß im Jahre 1902 in Üsküb einem Bischofe serbischer Nationalität die Anerkennung gewährt wurde (die

*) Schon im Jahre 1896 wurden von den Bulgaren in den Wilajets Adrianopel, Monastir, Salonik und Üsküb etwa 825 Schulen erhalten, und bezifferte sich deren Schüleranzahl nach einer von Josef Beckmann („Die Wahrheit über Bulgarien“) zitierten Statistik schon damals auf mehr als 43.000, während erst in dieser Zeit (April 1897) der Sultan den Serben das Zugeständnis machte, in den Wilajets Üsküb, Monastir und Salonik Schulen eröffnen zu dürfen.

bekannte Firmilian-Affäre, die sich fünf Jahre hinzog und endlich dank der Unterstützung Zinowieffs in einem für Serbien günstigen Sinne gelöst wurde) und ebenso ward die Einsetzung eines Serben als Bischof in Prizrend durchgesetzt.... nicht ohne nennenswerte Geldopfer, mit welchen die Zustimmung des Fanar erkauft werden mußte.

Als man sich im Jildiz über die fortschreitende Bulgarisierung Mazedoniens beunruhigt fühlte, ließ man, um ihr einen Damm zu ziehen, der serbischen Propaganda etwas freieren Lauf. Knapp vor König Peters Regierungsantritt war ein Irade erflossen, mit welchem die serbische Nationalität Anerkennung in der Türkei fand. Das Recht zur Haltung eigener nationaler Schulen war damit ein für allemal unbestritten gewährt; und mit diesem Irade wurde dem den serbischen Nationalgedanken beeinträchtigenden Zustand ein Ende gesetzt, wonach die offiziellen türkischen Register die mazedonischen Christen entweder als Bulgaren (bulgar-mileta) oder als Griechen (rum-mileta) kannten. Die Bezeichnung als „serbisch-mileta“ hatte nun auch amtlich ihre Bestätigung gefunden.

Das alles kann aber der serbischen Agitation nicht über den einen großen Nachteil hinweghelfen, in welchem sie sich der bulgarischen Propaganda gegenüber befindet. Solange die Serben nicht eine autonome, vom Patriarchate losgelöste nationale Kirche besitzen, fehlt ihnen die Möglichkeit, ihre Anhänger auch in einer kirchlich vollkommen abgesonderten Gemeinschaft um sich zu scharen. Sehr schwer wiegt dies in einem Lande, in welchem der

nationale Streit schließlich immer auf konfessionellem Boden ausgetragen wird. Serbien mußte sich — — da Rußland ein weiteres Schisma in der Orthodoxie nimmermehr zugibt — — damit begnügen, dem Patriarchate und dem Jildiz die Ernennung von Bischöfen serbischer Nationalität abzuringen und die Erteilung neuer bulgarischer Berate mit allen Mitteln .... das heißt auch mit solchen klingender Natur ... zu bekämpfen.

Jeder darüber hinausgehende Schritt ist aussichtslos und so mißglückte auch noch stets der Versuch, das alte Patriarchat von Ipek wiederherzustellen, eine Absicht, welche auch auf Österreich-Ungarns Widerstand stoßen muß. Als Rechtsnachfolger des Ipeker Patriarchates gilt bekanntlich jenes von Karlowitz, was im Hinblicke auf den Grundgedanken der Orthodoxie, daß dem Staatsoberhaupte, in dessen Reich ein orthodoxes Gemeinwesen besteht, auch das jus circa sacra zukommt, dereinst für die Monarchie von großer Bedeutung werden könnte.*) Alle diese Schwierigkeiten mußten die Entfaltung einer regen kirchlichen Propaganda Serbiens hindern. Um so mehr waren daher die Serben bemüht, diesen Nachteil

---

*) Die okkupierten Provinzen unterstehen zwar kraft des am 31. März 1880 mit dem Fanar abgeschlossenen Vertrages in orthodox-kirchlichen Angelegenheiten dem ökumenischen Patriarchate, doch wurde dieses Verhältnis ausdrücklich als ein provisorisches bezeichnet. Wenn dieses lockere Abhängigkeitsverhältnis dereinst gelöst wird, würde Bosnien und die Herzegowina dem Karlowitzer Patriarchate unterstellt werden, welches nur dann auch auf einen Teil der übrigen orthodoxen Welt des Balkans eine Anziehungskraft ausüben könnte, wenn nicht bis dahin in Ipek ein neues Patriarchat erstanden ist.

durch eine desto eifrigere Propaganda der Tat aufzuwiegen. Auch sie warben zahlreiche Banden, drückten ihnen die Flinte in die Hand und sandten sie über die Grenze.

Am Balkan nennt man dies „energische Politik“. — Serbien läßt sich dieselbe recht viel Geld kosten, so wie auch die mazedonischen Schulen große Summen verschlingen. Daß die Banden aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, ist ebenso gewiß, als daß ihre Tätigkeit von der Regierung geleitet wird. Der Chef der Kultursektion im Belgrader Ministerium des Äußern hat wiederholt an Konferenzen über die Abgrenzung des Operationsgebietes dieser Banden teilgenommen. Die „Kultursektion“ mit der Regelung der Tätigkeit von Mordbanden betraut! — Die Balkanstaaten können wahrlich mit Stolz auf ihr Wirken als Kulturträger in Mazedonien blicken!

In letzter Zeit scheint die politische Annäherung Serbiens an Bulgarien eine Rückwärtskonzentrierung der serbischen Banden zur Folge zu haben.

Es fanden im Sommer 1906 Besprechungen zwischen offiziellen Vertretern beider Länder statt. Ihr Ergebnis sollte dahin führen, daß bis auf weiteres bloß Altserbien, der nördliche Teil des Kossowofeldes, und die größerenteils von Albanesen bevölkerten Gebiete von Prizrend und Djakowa nunmehr allein der Segnungen serbischer Banden teilhaftig werden darf. Die weiter südlich liegenden Gefilde sollen dafür gänzlich den bulgarischen Komitees reserviert bleiben. Es wird eben neuerdings viel in serbo-bulgarischer Verbrüderung „gemacht“ und es gibt Idealisten, welche davon träumen, daß diese An-

näherung sogar eine einverständliche Lösung der Balkanfrage zur Folge haben könnte.

Schon im Jahre 1896 wurde bekanntlich der Versuch unternommen, die beiden unruhigen Balkankonkurrenten einander näher zu bringen. Ein großer Teil der bulgarischen Presse, die russophilen Blätter an der Spitze, opponierten aufs heftigste gegen diese von offizieller Seite ausgehenden Bestrebungen. Sie seien aussichtslos, denn Mazedonien werde stets die Scheidewand zwischen Serbien und dem Fürstentume bilden. Trotzdem schlossen am 3. März 1897 die Ministerpräsidenten Stoilow und Simić ein Abkommen, welches das einverständliche Vorgehen der beiden Staaten in den die Slawen der europäischen Türkei betreffenden Fragen bezwecken sollte. Auch eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Mazedonien war in Aussicht genommen. Verwirklicht wurde dieses Übereinkommen niemals, und die serbisch-bulgarische Annäherung blieb auch weiterhin nichts als ein frommer Wunsch ganz vereinzelter Politiker. Der serbische Ministerpräsident Vladan Georgević äußerte sich dahin, daß bald darauf die Bulgaren „dieses Einverständnis in Mazedonien mit Messer und Revolver zu dokumentieren angefangen haben . . . .“

Schon anderthalb Jahre nach dem Zustandekommen dieser serbisch-bulgarischen „Annäherung“ rüsteten die beiden Balkanstaaten wieder gegeneinander. Bulgarien konzentrierte seine Truppen an der serbischen Grenze und Kriegsgerüchte durchschwirrten die Luft. Die Aufsehen erregende Entrevue der Fürsten Ferdinand mit dem Fürsten von Monte-

negro, welche in Abbazia stattfand, und der eine Zusammenkunft in Cetinje folgte, hatte eine offenkundige Entente dieser beiden Balkanherrscher mit sich gebracht, und Bulgarien konspirierte nunmehr im Bund mit Montenegro gegen Serbien, welchem es erst kürzlich die Hand zu einem freundlichen Abkommen geboten hatte!

Wie wandelbar sind doch Fürsten-Freundschaften und -Feindschaften am Balkan! Nur wenige Jahre bevor diese Verbrüderung mit dem Herrn der Schwarzen Berge erfolgt war, hatte der Verfasser aus des Fürsten von Bulgarien Mund die Klage gehört, er müsse „bei jedem Besuche und jeder Sendung aus dem Konak in Cetinje sich fragen, ... ob sie ihm nicht Gift oder Dynamit brächten ....“ Dies schien im Jahre 1898 wieder vergessen, und die beiden Fürsten vereinigten sich gegen das unglückliche Haus Obrenović. So sah es damals um die Bemühungen einer serbisch-bulgarischen Entente in Wirklichkeit aus, und nach wie vor haben Bulgaren und Serben in Mazedonien gegeneinander Hetzjagden veranstaltet, bei denen man sich lustig niederknallte, als wär's ein Kesseltreiben auf Hasen.

Trotz des reichen Kindersegens nahm die Bevölkerung von Jahr zu Jahr ab — denn nicht bloß die albanesischen, auch die bulgarischen und serbischen Kugeln trafen nur allzu gut. Jetzt will man die Tätigkeit der Mordbanden abgrenzen und hofft damit all den Reibungen vorzubeugen, welche bis nun das Einvernehmen der beiden Balkanstaaten trüben

mußten. Mag sein, daß es für eine Zeitlang gelingt, blutige Zusammenstöße zwischen den slawischen Rivalen in Mazedonien hintanzuhalten; dem eifrigen Streben, sich im Wege der friedlichen Propaganda den Rang abzulaufen, wird dadurch kein Ende gesetzt. Bulgarien und Serbien stehen sich in Mazedonien nach wie vor als feindliche Brüder gegenüber — — als die um das alleinige Erbe buhlenden Söhne des kranken Mannes, die vor nicht gar langem erst die Großjährigkeit erreicht und sich jetzt, noch bei Lebzeiten des Vaters, um das Recht der Erbfolge zanken.

Die Aspirationen der beiden Mächte haben dasselbe Ziel und schon in Üsküb stoßen die Rivalen hart aneinander. Denn Serbiens Ansprüche gehen weit über das Kossovopolje hinaus.*) Zu verwundern ist es nicht, daß Serbien sich eingeengt fühlt und an die See strebt. Um so begreiflicher, als die Abneigung gegen die österreichisch-ungarische Monarchie dieses Land davon abhält, die einzig rationelle Wirtschaftspolitik zu treiben, welche die Nachteile der Absperrung vom Meere aufwiegen würde.

*) Die vom Belgrader Universitätsprofessor Andonović entworfene Karte des „Ethnographischen Serbiens" zeigt, wie weit die serbischen Revindikationen gehen. Im Süden und Westen bildet der Drinlauf, der Ochridasee und das Vistricatal, im Osten der Mestafluß die Grenze, so daß nebst dem Kossovopolje fast ganz Mazedonien mit Serbien vereinigt erscheint. — Die gleichen Gebiete (bloß mit Ausnahme eines Teiles des Kossovopolje), werden für Großbulgarien reklamiert. — Auch die auf das äußerste eingeschränkten Ansprüche, welche von serbischen Realpolitikern wie Georgević erhoben wurden, erstrecken sich zum größten Teil auf die von den Bulgaren beanspruchte „Interessensphäre".

Statt sich an die Monarchie zu lehnen, die am Berliner Kongresse Serbiens staatliche Selbstständigkeit verfochten, die Einverleibung von Nisch und Pirot durchgesetzt, später den gegen Belgrad vordringenden Bulgaren Halt geboten hatte und nach wie vor Serbiens einzige Kunde ist — jagt man fernen Schimären nach. Der verblassenden Fata Morgana des Besitzes von Bosnien, der Herzegowina und der adriatischen Küste reiht sich ein anderes Trugbild an: Über den Šar-Dag hinweg, das lange Wardar-Tal überspringend — wird Serbiens Blick von Salonik gebannt .... Von Salonik, wohin es sich nur über die Leichen seiner neuesten Freunde, der Bulgaren, nur über Hekatomben von Hellenen und Walachen den Weg bahnen kann! Sehr richtig bemerkt übrigens Chéradame: „In der Hitze des Streites vergessen die Völker Mazedoniens eine Tatsache, die vielleicht einmal eine ausschlaggebende Bedeutung haben wird .... sie alle vergessen, daß Salonik, das Endziel ihrer gemeinsamen Wünsche, weder eine serbische, noch eine griechische, noch eine bulgarische, sondern eine jüdische*) Stadt ist." (André Chéradame, La Macédoine, Paris, Plon 1903.) Der großserbische Gedanke krankt aber in schwerer Weise auch noch daran, daß zwei Völker und zwei Staaten ihn auf ihre Fahne geschrieben, zwei Dynastien ihn zum Siege führen wollen. Auch Montenegro möchte die mazedonischen Serben von der türkischen Herrschaft befreien, und Fürst Nikita hat nichts unversucht gelassen, um der mazedo-

*) Von 120.000 Einwohnern sind etwa 80—85.000 Juden (Spaniolen).

nischen Propaganda seines serbischen „Brudervolkes“ entgegen zu arbeiten.

Aber auch den nächsten Aspirationen Serbiens, — jenen auf das alte Raszien, steht — — von der Rivalität Montenegros, und den ihnen entgegentretenden Interessen Österreichs abgesehen — — mitten in diesem Gebiete selbst ein mächtiger Feind gegenüber: das albanische Volk. Von den vielen verworrenen Teilfragen des Balkanproblemes ist die albanesische zweifellos die weitaus heikelste.

Der Berliner Kongreß hat die Sonderwünsche der Albanesen nicht berücksichtigt. Wohl hatte Lord Beaconsfield ein Promemoria entgegengenommen, welches die albanesischen Desiderata enthielt; der Kongreß aber ging über ihre Forderungen hinweg und den Albanesen blieb auch die gewünschte offizielle Anerkennung ihrer ethnischen Individualität versagt. Auch heute erheben sie diese Forderung. An diesem Kampfe sind aber nur wenige, geistig führende Personen beteiligt; denn von einem allgemeinen Erwachen albanesischen Nationalbewußtseins kann füglich noch nicht gesprochen werden. Wenigstens nicht in dem Sinne, daß hiedurch die sonstigen differenzierenden Momente nivelliert oder auch nur in den Hintergrund gedrängt würden.

Dieser Scheidewände zwischen den Albanesen sind gar viele. Vor allem die religiösen und konfessionellen Fragen. Während bekanntlich in den albanischen Bergen des Nordens die Bevölkerung großenteils katholisch ist (etwa 100.000 an der Zahl), bekennen sich die Albanesen der Küste und des

Südens fast ausschließlich zum Islam beziehungsweise zur Orthodoxie.*)

Doch auch die Mohammedaner sind nicht konfessionell geeinigt, sondern in zwei verschiedene Sekten gespalten. Jene der Bektaschi bildet zwar nur eine Minderheit, die Zahl ihrer Anhänger ist aber im Wachsen begriffen, und die von den Derwischen Fanatisierten leisten denselben unbedingte Gefolgschaft.

Religiöser Fanatismus ist des Albanesen ausgesprochenster, seit Generationen ihm anhaftender Charakterzug. Eine weite Kluft des Hasses trennt die Anhänger der verschiedenen Religionen und Konfessionen . . . ein Abgrund gähnt zwischen ihnen, den selbst die von außen hereingetragenen Einigungsversuche noch nicht zu überbrücken vermochten.

Das höchste Gut des Albanesen ist sein Glaube. Im Norden besonders und in den unwegsamen Gebirgen hat er sich eine tiefe, kindliche Religiosität bewahrt, die mit fanatischem Glaubenseifer gepaart ist. Darum vermeint der Albanese seinem Gotte nicht besser dienen zu können, als indem er jede seinem Glauben zugefügte Beleidigung blutig rächt. Nirgends in Europa wertet das Menschenleben so niedrig wie in diesem weltvergessenen Erdenwinkel. Die geringste Ehrenkränkung, der kleinste Besitzstreit wird mit der Flinte ausgetragen. Und daran schließt sich jedesmal eine ganze Kette von Mordtaten, denn Albanien ist bekanntlich noch heute das

*) Man nimmt an, daß die Albanesen in den Wilajets Skutari und Janina zu etwa 60—65 Prozent Mohammedaner, zu 20—25 Prozent Orthodoxe und der Rest Katholiken sind.

Land der Vendetta. Es ist für die Angehörigen des Ermordeten Ehrensache, ihn zu rächen, indem sie den Mörder oder irgendein Mitglied seiner Familie durch einen wohlgezielten Schuß aus dem Hinterhalte töten; ehe diese Blutrache nicht erfolgt ist, findet die Seele des Ermordeten keine Ruhe. Darum gilt die Vendetta keineswegs als Verbrechen — — sondern als heilige Pflicht, und der sie ausgeübt, kann darauf rechnen, allüberall offene Türen zu finden, um sich vor eventueller Verfolgung zu schützen. Unter dem fremden Dache ist er sicher; niemand würde es wagen, das geheiligte Recht der Gastfreundschaft zu brechen und selbst die Behörden werden ihn dorthin nicht verfolgen.

Von Generation zu Generation vererbt sich die Pflicht zu dieser blutigen Heimzahlung alter Unbill, und oft fallen ihr zahllose Mitglieder der beiden verfeindeten Familien zum Opfer, ehe die Versöhnung erfolgt. So ist es erklärlich, wenn nach Degrand und anderen in den albanischen Gebirgen über 70 Prozent der Todesfälle der männlichen Bevölkerung auf die Vendetta zurückzuführen sind. Heute noch empfindet man es als eine Schande, in seinem Bette zu sterben ... und als die schwerste Beleidigung gilt dem Albanesen der Zuruf: „Mögest du durch eine Krankheit zugrunde gehen!“ Ehedem wurde in der Kirche, vor der versammelten Gemeinde und vor dem Priester der feierliche, auf Hostie und Kelch abgelegte Eid geschworen, nicht eher zu ruhen als bis „daß das Sehnen des unschuldigen Opfers erfüllt und ein hinreichend grausames Entgelt genommen sei“. Heute kämpfen die katholischen Priester gegen diese Unsitte an.

Fast ganz vergebens. Der Albanese des Nordens ist tief religiös und bringt wohl dem Priester eine fast unterwürfige Verehrung entgegen, so daß die Macht der Geistlichkeit dort eine ungemein große ist; an der fest wurzelnden Sitte der Vendetta hat sich jedoch des Priesters Einfluß fast stets noch gebrochen.

Die türkischen Behörden sind ihr gegenüber selbstverständlich ganz machtlos. Kann man doch überhaupt im Norden Albaniens selbst im türkischen Sinne nicht mehr von dem Vorhandensein einer mehr als zum Scheine aufrecht erhaltenen Autorität der Regierung sprechen. Selbst die Berichte türkischer Funktionäre machen kein Hehl daraus. In einer Publikation von Georges Verdêne („La Verité sur la Question Macédonienne", 1905, Paris) wird ein Bericht des Vali von Kossowo an den Großwesir (Z. 37 vom 6. September 1897) veröffentlicht, in welchem sich folgende Stelle findet:

„Nachdem die Behörden nicht die Macht haben, ihre Anordnungen durchzusetzen und ihr Ansehen zu wahren, sind sie durch diese Schwäche so gesunken, daß alle Urheber von Verbrechen ungestraft bleiben. Dies erhöht die Unbotmäßigkeit der Albanesen immer mehr und mehr, so daß fast im ganzen Bezirk von Ipek, ferner in jenen von Jeni-Pazar, Prizren und Priština die gerichtlichen Urteile am Papier stehen bleiben und die Sicherheit von Tag zu Tag immer mehr zu einer Illusion wird."

Der völlige Mangel halbwegs benutzbarer Kommunikationswege erschwert ganz besonders in den Gebirgen die Verwaltungstätigkeit der türkischen Behörden. Die alten Bergstämme, wie die Mirditen, haben

ihre Selbstverwaltung und anerkennen als rechtmäßige Herren vor allem die Sprossen alter, heimischer Familien, dann erst den Herrscher am Goldenen Horn, dem sie nur deshalb treu ergeben sind, weil er ihre alten Privilegien achtet. Vom Militärdienste und von jedweder Steuerleistung befreit, sind sie die einzigen Rajahs des weiten Reiches, denen das Waffentragen grundsätzlich gestattet ist, deren Gewaltakte straflos ausgehen. Gewisse Gebiete in den Bergen sind der türkischen Beamtenschaft so gut wie verschlossen und die türkische Administrationstätigkeit ist hier eine bloß nominelle. Selbst in Altserbien gelingt es den Albanesen, obwohl sie nicht viel mehr als 55 Prozent der Gesamtbevölkerung repräsentieren, eine auch nur halbwegs geordnete Verwaltung so gut wie ganz unmöglich zu machen. Ein als ausgezeichneter Kenner der Verhältnisse bekannter Funktionär, dessen Inkognito hier gewahrt werden soll, schildert in seinem Buche „Novibazar und Kossowo“ die Verhältnisse folgendermaßen:

„Eine Maßregel, welche den Albanesen aus irgendeinem Grunde mißliebig ist, kann nicht durchgesetzt werden, mag sie auch durch kaiserliche Verordnung dekretiert worden sein. Die mohammedanische Bevölkerung dieser Bezirke zahlt die Steuern nicht nach der gesetzlichen Vorschreibung, sondern in irgendeinem beliebigen, geringen Ausmaße, und dies nur, damit der Schein gewahrt werde. Ähnlich verhält es sich mit der Assentierung; man stellt einige wenige Rekruten, deren Zahl mit der Bevölkerungsziffer in keinerlei Verhältnis steht, und die Behörden begnügen sich damit, zufrieden, daß die Widersetz-

lichkeit wenigstens keine offene ist. Gewisse Abgaben, wie das Tabakmonopol, konnten hier nie eingeführt werden; auch die so häufig angeordnete Entwaffnung erwies sich als undurchführbar. Die Justiz ist den Verbrechern gegenüber machtlos; diese fliehen in das Gebirge und die Behörden haben nicht die Macht, ihrer habhaft zu werden; Mord, Raub und Diebstahl bleiben daher meistens ungeahndet. Besonders bezeichnend für die Ohnmacht der türkischen Behörden sind die Zustände in der Stadt Novibazar, dem Sitze eines Kaimakams. In diesem Ort . . . zeigt die albanesische Bevölkerung einen bisher ungebeugten Trotz und ungebrochene Widersetzlichkeit gegen die Regierung. Der Kaimakam oder andere Beamte, welche ihr aus irgendeinem Grunde nicht genehm sind, werden einfach davongejagt."

In den letzten Jahren ist diese Gewaltherrschaft der Albanesen an einzelnen Orten etwas eingeschränkt worden und Hilmi Pascha rühmte sich im August 1903 dem Marquis Guicciardini gegenüber, daß es ihm in wenigen Monaten gelungen sei „die Bevölkerung Oberalbaniens entwaffnet, die Übeltäter lahmgelegt und fünftausend Versöhnungen (zwischen den durch Blutrache entzweiten Familien) herbeigeführt zu haben, wodurch ebensoviele blutige Verbrechen verhindert und zehntausend Familien der Friede wiedergegeben wurde". (Guicciardini, „Impressioni di Macedonia.") Der Erfolg dieser, von Hilmi Pascha mit so optimistischen Worten geschilderten Tätigkeit war aber kein dauernder. Bald nachdem die in Albanien konzentrierten Truppen zur Unterdrückung der in Monastir drohenden Unruhen abgezogen waren, begann das

alte Spiel der Albanesen von neuem und im allgemeinen herrschen noch immer dieselben anarchischen Zustände. Eben nur dieser zügellosen Freiheit wegen hält ein Teil der Albanesen, besonders jene des Nordens, noch treu zur Türkei.

Einen Beweis für ihre strafbare Unbotmäßigkeit lieferten sie vor mehreren Jahren in Skutari.

Die Pforte wollte dortselbst einen Gerichtshof errichten, und es wurden zwei Gerichtsbeamte nach Skutari entsandt. Am Tage nach ihrer Ankunft wurden dieselben ermordet und die Sache hatte auch weiter kein gerichtliches Nachspiel; der Wille der Albanesen hatte sich einmal mehr in blutiger Weise Geltung verschafft . . . . . Diese weitgehende Unabhängigkeit, die Möglichkeit, ungestraft Gewalttaten üben und ihr vermeintliches Recht mit eigener Hand suchen und finden zu können, steht den Albanesen so hoch, daß sie es bis jetzt ziemlich unschwer verwunden haben, wenn unter allen Völkerschaften der europäischen Türkei sie allein nicht die offizielle Anerkennung ihrer ethnischen Individualität finden konnten. Diese ethnische Einheit der Albanesen ist übrigens ein recht eigenes Ding. Denn nicht bloß religiöser Natur ist die Verschiedenheit zwischen Nord und Süd, zwischen der Bevölkerung des Gebirges und der Ebene. Auch national und sprachlich ist sie geschieden, Sitten, Gebräuche und Traditionen sind in Oberalbanien ganz andere als im Süden des Landes, selbst anthropologische Verschiedenheiten sollen sich geltend machen und Differenzierungen kultureller sowie wirtschaftlicher Natur erweitern den Abstand. Der Flußlauf des Škumbi scheidet das Land in zwei

völlig verschiedene Gebiete. Die Gegen im Norden sprechen eine andere Mundart als die Tosken, welche den Süden bevölkern. Jahrhundertealter Streit entzweit diese in zahlreiche Stämme sich gliedernden Gruppen, welche auch religiös und sozial einander fremd gegenüberstehen.

Auch das Verhältnis zu Konstantinopel ist nicht dasselbe. Das unabhängige, kriegerische Hirtenvolk des Nordens duldet wohl gerne die sich wenig fühlbar machende türkische Herrschaft, nimmt aber an der Verwaltung und Regierung des Reiches keinen aktiven Anteil. Nicht so die Tosken. Ihre Söhne dienen in der Armee, ihre reichen Beys begegnen wir in Konstantinopel als Träger der wichtigsten Ämter. So finden wir in allen Verwaltungszweigen albanesische Funktionäre: Generale und Großwesire, Minister und Hofchargen. Auf diese Weise sichert sich die Pforte die Anhänglichkeit der großen Familien, was um so notwendiger ist, als gerade im Süden des Landes gefährliche, fremde Einflüsse und revolutionäre Umtriebe Eingang finden. Wenn aber die Macht eines albanischen Beys in seiner Heimat so steigt, daß man in Konstantinopel zu Besorgnissen Anlaß zu haben glaubt, . . . dann wird ihm ein einträglicher Posten in Kleinasien oder in noch entlegeneren Gebieten angetragen. Eine Ablehnung wäre nicht ratsam, denn die Verbannung oder Verhaftung würde ihr folgen, wenn nicht sogleich zu dem bewährten alten türkischen Hausmittel des — schwarzen Kaffees geschritten wird, der noch nie seine Wirkung versagt hat.

Die südalbanischen Soldaten erfreuen sich im

Jildiz eines ganz besonderen Vertrauens. Mit Recht, denn besonders so lange er dem gefährlichen Milieu seines Landes entrückt ist, wird der Albanese den Treuschwur an die Person des Sultans nicht leicht brechen. Aus Albanesen rekrutieren sich daher jene Kerntruppen, denen der Padischah den Schutz seines Lebens anvertraut. Der in ihrer Heimat wühlenden politischen Minierarbeit und dem Kontakte mit gewissen fremden Emissären seit Jahren entzogen, gut, und, was in der Türkei ein Unikum ist, ziemlich regelmäßig gezahlt — bringen diese Soldaten der Person des Sultans eine ungemein große Anhänglichkeit entgegen. Der um sein Leben stets besorgte Herrscher fühlt sich unter dem Schutze dieser prächtigen Albanesengarde, die wir beim Selamlik und in der Umgebung des Jildiz bewundern können, noch relativ am sichersten. Es sind dies daher auch die einzigen Truppen, welche stets scharfe Patronen mit sich führen dürfen.

Der Fanatismus auch dieser Albanesen ist aber ein großer . . . und vor Überraschungen ist man in Konstantinopel niemals sicher . . . . . . Soll man sich unter solchen Umständen wundern, wenn der Machthaber im Jildiz-Kiosk Albanien in vielfacher Beziehung mit großer Nachsicht behandelt? Die besonderen Verhältnisse am Goldenen Horn und im Jildiz bedingen, daß man die Albanesen schont, ihre Privilegien achtet, ihrem Unabhängigkeitssinn nicht schroff entgegentritt und — — sie im eigenen Lande gewähren läßt.

Den zahlreichen albanischen Aufständen und Unruhen entgegenzutreten, hat übrigens die Pforte

nur selten ein wahres Interesse: richten sich dieselben doch meistens gegen einen gemeinsamen Feind . . . gegen Bulgaren, Serben oder Montenegriner. Es dürfte aber wohl bloß der Phantasie gewisser türkenfeindlicher „Balkankenner“ entspringen, wenn dem Jildiz die absichtliche Anstiftung albanischer Aufstände durch eigene Emissäre zugeschrieben wird.*)

Dieser Anzettelung bedarf es übrigens nicht erst. Der wilde Unabhängigkeitsdrang des Albanesen reagiert gegen jeden Übergriff fremder Elemente, und es genügt, wenn die Pforte ihn nur gewähren läßt, auf daß sie sicher sein könne, daß die Albanesen das von ihr gewünschte Geschäft besorgen: hier die Serben und Montenegriner, dort die Bulgaren, anderwärts vielleicht auch noch die Griechen in ihrem

---

*) Selbst ein so ernster, in Frankreich den Ruf eines hervorragenden Balkankenners genießender Schriftsteller wie Viktor Bérard, läßt sich zu der Behauptung hinreißen, daß die albanesischen Greueltaten zweifellos vom Sultan angeordnet, und die Mordbanden über seinen Befehl in Bewegung gesetzt werden. („Pro Macedonia“, Paris, Colin 1904.)

Wie schwer auch dem persönlich Uninteressierten die Wahrung der Objektivität bei Beurteilung der mazedonischen Vorgänge fällt, dafür ist Bérard ein klassischer Zeuge. Im genannten Werke wird behauptet: „dans toute cette affaire macédonienne, le gouvernement bulgare a été d'une extrême correction.“ Und ebenso bringt Bérard das Kunststück zuwege, die frevelhaften bulgarischen Bombenattentate in Salonik (Juni 1903) zu beschönigen und sie damit zu entschuldigen, daß erst Rußland, dann aber Österreich und Deutschland die Mazedonier zur Revolution „abgerichtet“ hätten. „Die deutschen Ideen und die deutsche Methode machten aus den trägen und ungebildeten Mazedoniern jene wissenschaftlichen Revolutionäre, wie sie sich uns heute durch die Bombenwürfe von Salonik enthüllen.“

Expansionsdrange zu hemmen, ihnen ab und zu blutige Denkzettel zu geben.

Die das Bergvolk dezimierende Blutrache und die Fehden, welche die Nordalbanier untereinander oder mit den Tosken auskämpfen, auch sie sind der türkischen Regierung ganz willkommen. Sind ein Ventil für den unbezähmten kriegerischen Drang und stellen sich dem Einheitsbestreben wirksam entgegen. Die Rajahs schlagen sich untereinander tot, lichten mit eigener Hand ihre Reihen — und daß die Türkei sie gewähren läßt, erscheint ihnen noch wie ein besonderes Privileg! Die Regierung respektiert das vom Albanesen, besonders dem Gegen reklamierte Recht auf Mord und Totschlag. Beide Teile finden dabei ihr Auskommen und geben sich damit zufrieden.

Daher haben die gegen solche albanesische Unruhen von der Pforte notgedrungen infolge europäischen Druckes hin und wieder gesandten Truppen auch regelmäßig den Auftrag, mit besonderer Schonung den „Aufrührern" zu begegnen. Mehr als einmal hat sich der Fall ereignet, daß die Generale des Padischah mit den Aufständischen freundschaftlich unterhandeln und nach einiger Zeit das Land wieder räumen, — mit Hinterlassung von Auszeichnungen und Ehrenbezeigungen für die Anführer der „Rebellen" . . . selbstverständlich ohne daß einem einzigen Albanesen auch nur ein Haar gekrümmt worden wäre.

Diese Revolten der Albanesen, bald gegen die Serben und Montenegriner, bald gegen die Bulgaren gerichtet, haben in Europa die Fabel von dem leb-

haften nationalen Selbstbewußtsein der Albanesen glaubhaft gemacht. Das Einheitsbewußtsein eines Volkes, das in zwei Religionsbekenntnisse und vier Konfessionen gespalten, mehrere Dialekte spricht und erst seit wenigen Jahren sich auf ein bestimmtes Alphabet einigen konnte! Der Einigkeitsdrang der Albanesen, die sich untereinander blutig bekämpfen und sich von Berg zu Berg, von Stadt zu Stadt, von Wilajet zu Wilajet befehden und tödlich hassen! *) —

Seit einigen Jahren freilich werden ungeheure Anstrengungen gemacht, um über diese turmhohen Differenzen hinweg das albanesische Volk zu verschmelzen und zu einigen. In erster Linie gehen diese Bemühungen von albanesischen Auswanderern aus — besonders von den Italo-Albanesen, die schon vor Jahrhunderten nach Italien gezogen waren und dennoch ihre nationale Eigenart und den Kontakt mit dem Mutterlande nicht verloren hatten. Nicht als ob die Italo-Albanesen es wären, welche diesen Einheitsgedanken überhaupt erst erfunden und ihn als etwas ganz Neues nach Albanien importiert hätten. Derselbe schlummerte seit alters her im Lande selbst, auf

*) A. Degrand, welcher vom Jahre 1893—1896 als französischer Konsul in Skutari fungierte, äußert sich mit größter Skepsis über den angeblichen albanesischen „Patriotismus". Niemals habe er davon gehört, daß ein auswärts reich gewordener Albanese sich seines armen Vaterlandes erinnere, und auch nur den geringsten Betrag irgendeinem zivilisatorischen Werke widme, wie deren der hellenische Patriotismus so hundertfach in Mazedonien schaffe. — In Europa gebe es kein Volk, welches weniger dazu vorbereitet wäre, das kostbare, aber häufig gefährliche Geschenk der Freiheit zu erlangen. Degrand fügt hinzu: „combien est superficiel, j'allais dire peu vrai, le bruit qu'on mène d'un éveil du patriotisme albanais". („Souvenirs de la Haute-Albanie", par A. Degrand, Paris 1901.)

wenige, etwas gebildetere und aufgeklärtere Elemente beschränkt, die vielleicht auch im Auslande gewesen waren und darum die traurigen Zustände in der Heimat um so bitterer empfanden.

Im breiten Volke aber hatte dieser Gedanke keine Wurzel geschlagen, und er mußte erst von außen kräftig unterstützt werden, durch Elemente, welche dem täglichen Streit entzogen sind, gleich unparteiisch den Gegen und Tosken, den Katholiken, Mohammedanern und Orthodoxen gegenüberstehen!

Den Bemühungen der Italo-Albanesen schloß sich bald die öffentliche Meinung Italiens und die italienische Regierung an. Das Programm der zwei letztgenannten Faktoren war klar vorgezeichnet: Den Einheitssinn der Albanesen zu wecken, damit derselbe im Vereine mit dem Unabhängigkeitsdrange des Volkes der Forderung nach der Autonomie Albaniens zum Siege verhelfe. Die Albanesen stehen aber unter allen Balkanvölkern auf der weitaus niedrigsten Kulturstufe. Ganz undenkbar wäre es daher, die Selbstverwaltung Albaniens in einer andern Weise zu organisieren, als indem man das Land unter den Schutz einer europäischen Großmacht stellt. Und — wenn wir den aus Frankreich und Italien zu uns dringenden Stimmen Glauben schenken wollen — wäre Italien und nur Italien berufen, das Protektorat oder wie immer man diesen Deckmantel der Okkupation nennen wollte, auszuüben! Italien, das unter Hochhaltung des heiligen Prinzipes der nationalen Befreiung, und in „uneigennütziger“ Weise diesen Drang nach der Loslösung von der Türkei erst

geweckt, dann gefördert hat — und schließlich, wenn sich all diese Hoffnungen erfüllen sollen, ihm vielleicht auch wirklich zum Siege verhilft. Italien, dessen nahe Küste geradezu prädestiniert erscheint, um über den Kanal von Otranto zu greifen, dessen Anspruch auf das „mare nostro“ historisch ebenso „begründet“ ist, als jener der Bulgaren oder Serben oder Griechen auf Mazedonien. Und lebt in Italien selbst nicht eine Handvoll albanesischer Auswanderer,*) so daß sich mit einiger Phantasie auch eine nationale Affinität und ein nationales Interesse konstruieren läßt? Sowie umgekehrt in Albanien einige Italiener sich niedergelassen haben, deren Zahl durch eine in den Dienst der Politik tretende Statistik um ein Vielfaches erhöht wird,**) so daß urplötzlich die „Verpflichtungen“ zum Schutze einer starken italienischen Kolonie auftauchen, der sich bald das Phantasiegebilde eines in voller Latinisierung begriffenen Landes anreiht.

Das Endziel der auf Etablierung des Protektorates gerichteten italienischen Politik wird in dieser Deutlichkeit selbstverständlicherweise nicht offen einbekannt. Niemand dürfte sich aber heute mehr einer Täuschung darüber hingeben, daß das Streben der Balkanpolitik Italiens dahin geht, sich am westlichen

*) Ihre Zahl wird auch in italienischen Quellen sehr verschieden angegeben. Arturo Galanti („L' Albania“) zählt deren 50.000, Vico Mantegazza („L' Altra Sponda“) 70.000, während andere Statistiken bis zu der Zahl von 200.000 sich versteigen. („Albania“, Eugenio Barbarich, Roma 1905.)

**) So ist z. B. San Giuliano gezwungen festzustellen, daß Guicciardini die Stärke der italienischen Kolonie in Durazzo um das Zehnfache zu hoch beziffert!

Balkan eine neue Einflußsphäre zu schaffen, in einer oder der andern Form die Vorherrschaft in Albanien zu erringen. Das im Jahre 1905 in Paris anonym erschienene Werk „Une confédération Orientale comme solution de la Question d'Orient, par un latin", welches eine mit maßgebenden italienischen Kreisen in Verbindung stehende Person zum Autor haben soll, gewährt tiefen Einblick in die Endabsichten italienischer Balkanpolitik. Nur eine unter europäischer Kontrolle und Oberleitung stehende Autonomie Albaniens und Mazedoniens werde eine gerechte Lösung des Balkanproblems bringen, und nur Italien sei berufen, diese europäische Schutzmacht zu sein. Italienische Generalgouverneure und Beamte, italienische Gendarmerie, Anerkennung des Italienischen an Stelle des Türkischen als offizielle Sprache, so stellt man sich diese Organisation vor . . . „car Rome ne saurait se contenter d'une autorité purement nominale."

Außerdem noch: Vorsitz Italiens in der zu schaffenden Balkankonföderation . . . ebenfalls ein durch historische Rechte Italiens und nunmehr auch durch die Heirat des Königs legalisierter Anspruch!

Man darf dies alles nicht einfach als phantastische Träumereien eines Einzelnen bagatellisieren. Es ist dies in konkreten, markanten Strichen die aufrichtige Enthüllung dessen, was die gesamte italienische Öffentlichkeit, die Presse und viele Parlamentarier im Grunde meinen und in ihrem Innersten denken, wenn sie die Forderung nach einer „aktiven Balkanpolitik Italiens" erheben: Nicht bloß kommerzielle

Expansion, sondern eine wohldurchdachte politische Aktion, mit dem ... allein oder zur Wahrung des Scheines, im Vereine mit Frankreich beziehungsweise England ausgeübten Protektorate über Großalbanien als Endziel!

Und daß das Protektorat heutzutage mit der Okkupation gleichbedeutend ist, das lehrt uns die Geschichte von Tunis!

In mehr als achtzigjährigem unbeschränkten Besitze von Algerien hat Frankreich diese Provinz weniger fest an sich zu ketten vermocht als es mit Tunis, dank dem 25 Jahre währenden Protektorate, der Fall war. — Die Vorzüge des Protektorates liegen klar auf der Hand: der verhaßte europäische Einfluß, die dem Orientalen so fremde Denkungsart des Westens findet leichter Eingang, wenn sie nicht unmittelbar verpflanzt, sondern in stiller, indirekter Weise aufgepfropft wird. Das Protektorat oder eine unter anderer Marke eingeschmuggelte gleichwertige Ingerenz würde die Brücke bilden, auf welcher über den Kanal von Otranto italienischer Geist, italienischer Einfluß, italienische Macht an die Ostküste der Adria wandern. Die „Befreier" würden im Handumdrehen zu — Eroberern werden und es gibt keine vertragsmäßigen Garantien, welche stark genug wären, um auf die Dauer zu verhindern, daß in einem solchen Falle aus Valona ein militärischer Stützpunkt und hiedurch die Adria wirklich das werde, was heute bis zur Ermüdung stets gerufen und gefordert wird: ein italienischer See, zumindest eine italienische See!

Auf all diese Aspirationen, auf die weitverzweigte

Propaganda und die zur Erreichung dieses Zieles verfolgten Mittel wird noch des weiteren zurückzukommen sein. Vorerst sollte nur festgestellt werden, was die unter italienischer Förderung und Führung zustande kommende Autonomie Albaniens bedeuten würde.

Über den Umfang des mit dieser Autonomie zu beglückenden Gebietes gehen die Meinungen freilich noch weit auseinander. Sind doch auch die Ansichten darüber geteilt, was alles unter den Begriff „Albanien" fällt. Es gibt drei Albanien. Das administrative, welches bloß aus den beiden Wilajeten Skutari und Janina gebildet wird, dessen Grenzen daher feststehen. Dann aber auch ein sogenanntes „geographisches" Albanien, sich auf ein ausgedehnteres Gebiet erstreckend, endlich das „ethnographische", bei dessen Abgrenzung den Fanatikern der Großalbanischen Idee keine Schranke gesetzt ist: auch die Wilajete von Kossowo, Monastir und Salonik werden für dieses zu schaffende Großalbanien in Anspruch genommen, und wenn wir den Albanesen Glauben schenken wollen, so sind Serben und Bulgaren sowie Griechen und Rumänen in Mazedonien bloß von den Albanesen geduldete Eindringlinge.

Neuerdings werden besonders von italienischer Seite jene Bestrebungen tatkräftig unterstützt, welche darauf abzielen, die von kompakteren Albanesenmassen bewohnten Gebiete Mazedoniens mit den beiden albanesischen Wilajets zu vereinigen. In dieser Weise soll schon jetzt das Territorium des künftigen „autonomen Albaniens" möglichst ausgedehnt und durch Einbeziehung des

entwicklungsfähigen Hinterlandes zu einem wertvolleren Objekte ausgestaltet werden.

Im Jahre 1896 hat die Albanesenvereinigung „Drita“ eine in diesem Sinne gehaltene Petition an die Staatsoberhäupter mehrerer europäischer Großmächte gerichtet . . . bei welcher damals freilich noch keineswegs an eine Aktion zugunsten italienischer Aspirationen gedacht wurde. Die Begründung, besonders die „historischen Rechte“ dieser Forderung sind in ihrer Naivität sowie als Beweis dafür von Interesse, wie die Geschichte zur Bekräftigung der verschiedensten, einander diametral gegenüberstehenden Ansprüche herangezogen und gedeutet wird.

Die Petition führt aus:

„Die unwiderleglichsten Rechte von uns Albanesen sind seit Jahrhunderten mit Füßen getreten, ohne daß irgend jemand zu unseren Gunsten interveniert hätte. Und dennoch zeigt die Geschichte, daß — während Bulgaren, Griechen und Serben Europa nur mittelmäßige Dienste geleistet, wir Albanesen in hervorragender Weise (sic!) der Sache der vielfach bedrohten Zivilisation gedient haben, besonders unter unserem Anführer Skanderbeg, dessen Heroismus durch 27 Jahre lang die drohenden Fluten der Asiaten aufgehalten hat.“

Die Heldentaten Skanderbegs, der sich hochtrabend „Epirotarum Rex et Macedoniae“ nannte, welcher im 15. Jahrhundert die albanesischen Stämme geeinigt und drei Jahrzehnte lang dem Halbmond Widerstand geleistet hatte, dieser ruhmvolle aber kurze Abschnitt albanesischer Geschichte — er soll nun als historische Begründung für die albanesischen

Ansprüche gelten. Dieses wahrscheinlich von den Illyriern abstammende Volk kann in einem mehr als ein Jahrtausend umfassenden Rückblick bloß eine Epoche weniger Dezennien aufweisen, in denen es geeint war und eine staatliche Selbständigkeit erlangte. Weder früher noch später haben die Albanesen jemals sich selbst angehört. Nach Skanderbeg war der kurze Traum zu Ende, die stürmisch brandenden Wogen des Islam durchbrachen den von diesem kühnen Kondottiere errichteten Wall — die türkische Hochflut ergoß sich nach Albanien. Dieses hatte einen neuen Herrn gefunden, der es heute, nach einem halben Jahrtausend, noch beherrscht. Zum großen Teil nahmen die Unterjochten den Glauben des Eroberers an, und nichts ist geblieben als die Erinnerung an die im langen Laufe der Zeiten verschwindend kurze Periode staatlicher Selbständigkeit.

Dem berechtigten Mitgefühle für das Schicksal eines Volkes, dessen trauriges Los es ist, stets Anderen zu dienen, soll damit in keiner Weise nahegetreten werden. Wogegen sich der objektive Beschauer wehrt, das ist bloß das System der Balkanvölker, alle ihre Desiderata historisch zu begründen. Wir Österreicher haben ein besonderes Interesse daran, gegen diese Methodik unsere Stimme zu erheben und unserseits dem Gewichte der realen Verhältnisse den Vorzug zu geben. Historische Rechte sollen uns der dalmatinischen Küste berauben und eine kühne Verschmelzung und Fälschung albanischer — Historien und venezianischer Geschichte soll auf einem oder dem andern Wege die Fort-

setzung des dalmatinischen Litorales in Italiens Hände spielen! —

Die vorhin erwähnte Petition der „Drita" ging noch nicht so weit, daß sie geradewegs die völlige Autonomie forderte. Man begnügte sich damals mit dem Wunsche, daß die vier Wilajets, „deren Bevölkerung größtenteils albanesisch ist", in eines vereinigt und der Verwaltungsitz nach Monastir verlegt werde, der Wali ein Albanese sei und ihm ein Ältestenrat zur Seite gestellt werde. Die Konsuln dreier europäischer Mächte hätten diese Administration in gewissen Belängen zu überwachen.

Was vielleicht überraschen könnte, ist die immer wiederkehrende Behauptung der Albanesen, daß sie auch in den Wilajeten Üsküb (Kossowo) und Monastir die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Wer sich nur entfernt mit Balkanfragen beschäftigt, wird freilich darüber keineswegs staunen. Man muß sich damit abfinden, daß jede der vier Balkannationen die absolute Majorität im Lande für sich in Anspruch nimmt und diese Behauptung mit überwältigenden statistischen Daten erhärtet. Wie lange wird es dauern, daß sich den Serben, Bulgaren, Albanesen und Griechen auch der jüngste der streitbaren Brüder — der Kutzowalache mit ungemessenen Forderungen entgegenstellt — und ebenfalls das ganze Land für sich allein reklamiert. — Die Walachen sind am besten Wege dazu! —

Die Albanesen schieben sich wie ein Keil ins Wilajet Kossowo hinein und sie haben sogar, wie die vielen alten slawischen Ortsnamen in Gebieten mit albanesischer Bevölkerung lehren, die Slawen in

merklicher Weise zurückgedrängt. Dort führen sie auch einen harten Kampf mit Bulgaren und Serben und stemmen sich mit Gewalt gegen den neu erwachenden slawischen „Drang nach dem Westen“. Sie haben sich mit so viel Erfolg besonders gegen die Serben gewehrt, daß man in einzelnen Gebieten geradezu von einer Dezimierung der letzteren sprechen muß. Im Verlaufe von zwanzig Jahren sollen, serbischen Quellen zufolge, etwa 60.000 Serben ermordet und 160.000 gewaltsam albanisiert worden sein. So übertrieben diese Angaben auch sein mögen, so steht doch fest, daß in gewissen Bezirken die serbische Nationalität einen starken Rückgang aufweist. Im Distrikte Priština finden wir heute 40.000 Albanesen und nicht viel mehr als 20.000 Serben; in Djakowo dürften gar nur mehr 1000 Slawen den 46.000 Albanern gegenüberstehen, während im Distrikte Ipek etwa ein Drittel der Bevölkerung Serben, zwei Drittel Albanesen sind. — Darum aber von einer Mehrheit der Albanesen im Wilajet Üsküb zu sprechen — dies erscheint doch einigermaßen gewagt. Bloß im Norden Mazedoniens haben sie ein kleines numerisches Übergewicht und dort werden sie auch mit Flinte und Dolch den serbischen Expansionsgelüsten Widerstand leisten. —

Im Süden aber ist der Albanese in nicht so günstiger nationaler Position. Selbst in dem zu Albanien gehörigen Wilajete Janina dürften insgesamt nicht viel mehr als 40 Prozent der Bevölkerung der albanischen Rasse angehören und je weiter südlich wir dort vordringen, um so mehr und mehr finden wir die Albanesen dem g r i e c h i s c h e n

Einflusse unterworfen, soweit nicht in neuerer Zeit die Italianisierung Platz gegriffen hat. Auf unserer Wanderung nach dem Süden begegnen wir zuerst Albanesen, die auch griechisch verstehen, später solche, welche beide Idiome in gleicher Weise beherrschen, sie unterschiedslos gebrauchen und sich nicht mehr als Albanesen fühlen, es sei denn, daß sie gerade das Angriffsobjekt einer lebhafteren italo-albanesischen Agitation sind. Ganz im Süden des Wilajets aber ist der Albanier völlig hellenisiert*) . . . in den seltensten Fällen ist er sich dessen bewußt, Albanese zu sein. —

Im Wilajet Monastir hinwieder finden wir wohl zahlreiche, jedoch stark verstreute albanesische Gruppen (speziell in den Sandschaks Dibra und Elbassan), denen aber nur zum Teil ein volles Nationalbewußtsein eigen ist. Aber auch hier wie in Altserbien und den Gebieten nördlich von Valona würde jede Absicht einer Lösung der Balkanfrage, welche die Albanesen anderen Nationen der Balkanhalbinsel ausliefert, die schwersten Konflikte herbeiführen. Eine „Unabhängigkeit", welche sie den Serben oder Bulgaren unterordnet, würden die Albanesen niemals hinnehmen. Darum sind sie trotz allem doch noch immer das Element, auf welches — — nebst den wahren Türken — die Pforte am sichersten zählen kann, schon darum, weil das Lebenselement des Albanesen die Anarchie ist, welche am besten unter türkischer Herrschaft blüht. —

*) Südlich von Argyrocastron ist die Umgangssprache fast ausschließlich die griechische. Janina, Preveza, Arta und Conitza sind Städte mit völlig griechischem Charakter.

Eine Macht freilich, welche die kulturellen und religiösen Bedürfnisse der Albanesen pflegen würde, welche es verstünde, das allmählich erwachende Nationalbewußtsein und den ererbten Unabhängigkeitssinn zu schonen, dabei aber wirtschaftlich die Bevölkerung in eine gewisse Abhängigkeit zu bringen, sie hätte eine starke Karte im Spiele, wenn es einmal zur großen Entscheidungspartie kommt. — Italien sucht das albanesische Nationalbewußtsein besonders dort zu wecken, wo die Albanier hellenisiert sind. Wo dies nicht der Fall ist, tritt für die italienische Politik das Interesse an der Pflege des albanesischen Nationalgefühles in den Hintergrund und macht vielmehr einer italianisierenden Propaganda Platz. Zweifellos würde die auch von italienischer Seite unterstützte Forderung, daß die albanesische Nationalität offizielle Anerkennung finde, die Möglichkeit gewähren, im Süden des Landes eine erfolgreichere Propaganda zu führen, welche viel rascher als bisher die Albanesen dem griechischen Einfluß entwinden und sie dem italienischen unterstellen würde. Mit mehr Erfolg als bisher könnten dann den hellenisierten Albanesen die Augen geöffnet werden. —

Dieses „Öffnen der Augen“ — welch großen Eintrag hat es im Laufe der Jahre dem Hellenismus verursacht! — Griechenland hatte den Serben und Bulgaren gegenüber einen gar gewaltigen Vorsprung zu verzeichnen. Als die beiden slawischen Nationalideen noch ungeweckt schliefen, als Bulgarien noch eine türkische Provinz war, ja selbst ehe noch sich die Griechen ihre Unabhängigkeit erkämpft hatten — war bereits die Hellenisierung Mazedoniens im

Gange. Solange die Orthodoxie geeinigt war, und das Patriarchat unbehindert seinen mächtigen Einfluß auf die ganze rechtgläubige Christenwelt des Balkans üben konnte, schien der Vorrang des Hellenismus für alle Zeiten gesichert. Wenn des Islams Macht in der innigen Verbindung des Glaubens mit der Waffengewalt besteht, so fand der Hellenismus die werbende Kraft in dem engen Zusammengehen von Kirche und Schule. —

Die Griechen waren die ersten, welche mit Schulgründungen auf den Plan traten. In den Jahren 1840—1860 wurden in Mazedonien bereits nicht wenige Schulen ins Leben gerufen, und Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts besaßen die Griechen auf türkischem Boden bereits hundert Volksschulen, welche von etwa 5000 Schülern besucht wurden. Heute ist die Zahl der Schulen auf mehr als 900, jene der Schüler auf fast 70.000 gestiegen, und die männliche Bevölkerung im Wilajet Monastir weist, sofern bloß die nach 1870 Gebornen in Betracht gezogen werden, kaum 5 Prozent Analphabeten auf. Jede dieser Schulen war nicht minder als die Kirche eine Pflanzstätte des Hellenismus. Damals, als das slawische Nationalbewußtsein der Balkanvölker noch schlummerte, zogen diese Unterrichtsanstalten Tausende und aber Tausende in den Bannkreis griechischen Denkens. Und wenn man auch nicht bei allen Mazedoniern von einem mit vollem Bewußtsein empfundenen griechischen Nationalgefühl sprechen will, so war es doch der Glaube, welcher an Stelle eines ausgesprochenen Rassengefühles einen großen Teil der Bevölkerung dem Hellenismus in die Arme trieb. —

Mit dem Tage, an welchem das bulgarische Exarchat ins Leben trat, war der Einfluß des Patriarchates auf die der Slawisierung zugänglichen Schichten der Bevölkerung gebrochen. Seit alters her trug die Orthodoxie den Keim der Spaltung in nationale Kirchen in sich. Das Konstantinopeler Patriarchat befand sich seit jeher in Abhängigkeit von der Staatsgewalt, und im 38. trullanischen Kanon wurde festgesetzt, daß die administrative und politische Einteilung auch für die kirchliche ausschlaggebend sein solle.

Schon im sechsten Jahrhundert sehen wir ein autokephales Erzbistum in Ochrida entstehen und dreihundert Jahre später wurden eine Reihe nationaler Bistümer gegründet. Die Abhängigkeit des ökumenischen Patriarchates vom byzantinischen Kaisertum mußte eben notgedrungen dazu führen, daß jedes christlich orthodoxe Volk am Balkan, welches zu Byzanz in Widerstreit geraten war, danach strebte, sich auch kirchlich von Konstantinopel loszusagen. Später, als der Balkan unter türkische Herrschaft geraten war, hatte wohl die völlige Unterwerfung des Patriarchates unter die türkische Staatsgewalt zur Folge, daß nun der weltliche Arm dem Streben des Fanar nach Unterdrückung der autokephalen Kirchen seine erfolgreiche Unterstützung lieh: die bulgarischen und serbischen Erzbistümer von Ochrida beziehungsweise Ipek wurden beseitigt. Damit ließ sich aber der historisch tief begründete Prozeß der allmählichen Loslösung nationaler Kirchen von der Jurisdiktion des Patriarchates auf die Dauer nicht aufhalten. Fast jedes selbständig werdende, ein eigenes Staatswesen grün-

dende orthodoxe Volk schuf sich auch seine eigene, vom Patriarchate getrennte Nationalkirche. Die Errichtung des Exarchates war der staatlichen Selbständigkeit Bulgariens sogar vorangegangen. — Und mit der Begründung der einheitlichen bulgarischen Nationalkirche wurde auch den kühnen Träumen des Panhellenismus, welcher nicht bloß Epirus und Mazedonien sondern auch Südbulgarien und Ostrumelien mit Griechenland vereinigt wissen wollte, ein grausames Ende bereitet. Nur noch in Mazedonien und Epirus setzte Griechenland den Kampf fort. Schritt um Schritt wurde aber auch dort der Hellenismus zurückgedrängt. Der bulgarische Priester, die bulgarische Schule — — schließlich die bulgarischen Kugeln und Bomben — sie führten Scharen von Anhängern dem panbulgarischen Ideale zu, hauptsächlich auf Kosten des griechischen Einflusses. Da traten die griechischen Banden in Aktion. Wie die ihrer Gegner im Heimatlande ausgerüstet, nicht selten von Offizieren des Heimatstaates befehligt. Der Gewalt trat die Gewalt entgegen und nun durchziehen die bewaffneten Freischaren beider Gegner das unglückliche Land, mordend und schändend, um mit der Waffe in der Hand die Andersdenkenden zu bekehren oder auszurotten. Rauchende Trümmer, verwüstete Fluren, Blut und Jammer, das sind die Meilensteine, welche den von ihnen zurückgelegten Weg weisen. Seither aber ist dem vorwärts stürmenden Panbulgarismus ein Damm gezogen, er kämpft teilweise nur mehr um die Erhaltung des gewonnenen Bodens. —

Indessen aber sind dem Hellenismus andere

Feinde entstanden. Jahrzehnte hindurch waren die Kutzowalachen die treuesten Anhänger der Griechen. Die wenigsten unter ihnen hatten ein klares Bewußtsein darüber, daß sie eine besondere Nationalität repräsentieren. Der griechischen Kirche angehörig, in griechischen Schulen erzogen, waren sie eine der Grundstützen des Hellenismus in Epirus und in manchen Städten Mazedoniens. Bis nach Üsküb reicht der gräzisierende Einfluß der Walachen und sie waren es, welche in dem bekannten langjährigen Üsküber Kirchenstreit den Hellenismus gegen die vordringenden Slawen verteidigten; hier wie an manch anderen Orten waren die Walachen griechischer als die wahren Hellenen .... manchmal sogar griechischer als das Patriarchat. Noch mehr: Die Kutzowalachen, dank ihrer Rührigkeit und ihrem Geschäftsinne den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung bildend, haben zu hunderten im Auslande Geschäftsverbindungen angeknüpft, arbeiteten sich empor, wurden die reichen Bankiers der Levante und unterstützten, auch wenn sie Mazedonien längst verlassen hatten, die griechische Propaganda mit reichlichen Mitteln. Die ungeheuer kostspielige Agitation, besonders die Erhaltung der zahlreichen Schulen, bedrückte das Budget Griechenlands und die vielfach in Anspruch genommenen Mittel des Patriarchates in sehr schwerer Weise. Die Fortsetzung der Agitation auf so breiter Basis wäre ohne private Opferwilligkeit nicht möglich gewesen.

Und warum hätten die Kutzowalachen, welche sich vollkommen als Griechen fühlten, nicht auch das Ihrige für eine Propaganda beitragen sollen,

deren segensreiche kulturelle und zivilisatorische Wirkungen sie im eigenen Lande gesehen, vielleicht an sich selbst erprobt hatten? Waren sie denn nicht ebenso Hellenen geworden, fühlten sich die Sinas, Dumbas, Arsakys usw. vielleicht noch als Kutzowalachen? Nur das niedrige, ungebildete Volk sprach ab und zu einen Dialekt .... der aber den Rumänen völlig unverständlich war und ist. Alles aber, was nur halbwegs auf Bildung Anspruch machen wollte, kannte nur eine Umgangsprache: die griechische. Bérard erzählt, daß Weigand von den Walachen aufgegriffen und den türkischen Behörden ausgeliefert wurde, als er bei einer Agitationstour im Jahre 1889 den Versuch machte, vor den versammelten Walachen „von Großrumänien zu sprechen, von lateinischen Brüdern, von den griechischen Feinden, von Unterdrückung der walachischen Sprache und der Tyrannei des griechischen Klerus". („La Turquie et l'Hellénisme contemporain.")

So sehr fühlten sich die Walachen damals noch als Hellenen! — Allmählich ist dies anders geworden.

Auf geheimen Kanälen, in anfangs lautloser, unmerklicher Weise fand eine Agitation Eingang, welche das Nationalgefühl der Kutzowalachen erwecken, sie, die treuesten Anhänger des Griechentums, an ihren selbständigen Nationalcharakter erinnern sollte. Wer hat diese Agitatoren entsendet — wer ließ die rumänische Nationalidee in jedem Dorfe, in jeder Hütte predigen? In wessen Interesse konnte es liegen, dem Walachen sein angeblich rumänisches Volkstum zum Bewußtsein zu bringen? Sollte es

nationale Begeisterung allein gewesen sein, welche den unermüdlichen, in Mazedonien vielgenannten Agitator Apostolo Margarit bewog, sich begeistert in den Dienst der rumänischen Propaganda zu stellen? Daß die rumänische Regierung es war, welche schon damals das Entstehen dieser Bewegung förderte und derselben anfangs bis zu zwei Millionen jährlicher Unterstützung widmete, dies steht wohl außer allem Zweifel. Weit schwerer ist jedoch die Beantwortung der Frage, welch greifbare Vorteile es wohl sein mögen, die sich Rumänien von dem Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins der Kutzowalachen verspricht. Doch wohl keinen territorialen Gewinn! Weite, fremdsprachige Gebiete, erst von einer kompakten Slawenmasse, dann von einem bunten Völkergemisch bewohnt, trennen Rumänien von seinen entfernten Stammverwandten. Sollte man trotz der räumlichen Entfernung in Bukarest ernstlich daran denken können, aus Mazedonien oder Epirus eine rumänische Provinz zu machen?

Ein so naiv unpraktisches Jagen nach unerreichbaren Zielen darf man der rumänischen Politik nicht zumuten. Steht sie doch seit Jahren durch ihre Nüchternheit und Ruhe in erfreulichem Gegensatze zu jener der anderen Balkanstaaten.

Wenn Rumänien heute in die Reihe der am westlichen Balkan eine aktive Nationalitätenpolitik treibenden Staaten getreten ist, so geschieht es nicht, wie manche meinen, um seine Hand nach dem Pindus zu strecken. Also bloß kulturelle Bestrebungen, nationales Stammesgefühl — losgelöst von jedem egoistisch politischem Triebe? Dagegen spricht die

Höhe der Geldopfer, welche Rumänien für diese Agitation aufwendet. Nur die Schulen in Mazedonien und Epirus belasten das rumänische Budget mit mehr als einer halben Million im Jahre und erst kürzlich wurde ein außerordentlicher Kredit von 600.000 Franks für den Bau von Schulen und Kirchen bewilligt. Solchen Aufwendungen muß ein mehr als ideeller Lohn winken, und ohne der bestimmten Hoffnung auf greifbaren materiellen Gewinn verstünde man sich in Bukarest nicht zu so namhaften Geldopfern. Tatsächlich scheint man dortselbst auf reichliche Zinsen zu rechnen. Seit Jahren fließt ein nicht zu unterschätzender Geldstrom von Rumänien nach Griechenland und Mazedonien, dortselbst die griechische Propaganda befruchtend. Die ihn entsenden, sind kutzowalachische Bankiers und Geschäftsleute, welche, in Rumänien lebend, dennoch mit einem Fuße in Mazedonien stehen und sich als Griechen fühlen. Ihre nationale Konvertierung sowie die ihrer Gesinnungsgenossen in Mazedonien bedeutet sohin ein Abdämmen dieses Geldabflusses — — in späterer Zeit vielleicht sogar die Umkehrung seiner Richtung. In letzter Zeit ist auch eine tiefgehende Verstimmung gegen Griechenland hinzugetreten und die rumänische Regierung sieht sich einer nachhaltigen Erregung und Volksbewegung gegenüber, welche mit Nachdruck den Schutz der „gewaltsam hellenisierten Konnationalen" in Mazedonien fordert. Dieser Strömung Widerstand zu leisten, fällt der Regierung nicht leicht, ebenso wie sie auch dem sich regenden Griechenfuror nur schwer Halt bieten kann. Den unerhörten Pogromen gegen die

Griechen in Bulgarien haben sich nun auch gewalttätige Ausschreitungen gegen die ruhige hellenische Kolonie in Galatz angereiht. Griechenhaß ist heute am Balkan die Losung — eine völlig ungerechtfertigte, jedesfalls weit über das Ziel schießende Reaktion gegen das gräzisierende Wirken des Patriarchates. —

Die Erfolge der rumänischen Propaganda sind nicht unbedeutende. Natürlich gehen die Meinungen darüber stark auseinander, wie groß die Anzahl der Kutzowalachen (Aromunen) tatsächlich ist. Während einzelne ihre Existenz am liebsten ganz wegleugnen möchten, zählen andere in der europäischen Türkei ihrer mehr als eine Million, und Thunmann geht so weit, daß er drei Viertel der Bevölkerung Mazedoniens und Thessaliens den Kutzowalachen zurechnet.

Sehr charakteristisch für den Grad der Verläßlichkeit all dieser Balkanstatistiken sind die eigentümlichen Schwankungen, denen die selbst von ein und derselben Person stammenden Angaben unterliegen. So hat der bekannte Universitätsprofessor Gustav Weigand nach mehrjährigen Studien an Ort und Stelle die Zahl sämtlicher am Balkan lebenden Aromunen oder Kutzowalachen (Serbien und Bulgarien mit inbegriffen) mit 160.000 bezeichnet und deren fortschreitende Entnationalisierung betont. Nun hat aber Weigand, der nunmehr ein von der rumänischen Regierung unterhaltenes Privatseminar leitet, in letzter Zeit die Behauptung aufgestellt, — daß die Zahl der Kutzowalachen . . . 200.000 beträgt. Auch die Rumänen sehen sich aber gezwungen zuzugeben,

daß die Kutzowalachen zu größtem Teile griechisch sprechen und sich als Griechen fühlen.*)

Griechisch sprechende und griechisch fühlende Menschen .... sollen nicht Griechen, sondern — Rumänen sein und dies aus dem Grunde, weil ein Bruchteil unter ihnen einen Dialekt spricht .... den der Rumäne gar nicht versteht und dem nur der Etymologe die Verwandtschaft mit der rumänischen Sprache anmerkt. — Die Balkanlogik der Parteigängerschaft! —

Die rumänische Regierung beziffert die Zahl der Kutzowalachen, welche rumanisierende Schulen besuchen, mit etwa 5000 — und schließt daraus auf das Vorhandensein einer national gesinnten Bevölkerung von 30—40.000 Seelen .... der Rest sind hellenisierte Walachen, denen noch die Augen zu öffnen sind. Tatsächlich dürften Jene der Wahrheit am nächsten kommen, welche die Zahl sämtlicher Walachen — sowohl jener, die vollkommen als auch jener, die nur teilweise hellenisiert sind, mit etwa 120—150.000 beziffern .... es wären sohin ihrer nicht um vieles mehr als es in Mazedonien Spaniolen gibt, die

---

*) So schreibt Baldacci, einer der eifrigsten Verfechter der Latinisierung der Walachen: „Die Walachen gebrauchen ihre Sprache gewöhnlich nur in der Familie und in ihren Dörfern. Anderwärts sprechen sie griechisch oder albanesisch. Öfters reden sie überhaupt nur diese beiden Sprachen, und ... haben die ihrige gänzlich vergessen, sich bloß der Traditionen erinnernd. Die Walachen — unter dem Einflusse der Bischöfe des Fanar, haben sich dem Hellenismus in die Arme geworfen, dessen fanatischeste Parteigänger sie wurden.... sie waren stets die größten Feinde ihrer Rasse und die entschiedensten Freunde der Griechen . . .“ (Prof. A. Baldacci: „L'élément latin dans l'équilibre balkanique.“ Revue d'Italie, Avril, Mai 1905.)

ihre Sprache erhalten haben und denen trotzdem noch niemand eine neue „führende“ Rolle am westlichen Balkan zugedacht hat. —

Die Rumanisierung würde ungleich raschere Fortschritte machen, wenn der nunmehr laut erhobenen Forderung nach Anerkennung einer autokephalen rumänischen Kirche von der Türkei Folge gegeben würde. Es bedeutet ohnedies bereits einen ungemein empfindlichen Eintrag für den Hellenismus, daß den Walachen mit Irade vom 23. Mai 1905 die rumänische Liturgie, die Gründung nationaler Schulen mit ausschließlich nationaler Unterrichtsprache und die Bestellung eigener Schulinspektoren gestattet wurde. Durch diese Erfolge ermuntert, gehen die Walachen — — oder vielmehr statt ihrer die Rumänen — jetzt weiter und verlangen die vollkommene Loslösung von der Jurisdiktion des Patriarchates. Was das Exarchat für Bulgarien, das wäre diese neue Kirche für die rumänische Propaganda am westlichen Balkan. Ist es zu verwundern, wenn Griechenland und das Patriarchat sich dagegen mit allen Kräften zur Wehre setzen?

Und kann es Europa erwünscht erscheinen, daß das ohnedies so wirre Durcheinander der Volksstämme am Balkan durch künstliche Züchtung eines neuen Elementes noch vergrößert werde? Die Ethnographen und Etymologen mögen völlig im Rechte sein, wenn sie die nahe oder entferntere Stammverwandtschaft der Kutzowalachen mit den Rumänen behaupten — und die Historiker werden nicht irren, wenn sie die geschichtliche Zusammengehörigkeit dieses Balkanvolkes mit den Rumänen und weiter

hinauf deren gemeinsame Beziehungen zum alten Rom ausfindig machen.

Glaubt man aber wirklich dieser Bevölkerung einen Dienst zu erweisen, wenn man eine neue Quelle des Streites erschließt — wenn man neue Ursachen des Kampfes und Haders schafft? Die Walachen, die sich bis heute für Hellenen hielten und auch tatsächlich Griechen geworden waren, die Hellenowalachen, wie die Griechen sie nannten, — sind nicht glücklicher geworden, seitdem ihnen die Augen über ihre Abstammung geöffnet, seitdem eine rastlose Propaganda sie zu den Griechen in Gegensatz gebracht. Im Gegenteil! Griechischem Einflusse verdanken sie es, heute das kulturell und intellektuell am wenigsten rückständige Element in Mazedonien und Epirus zu sein.

Nur durch ihre Anlehnung an das Griechentum vermochten viele unter ihnen sich emporzuschwingen, und sich eine materiell unabhängige — manchmal sogar eine glänzende Position zu erringen. Wenn sie dann die hellenisierende Propaganda freigebig unterstützten, so gaben sie damit nur ihrer selbstverständlichen Dankbarkeit für den Hellenismus und ihrer Überzeugung Ausdruck, daß dessen Verbreitung zum Wohle ihres Volkes gereiche.

Und heute? Blutiger Streit ist entbrannt. Jetzt klirren die Säbel und knallen die Büchsen in Tälern, in denen einst nur der Fanatismus des griechischen Priesters und Lehrers gewirkt. Man kann es gewiß nur auf das lebhafteste bedauern, daß Jene, welche durch ihre Stammverwandtschaft mit dem größten Kulturvolk der Erde berufen erscheinen in den Grenz-

gebieten, in Epirus als Kulturträger zu fungieren, jetzt zu den gleichen Mitteln greifen wie Bulgaren, Serben und Albanesen. — Dies vorausgeschickt muß aber auch zugegeben werden, daß die große Erregung in Griechenland völlig gerechtfertigt erscheint. Das Griechentum sieht sich von allen Seiten bedrängt. Wo sind die Zeiten ... in denen von der Adria bis zum Schwarzen Meer, vom Kap Matapan bis zur Donau der Hellenismus blühte? Wo ist das Mazedonien, von welchem Viktor Gregorović sagen konnte, daß der griechische Einfluß die „nationale Sprache fast ganz zurückgedrängt habe?“ Erst kam der Frontalangriff der Bulgaren; später die Rückenangriffe aus dem eigenen Lager, den bis nun treuesten Adepten des Griechentums . . . in neuester Zeit sogar die gewalttätige Aktion walachischer Banden!

Nicht genug daran: auch die hellenisierten Albaner in Epirus sollen abtrünnig gemacht werden. Hier ist Italien der böse Geist. Seinen politischen Zielen dient das Erwachen des albanesischen Nationalgedankens, welcher zur Autonomie, das heißt zur Schutzherrschaft Roms in Albanien führen soll.

Auch die Bewegung der Kutzowalachen findet Italiens nachhaltigste Förderung, und das Schlagwort verwandtschaftlicher Beziehungen zur lateinischen Schwesternation in Albanien und Mazedonien wird in den Kurs gesetzt, man spricht von einer albano-walachischen Allianz, deren Bindeglied die Latinität sein soll! Rom sieht nicht mit Unrecht in den rumanisierten, das heißt latinisierten Kutzowalachen eine Stütze seiner hoch-

fliegenden Pläne und ein Element, auf welches die italienische Propaganda wird rechnen können. Rumänien arbeitet mit seiner Agitation ausschließlich pour le roi . . . . . d'Italie!

Den „geheiligten historischen Rechten“ Italiens reihen sich nun auch nationale Affinitäten an — und die „Pflicht“, zur nationalen Befreiung unterdrückter Brudervölker seinen Arm zu leihen.

Wollen doch Einzelne neuerdings selbst in den Albanesen ein Volk lateinischer Rasse sehen, welches, nicht minder als die Walachen, ungeduldig darauf harrt . . seine Latinität unter dem Schutze eines mächtigen Freundes zur Geltung bringen zu können!

Eine italienische Stimme (B. Pellegrini, „Verso la guerra?“ Roma 1906) gibt der im Regno allgemein herrschenden Auffassung über die Kutzowalachische Frage in folgender Weise Ausdruck:

„Wenn daher die unausbleibliche Entwicklung der walachischen Nationalität in Albanien und Mazedonien dazu beitragen wird, Rumäniens Stellung in Europa zu kräftigen, wird nicht in eben derselben Weise diese Entwicklung zum Vorteile Italiens gereichen? Wird nicht in den bereits errichteten oder noch zu errichtenden rumänischen Schulen die italienische Sprache gelehrt werden?“ (Tatsächlich wurde in den meisten rumänischen Schulen der Unterricht der italienischen Sprache eingeführt.)

„Wenn die orthodoxen walachischen Priester die orthodoxe griechische Geistlichkeit in den Kirchen ersetzt haben werden, welche zwar orthodox bleiben, aber dem ausschließlichen Gebrauche der

Walachen eingeräumt sein werden — schon wurden walachische Kirchen in Monastir, Kruschewo und in einigen anderen Orten errichtet — — unter welcher Großmacht Schutz werden sie sich stellen? Doch nicht unter jenen Österreichs, welches sich kürzlich gegen die walachischen Aspirationen ausgesprochen hat. Selbstverständlich daher unter den Schutz Italiens, kraft der Gefühle der Sympathie und der Attraktion, welche Völker derselben Rasse einigen!

„Deshalb sagte ich, daß für sie Rom eine Hoffnung bedeutet. Und so tritt die künftige Aktion Italiens in den Vordergrund, die, um vorerst bloß von Südalbanien zu sprechen, sich auf zwei Faktoren stützen wird: den Schutz und die Vormundschaft über die mohammedanischen Albanesen und die Walachen; die Durchführung dieser Aktion wird um so leichter sein, als die Walachen mit den Albanesen vollkommen harmonieren und sich an einigen Orten sogar „Albano-Walachen" nennen. — In jedem Falle tritt die Notwendigkeit klar zutage, daß wir dieses Erwachen der Walachen sowie der albanesischen Mohammedaner aufmerksam verfolgen, so wie es nützlich wäre, diesen Kräften einen geraden, sicheren Weg zu weisen.

„Griechenland beschützt in der Türkei die orthodoxe, gräkophile Bevölkerung, Österreich die Katholiken, Rußland die Slawen. Ist daher unsere Aufgabe uns nicht klar gestellt: auf offiziellem Wege den Schutz und die Verteidigung der albanesischen Mohammedaner und der Walachen zu übernehmen?"

Etwas vorsichtiger, aber darum nicht weniger

verständlich formuliert Baldacci in der früher zitierten Publikation dieses Programm: „L'élément albano-roumain est le seul qui puisse donner une forme organique à la région albanaise . . . Et l'Italie agirait sagement en prenant l'initiative de cette solution qui, seule, pourrait assurer son préstige et satisfaire ses légitimes intérêts politiques et commerciaux."

Inzwischen spielen aber all jene, welche diese Bevölkerung mit ihrem „Schutze" beglücken wollen — eine Nationalität gegen die andere aus und je toller es dort zugeht, um so besser blüht ihr Weizen. — Diese unglücklichen Völker zerfleischen sich gegenseitig, um den Interessen der kleinen Balkanstaaten zu dienen . . . unbewußt auch jenes eines mächtigeren Anwärters zu fördern. Und um das Maß der Leiden dieser Völker noch zu erhöhen, steht vor diesem Hexenkessel, in dem es brodelt und wallt und durcheinanderqualmt — mit verschränkten Armen der denkbar schlechteste Koch. Das Lied von der Misere der türkischen Verwaltung ist so abgeleiert, daß es jedem bekannt ist, der auch sonst an den Vorgängen im Orient keinen Anteil nimmt. Wie eine Melodie, welche uns in den Ohren summt, ohne daß man die Operette, aus der sie stammt, jemals gehört . . .

Heute ist es in der Türkei geradeso wie vor fünfzig, vielleicht wie vor hundert Jahren.

Wie von alters her ist der türkische Beamte gezwungen, seine Ernennung von einem hohen Funktionär in Konstantinopel zu erkaufen und außerdem seiner dauernden Dankbarkeit in Gestalt einer seinem

Beschützer zu leistenden Jahresrente Ausdruck zu verleihen. Bleibt dieser Tribut der Dankbarkeit aus, dann ist auch die Amtsentsetzung ehestens zu gewärtigen. — Nachdem der Gehalt selbstverständlich fast nie zur Gänze und oft monatelang gar nicht ausbezahlt wird, müssen sich die Beamten notgedrungen andere Einnahmsquellen erschließen. Darin besteht ihre vornehmste Verwaltungstätigkeit: sich auf alle erdenkliche Weise an der misera contribuens plebs zu bereichern. Daher die Unmöglichkeit, vor dem Richter sein Recht auf anderm Wege als jenem des Bakschisch zu finden, daher die unaufhörlichen polizeilichen Vexationen, daher die oft himmelschreienden Steuerbemessungen — oder die weitgehendsten Gebührennachlässe, die Straflosigkeit von Delikten oder die absichtlichen Justizmorde. Daher aber auch die große wirtschaftliche Rückständigkeit. Man weiß ja: in Konstantinopel werden Straßenbauten über Straßenbauten beschlossen, Meliorationen angeordnet, wirtschaftliche Maßnahmen aller Art in Vollzug gesetzt. Am Papier ist selbst Mazedonien eine wohlverwaltete Provinz mit Kommunikationswegen aller Art versehen; und das Geld für all diese Verwaltungsmaßnahmen wird pünktlich verausgabt, die Maßnahmen selbst aber bleiben unausgeführt.

Ein Straßenbau? Der Kaimakam verteilt die Fronarbeiten hiefür unter die Bevölkerung, und nachdem vielleicht einige Kilometer zur Wahrung des Scheines hergestellt sind, stockt die Arbeit, denn durch reichliche Bezahlung kauft sich ein Dorf nach dem andern von der Verpflichtung zur Frone los. Darum baut man in Mazedonien und Albanien so

gerne Straßen: sie sind eine nie versiegende Einnahmsquelle, die den obersten Behörden in Konstantinopel sowie den untergeordneten Verwaltungsbeamten der Provinz zufließt. Daß bei diesem System das Land fast ohne alle Kommunikationswege bleibt, ist schließlich Nebensache; auf diese Weise ist allen gedient: Dem Volke, das sich lieber loskauft als daß es die harte Fronarbeit leiste, dem Kaimakam, welchem die Loskaufsumme den Gehalt ersetzt, und den hohen Herren in Konstantinopel, in deren Kassen Ebbe herrscht.

So wie mit dem Straßenbau geht es mit den meisten administrativen und wirtschaftlichen Maßnahmen; es sollte nur ein einziges praktisches Exempel in Erinnerung gebracht werden. Und die türkischen Truppen? Ungerechterweise oft viele Jahre über die ohnedies lange Dienstzeit hinaus festgehalten, schlecht gekleidet und schlecht genährt, niemals entlohnt, durchzieht der türkische Soldat ihm fremde Gegenden des weiten Reiches. Ist es zu wundern, daß die Bevölkerung von diesen Truppen in Kontribution gesetzt wird?

Ohne schwere Ausschreitungen, ohne Plündern und Brandschatzen geht es da nicht immer ab. Wenn man aber bedenkt, daß diese oft hungernden, zu Tode ermüdeten Soldaten, indem sie ihrer harten Pflicht gehorchen, zwischen den Mühlstein der sich befehdenden Christen geraten, daß sich die Wut des Gjaur nicht selten gegen die Truppen kehrt, welche erschienen sind, um Ordnung zu machen — — da muß man wohl für die von türkischen Soldaten begangenen Atrocities einige Nachsicht bekunden.

Freilich — wenn man den Mazedoniern Glauben schenken wollte, so müßte man nicht bloß die Baschibosuks, sondern auch die regulären türkischen Truppen auf gleiche Linie mit den gefährlichsten Räuberbanden stellen, und sie sowie die türkische Verwaltung für all das große Elend in Mazedonien allein verantwortlich machen, nicht selten auch für die blutigen Händel, mit denen sich die Christen zerfleischen.

Diese Anschuldigungen werden niemanden täuschen.

Wir wissen, daß heute die verschiedenen Nationen und Konfessionen es sind, welche in erster Linie gegeneinander die Waffen kehren, und daß die bulgarischen Banden viel weniger gegen die Türken kämpfen als gegen das Hellenen- und Serbentum. Die bulgarische, serbische, griechische, rumänische und albanesische Konkurrenz um die Vorherrschaft und den ausschließlichen Besitz dieser Gebiete bildet heute die wahre Ursache der Unruhen . . . Die türkische Regierung aber spielt die machiavellistische Rolle des tertius gaudens, der sich vergnügt die Hände reibt und untätig zusieht, wenn sich seine Widersacher die Köpfe blutig schlagen. Um das griechische Übergewicht zu brechen, ließ die Türkei eine Zeitlang der bulgarischen Propaganda freie Hand, als diese zu gefährlich ward, gab man dem Serbismus größere Bewegungsfreiheit — — gegen jede dieser Propaganden aber spielt man die Albanesen oder Kutzowalachen aus. So dienen auch die Gegner der türkischen Herrschaft schließlich doch immer den Endzielen derselben; die türkenfeindlichen Elemente schwächen sich gegenseitig,

der Christ kämpft in Mazedonien nicht mehr gegen den Islam, sondern gegen seine eigenen Glaubensgenossen.

Man mag jedoch über die türkische Regierungsmethode so streng als nur immer urteilen, eines ist gewiß: der Erfüllung des Expansionstraumes eines der kleinen Balkanstaaten würde in Mazedonien ein Erwachen voll der schwersten Enttäuschung folgen. Keiner der kleinen Anwärter, die übrigens selbst noch unberechenbare, in Gärung begriffene Staatengebilde darstellen, könnte Mazedonien jemals zur Gänze in seinen Besitz nehmen, ohne daß dadurch der fanatische Widerstand der zahlreichen, mit dem Eroberer nicht sprach- und konfessionsverwandten Volksstämme des Landes geweckt würde. Der Kampf müßte erst recht entbrennen und die kleinen Balkanstaaten, welche glauben, ihrer Mission als Kulturträger durch Entsendung von Mordbanden vollauf zu genügen, sie würden ihre Macht zur gewaltsamen Niederhaltung und allmählichen Ausrottung der anderen Nationalitäten mißbrauchen.

Sehr bemerkenswert ist die diesbezügliche Auffassung eines Serben, des einstigen Preßdepartementchefs Alexander Petrović, welcher sich folgendermaßen äußert:

„Die kleinen Balkanstaaten, die in der sicheren Erwartung des Zusammenbruches des Osmanischen Reiches um den künftigen Besitz Mazedoniens kämpfen, sind daher weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit der Aufgabe gewachsen, zu deren Lösung sie sich, gegen ihr eigenes besseres Gewissen, seit einer Reihe von Jahren in aufdringlicher Weise er-

bötig machen. Sie werden und können den beklagenswerten Zuständen niemals ein Ende bereiten, wohl aber dieselben nur noch mehr verwirren, verwickeln und vergiften." („Mazedonien und die Lösung seines Problems.")

Aus den gleichen Gründen ist eine Aufteilung Mazedoniens unter den drei Balkanaspiranten ausgeschlossen.

Es gibt nicht ein Wilajet, nicht ein Sandschak, ja kaum ein einziges Dorf, dessen nationaler Charakter so ausgeprägt wäre, daß seine Zuweisung an einen der Reklamanten erfolgen könnte, ohne dadurch die Interessen eines namhaften Bevölkerungsteiles ernstlich zu gefährden. Die nationale und konfessionelle Vermengung ist eine so hochgradige, daß eine Abgrenzung von Gebieten mit halbwegs einheitlichem Gepräge völlig undurchführbar ist. Auch in diesem Falle würde in den Teilen Mazedoniens, welche den einzelnen Balkanstaaten zugewiesen werden, ein Kampf aufs Messer entbrennen.

Wiederum also eine Lösung — ohne Erlösung.

Das Gesagte gilt nicht für den südlichen Teil von Epirus. Dieses Gebiet ist trotz aller fremden Agitation heute noch so stark hellenisiert, daß seine Vereinigung mit Griechenland ohne nennenswerte Schädigung anderer Nationalinteressen erfolgen könnte. Auch jene Kutzowalachen, deren selbständiges nationales Fühlen sich zu regen beginnt, würden schließlich nur freudig in die Arme des Hellenismus zurückkehren und die sichere Zukunft in Griechenlands Schoß den ungewissen Hoffnungen vorziehen, welche von italienisch-rumänischer Seite erweckt

werden. Der unglückliche Verlauf des Griechisch-türkischen Krieges hat wohl die Sympathien der Albanesen für Griechenland etwas abgeschwächt. Neigt doch des Albanesen Herz sich mit Vorliebe dem Starken und Mächtigen zu. Darum würde ein Vordringen Griechenlands über die Grenze von Epirus hinaus zu schweren und dauernden Konflikten mit den Albanesen führen, welche das Land nicht zur Ruhe kommen ließen — zu Aufständen, deren Niederhaltung ungeheure Opfer und Anstrengungen erheischen würde. Im Sinne einer friedlichen Lösung und auch im wohlverstandenen Interesse Griechenlands müßten daher wohl die Gebiete nördlich von Argyrokastron von der Einverleibung ausgeschlossen werden. Unter der Voraussetzung einer solchen Einschränkung griechischer Ansprüche dürfte die nationale und konfessionelle Gliederung der Bevölkerung dem Anschlusse dieses Gebietes an Griechenland keineswegs entgegenstehen . . .

Damit wäre aber nur einer gerechten Forderung Griechenlands entsprochen, die einzige all der vielen hellenischen Aspirationen erfüllt, welche überhaupt realisierbar erscheint — keineswegs aber die westbalkanische Frage der Lösung näher gerückt! —

Und ebenso ist das wohlklingende Schlagwort: „Mazedonien den Mazedoniern“ bloß ein Kampfruf, aber kein durchführbares Programm.

Der Fehlschluß liegt hier darin, daß man ein Wort prägt, für das der Begriff fehlt. Gibt es denn Mazedonier im Sinne eines einheitlichen oder nach Einheit strebenden Volkes? Wer sind diese Maze-

donier? Doch nichts anderes als die einander niederschießenden Bulgaren und Serben, Griechen und Walachen.

Des einheitlichen nationalen und religiösen Empfindens können bei ihrem Zusammenschlusse oder zu fortdauerndem Zusammenwirken nur jene Völker entbehren, die sich bereits zu einem höheren Kulturideal durchgerungen, die ein höheres ethisches Fühlen und Denken ihr Eigen nennen; die in einverständigem Wirken für Recht und Menschlichkeit und Volkswohl sich betätigen, die auf eine gemeinsame Vergangenheit zurückblicken — gemeinsam erkämpften Ruhm und gemeinsam getragenes Leid!

Die Volksstämme Mazedoniens kennen nur das Trennende, nicht das Einigende. Gemeinsam ist ihnen bloß das eine: die geringe Einschätzung des Menschenlebens und der Menschenrechte. Gewalt ist Trumpf und in ihr sieht man das beste Mittel, Andersdenkende zu überzeugen.

Und diese Völker sollen sich selbst überlassen werden, indem man ihnen die Selbständigkeit gibt, ohne zugleich für eine starke, unparteiische und kundige Hand zu sorgen — welche sie führt und leitet. Der Krieg Aller gegen Alle wäre die unvermeidliche Folge. — Wie wenig ernst übrigens dieser Plan einer „Lösung“ genommen werden kann, dies erhellt aus der mehr als naiven Art, mit welcher die Verteidiger der Selbständigkeit Mazedoniens sich deren Verwirklichung vorstellen. Der ernsteste unter ihnen, Viktor Bérard, weiß hiefür nur Folgendes vorzubringen:

„Das autonome Mazedonien und die Balkankon-

föderation hätten im Grunde nur die Griechen mit den Bulgaren zu versöhnen. Die anderen Rassen würden sehr bald verschwinden oder sich mühelos verschmelzen. Am Tage nachdem die Autonomie erklärt, würden die Türken Mazedonien verlassen... Die Walachen sind schon fast gänzlich hellenisiert ... Die Fusion zwischen Serben und Bulgaren wäre eine sehr rasche ... Die Juden von Salonik ... würden einen Wechsel ihrer Nationalität annehmen und die Albanesen, sie würden sich jenem zuwenden, der sie zu nehmen verstünde. („Pro Macedonia“, Paris 1904.) Fürwahr: die Fabel von der „Balkanschweiz“ glaubt wohl niemand ernstlich und das Schlagwort: „Mazedonien den Mazedoniern“ ist ein allzu naives. Selbst jene, die es neuestens verkünden, glauben nicht daran — und ganz Europa weiß: es ist nichts anderes, als ein kümmerliches Feigenblatt für die abstoßende Nacktheit des Panbulgarismus. In gleicher Weise ist aber auch das von Italien importierte Rezept: „Albanien den Albanesen“ ... nur mit allergrößter Vorsicht zu gebrauchen. Auch dieser Ruf ist nur ein Deckmantel für Absichten ganz anderer Natur.

Großgriechische und panbulgarische Ziele — — allserbische und großalbanisch-italienische Ideale, wahrlich der Aspirationen gar viele! Von außen wurden sie nach Mazedonien und Albanien getragen und erst dann wird Friede unter diese unglückliche Bevölkerung einziehen, wenn dem weiteren Eindringen dieser wüsten Agitationen eine Schranke gesetzt, wenn all diesen Hoffnungen ein Ende gemacht sein wird. Erst wenn die Balkanstaaten vor

einer vollendeten Tatsache stehen werden, welche sie zur Überzeugung bringt, daß ihre Träume nicht mehr in Erfüllung gehen können, wenn die von ihnen ausgerüsteten Banden mitsamt den bezahlten Hetzern durch eine starke Hand außer Landes gewiesen sein werden — erst dann wird die Redemption Mazedoniens gelingen. Dann werden sich auch die nationalen und religiösen Gegensätze mildern lassen, die zu vertiefen und zum gegenwärtigen Extrem zu steigern im Interesse der angrenzenden Balkanstaaten nur so lange liegt, als nicht die völlige Aussichtslosigkeit ihrer Bestrebungen erwiesen ist. Ist dies aber einmal der Fall, dann werden die schweren finanziellen Opfer, welche diese rastlose Propaganda den ohnedies armen Balkanländern auferlegt, als so drückend empfunden werden, daß die Agitation schon aus diesem Grunde ihrem Ende entgegengehen wird. Und erst dann wird Mazedonien der Zivilisation erschlossen und der in diesem künstlich verwüsteten Lande schlummernde Reichtum geweckt werden . . . Nicht aus dem Osten, sondern nach Osten das Licht! —

Heute freilich begnügt man sich mit Verwaltungsreformen. Daß dies unter den gegebenen Umständen vielleicht das beste ist, soll nicht bestritten werden ... unter der Voraussetzung aber, daß man darin nur ein Provisorium sehen will, wenn auch ein solches von vielleicht noch langer Dauer. —

Kampferinjektionen vermögen das entfliehende Leben für einige Zeit festzuhalten und den Kollaps zu retardieren. Den Verfall des marastischen Körpers werden sie auf die Dauer nicht hindern.

Zweifellos kann die türkische Verwaltung durch die österreichisch-ungarisch-russische Reformaktion nicht unwesentlich gebessert werden, und nichts berechtigt zu der von Guicciardini wiedergegebenen Äußerung:

„Die Politik der Reformen als solche hat wohl nicht Bankrott gemacht; bankrott sind bloß die Reformen des österreichisch-russischen Übereinkommens. Auch in Mazedonien kann die Reformpolitik eine gute sein, es müssen dies aber wahre Reformen sein, die man ohne Nebenabsichten will, bloß mit dem Ziele des Friedens und des Wohles der Bevölkerung."

Derlei Insinuationen vermögen, selbst wenn sie von so ernsten Politikern wie Guicciardini kommen, an der Tatsache nichts zu ändern, daß nur Rußland und die Monarchie als die Hauptinteressenten am Balkan und als die Einzigen, welche mit dem Wesen dieses Völkergemisches völlig vertraut sind, einen nicht ganz aussichtslosen Versuch der Verwaltungsreform in Mazedonien zu machen vermögen. Aber selbst die uneigennützigsten und sachkundigsten Behandlungsmethoden anerkannter Spezialisten können bestenfalls nichts anderes als eine Linderung des unheilbaren Leidens herbeiführen. Gesund wird der kranke Mann nie mehr werden! Das ganze Staatsgefüge der europäischen Türkei ist eben schon zu sehr gelockert, als daß der Bau dauernd zu erhalten wäre, trotz aller Pölzungen, die ihm zuteil werden. Und so lange Mazedonien eine türkische Provinz ist, werden die Aspirationen der Nachbarn nie aufhören und das Land nicht zur Ruhe kommen lassen.

Hiemit soll nicht gesagt werden, daß nicht ein großes Interesse damit verbunden sein kann, das Leben des kranken Mannes tunlichst zu verlängern. Es gibt Prozesse, die man so sehr scheut, daß man sie so weit als möglich hinausschiebt. Nur dann aber darf man so handeln, wenn man gleichzeitig sein ganzes Augenmerk darauf richtet, daß der künftige Prozeßgegner nicht unterdessen seine Prozeßchancen verbessere, daß er sich nicht in eine Position einzudrängen wisse, die seinen Ansprüchen, so unberechtigt sie auch sein mögen, zum Siege verhelfen könnte!

Nur unter dieser Voraussetzung ist die Politik des Status quo und der Reformen auch wirklich im Interesse der Monarchie gelegen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Politik für niemanden das Endziel bedeutet, daß sie nur ein Palliativ ist, ein Aufschub der Lösung, um Jahrzehnte vielleicht, nicht aber die Lösung selbst. Diese Politik muß daher in allererster Linie darauf bedacht sein, daß unser ernstester Konkurrent am westlichen Balkan, Italien, nicht diese Zeit benutze, um auf Ziele hinzuarbeiten, die unsere Wege durchkreuzen. Die Status-quo-Politik am Balkan bedarf eines wichtigen Korollars: einer politischen und wirtschaftlichen Aktion, durch welche sorgsam verhindert wird, daß inzwischen ein Anderer eine Position erobere, an deren Erhaltung sich die vitalsten Interessen der Monarchie knüpfen. Hat man diesem Postulate bei uns Rechnung getragen? Leider läßt uns die traurige Wirklichkeit wohl keinen Zweifel darüber, daß diese Frage nur in verneinendem Sinne beantwortet werden kann! — —

III.

Italiens Aktion am westlichen Balkan und das Zurückweichen der Monarchie.

Bis vor einem Jahrzehnt war Rußland unser gefährlichster Widersacher am Balkan.

Nicht ohne Besorgnis mußten wir auf die wiederholten Bestrebungen der russischen Diplomatie blicken, den Expansionsdrang Bulgariens zu fördern und die slawischen Balkanstaaten gegen Österreich-Ungarn auszuspielen. Der Rückhalt an das mächtige Rußland steigerte all diese Ambitionen und Aspirationen ins Ungemessene. Selbst das kleine Montenegro glaubte felsenfest an seine Mission, das Piemont des Balkans zu sein, dem Rußland sein Solferino erkämpfen werde. Die hochfliegenden Träume des Fürsten Nikita sahen bereits Altserbien und Süddalmatien, Bosnien und die Herzegowina mit seinem Reiche vereinigt; eine fieberhafte Agitation ward in diesem Sinne entfaltet, zahlreiche Emissäre durchzogen Dalmatien sowie die okkupierten Provinzen, und vielfache Fäden führten von der südslawischen Irredenta Österreichs direkt in das Palais nach Cetinje. Die Apotheose der russisch-montenegrinischen Freundschaft ward an jenem Tage gefeiert als Zar Alexander III. sein Glas erhob, und dem Fürsten von Montenegro die bekannten, in ihrer lapidaren Kürze

so schwer wiegenden Worte zurief: „A Nikita Petrović — mon unique ami!“

Diesem Höhepunkte folgte aber bald die Umkehr.

Der russische Drang nach dem Meere hatte eine andere Richtung erhalten, das Streben nach Konstantinopel ward durch das Gravitieren nach dem äußersten Osten ersetzt, und der Schwerpunkt russischer Interessen vom Bosporus nach Port-Arthur verlegt. Diese Schwenkung wurde jedoch vom nichtoffiziellen Rußland nicht sofort mitgemacht. Die panslawistischen Komitees setzten ihre Arbeit am Balkan fort und es bedurfte erst der schweren innerpolitischen Erschütterungen, um deren Tätigkeit einzuschränken. Bei den slawischen Völkern begann nun aber auch die Erkenntnis zu dämmern, daß der moskowitische Panslawismus nicht die nationale Befreiung, sondern die nationale Knechtung bedeute, daß das wahre Russentum mit beispielloser Intoleranz die religiöse und nationale Suprematie erstrebt, die freie Entwicklung nichtrussischer Slawen im eigenen Reiche mit unbeugsamer Strenge unterdrückt!

Der immer aufrichtiger werdenden russisch-österreichischen Entente am Balkan folgte sohin nach geraumer Zeit auch ein Nachlassen der panslawistischen Privataktionen russischer „Wohltätigkeitskomitees“.

Nach Überwindung der gegenwärtigen Krise wird sich Rußland zur Hebung seines Prestiges vielleicht zu einer neuerdings aktiveren Balkanpolitik genötigt sehen. Die erfreuliche Änderung der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland und die nunmehr richtiggestellte Wertung seines Könnens

werden jedoch auch in diesem Falle es hoffentlich ermöglichen, eine das Interesse beider Teile wahrende Demarkationslinie zu finden. Im äußersten Osten vom Meere abgeschlossen, wird Rußland, wenn es einmal in den Wiederbesitz seiner ungeschmälerten Aktionsfähigkeit gelangt ist, wohl früher oder später von dem alten Streben erfaßt werden, sich den freien Weg ins Mittelmeer zu sichern. Wird diesen Weg auch suchen müssen, wenn es sich seine Großmachtstellung bewahren will. Selbst dadurch brauchen aber die Interessen der Monarchie nicht unbedingt in Mitleidenschaft gezogen zu werden: eine kluge Kompensationspolitik vermöchte unschwer Mittel zu finden, um auch für uns das Gleichgewicht wieder herzustellen, wenn die Dardanellendurchfahrt — dereinst nicht mehr in türkischen Händen verbleiben sollte.

Ist sohin, dank dem anscheinend stets herzlicher und aufrichtiger werdenden Einvernehmen mit Rußland, die Situation nach dieser Richtung hin eine unleugbar günstigere geworden, so hat sie dagegen nach einer andern Richtung eine bedeutende Komplizierung erfahren. Wir haben nicht nur die Zeit der Lahmlegung Rußlands nicht benützt, um unsere Position am Balkan zu verbessern, mehr als dies: wir sahen untätig zu, wie ein sehr ernster neuer Konkurrent uns dortselbst erstand und immer mehr erstarkte. Nicht aus dem Osten, sondern aus dem Westen droht nunmehr die allmähliche Entwicklung eines Interessenkonfliktes. Im großen Kampfe um weltbewegende, wirtschaftspolitische Fragen ist für nationale oder kulturelle Sympathien

und Abneigungen kein Raum mehr. Mag auch die alte, nie genug bewunderte italienische Kultur, die Sprache Dantes und das Land Michel Angelos unserem Herzen ungleich näher stehen als das so viel fremdere Rußland: zwingende Gründe müssen die Monarchie veranlassen, unabhängig von allen Regungen der Sympathie sich stets die Wahrung gewisser vitaler Interessen vor Augen zu halten . . . Die kühle Abwägung realer Faktoren zwingt uns die Erkenntnis auf, daß wir sogar eher noch ein russisches Konstantinopel als ein italienisches Valona oder Salonik dulden könnten. Denn letzteres wäre gleichbedeutend mit einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe der Monarchie.

Was aber noch vor zehn Jahren völlig undenkbar erschien, das könnte, wenn die Umkehr nicht bald erfolgt, in nicht allzu ferner Zukunft zur Wirklichkeit werden: Italiens Vorherrschaft am westlichen Balkan.

Eine großangelegte, von Italien mit bewundernswerter Energie verfolgte, und durch unser passives Verhalten geförderte Aktion hat diese neue Situation geschaffen.

Regierung und Privatinitiative, Diplomatie, Presse und Parlament — — endlich, nach längerem Zögern auch die Industrie und die Kaufmannschaft Italiens, sie alle reichten sich die Hand, um in einträchtigem Wirken das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Suprematie in Albanien und den wichtigeren Gebieten Mazedoniens zu erstreben. Da gab es keine kleinlichen Ressortdifferenzen, keine die gemeinsame Arbeit erschwerende Kompetenzbedenken, keine eng-

herzigen Geldmittelverweigerungen, wie sie anderwärts so manche Aktion lähmen. Das von Krone und Volk gewollte Ziel fand bei allen Behörden und allen Faktoren die gleich bereitwillige Förderung. Sehr richtig bemerkt Loiseau: „Die Interessen Italiens auf Albanien scheinen in der Presse, im Montecitorio und im Quirinal umsichtige Verteidiger gefunden zu haben . . . König Viktor Emanuel III. kennt, zum Unterschiede der Minister seines Vaters, das Gewicht, welches die Albanesische Frage auf der Wage der italienischen Interessen einnimmt.“ — („Les Chemins de fer du Balkan occidental.“ Revue de Paris, Mai 1901.)

Nur diesem gewaltigen Hochdrucke ist es zuzuschreiben, daß eine derart künstliche Aktion von so großem Erfolge begleitet war. Zuerst waren es die Italo-Albanesen, welche das neue Programm prägten: Durch Italien und der in Italien lebenden Albanesen Hilfe in Albanien eine nationale Bewegung zu entfachen, das Land unter italienischer Führung der Zivilisation zu erschließen und es in eine autonome Provinz umzuwandeln. Dieses Programm, anfangs auf den Widerstand und die Inertie des dem Balkan ganz fremd gegenüberstehenden italienischen Volkes stoßend, wurde von demselben erst dann aufgenommen, als es der Presse und einigen führenden Personen gelungen war, die Volksstimmung an einer sehr empfindlichen Stelle zu fassen: das Mißtrauen gegen Österreich wachzurufen. Um eine Defensivaktion handle es sich — es sei notwendig, den österreichisch-ungarischen Aspirationen auf Albanien entgegenzutreten. Der Be-

griff des „adriatischen Gleichgewichtes“ wurde erfunden, und man wollte eine schwere Gefährdung desselben in dem politischen und kommerziellen Übergewichte der Monarchie in Albanien erblicken. Wohl wußte man in Rom ebensogut wie anderwärts, daß der Besitz bloß einer Küste der Adria niemals die Alleinherrschaft über dieses Meer gewähren könne, und daß, nachdem ein Übergreifen Österreichs auf die Westküste ausgeschlossen ist, diese Furcht vor dem österreichischen Dominium in der Adria nichts als ein Phantom, ein absichtlich recht gruselig ausstaffiertes Gespenst sei.*) Die Drahtzieher, welche mit diesem Schreckgespenst operierten, wußten dies gar wohl, und darum wurde der Popanz, nachdem er seine Schuldigkeit getan, bald beiseite geschoben und an seine Stelle trat ein noch wirkungsvolleres Zugmittel. Das italienische Volk sollte seine ganze Kraft einem neuen politischen Ideal zuwenden, dem gleichzeitig auch ein nationaler Anstrich gegeben werden konnte: der „Wiedereroberung“ des ausschließlichen Dominiums über die Adria!

Man hatte zwar eben erst für das adriatische Gleichgewicht gekämpft und jetzt erscholl plötzlich der Ruf: „L' Adriatico è mare Italiano“, anfangs mit dem Zusatze „ed Albanese“ versehen. Dann ward der Kampfruf noch prägnanter. „Mare nostro“ hallte es

*) Selbst gemäßigtere Politiker wie die späteren Minister des Äußern, San Giuliano und Guicciardini, scheuten sich nicht, durch Reden und Publikationen die öffentliche Meinung Italiens zu alarmieren und den Glauben zu erwecken, Österreich-Ungarn beabsichtige seine Einflußsphäre weiter nach Süden vorzuschieben, und als sei die Ausführung solcher Pläne gleichbedeutend mit einer schweren Verletzung der Rechte und der Interessen Italiens! —

aus zahllosen Reden entgegen, „mare nostro“ lautet die Devise und heißt das Organ des italienischen Flottenvereines, „mare nostro“ ist das Leitmotiv der Presse, das die Massen elektrisierende Wort. Wohl steht dieser Ruf in vollstem Gegensatze zur Gleichgewichtstheorie. Dies verschlägt aber wenig; das nationale und politische Expansionsprogramm war gefunden und das alte Gespenst der österreichisch-ungarischen Gefahr konnte dabei noch immer ganz gut für Jene dienen, welche sich sonst nur zögernd einer derartig aktiven Adria- und Balkanpolitik angeschlossen hätten. Man müsse selbst den Platz besetzen, damit nicht ein anderer ihn einnehme, das war die geheime Parole, mit der auch konservative Politiker und träge Elemente in den Strudel der aktiven Balkanpolitik gerissen wurden.

Selbst hochoffiziöse Zeitungen, wie z. B. die Tribuna, schlossen sich dieser Kampagne an. Das genannte Blatt schreibt im April 1900:

„Dieses Meer, welches ein italienischer See sein sollte, ist durch unsere ökonomische und politische Nachlässigkeit schon teilweise unserem Einflusse entzogen und würde uns definitiv an dem Tage verloren gehen, an welchem in Durazzo und Valona die österreichisch-ungarische oder russische Flagge flattern würde.“ Und . . . im Falle der Auflösung der Türkei „könnte Italien seinerseits nie zugeben, daß auf jenem Territorium (Albanien) ein anderer als sein eigener Einfluß erstehe und sich geltend mache.“

Auch ein von der Regierung inspiriertes Blatt erhebt sohin die Forderung des „mare nostro“. Und

während man in Italien noch vor wenigen Jahren Albaniens Existenz so gut wie ignoriert hatte, wurde nun mit allen Mitteln künstlich das Interesse für die Ostküste der Adria wachgerufen. „Wir haben“, muß im Jahre 1901 die Rivista popolare gestehen, „eine Überschwemmung von albanophilen Publikationen gehabt, eine Flut von albanischen Kongressen, von Parlamentsdiskussionen, Ministererklärungen . . . und Polemiken gegen die österreichische Presse . . .“

Tatsächlich war die Anzahl der Broschüren, mit denen man den neuen politischen Gedanken verbreitete, Legion. Eigene Organe, wie die „Nazione Albanese“, wurden geschaffen, Kongresse über Kongresse abgehalten, alles nur zu dem Zwecke, die öffentliche Meinung aufzurütteln und Italien für Albanien zu interessieren. Fast an jedem wichtigeren Orte bildete sich ein Verein oder ein Komitee, welches sich die gleiche Aufgabe stellte und die in Italien lebenden Albanesen sorgten dafür, daß der Kontakt zwischen den beiden Adriaküsten zu einem noch lebhafteren gestaltet werde. Wirklich staunenswert war diese Organisation, und staunenswert sind die politischen Erfolge, welche Italien im Verlaufe eines einzigen Dezenniums in Albanien, zum Teile auch in einzelnen Gebieten Mazedoniens errungen.

Der Wandel, der sich in dieser Zeit vollzogen, wird demjenigen ganz besonders auffallen, der — wie der Verfasser — Albanien Mitte der neunziger Jahre kennen gelernt und es dann acht Jahre später wieder betreten. Damals, vor zehn Jahren, war die kommerzielle Position Österreich-Ungarns eine dominierende, die Sympathien für die Monarchie

entschieden vorwiegend. Heute fühlen wir uns in einem in voller Italianisierung begriffenen Lande... und allerorts empfinden wir die uns feindlichen Wellen einer hochgespannten Strömung von Sympathie, welche den Kanal von Otranto hinüber und herüber eilt.

Traurig ist es, zu unserer tiefen Beschämung gestehen zu müssen, daß wir selbst es waren, welche den ersten und lebensfähigsten Keim zur Italianisierung Albaniens gelegt. Das zahlreichen Verträgen zufolge*) uns zustehende Recht der Ausübung des katholischen Protektorates in Albanien wurde in erster Linie durch Beiträge zu Kirchenbauten, durch Dotierung oder Unterstützung des Klerus, durch Errichtung und Unterhaltung konfessioneller Schulen und kirchlicher Anstalten geübt. Und in keiner edleren und uneigennützigeren Weise konnte Österreich-Ungarn dieser Bevölkerung zu Hilfe eilen, als indem es ihr teuerstes Gut, ihren Glauben schützte, indem es ihr den Priester gab und die Glaubensstätte schuf — und in der vom Volke selbst gewünschten, tief religiösen Weise dessen Erziehung leitete! Mußte es aber sein, daß all dies in einer Weise erfolgte, welche uns geradezu als die Pioniere Italiens erscheinen läßt? War es notwendig, daß gerade wir dem Albanesen die italienische Sprache und nur diese lehrten, mußten wir denn gerade italienische Missionäre und italienische Priester in das Land senden?

*) Wien (1615), Karlowitz (1689), Passarowitz (1718), Belgrad (1739), Sistowa (1791), Campoformio (1797), Wien (1815), endlich das Konkordat.

Gewiß: Die Franziskaner und Jesuiten, welche dort über unseren Auftrag wirken . . . sie haben wohl niemals eine italienische Propaganda im politischen Sinne gemacht, und die Gerechtigkeit gebietet es anzuerkennen, daß viele unter ihnen alles aufboten, um in der Bevölkerung Sympathien für die Monarchie und für die Person ihres Herrschers zu erwecken, und daß sie mit wahrer Aufopferung eine über alle Maßen schwierige Mission zu erfüllen bestrebt sind. Die — mit unserem Gelde und durch unsere Emissäre nicht bloß an der Küste, sondern auch bis nach Altserbien hinein erfolgte Ausbreitung der Kenntnis des Italienischen mußte aber automatisch und unwillkürlich wie eine italienische Propaganda wirken, wir pflügten den Boden, in welchen Italien dann seine Saat streute.

Wir waren viele, viele Jahrzehnte vor den Italienern dort und unsere mit namhaften Opfern vollzogene Kulturarbeit ging dahin, sorgsam alles vorzubereiten, auf daß — — wenn Italien einmal sein Auge auf Albanien werfe, es dort ein Volk finde, welches bereits seine Sprache versteht, das sofort mit Italien in geistigen und kommerziellen Kontakt treten kann, das im Italiener nicht mehr den Fremden sondern den ihm durch Österreich nahegebrachten, nächstverwandten Angehörigen sieht. Noch heute ist die italienische Sprache in den Schulen der von uns stipendierten Jesuiten obligatorisch, der Direktor der Schule von Skutari ein Reichsitaliener. Erst seit einiger Zeit wird bei den zum Teile sich aus Albanesen rekrutierenden Franzis-

kanern das Italienische nur mehr fakultativ gelehrt.

Wäre es nicht so unendlich traurig, so könnte man eine blutige Satire darüber schreiben, wie wir fürsorglich jahrelang nicht unbedeutende Geldmittel dafür aufwenden, um den Albanesen, über welche einen dauernden Einfluß zu gewinnen wir uns bemühten, die Kenntnis gerade desjenigen Idioms beizubringen, das wenige Seemeilen weit das herrschende ist, und in welchem nunmehr der Haß und die Feindschaft gegen den einstigen Lehrer gepredigt wird! Gegen die naive Monarchie, welche in ihrer Kurzsichtigkeit gar nicht daran dachte, daß Italien einmal seine Hand über die Meerenge strecken könne und um so sicherer herübergreifen werde, wenn wir in so liebenswürdiger Weise ihm den Boden geebnet haben.

Mit großem Geschicke wußte Italien aus der von uns geleisteten Vorarbeit Nutzen zu ziehen. Selbstverständlich konnten ihm aber die von uns erhaltenen Schulen nicht genügen . . . und mußten zum Zwecke einer nachhaltigen politischen Propaganda eigene Unterrichtsanstalten ins Leben gerufen werden. Tatsächlich schritt die italienische Regierung auch mit großem Nachdrucke an die Gründung von Schulen in Albanien. Sonderbarerweise führen dieselben die Bezeichnung „Königliche Schulen“ — eine eigentümliche Benennung, welche keiner der Staaten, die im Orient Unterrichtsanstalten unterhalten, zu wählen für gut befunden hat. Die Anzahl dieser königlich italienischen Schulen ist in stetem Wachsen begriffen. Seine ganz besondere Aufmerksamkeit richtete

Italien auf Skutari, in der sehr richtigen Erwägung, daß dies der weitaus wichtigste Platz Oberalbaniens sei. Das gesamte albanische Hochland gravitiert dorthin. Hier ist der einzige Markt für die Produkte des Gebirgslandes, aber auch die einzige Einkaufstätte, an welcher der Albanese seinen bescheidenen Bedarf decken kann. Daher ist der Markt von Skutari allwöchentlich ungemein stark von der Bevölkerung des Hochlandes besucht, welche sich in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit von Skutari befindet. Diese wirtschaftliche hat aber auch die politische Abhängigkeit zur Folge und in ihr ruht die große Bedeutung, welche der Stadt Skutari zukommt. Es war daher ein sehr wohlberechnetes Vorgehen Italiens, dortselbst nicht bloß das wirtschaftliche Primat anzustreben — — wir werden später sehen, daß die Monarchie aus Skutari kommerziell zurückgedrängt zu werden droht — — sondern durch zahlreiche Schulgründungen sich auch politisch großen Einfluß zu sichern. So finden wir in Skutari allein nebst einer italienischen Kinderbewahranstalt, in welcher im Jahre 1904/05 150 Kinder angemeldet waren, eine Elementarschule für Knaben (Frequenz 170), eine solche für Mädchen (165), eine technische Handelsschule und eine Gewerbeschule. Nebstdem wurde ein kommerzielles Museum, ein kleines meteorologisches Observatorium und ein unentgeltliches Ambulatorium für Arme errichtet. Weiter wurden in Durazzo (Volksschule, Abendkurse, Ambulatorium), in Valona, in Elbassan sowie anderen wichtigen Orten (z. B. in Janina zwei

Volksschulen und eine Gewerbeschule) italienische Unterrichtsanstalten ins Leben gerufen. Bezeichnend für die hiebei verfolgten Ziele ist der Umstand, daß in einzelnen dieser Schulen, welche angeblich dem Erwecken albanischen Nationalbewußtseins dienen sollen, die albanesische Sprache in den untersten Klassen garnicht gelehrt oder, wie z. B. in Valona, in sämtlichen Klassen ausschließlich im Italienischen Unterricht erteilt wird.

Der Monarchie, welche nicht eine einzige deutsche Schule errichtet hat, werden von Italien, ganz im Sinne Chéradames, germanisierende Tendenzen am Balkan (!) imputiert . . . gleichzeitig wird uns aber zugemutet, aufs Wort denen zu glauben, welche dieser ganzen italianisierenden Aktion unseres Verbündeten den Anstrich vollkommener Uneigennützigkeit geben wollen. Eine Uneigennützigkeit, an der selbst einige Albanesen schon ernstlich zu zweifeln beginnen, indem sie darauf verweisen, daß die Italiener die albanesische Sprache mißachten und sich in Albanien so gebärden, „als wäre das Land tatsächlich schon in Italiens Besitz.“ (Anselmo Lorecchio, „Il Pensiero Politico Albanese“, Roma 1905.)

Wer übrigens weiß, was für ein Geist in diesen Schulen herrscht, welche Gefühle den Kindern eingeimpft werden, welche Beeinflussung seitens der königlich italienischen Beamten, die in diesen Schulen als Lehrer wirken, sogar auf die Eltern der Schüler genommen wird, der dürfte nur darüber staunen, daß man überhaupt noch immer versucht, die Fabel

von der uneigennützigen, zivilisatorischen Arbeit in national-albanesischem Sinne in Umlauf zu setzen.

San Giuliano schildert ganz offen den tiefen Eindruck, den er empfunden, als bei seinem Besuche einer der Schulen in Skutari „bei den Klängen der Marcia reale alle diese ausländischen Kinder sich erhoben und sangen: Viva l'Italia e Viva il Re!" („Lo stato dell' Albania e il compito dell' Italia." Giornale d'Italia, 23. Juli 1902.)

Während die österreichischen Schulen durchwegs rein konfessioneller Natur sind und dadurch den wahren Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommen, sind es die italienischen Unterrichtsanstalten nicht. Anfangs brachte ihnen die Bevölkerung aus diesem Grunde ein nicht unbedeutendes Mißtrauen entgegen, welches jedoch später, besonders durch klingende Argumente und durch den von den Konsuln geübten Hochdruck beseitigt wurde. Wie sehr der Einfluß der Konsuln für die Frequenz der italienischen Schulen maßgebend ist, dies entnehmen wir aus der Tatsache, daß eine mehrmonatliche Vakanz des italienischen Konsulates in Durazzo im Schuljahre 1905/06 ein Sinken der Schülerzahl von 70 auf 40 zur Folge hatte. Unter dem Drucke der Agitation lassen sich alljährlich so manche Eltern die Anmeldung ihrer Kinder bei der italienischen Schule abringen. Später, bei ruhiger Überlegung scheinen nicht wenige diesen Schritt zu bedauern, und darauf ist wohl die, auch von Italienern besprochene Differenz zwischen Einschreibungen und wirklichem Schulbesuch zurückzuführen.

Um auch die weitab in den Bergen Wohnhaften den italienischen Schulen zuzuführen, hat die italienische Regierung über Vorschlag ihres außerordentlich rührigen Generalkonsuls in Skutari, Commendatore Leoni, einen Betrag ausgeworfen, um solche Kinder in Skutari unentgeltlich zu beherbergen und zu verpflegen. Vorläufig ist diese Aktion über das Versuchstadium nicht hinausgediehen, doch soll diese Institution nach den Absichten des Generalkonsuls allmählich zu einer Art staatlichen Konviktes erweitert werden. Ferner haben neben der Regierung auch die „Dante Alighieri“ und das Collegio di S. Adriano Stipendien für mittellose Schüler ausgeworfen. — Die königlich italienische Regierung hat des weiteren in Skutari ein Areale von 2700 Quadratmeter behufs Errichtung einer neuen, großen Schule erworben, und die Salesanier, deren nachdrücklich italianisierendes Wirken am Balkan allbekannt ist, haben dortselbst ebenfalls einen ausgedehnten Grundkomplex angekauft, um mit Unterstützung der Regierung ein Spital und ein Waisenhaus zu bauen. —

Die jährlichen Auslagen für die Schulen in Skutari allein belasten den italienischen Staatsschatz mit mehr als 60.000 Lire. Welche Bedeutung müssen Parlament und Regierung in Italien dieser Agitation beilegen, um ohne Zögern sofort die hiefür benötigten Summen zu bewilligen! —

Diese Freigebigkeit für albanische Unterrichtsanstalten gewinnt an Bedeutung, wenn man sich erinnert, welch elende Zustände in den Schulen Süditaliens herrschen. Im Frühjahr 1906 wurde über Auftrag der Regierung eine Revision der Volksschulen

in Sardinien, Sizilien und Kalabrien, später eine solche der staatlichen Lehranstalten durch den Obergesundheitsrat Professor Lustig vorgenommen. Wenn schon bei den letzteren das Ergebnis ein geradezu deplorables war, so spotten die Zustände, welche durch die Erhebungen bei den Elementarschulen zutage gefördert wurden, aller Beschreibung. Die in stets größerer Häufigkeit auftretenden schweren Augenerkrankungen, die starke Verbreitung der Tuberkulose, die rheumatischen und sonstigen Erkältungskrankheiten sind diesem Berichte zufolge großenteils auf die beklagenswerten Zustände in den Schulen zurückzuführen. Schulen ohne Fenster, in unmittelbarer Nähe von Düngerstätten gehören nicht zu den seltensten Erscheinungen; 87 Prozent der Schulen in Terano ermangeln des Wassers, nur 16 Prozent besitzen die vorgeschriebene Größe, 99 Prozent besitzen keine Bedürfnisanstalt! In Sassari weisen 47 Prozent der Schulräume einen geringeren als den vorgeschriebenen Luftraum auf, und über 90 Prozent „müssen als ganz unzulänglich bezeichnet werden“. In der Provinz Palermo werden 106 von 158 Klassenzimmern als gesundheitswidrig erklärt. Es sei vom hygienischen Standpunkte freudig zu begrüßen, daß in Sardinien etwa ein Drittel der schulpflichtigen Kinder vom Schulbesuche ausbleibe. (Cagliari 71 Prozent Analphabeten!) Als angesichts solch beschämender Zustände seitens der Sozialisten die Verstaatlichung der Volksschulen beantragt wurde — — da lehnte die Kammer dies aus finanziellen Gründen ab. Welch große Interessen müssen es sein, die das italienische Parlament veranlassen, mit offenen Händen die Mittel

für albanesische Unterrichtsanstalten zu gewähren, während man die Kinder des eigenen Landes aus budgetären Rücksichten in gesundheitswidrigen Schulen verkümmern und siech werden läßt!

Mit den Schulen in Albanien selbst erschöpft sich übrigens noch keineswegs die auf dem Gebiete des albanischen Unterrichtswesens gemachte italienische Propaganda. Auch in Italien bestehen vielmehr einige Unterrichtsanstalten, welche teils zur Heranbildung von Lehrkräften für Albanien, teils zur höheren Ausbildung albanesischer Jünglinge dienen.

So wurde am königlich orientalischen Institute in Neapel eine albanesische Lehrkanzel errichtet, so ist das bereits genannte Collegio Italo-Albanese di S. Adriano in S. Demetrio Corone durch Unterstützung der Regierung in die Lage versetzt, eine große Anzahl von Lehrern und Priestern für Albanien heranzubilden, während man doch hätte glauben sollen, daß Grottaferrata als Pflanzstätte für albanesische Priester vollauf genügt hätte. Italien geht eben bei dieser Aktion von dem Grundsatze aus, daß die intensivste Arbeit erforderlich ist, um das Ziel zu erreichen, und daß der erwartete Lohn auch einen sehr hohen Einsatz verdient. Darum auch die fieberhafte Tätigkeit der Konsulate, deren Anzahl über Drängen der hervorragendsten Parlamentarier von Jahr zu Jahr vermehrt wird, und denen stets reichlichere Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb die freigebige Unterstützung, welche von der Regierung den zahlreichen, die Beziehungen zwischen Italien und Albanien pflegenden Vereinen zuteil wird. — Darum auch die Versuche, das Band,

welches die Katholiken Albaniens an Österreich knüpft, zu durchschneiden, indem man die Schaffung einer diplomatischen Vertretung der Pforte beim Vatikan befürwortet, wodurch man das österreichische Protektorat überflüssig zu machen glaubt.

Man will sich aber in Italien nicht mit dem erzieherischen Einflusse auf die katholische Bevölkerung Albaniens zufrieden stellen — auch die mohammedanische Jugend soll Italien näher gebracht werden. Bekanntlich verbietet das türkische Gesetz den Mohammedanern den Besuch der von Ausländern gehaltenen Schulen. Die Bemühungen der italienischen Diplomatie gehen nun dahin, ein Irade zu erwirken, welches dieses Verbot aufhebt, damit auch die dem Islam angehörenden Albanesen durch die italianisierende Schule gewonnen werden können. Vorläufig sind es hauptsächlich Argumente klingender Natur, mit welchen man dem Mohammedaner zu beweisen versucht, welch glänzende Zukunft ein italianisiertes Albanien erwartet. Nicht die Stimme eines Gegners Italiens soll hierüber gehört werden, sondern die eines Gegners Österreichs, des bekannten Balkanschriftstellers Viktor Bérard. Dieser schreibt über Italiens diesbezügliche Tätigkeit in Durazzo:

„Die italienischen Schiffe und die italienischen Intrigen haben diese tote Stadt wieder zum Leben erweckt. Die Schiffe laufen zweimal wöchentlich ein. Die Intrigen sind für niemand ein Geheimnis und man nennt in der Straße jene, welche eine „Pension“ von Italien erhalten. Der Betrag wechselt zwischen vier und sechs türkischen Pfund (82—138 Franks). Der italienische Konsul zahlt monatlich 200 Napo-

leons aus . . . .“ Und an anderer Stelle: „Werden auf dem gelben Staube, den die Hufe unserer Pferde aufwirbeln, die Italiener den Humus fruchtbringender Kultur mit arbeitsamen Generationen breiten? Eine Minorität in diesem Lande glaubt an diese Zukunft —, oder sie ist wenigstens gezahlt und gut gezahlt, damit sie dergleichen tue, an sie zu glauben.“ (Viktor Bérard, „La Turquie et l'Hellénisme contemporain“, 5. Auflage, Paris 1904.)

Den italienischen Bemühungen dieser Art ist es auf solche Weise gelungen, besonders auch die sehr einflußreiche und ziemlich zahlreiche Anhänger (nach italienischen Quellen etwa 150.000 Seelen) zählende religiöse Sekte der Bektaschi zu gewinnen. Diese Mohammedaner können seither nicht mehr wie früher zu den Stützen der türkischen Herrschaft gerechnet werden. Nach Italien gehen zum Teil ihre Sympathien und Aspirationen, und die Italiener geben sich der Hoffnung hin, der Einfluß dieser Sekte sei genügend stark, um zu verhindern, daß über Albaniens Geschicke ohne deren Zustimmung entschieden werde. (Pellegrini, „Verso la guerra?“ pag. 420.)

Dieser italienischen Agitation ist auch das allmähliche Zurückweichen des griechischen Einflusses im oberen Teile Südalbaniens zuzuschreiben . . . ein Prozeß, welcher geeignet ist, im Laufe der Zeit eine Situation zu schaffen, welche mit den Interessen der Türkei keineswegs im Einklange steht.

„Die Albanesen, welche sich Griechen nennen“, sagt Bérard im vorgenannten Werke, „haben nicht den revolutionären Hellenismus; sie sind vor allem

treue Untertanen des Sultans. Sie fürchten bloß die italienischen Umtriebe, die sie überall um sich fühlen oder zu fühlen glauben."

Später änderte sich dies insofern, als so manche Albanesen diese „Umtriebe" nicht mehr — fürchteten, sondern sich ihnen sehr bereitwillig anschlossen. Die türkische Regierung sah sich genötigt, dieser Bewegung ihre vollste Aufmerksamkeit zu schenken, und schließlich gegen einzelne Erscheinungen derselben einzuschreiten.*) Der albanesische „Thronprätendent" Kastriota fand gerade bei den italianisierten und mit Italien in Verbindung stehenden Albanesen die größte Unterstützung für seine abenteuerlichen Pläne und es befindet sich in Konstantinopel mehr als ein Bericht des Kaimakams von Valona, welcher darauf aufmerksam macht, daß italienische Elemente zu den wirksamsten Förderern des auf Losreißung Albaniens von der Türkei gerichteten Programmes Kastriotas gehören. — Und Djemil Bey — ein Mitglied der weitaus einflußreichsten Familie Südalbaniens, hatte sich durch seine Beziehungen zur italienischen Propaganda in so hohen Maße kompromittiert, daß es selbst seinen in Konstantinopel die höchsten Stellen bekleidenden Verwandten nicht möglich war, den Haftbefehl gegen ihn rückgängig zu machen. Nur rechtzeitige — durch italienische Hilfe ermöglichte und auf einem Schiffe der „Puglia" vollzogene Flucht rettete den

*) Der Lumea nova (Bukarest) zufolge „hat die türkische Regierung durch Belege den Beweis erbracht, daß die Revolte der Albanesen vom Auslande her, und besonders von Italien angefacht ist".

jungen Mann ... der sich in so unvorsichtiger Weise an politischen Konspirationen beteiligt hatte.

Es ist eine bezeichnende Erscheinung, daß gerade in Südalbanien der revolutionäre Gedanke zahlreichere Anhänger findet als im Norden, wo trotz allem noch immer der österreichische Einfluß dem italienischen zumindest die Wage hält.

Freilich: auch in Nordalbanien ist die Türkei vor unliebsamen Überraschungen keineswegs gesichert. Auch wir nicht. Italien hat dort den Schlüssel zur Position in der Hand, seitdem es für alle Fälle auf Montenegros Mitwirkung zu rechnen vermag.

Die verwandtschaftlichen Bande allein waren es gewiß nicht, welche den großen Diplomaten des kleinen Reiches bewogen, sich so enge als möglich an Italien zu lehnen. Die langsame Erkaltung der russischen Liebe mußte das Fürstentum in die Arme desjenigen Staates treiben, von welchem es eine verständnisvolle Unterstützung seiner Aspirationen erhoffen konnte und mit dem es gemeinsam Österreich-Ungarns Balkanpolitik zu durchkreuzen und zu hemmen vermochte. Die Zeiten waren vorüber, in denen Fürst Nikolaus der Zustimmung Petersburgs gewiß sein konnte, wenn er ganz öffentlich in zahlreichen Reden und gemeinverständlichen Anspielungen den „irredenten Brüdern" in Dalmatien und in den okkupierten Provinzen die Vereinigung mit Montenegro in Aussicht stellte Das hochfliegende Streben des Fürsten übersteigt stets das Können seines Landes. Darum benötigte er an Stelle Rußlands einen andern Protektor. So ward jene Verbrüderung mit Italien vollzogen, welche im

Laufe der Jahre auf beiden Seiten eine so ungemein innige geworden ist, daß man gut tun wird, die von Italien dem Fürstentum zum Geschenke gemachten Kanonen auch heute noch als — italienische Batterien anzusehen. Notgedrungen war die Annäherung weit mehr politischer als wirtschaftlicher Natur. Und all das, was an größeren wirtschaftlichen Unternehmungen seitens Italiens in Montenegro geschaffen wurde, erfolgte stets in erster Linie von politischen Gesichtspunkten aus . . . . nicht selten war das kommerzielle Motiv nur der Deckmantel, hinter dem sich eine strategische oder politische Aktion barg.

Selbst die durch ein venezianisches Konsortium erfolgte Erwerbung des montenegrinischen Tabakmonopols gehört in die Kategorie solcher politischer Geschäfte. Wir benötigen nicht erst die Versicherung Mantegazzas, es handle sich um eine Unternehmung „che ha un carattere o per lo meno una grande importanza politica“ um zu wissen, daß die von der italienischen Regierung namhaft unterstützte Gesellschaft Montenegro nur als Plattform benützt, um von dort aus ihren Einfluß allmählich auch südwärts zu erstrecken. Warum wurde denn zum vorzüglichsten Ausgangspunkte der geschäftlichen Tätigkeit dieser Gesellschaft nicht eine Stadt im Zentrum Montenegros gewählt ... warum gerade Podgoritza, welches ganz an der Peripherie des Fürstentums gelegen, nur wenige Kilometer von der albanesischen Grenze entfernt ist?

In ungleich höherem Maße kommt jedoch dem Hafenbau in Pristan (Antivari) die Eigenschaft

einer politischen Aktion zu. Nicht bloß kommerzielle, sondern in erster Linie strategisch-politische Interessen haben Italien veranlaßt, den Ausbau dieses Hafens in die Hand zu nehmen. Antivari wird von italienischen Schriftstellern als Ausgangspunkt für den Weg bezeichnet, auf welchem Italien künftighin in den Balkan eindringen wird. Ein Zukunftstraum mag es wohl sein, wenn die Italiener wie Mantegazza uns mitteilt, im Hinblick auf die, durch die ungünstige Konfiguration der italienischen Küste bedingte Lage der italienischen Handels- und Kriegsflotte die Hoffnung hegen, Antivari werde mit der Zeit zur Verbesserung dieser Position als „posto di rifugio e di rifornimento" beitragen!

Diesen Absichten steht der Berliner Vertrag im Wege, denn im Artikel 29 wird bekanntlich ausdrücklich bestimmt, das der Hafen von Antivari allen Kriegsschiffen verschlossen bleibt. („Le port d'Antivari et toutes les eaux du Monténégro resteront fermées aux bâtiments de guerre de toutes les nations.")

Doch schon mehr als einmal wurde der Berliner Vertrag durchlöchert und gerade Österreich-Ungarn hat, wie aus dem Folgenden hervorgeht, nicht viel Geschick zur Wahrung der ihm aus diesem Vertrage zustehenden Rechte gezeigt....

Der von Italien in Angriff genommene Bahnbau Antivari—Vir-Bazar ist ein nur allzu drastischer Beweis dafür.

Seit längerer Zeit schon flattern in den Balkanstaaten verschiedene Bahnprojekte auf, denen zufolge die Adria mit der Donau durch einen Schienenstrang

verbunden werden soll. Eingestandenermaßen beabsichtigt man damit Österreich-Ungarns Interessen am Balkan zu schädigen, den Verkehr abzulenken, ihm die Richtung nach Italien, Frankreich und der Schweiz zu weisen. Ob es sich nun um die Linie Nisch—Antivari (Medua) oder jene Valona—Mitrowitza handelt, das diesen Projekten vorschwebende Ziel ist stets das gleiche: die Balkanstaaten wirtschaftlich und politisch von der Monarchie zu emanzipieren und ihr Gravitationszentrum von Mitteleuropa nach Südwesten zu verlegen. Eine ganze Literatur ist bereits über diese Frage entstanden. Französische, italienische und serbische Balkanpolitiker mühten sich um die Wette, ihrem Leserpublikum die kommerzielle und strategische Bedeutung einer solchen von West nach Ost gerichteten Arterie vor Augen zu führen.

Charles Loiseau, der seiner Österreich feindlichen Agitation wegen ausgewiesene Schriftsteller, charakterisiert den Wert der Donau—Adria-Bahn für Italien mit folgenden Worten:

„Italien würde dadurch, vielleicht für immer, die Möglichkeit bannen, daß sein unverläßlicher Bundesgenosse seinen Einfluß im Orient kräftige und dadurch Italiens Interessen schädige . . . .“ (Charles Loiseau, „L'Équilibre adriatique“.) Loiseau erkennt übrigens sehr richtig an, daß „l'Autriche-Hongrie ne peut plus faire acte de vitalité que de ce côté là“ . . . und eben um uns diese letzte Möglichkeit der Entfaltung unserer Lebenskraft zu nehmen, wurde Italien von französischen, besonders aber von italienischen Schriftstellern und Politikern — leider nicht

ohne Erfolg — eingeladen, diesen gegen die Interessen der Monarchie gerichteten Schlag zu führen.

Und Vuić, welcher bezeichnenderweise schon am 10. Februar 1903 bei seiner Aufnahme in die wissenschaftliche Akademie von Belgrad die Chancen eines Zollkrieges zwischen Serbien und der österreichisch-ungarischen Monarchie besprach, bezeichnete Serbiens Position als eine günstige für den Fall, als man rechtzeitig für den Ausbau des Bahnnetzes Sorge trage ... ein Ausbau, welcher offenbar in der Adriarichtung gemeint war.

Was aber allen Balkankennern nicht minder feststehend schien, das war der zu gewärtigende Widerstand Österreich-Ungarns gegen jeden Versuch, ihm durch diesen Bahnbau eine Barriere auf seinem Weg nach dem Osten entgegenzustellen.

Schon der Ministerpräsident Dr. Vladan Georgević bemerkte hierüber in seinem Vortrage an die Könige Alexander und Milan:

„Nachdem die Türkei keine Möglichkeit besitzt, die Tarifsätze auf der Linie Salonik—Serbische Grenze herabzusetzen, weil die Gesellschaft für die Exploitation der orientalischen Bahnen in der Tariffrage unabhängig ist, so ist dadurch die volkswirtschaftliche Abhängigkeit Serbiens von Österreich und Zentraleuropa um so schwerer. Um in den Grenzen des Möglichen uns von dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit zu befreien, müssen wir von der Türkei verlangen: eine Linie von Mitrowitza über Prisrend und Skutari D'Albanie bis zum Hafen von San Giovanni di Medua, und ebenso einen Zweig bis zu unserer Grenze, zur Verbindung mit unserer projektierten

Linie Kladowo—Nisch—Kurschumlijo. Ich denke, es wird mir nicht schwer fallen, den Sultan zu überzeugen, daß die Türkei erst dann der tatsächliche Herr von Albanien werden kann, wenn sie diese 250 Kilometer lange Bahn ausgebaut haben wird, denn ohne diese Bahn wird die politische Anarchie in Albanien auch weiter dauern, weil die Pforte ohne diese Bahn nie imstande ist, genug Truppen in diese Provinz zu werfen. Es ist sicher, daß wir in dieser Frage auf eine starke Opposition Österreich-Ungarns stoßen werden, weil diese Linie, welche aus dem südlichen Rußland über Rumänien, Serbien und die Türkei bis zum Adriatischen Meer reichen würde, den wirtschaftlichen und strategischen Interessen von Österreich-Ungarn entgegenlaufen würde. Aber ich denke, wir könnten bei der Pforte für diese Linie die Unterstützung von Rußland, Italien und vielleicht auch Frankreich gewinnen.“ (Dr. Vladan Georgević: „Das Ende der Obrenović“, Leipzig 1905.)

Man braucht nur an die gegenwärtigen Ereignisse zu denken, um die durch eine solche Bahn drohende Gefährdung unserer wirtschaftlichen Interessen abschätzen zu können. Serbien, welches heute 90 Prozent seines Exportes an die Monarchie absetzt, will sich unseren bescheidenen Forderungen nach Berücksichtigung unserer Industrie, besser gesagt, nach Einstellung der konsequenten Boykottierung unserer Monarchie bei größeren Staatsbestellungen, entziehen. Wessen hätten wir uns seitens Serbiens nun wohl zu gewärtigen, wenn eine direkte, bloß 250 Kilometer lange Bahnlinie zur Adria dem serbischen Handel ein neues

Debouché eröffnen würde? Besonders dann, wenn diese Bahn sich in Händen eines italo-slawischen Konsortiums befindet, und sohin nationale und Tarifpolitik Hand in Hand gehen können.

Die Bahn Antivari—Vir-Bazar, um deren Konzessionierung vor zwei Jahren ein italienisches Konsortium einschritt, repräsentiert zwar nur ein kleines Teilstück der Adria—Donau-Bahn; es kommt ihr jedoch eine so eminente, schwerwiegende strategische Bedeutung zu, daß dieser Umstand allein die Monarchie hätte veranlassen müssen, deren Bau durch ein italienisches Konsortium zu verhindern. Geht doch eingestandenermaßen die Absicht dahin, auf diese Weise für Italien einen bequemen Weg zu schaffen, auf welchem italienischer Einfluß in jeder Form nach dem Balkan dringen kann! Und nicht bloß strategisch, auch kommerziell kommt dieser Linie, wenn sie einmal weiter in das Innere ausgebaut sein wird, eine große, ihre Spitze direkt gegen die Interessen Österreich-Ungarns richtende Bedeutung zu. Wie schon erwähnt, besitzt die bosnische Ostbahn nur dann einen Wert für die Monarchie, wenn auch das Teilstück durch das Sandschak gebaut und auf diese Weise Sarajewo direkt mit Salonik verbunden wird. Wie aber werden wir verhindern können, daß die italienisch-montenegrinische Bahn an die Sandschaklinie angeschlossen wird? Italien wird dann einen kurzen Schienenweg besitzen, der es mit Üsküb und Monastir verbindet, der italienischen Einfluß und italienische Produkte in bequemer, rascher Weise bis in das Innere Mazedoniens trägt . . . Albanien und Mazedonien werden um-

klammert und dem vereinten montenegrinisch-italienischen Vordringen ausgeliefert sein . . . die Monarchie wird aus Mazedonien kommerziell verdrängt und politisch lahmgelegt werden. Der weitblickende Staatsmann, welcher im Jahre 1878 die auswärtige Politik der Monarchie leitete, hatte diese Gefahren schon damals vorausgesehen und sie vollkommen richtig eingeschätzt. Darum verstand es auch Andrássy, der Monarchie das wertvolle Vetorecht gegen den Bau einer von einem montenegrinischen Hafe ausgehenden Bahn zu sichern. Der Artikel 29 des Berliner Vertrages, welcher die Vereinigung der albanischen Küstenstriche sowie der Häfen von Antivari und Dulcigno mit Montenegro verfügt, bestimmt gleichzeitig, daß von Montenegro die Zustimmung Österreich-Ungarns für den Bau einer das neue Territorium durchziehenden Straße oder Eisenbahn einzuholen sei.*)

Als daher im Jahre 1904 die italienisch-montenegrinischen Bahnprojekte in ein konkretes Stadium traten, als das venezianische Konsortium, welches

*) Der Artikel 29 lautet in den für diese Frage maßgebenden Absätzen:

„Antivari et son littoral sont annexés au Monténégro sous les conditions suivantes: . . . . La police maritime et sanitaire tant à Antivari que le long de la côte du Monténégro, sera exercée par l'Autriche-Hongrie au moyen de bâtiments legers garde-côtes. Le Monténégro adoptera la législation maritime en vigueur en Dalmatie. De son coté l'Autriche-Hongrie s'engage à accorder sa protection consulaire au pavillon marchand monténégrin. Le Monténégro devra s'entendre avec l'Autriche-Hongrie sur le droit de construire et d'entretenir à travers le nouveau térritoire monténégrin une route et un chemin de fer. — Une entière liberté de communication sera assurée sur ces voies. —“

den Hafen in Antivari (Pristan) ausführte, sich um die Konzession für den Bahnbau Antivari—Vir-Bazar bewarb, da standen uns drei Wege offen: entweder zu verhindern, daß diese strategisch so wichtige Linie in italienischen Besitz gerate, indem man den Versuch machte, eine österreichische oder ungarische Unternehmung ins Leben zu rufen, und dieser die Konzession zu verschaffen, um auf solche Weise diese Bahn in österreichisch-ungarische Abhängigkeit zu bringen; oder man konnte eine über türkisches Gebiet führende Konkurrenzstraße, wie es z. B. die bloß 50 Kilometer lange Route Medua—Skutari wäre, ins Auge fassen — oder aber durfte man von dem Vetorechte des Berliner Vertrages Gebrauch machen. —

Daß man auch in Italien mit der Eventualiät eines österreichisch-ungarischen Bahnbaues rechnete, dafür geben sehr zahlreiche Artikel und Publikationen Zeugnis. Vico Mantegazza gab der allgemeinen Besorgnis in folgenden Sätzen Ausdruck:

„Da entstand für uns eine außerordentliche Gefahr. Und wenn diese nicht glücklicherweise, wenigstens für den Augenblick, beschworen worden wäre, hätten wir gänzlich jedwede Hoffnung aufgeben müssen, unseren Einfluß an dem jenseitigen Ufer der Adria und auf die albanesische Küste zu sichern . . . Unsere Position in der Balkanhalbinsel wäre (durch einen von österreichisch-ungarischer Seite erfolgten Bau einer Bahn Spizza—Vir-Bazar) eine völlig verlorene, und entschwunden wäre auch die Hoffnung, jene slawisch-lateinische Linie von der Adria zur Donau jemals realisieren zu können, welche

für uns das einzige Mittel ist, mit welchem man dem Vordringen des Pangermanismus (!) in jenen Gegenden Einhalt gebieten kann . . .

„Und es gibt in Montenegro schon Personen, die der Ansicht sind, daß man schließlich die Bahnen faute de mieux selbst von Österreich hinnehmen werde müssen, um das Land nicht zur vollkommensten Isolierung zu verdammen." (Vico Mantegazza, L'Altra Sponda.)

Als die Frage des Bahnbaues von der Adriaküste nach Vir-Bazar bereits in ein akuteres Stadium getreten war, schrieb ich hierüber folgendes:

„Ob die montenegrinische Regierung bereits Schritte unternommen hat, um dieses Einvernehmen (mit der Monarchie) herzustellen, dies entzieht sich bis heute der allgemeinen Kenntnis. Eines dürfte aber allen klar sein: daß wir gegenwärtig um keinen Preis die Zustimmung zu diesem Bahnbaue geben dürfen, daß es ein unverzeihlicher Fehler wäre, wenn wir uns durch die Zusicherung, der Schienenstrang werde bloß bis Skutari (respektive Vir-Bazar) geführt werden, in Sicherheit wiegen ließen. Und wenn diese Bahn auch noch so kurz wäre: der Augenblick, in dem mit fremden Kapitalien, unter fremder Patronanz ein Schienenweg von Antivari landeinwärts dringt — dieser Augenblick bildet den Anfang einer neuen Balkanära, in welcher ohne uns oder gegen uns über die weiteren wirtschaftlichen und politischen Geschicke dieser Länder entschieden werden wird. So wie das Samenkorn, welches, wenn es einmal Wurzeln gefaßt, von selbst wächst und in die Halme schießt und Ähren

trägt, so wird sich einem noch so kurzen Bahntorso von selbst Kilometer an Kilometer anreihen, der Schienenstrang wird sich dehnen und strecken, immer tiefer ins Innere, und die Früchte, die er tragen wird, sie werden uns gar teuer zu stehen kommen. Die Macht der Verhältnisse wird mit zwingender Gewalt eine anfangs nicht bedeutende Verkehrsader in eine wichtige Arterie umwandeln . . . und bei uns wird die Verkalkung beginnen!

Französische, rumänische und italienische Staatsmänner und Schriftsteller — von den Balkanpolitikern gar nicht zu sprechen — sie alle anerkennen einstimmig und ausnahmslos, welch ungeheure Umwälzung durch eine solche Verkehrspolitik am Balkan gezeitigt würde, und welche Folgen sie für Österreich-Ungarn mit sich brächte. Sollten gerade wir allein uns dieser Erkenntnis verschließen? Und sollen wir uns vielleicht mit dem Bewußtsein des uns im Berliner Vertrage gesicherten Vetorechtes beruhigen? Gewiß nicht! Es können Verhältnisse und Ereignisse eintreten, welche uns in die Unmöglichkeit versetzen, von dem uns im Berliner Frieden eingeräumten Befugnisse Gebrauch zu machen, und daß, trotz der klaren Bestimmungen des Artikels 29, die montenegrinische Regierung dennoch mit einem italienischen Konsortium in Unterhandlungen wegen dieses Bahnbaues getreten ist, dies allein zeigt schon, daß man im Auslande mit der eben erwähnten Möglichkeit rechnet. Aus diesem Grunde wäre es dringend geboten, selbst zu handeln, selbst das Heft in die Hand zu nehmen und mit österreichischem Kapital eine Bahn zu bauen, die — in österreichischem Betrieb befind-

lich — uns zumindest die Gewähr geben wird, daß sie nicht anderen zu strategischen Zwecken dienen und daß ihre Tarifpolitik nicht eine solche sein wird, fremden Handel auf Kosten unseres Verkehres zu fördern und den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Interessen zu unseren Ungunsten zu verschieben." („Die Italo-Albanesen und die Balkanpolitik." Veröffentlicht in der Österreichischen Rundschau, Heft 60, 61. Weihnacht 1905.)

Man tat weder das eine noch das andere. Es wurde weder der Versuch gemacht, die Bahn in unsere Hände zu bekommen, und daß auch von dem Vetorechte des Berliner Vertrages kein Gebrauch gemacht wurde — darauf weist der Umstand, daß das italienische Konsortium im Sommer 1906 den Bahnbau und den Durchstich des Sutorman in Angriff nahm.

Im Auslande war man selbstverständlich darauf gefaßt gewesen, daß sich die Monarchie mit allem Nachdruck auf den Artikel 29 des Berliner Vertrages berufen und ihre Zustimmung zu diesem von italienischer Seite projektierten Bahnbau entweder gar nicht erteilen oder nur nach verzweifelter Gegenwehr sich werde abringen lassen. Private Äußerungen fremder Staatsmänner und zahlreiche Publikationen auswärtiger Balkanpolitiker gaben dieser Auffassung Ausdruck. Wie groß muß das Erstaunen gewesen sein, als man sah, daß Österreich-Ungarn freiwillig auf alle seine Vorrechte verzichtete und es nicht einmal eines starken Druckes bedurfte, um die Monarchie zu diesem Aufgeben einer ungemein wichtigen Defensivposition zu bewegen.

Der bereits mehrfach genannte Pellegrini, welcher doch gewiß nicht geneigt ist, Österreichs Rechte dort anzuerkennen, wo sie nicht sonnenklar zutage treten, Pellegrini, der Österreichs Recht auf den Besitz des Trento und Triests leugnet, der Italiens Ansprüche auf den westlichen Balkan als geheiligtes Recht anerkennt — er selbst muß zugestehen, daß Österreich das Vetorecht gegen die Bahn ab Antivari in Anspruch hätte nehmen können. Wir finden in seinem Buche „Verso la guerra?" (Roma 1906) diesbezüglich folgende Ausführungen: „So wie es richtig ist, daß das Territorium bei Podgoritza zu den neuen Erwerbungen Montenegros gehört, so ist es aber nicht weniger zweifellos, daß der Artikel 29 des Berliner Vertrages sich bloß auf Antivari und das montenegrinische Litorale bezieht... Wenn aber der Widerstand Österreichs gegen den Bau des ersten Teilstückes Antivari—Vir-Bazar, für welchen es der Zustimmung Österreichs bedurfte, überwunden wurde, so muß man annehmen, daß auch der weitere Widerstand (gegen die Fortsetzung dieser Bahn) zu besiegen sein wird!"

Die Auffassung gewinnt für jene an Gewicht, denen es bekannt ist, daß Pellegrini in intimen Beziehungen zum Ministerpräsidenten Zanardelli gestanden, daß ihm dieser Einblick in viele Reservatakte gewährte, und daß Anhaltspunkte dafür vorliegen, Pellegrini habe in dieser Frage den Standpunkt der offiziellen italienischen Kreise vertreten.

Während die weitblickenden Staatsmänner vergangener Tage es verstanden, vertragsmäßige Garan-

tien gegen schwere Schädigungen österreichisch-ungarischer Interessen zu schaffen ... wußten wir heute nicht einmal von dieser Garantie — Gebrauch zu machen!

Widerstandslos haben wir eine uns überlieferte, starke Position aufgegeben, die wir niemals wieder zurückgewinnen können.

Es gibt diplomatische Schlappen oder Rückzüge, welche verlorenen Schlachten gleichen, und wenn dereinst die Stunde der Entscheidung schlägt, wenn jene Unterlassungssünde sich bitter rächen wird, dann werden wir des Augenblickes gedenken, in welchem die Monarchie sorglos so wichtige Rechte preisgegeben!

Es scheint als wolle man bei uns den Artikel 29 des Berliner Vertrages so interpretieren, als gäbe uns dieser bloß das Recht, eine längs der Küste laufende Bahn, nicht aber eine dieselbe in vertikaler Richtung durchschneidende Trasse zu verhindern. Ganz abgesehen davon, daß diese Deutung wohl dem klaren Wortlaute des Artikels 29 widerstreitet, hieße dies auch die Absichten der großen Staatsmänner verkennen, welche das monumentale Werk des Jahres 1878 geschaffen haben. Bismarck und Andrássy — wußten was sie wollten, und gaben diesem Willen in einer unzweideutigen Formulierung des Vertrages prägnanten Ausdruck. So wie die Vereinigung Serbiens und Montenegros durch den Keil, den das Sandschak Novibazar zwischen sie treibt, verhindert werden sollte, so wollte man es auch unmöglich machen, daß Montenegro den Besitz der Küste in einer die Monarchie kommerziell oder politisch schädigenden

Weise mißbrauche. Dieser Absicht entsprang das Verbot des Besitzes einer Kriegsmarine, die Überweisung der Seepolizei an Österreich-Ungarn, die Bestimmung, daß Antivari allen Kriegsschiffen verschlossen bleiben müsse, daß alle Fortifikationen zwischen dem Skutarisee und der Küste zu schleifen seien und keinerlei neue Befestigungen in diesem Gebiete errichtet werden dürften, ferner die Unterstellung der montenegrinischen Handelsflagge unter österreichisch-ungarischen Konsularschutz, schließlich als ergänzendes, unbedingt erforderliches Korollar all dieser Bestimmungen, die Verfügung, daß Montenegro mit der Monarchie sich verständigen müsse, wenn es die Küste mit dem Inneren des Landes durch Straßen oder Bahnen in Verbindung setzen wolle.

Nur so kann das Wort „à travers“ verstanden werden und jedenfalls bedarf es erst ganz besonderer Interpretierungskünste, um dem Artikel 29 eine andere Deutung zu geben. Haben doch selbst jene, die ein Interesse daran besaßen dies zu tun, nicht den Mut gefunden, derlei ihnen aussichtlos scheinende Auslegungsversuche zu wagen!

Ein Novum aber ist es, daß ein Staat an einem Vertrage mit eigener Hand die sonderbarsten Verrenkungskünste vornimmt, um seine eigenen Rechte ... einzuschränken. Daß man alle Hebel in Bewegung setzt, um Verträge in extensivem Sinne zu deuten, daß eine zielbewußte Diplomatie oft gewagte Wortspaltereien und die künstlichsten Deduktionen in Anwendung bringt, um ein Mehr an Rechten zu erringen, dies zu sehen, haben wir im Auslande nur allzu oft Gelegen-

heit. Die umgekehrte Politik zu verfolgen... mit diesem Beispiele dürften wir vorangegangen sein, es steht aber nur zu befürchten, das uns Wenige auf diesem Wege folgen, denn nicht immer zeigt sich in der Beschränkung der Meister!

Auch in einem andern Belange — dies jedoch schon seit dem Berliner Vertrage — hat die Monarchie eine große Selbstbeschränkung an den Tag gelegt, indem sie die Befugnis des Artikels 25*) — ihren Einfluß bis über Mitrowitza hinaus in konkreter Weise geltend zu machen, nicht in Anspruch nahm.

Hiefür sind freilich berechtigte Rücksichten auf die begreifliche Empfindlichkeit der Türkei ausschlaggebend gewesen, und es ist nur zu hoffen, daß die Nichtausübung gewisser Befugnisse nicht zu deren Verjährung führt.

* * *

Der Ausbau und Betrieb des Hafens in Pristan

*) Artikel 25: „Les provinces de Bosnie et d'Herzégovine seront occupées et administrées par l'Autriche-Hongrie. Le Gouvernement d'Autriche-Hongrie ne désirant pas se charger de l'administration du Sandjak de Novibazar qui s'étend entre la Serbie et le Monténégro dans la direction sud-est jusqu'au delà de Mitrovitza, l'administration ottomane continuera d'y fonctionner. Néanmoins, afin d'assurer le maintien du nouvel état politique ainsi que la liberté et la sécurité des voies de communication, l'Autriche-Hongrie se réserve le droit de tenir garnison et d'avoir des routes militaires et commerciales sur toute l'étendue de cette partie de l'ancien Vilayet de Bosnie. A cet effet les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de la Turquie se réservent de s'entendre sur les détails." — (Dieses Übereinkommen erfolgte am 21. April 1879, und im September wurde die Besetzung von Priboj, Prjepolje und Plevlje vollzogen.)

durch eine italienische Gesellschaft, der Bau einer italienisch-montenegrinischen Bahn, die Einrichtung funkentelegraphischen Verkehres zwischen Bari und Antivari, dies alles wird das politische und wirtschaftliche Band, welches Italien mit Montenegro und Albanien verschlingt, noch enger knüpfen, selbst wenn die weiteren italienischen Projekte, wie der Ausbau des Hafens von Milena (südlich von Dulcigno) und die Regulierung der Bojana (um deren Konzessionierung die „Puglia" eingeschritten ist) nicht zur Ausführung gelangen sollten.

Montenegro ist der Vorposten Italiens am westlichen Balkan geworden und unser Verbündeter hat nun den Schlüssel zu einem Einfallstore in der Hand, welches auch anderen, als den friedlichen Pionnieren des Handels geöffnet werden kann.

Dem Charakter der gesamten italienischen Aktion am westlichen Balkan entsprechend, welche sich nicht als eine der natürlichen Expansionsrichtung des Verkehres folgende, sondern vielmehr als eine künstliche, nicht als eine gewordene, sondern als eine gewollte darstellt, ging die politische Pénétration des kommerziellen weit voraus. Letztere wurde erst später der ersteren angegliedert. Mit Hochdruck wurde künstlich weit über das aus den natürlichen Verhältnissen sich von selbst ergebende Maß ein wirtschaftliches Interesse geschaffen, und Hand in Hand streben nun beide Aktionen mit Erfolg auf das Ziel: Italiens Vorrang in Albanien und Mazedonien zu begründen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß auch auf

wirtschaftlichem Gebiete diese Bestrebungen von Erfolg begleitet sind, und daß der Aufschwung, den Italiens Export nach Albanien und dem südlichen Mazedonien aufzuweisen hat, ein sehr bemerkenswerter ist. Vor wenigen Jahren noch an letzter Stelle stehend und als Quantité négligeable erscheinend, hat der italienische Handel in den allerletzten Jahren sich in vielen Gebieten einen hervorragenden Platz zu erobern gewußt. Manchen Ortes wurden wir bereits aus unserer dominierenden Stelle gedrängt und sind wir nahe daran, das Primat völlig und unwiderruflich zu verlieren. Dies gilt besonders für den Süden Albaniens, für die ungemein fruchtbaren, trotz aller Mißwirtschaft selbst heute noch relativ wohlhabenderen Landstriche, die bei geregelter europäischer Verwaltung und modernisierter Bewirtschaftung einen ungeahnten Aufschwung nehmen würden.*)

Mit richtigem Blicke hat Italien sein Augenmerk dorthin gerichtet und seine nachhaltige politische durch eine, ebenfalls von Amts wegen mit Hochdruck geförderte, um nicht zu sagen: geschaffene kommerzielle Tätigkeit unterstützt. Sprache und Handel sind die zwei Stützpunkte der italienischen Politik.

Im Jahre 1900 schuf die italienische Regierung in Janina eine Handelsagentie, deren Wirksamkeit am besten durch die nachfolgende, einer italienischen Publikation entnommene Tabelle illustriert wird:

---

*) Die Steuereingänge des Wilajets Janina werden auf etwa 9 Millionen Piaster geschätzt, von denen 6·5 Millionen nach Konstantinopel abgeführt werden. —

Export in das Wilajet Janina.
(Wert in Lire.)

Im Jahre	Aus Österreich-Ungarn	Aus Italien
1900	2,035.475	438.450
1901	1,749.930	899.060
1902	1,706.060	1,167.650
1903	1,673.350	1,546.561
1904	1,723.510	1,709.800

Während in vier Jahren sich Italiens Export vervierfacht hat . . . ist jener Österreichs um etwa 15 Prozent gesunken. Hiebei kommt noch in Betracht, daß unter der österreichischen Einfuhr auch eine nicht unbedeutende Menge Kaffee (im Werte von rund 250.000 Lire) figuriert, wodurch die wahre Wertziffer unseres eigentlichen Exportes in merklicher Weise modifiziert wird. — Italien hingegen hat sich für einzelne industrielle Erzeugnisse, wie Seidenwaren, Samte usw. im Verlaufe von bloß vier Jahren eine fast monopolistische Stellung zu erobern gewußt! Seit dem Bestehen dieser königlich italienischen Handelsagentie soll es trotz des lebhaften Verkehres nicht ein einziges Mal vorgekommen sein, daß ein italienischer Exporteur bei Abwicklung seiner Geschäfte in Epirus einen Verlust erlitten hätte.

In Valona beteiligte sich Italien im Jahre 1903 an der Gesamteinfuhr mit bloß 9 Prozent — ein Jahr später betrug Italiens Anteil schon 13 Prozent, und die unter italienischer Flagge eingeführten Warenmengen stiegen in diesem Jahre von 2101 auf 3630 Meterzentner. Der Vorsprung des Österreichischen Lloyd ist hier freilich noch ein sehr gewaltiger

(24.496 Meterzentner), dürfte sich jedoch von Jahr zu Jahr verringern, wenn nicht unserseits eine intensivere Tätigkeit Platz greift. In Valona und Durazzo hat sich übrigens unsere kommerzielle Position Italien gegenüber am widerstandsfähigsten erwiesen, und italienische Schriftsteller trösten sich damit, „daß dort Italiens politische Bilanz ungleich günstiger als seine kommerzielle sei". — Italien macht übrigens große Anstrengungen, um seine Verbindungen mit Mittel- und Südalbanien dichter zu gestalten. Die nachfolgende Tabelle über die Häufigkeit des Schiffsverkehres gibt hierüber Aufschluß:

Anzahl der eingelaufenen Schiffe in den Häfen von:

	Durazzo		Valona		Prevesa	
Jahr	Lloyd	Puglia	Lloyd	Puglia	Lloyd	Puglia
1901	175	59	151	51	104	50
1904	209	108	224	181	101	103

Einer mäßigen Steigerung beziehungsweise einer minimalen Verringerung der Anzahl der Lloydschiffe steht eine namhafte Vermehrung des Anlaufens italienischer Schiffe gegenüber.

Trotzdem ist es bis heute noch geglückt, unsern Handel mit Valona und Durazzo von der italienischen Konkurrenz wenigstens einigermaßen unbeschädigt zu erhalten. Ist dieses Festhalten des kommerziellen Vorranges der Monarchie in den zwei genannten albanischen Häfen auch eine sehr erfreuliche Erscheinung, so ist dies doch nicht bedeutungsvoll genug, um uns einen Ersatz zu bieten für die allmähliche politische Verdrängung sowie für die in

Janina sowie auch im Norden Albaniens durch Italien herbeigeführte ernste Bedrohung unserer kommerziellen Position.

Wohl zeigt der österreichisch-ungarische Export nach Skutari in den Vergleichsjahren 1903 und 1904 noch immer eine nicht unbedeutende Steigerung von 28.800 auf 33.700 Meterzentner, und wenn auch Italiens Einfuhr im gleichen Zeitraum prozentuell unvergleichlich stärker stieg, so ist sie mit der Menge von 7150 beziehungsweise 13.610 Meterzentner doch noch immer stark im Rückstande gewesen. Dem Berichte des französischen Konsuls in Skutari vom Jahre 1904 zufolge, ist in einem Jahr der Wert der italienischen Einfuhr von 496.485 auf 733.637, sohin um 47 Prozent gestiegen. „Mir scheint im übrigen," fährt der Bericht dieses französischen Funktionärs fort, „daß die Bedeutung, welche die Frage der Zukunft Albaniens für Italien genommen hat, den Anstrengungen und Erfolgen der italienischen Kaufmannschaft in diesen Gebieten nicht ferne steht."

Sehr bedeutend ist der Mehlexport Italiens nach dem gesamten albanesischen Litorale sowie auch nach Skutari, und es ist bedauerlich, daß die Monarchie es versäumt hat, sich diesen Handel zu sichern.

Was aber als ein besonders ungünstiges Symptom für die künftige Entwicklung unseres Handelsverkehres mit Skutari aufgefaßt werden muß, das ist der ungeheure Rückgang der von den österreichischen Schiffahrtsgesellschaften vermittelten Transporte, und das riesige Emporschnellen der durch die italienische „Puglia" beförderten Warenmengen. Der Gesamt-

verkehr nach Skutari verteilte sich in folgender Weise unter den drei maßgebendsten Schiffahrtsgesellschaften:

Jahr	Lloyd Meterzentner	Ragusea Meterzentner	Puglia Meterzentner
1903	26.457	16.014	15.248
1904	13.917	13.050	25.633
1905	6.149	10.302	37.939

Geradezu erschreckend ist das rapide Sinken des prozentuellen Anteiles unserer Flagge an dem Verkehre mit Nordalbanien. Die nachfolgenden Daten*) geben hierüber Aufschluß:

Prozentueller Anteil an dem Gesamtverkehr nach Skutari:

Jahr	Lloyd Prozent	Ragusea Prozent	Puglia Prozent
1901	46	40	14
1902	48·7	31·7	14·4
1903	45·8	27·7	26·5
1904	22·2	23·7	43·5
1905	8·9	14·9	56·7

In den letzten zwei Jahren nimmt auch die „Ungaro-Kroata“ Fahrten in dieser Relation auf (1904: 10·6 Prozent, 1905: 20·5 Prozent), doch konnte auch hiedurch das weitere Steigen des Anteiles nicht gehemmt werden, welchen die italienische Schiffahrtsunternehmung an dem Verkehre nach Skutari nimmt.

*) Dieselben sind der im Buchhandel noch nicht erschienenen interessanten Publikation „Albanisch-montenegrinische Verkehrsfragen“ des Sekretärs der Wiener Handels- und Gewerbekammer, Richard Riedl, entnommen, welche dem Verfasser im Augenblicke des Abschlusses des vorliegenden Buches in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt wurden.

Die italienische Flagge ist sohin im Begriffe, den Verkehr nach Nordalbanien in rascher Weise ganz an sich zu reißen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Dampfer österreichisch-ungarischer Flagge ihres größeren Tiefganges halber Bojana-aufwärts nur bis Obotti vordringen können, woselbst eine neuerliche Umladung erforderlich ist, während die zweimal in der Woche zwischen Medua und Skutari verkehrende „Jolanda" nur bei besonders ungünstigem Wasserstande in Obotti Halt zu machen gezwungen ist. —

Noch ist das nach Skutari beförderte Warenquantum italienischer Provenienz geringer als die dahin gelangenden österreichisch-ungarischen Frachten, und Italien muß sich vorerst damit begnügen, Österreich-Ungarn nur der Fracht nach Oberalbanien, nicht aber auch schon des ganzen Marktes zu berauben .... Wie lange kann dies aber währen? Auch hier wird sich schließlich die alte Regel, nach welcher die Ware der Flagge folgt, bewahrheiten und unser Verkehr mit Oberalbanien wird gewesen sein .... Gewiß: die österreichisch-ungarischen Exporteure werden den Verlust des Marktes von Skutari verschmerzen können, die Monarchie aber wird eine schwere Einbuße erlitten haben. Denn nicht um den pekuniären Gewinn handelt es sich vorerst bei dem Kampfe um den kommerziellen Vorrang in Nordalbanien, sondern um die schwerwiegende Frage, wer die Stadt Skutari und mit ihr das gesamte nordalbanische Hochland in seine wirtschaftliche und hiemit in seine politische Abhängigkeit bringt.

Italien ist auf bestem Wege dazu, sich dieses Primat zu sichern und hat es verstanden, durch eine treffliche Organisation des Schiffahrtsverkehres im Handumdrehen die Depossedierung Österreich-Ungarns vorzubereiten. Ebenso gut organisiert wie der Frachtenverkehr ist auch der italienische Postdienst nach Skutari. Die italienische Regierung hat für denselben in munifizenter Weise gesorgt sowie sie in ganz Albanien, ohne mit den Geldmitteln im geringsten zu kargen, an die Schaffung stets neuer Postämter schreitet. — Die italienische Gesellschaft, welche den Hafen von Antivari baut und denselben exploitieren wird, versieht auch den italienischen Postdienst über Antivari und Vir-Bazar nach Skutari gegen eine jährliche Subvention von 35.oco Lire.

Der Dampferverkehr am Skutarisee ist auch erst kürzlich in italienische Hände übergegangen und es war zweifellos ein bedauerliches Versäumnis unserseits, daß, als die kleine Unternehmung des alten Maltesen liquidierte, welche sich „Anglo-Montenegrin Trading Company, Ltd.“ nannte, wir auch dort wiederum einer italienischen Unternehmung den Vorrang ließen.

Solche Dinge mögen im übrigen Europa recht bedeutungslos erscheinen; in diesem kulturfernen Lande spielen sie aber eine große Rolle und der Betrieb einer regelmäßigen Linie auf dem Skutarisee hat Italiens Prestige und Einfluß zweifellos zu befestigen vermocht. Jetzt besitzt die seit 1905 den Betrieb ausübende „Compania di Antivari“ bereits eine kleine, aus drei Dampfern bestehende „Skutarisee-Flotille“ und wir können wieder einmal uns sagen,

daß es vielleicht auch hier besser gewesen wäre — weniger zu „erwägen“ und dafür rascher zu — handeln. — In Italien arbeitet eben alles Hand in Hand dem großen gemeinsamen Ziele zu, und besonders die Regierung scheut keine Opfer, es zu erreichen.

So wurden schon wiederholt Verbesserungen der italienischen Schiffahrtsverbindungen mit der Levante und speziell mit Albanien durchgeführt.

Der am 29. Oktober 1893 mit der Schiffahrtsgesellschaft „Puglia“ abgeschlossene Vertrag sah einen keineswegs sehr dichten Verkehr zwischen Italien und Albanien vor. Nur jede zweite Woche war eine Verbindung zwischen Venedig und der albanesischen Küste hergestellt. Und das war alles. Es genügte dies aber auch vollkommen den reellen Anforderungen des italienischen Verkehres und damals dachte man noch nicht an eine politische Aktion im Südosten der Adria, welche durch eine forcierte Ausgestaltung der Verkehrsgelegenheiten und der Verbindungen mit Albanien zu unterstützen gewesen wäre. Erst später entdeckte man die neue Mission Italiens am jenseitigen Ufer der Adria. Und die Vertragsänderungen, durch welche die Puglia zu einer Verdichtung ihrer albanischen Linie veranlaßt wurde, sind ein Barometer, an welchem wir das Steigen des italienischen Interesses für die Ostküste der Adria ablesen können. — Mit Zusatzvertrag vom 3. Dezember 1898 wurde eine neue zweiwöchentliche Linie Brindisi—Prevesa hinzugefügt; am 2. Februar 1901 die Linie Venedig—Dalmatien—Albanien in eine allwöchentlich zu betreibende umgewandelt, und ein wöchent-

licher Schiffahrtsdienst San Giovanni di Medua—Obotti eingerichtet, der jedoch schon im folgenden Jahre verdoppelt wurde. Und am 7. Februar 1904 erfolgte wiederum ein neues Übereinkommen zwischen der Regierung und der „Puglia“, durch welches der Verkehr neuerdings nennenswert verbessert wurde. Gegenwärtig bestehen dreimal in der Woche Verbindungen zwischen den beiden Adriaküsten (Venedig—Triest—Albanien; ferner Ancona—Dalmatien—Antivari; schließlich Brindisi—Albanien), für welche die Regierung mehr als eine halbe Million Lire Subvention gewährt (im Jahre 1893 war eine Unterstützung von 210.000 Lire vereinbart worden). Sehr interessant sind die diesbezüglichen Parlamentsverhandlungen beziehungsweise die Debatten der Budgetkommission. Mit freigebigen Händen gewährte das italienische Parlament die angesprochenen Subventionen und ganz offen kamen die politischen Ziele, welche damit verfolgt wurden, in zahlreichen Reden zum Ausdruck. Man berechnete nicht erst in kleinlicher Weise, ob die gewährten Meilengelder etwa in einem Mißverhältnisse zu den transportierten Warenmengen stehen würden. Die Erreichung der politischen und kommerziellen Vorherrschaft in der Adria schien jedes Opfer zu rechtfertigen.

Ganz rückhaltlos bekannten sich die meisten Abgeordneten zu diesem Programme. Sagt doch selbst der Bericht des Budgetausschusses rundweg heraus, „daß Italien es sei, welches den vom ‚Österreichischen Lloyd‘ und der ‚Ragusea‘ betriebenen Dienst mit Albanien besorgen müsse, wenn es nicht wolle,

daß die italienische Flagge jede Hoffnung auf Erlangung der Vorherrschaft in Albanien aufgebe, dessen Geschick von den wirtschaftlichen und moralischen Interessen abhängen wird, welche jede Macht dort zu erringen verstanden haben wird."

Die Regierung verschwieg wohl derartige Hinweise, aber aus der Tatsache ihrer Mitwirkung an dem Zustandekommen dieser Verträge mit der „Puglia" ersehen wir ganz deutlich, daß sie sich mit den Absichten der Budgetkommission identifiziert. Auch hier sehen wir die Initiative der Regierung den tatsächlichen Bedürfnissen stets weitaus voranschreiten, es wurden aus politischen Gründen Verkehrsmittel geschaffen, lange bevor die italienische Volkswirtschaft deren bedurfte. Auch hier die politische „Mache", welche erst künstlich ein kommerzielles Interesse schafft! „Es ist umsonst" — sagt Marquis San Giuliano in seinen „Lettere d'Albania" (Giornale d'Italia, 4. Juli 1902) „Schiffahrtslinien einzuführen und eine ganze politische und ökonomische Regierungsaktion daranzuknüpfen, wenn die italienische Kaufmannschaft nicht all den Mängeln abhelfen will, welche wir so oft in den Konsulatsberichten .... angeführt finden." Diese Regierungsaktion, welche aus politischen Rücksichten einen Verkehr zu schaffen suchte, war aber keineswegs eine erfolglose, in den letzten Jahren nahmen die Transporte ungemein zu, und wiederum ist die italienische Regierung im Begriffe, der Entwicklung voranzueilen und die Verkehrsbedingungen nach Albanien neuerdings zu verbessern.

Die am 5. April 1906 dem italienischen Parlamente unterbreitete Regierungsvorlage will, gegen namhafte Erhöhung der staatlichen Subvention, eine neuerliche, sehr bemerkenswerte Verdichtung der die beiden Adriaküsten verknüpfenden Dampferlinien herbeiführen. — Der Gesetzentwurf sieht nicht bloß eine Verbesserung der Verbindungen mit Albanien, sondern auch einen intensiveren Verkehr mit der dalmatinischen Küste vor, er ist in seiner Art eine praktische Betätigung der Devise: „l'Adriatico è mare Italiano", und dieser Regierungsvorlage wird auch allseits nicht bloß kommerzielle, sondern auch hervorragende politische Bedeutung zuerkannt.

So arbeitet man in Italien: schon im Jahre 1906 ist die Regierung mit sich darüber vollkommen im Reinen, in welcher Weise sie im Jahre 1908 den Verkehr neu regeln will, und sie bringt diesen Gesetzentwurf schon zwei Jahre früher ein, um dem Parlamente die Zeit zu geben, sich mit ihren Absichten vertraut zu machen und eventuelle Studien für Abänderungs- und Verbesserungsvorschläge vorzunehmen.

Das nennt man zielbewußtes Vorgehen und weitsichtige Politik . . . Eine Parallele mit unserer Schiffahrtspolitik würde sich so betrübend gestalten . . . daß es klüger erscheint, sie zu unterlassen. —

Dem von der italienischen Regierung geübten Hochdrucke ist es in neuerer Zeit gelungen, auch eine Reihe von Assoziationen ins Leben zu rufen, welche der Pflege des geschäftlichen Verkehres mit dem westlichen Balkan dienen. Eine Export- und Importgesellschaft für Montenegro und Albanien

wurde geschaffen, die italienisch-orientalische Exportgesellschaft reihte sich ihr ergänzend an, das italienisch-montenegrinische Syndikat gründet eine Bank, auf deren Ersprießlichkeit auch Politiker wie San Giuliano hingewiesen . . ., und noch manche andere derartige Unternehmungen sind im Werden. An einzelnen Punkten Albaniens haben italienische Gesellschaften das Recht zur Exploitation der ungemein reichen Waldbestände erworben. Sie ziehen italienische Arbeiter ins Land, auch auf diese Art dem Vordringen des italianisierenden Geistes Vorschub leistend. — Italienische Banken studierten weiters die Frage des Baues der so wichtigen Eisenbahnlinie Valona—Monastir.

Schon das alte Rom hatte die Bedeutung der von Valona und Durazzo ins Innere gehenden Verkehrswege erkannt und die noch heute erhaltenen Reste der großen Via Egnatia legen dafür Zeugenschaft, in welch vortrefflicher Weise die Römer es verstanden, ihren Legionen und ihrem Verkehre geeignete Wege zu weisen. Auch heute könnte Valona als Endpunkt einer nach Monastir (Konstantinopel respektive Üsküb—Belgrad) führenden Bahn zu großer Bedeutung gelangen. (Elisée Reclus nennt Valona mit Bezug auf Brindisi: „Le Calais de cette Douvres d'Italie“.) Die Bahn selbst soll zur großen Arterie werden, welche den italienischen Einfluß in das Herz Albaniens und Mazedoniens trägt. Tatsächlich besteht wohl kein Zweifel darüber, daß jener Staat strategisch wie kommerziell zum Herrn Südalbaniens würde, welcher diese Verkehrslinie in seine Hände brächte. — Gerade deshalb hat

es aber wohl noch seine Wege, bis die türkische Regierung die Konzession zu diesem Baue erteilt und sich zur Gewährung einer kilometrischen Garantie an Jene entschließt, welche mit diesem Bahnbaue Absichten verfolgen, die keineswegs mit den Interessen der Türkei zusammenfallen.

Auch weniger radikale, einschneidende Mittel genügten, um Italiens kommerzielle Position am gesamten Balkan in jener Weise zu stärken, wie es seine politischen Aspirationen erheischen.

In welch hohem Maße die italienische Kaufmannschaft die große Bedeutung dieses Marktes schätzt und wie sehr sie es verstanden, sich denselben nutzbar zu machen, dafür gibt einerseits die Resolution des Kongresses der italienischen Kaufmannschaft in Mailand,*) anderseits die nachstehende Tabelle über Italiens Ausfuhr vollsten Aufschluß.

Es betrug der Export Italiens (in Millionen Lire) nach:

---

*) Diese am 19. Mai 1906 beschlossene Tagesordnung, welche übrigens zum Teil über Einfluß der Regierung gefaßt worden sein soll, führt aus:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß es im vitalsten Interesse Italiens liege, seinen Geschäftsverbindungen mit dem Balkan den allergrößten Umfang zu geben, und hält zu diesem Zwecke für erforderlich:

a) daß die Regierung die volle Freiheit des Handels in Albanien sichere und jedweden Vorrang einer ausländischen Macht von dort ausschließe . . .;

c) daß besonders die Entwicklung der Industrie in dem Gebiete der Adria gefördert werde; — . . . .

e) daß der Schiffahrtsdienst zwischen den beiden Küsten der Adria in solcher Weise verbessert werde, daß die italienischen Häfen

Im Jahre	Europ. Türkei	Griechenland	Rumänien
1900	25·36	6·25	1·72
1904	49·14	10·53	5·58
Im Jahre	Bulgarien	Kandia	Montenegro
1900	0·357	0·260	0·065
1904	2·762	0·659	0·238

Die meisten dieser Ziffern sind selbstverständlich im Vergleiche zu den von Österreich-Ungarn erzielten Exportwerten ziemlich geringe zu nennen.

Die Monarchie hat im Jahre 1904 nach der Türkei Waren um 91 Millionen Kronen (1894; 49·2 Millionen; 1900: 63·6 Millionen);

nach Griechenland um 17·9 Millonen (1894: 8·7 Millionen; 1900: 13·3 Millionen);

nach Bulgarien um 26·7 Millionen (1894: 21·4 Millionen; 1900: 9·3 Millionen);

nach Montenegro um 1·03 Millionen (1894: 1·072 Millionen; 1900: 0·375 Millionen) ausgeführt, während der Export

nach Rumänien die hohen Ziffer von 75 Millionen erreichte (1894: 57·3 Millionen; 1900: 43·2 Millionen). —

Gerade aber diese Zahlen müssen unsere ernste

ständige, billige, rasche und leichte Verbindungen mit der Ostküste erhalten; —

f) daß eine Bank zu dem Zwecke gegründet werde, die Handelsbeziehungen Italiens mit dem Balkan zu fördern;

g) daß für den Bau der Häfen in Vallona und Durazzo Vorsorge getroffen werde, sowie für den Bau von Bahnen, welche von diesen Hafenstädten aus nach Serbien und Bulgarien, nach Salonik und Konstantinopel sowie nach Griechenland führen."

Aufmerksamkeit auf sich lenken, wenn wir uns nicht damit begnügen wollen, aus ihnen gedankenlos die Beruhigung zu schöpfen, daß unsere kommerzielle Position am Balkan jener Italiens gegenüber noch immer die weitaus stärkere ist. Einerseits zeigen sie uns, welch großen Wert die unbestrittene Erhaltung dieser Exportgebiete für Österreich-Ungarn besitzen würde, und aus ihnen können wir ermessen, wie groß die latente wirtschaftliche Kraft der Balkanländer und besonders auch der europäischen Türkei sein muß, wenn selbst heute ihre Bevölkerung eine solche Kaufkraft besitzt. Anderseits muß es uns aber als eine tiefernste Erscheinung auffallen, daß Italiens prozentueller Exportzuwachs in den letzten vier Jahren ein so enormer gewesen, daß er selbst den von der Monarchie in einer zehnjährigen Epoche erzielten Zuwachs in den meisten Fällen um ein Bedeutendes übersteigt. Und dies, obwohl Österreich-Ungarn am Balkan geradezu erbgesessen ist, obwohl der Österreichische Lloyd dort Jahrzehnte hindurch eine fast monopolistische Stellung einnahm und wir eine prädominierende kommerzielle Position in der Levante schon zu Zeiten besaßen, in denen das neue Italien erst im Werden begriffen war. Dies, obwohl die Verkehrswege heute noch so beschaffen sind, daß sie in vielen Gebieten Österreich-Ungarns Handel demjenigen Italiens gegenüber eine Vorzugsstellung gewähren, und obwohl uns nebst dem Seewege auch ein mächtiger Strom und direkt führende Eisenbahnlinien zur Verfügung stehen! Trotz alledem strebt der italienische Handel mit Riesenschritten empor, beengt allmählich unser Feld

und wird schließlich unsere kommerzielle Expansion am westlichen Balkan zum Stillstande bringen.

Wie aber die Verhältnisse sich nun gar gestalten würden, wenn Italien die geplanten Bahnlinien von den Adriahäfen nach dem Osten zur Ausführung brächte, . . . um dies zu ermessen, finden wir einen unerwünschten Anhaltspunkt, wenn wir uns die in einem einzigen Jahre, dank der Erstehung eines direkten Weges nach Skutari, in dieser Relation erfolgte Depossedierung des Österreichischen Lloyd vor Augen halten. Nicht allmählich, sondern im Handumdrehen wäre es dann um Österreich-Ungarns politischen und kommerziellen Vorrang am westlichen Balkan geschehen, . . . um jene Position, von deren Erhaltung die Großmachtstellung der Monarchie und zu großem Teile unsere wirtschaftliche Zukunft abhängt.

Blutwenig haben wir bis jetzt getan, um uns das alte wirtschaftliche Primat in Mazedonien und Albanien gegenüber dem künstlich entfachten italienischen Balkandrange zu sichern.

Haben wir es wenigstens verstanden unsere politische Position dortselbst ungeschmälert zu erhalten? Daß wir in Albanien Jahr um Jahr an Boden verlieren, und der italienische Einfluß immer mächtiger emporstrebt das ist eine leider nur allzu zweifellos feststehende Tatsache. Weniger offen zutage liegend, aber darum nicht minder bedeutungsvoll ist Italiens Streben, auch in Mazedonien festen Fuß zu fassen, von dort aus seine albanischen Pläne zu fördern und sich dort eine politische Mission zu vindizieren, welche mit unseren Interessen in Widerspruch

steht, und eine ernste Schädigung derselben herbeizuführen droht. In aller Stille wurde in Mazedonien vor zwei Jahren ein diplomatischer Kampf zwischen der Monarchie und Italien ausgefochten, welcher mit unserem völligen Rückzuge endete. Die Veranlassung hiezu bot die im österreichisch-ungarisch-russischen Abkommen vorgesehene Gendarmeriereform.

Zu ihrer Durchführung sollte jeder der an den Reformen beteiligten fünf Mächte je ein Distrikt zugewiesen werden, in welchem die betreffende Macht unter Hinzuziehung einer größeren Anzahl ihrer Offiziere die Reorganisation der Gendarmerie vorzunehmen hatte. Die große Bedeutung dieser Befugnis liegt klar auf der Hand, ebenso wie die aus ihr sich ergebende Möglichkeit der Verfolgung politischer Sonderinteressen. Ehe noch die Aufteilung der Distrikte unter den beteiligten Mächten erfolgt war, wurde über österreichisch-ungarische Initiative die Oberleitung über die Gendarmerie sämtlicher fünf Distrikte Italien angetragen. Der italienische Geschäftsträger in Wien berichtet hierüber an das königlich italienische Ministerium des Äußern:*)

„Die k. u. k. Regierung legt einen sehr großen Eifer für die baldige Organisierung der mazedonischen Gendarmerie an den Tag . . . Ein Beweis hiefür ist die von ihr ausgehende Initiative der Ernennung eines italienischen Generals für die Oberleitung der Gendarmerie . . .“

Wollte man im Sinne der Abmachungen keiner

*) Die nachfolgenden diplomatischen Korrespondenzen sind dem italienischen Grünbuche über Mazedonien entnommen.

einzigen Macht eine allzu präponderante Stellung und den ausschlaggebenden Einfluß bei dieser ganzen Aktion einräumen, so mußte es sich von selbst ergeben, daß man Italien nebst der Oberleitung über die gesamte Gendarmerie nicht auch noch einen der politisch und strategisch wichtigsten Distrikte zuweisen konnte. Nur unter dieser Voraussetzung hatte die Überlassung des Oberkommandos der Gendarmerie an Italien erfolgen können, und dieser ganz selbstverständlichen Auffassung entsprach es, wenn der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel vorschlug, Italien solle den Distrikt Serres zugewiesen erhalten. Dieser Bezirk hatte zwar angesichts der dort herrschenden Unruhen eine gewisse Bedeutung und stellte große Anforderungen an die Tüchtigkeit der Gendarmerie — — er war aber nicht der Mittelpunkt mazedonisch-albanischer Intrigen und gab als solcher weniger Gelegenheit zu einer prononciert politischen Aktion, als die beiden wichtigsten Distrikte Monastir und Salonik bieten konnten. Der erstere sollte einer den Orientfragen möglichst uninteressiert gegenüberstehenden Macht zugewiesen werden, und war hierfür Frankreich in Aussicht genommen, während Salonik von Rußland reklamiert und im Einverständnisse aller Mächte auch zuerkannt wurde. — Kawala war England zugedacht und Üsküb hinwieder hatte sich Österreich-Ungarn ausbedungen. Nicht etwa, weil uns dies eine besondere Einflußnahme auf den Gang der politischen Ereignisse in Mazedonien gewährte. Im Gegenteile: hätte die Monarchie dies gewollt und auf Sondervorteile irgendwelcher Art Anspruch

erhoben, so wäre ihre Wahl auf Monastir gefallen, als dem in politischer Beziehung wichtigsten Knotenpunkte aller westbalkanischen Fragen und als jenem Platze, von dem aus es seinen Einfluß nach allen Richtungen üben konnte, nach Albanien, nach Üsküb, nach Salonik! —. Monastir sollte aber, Österreich-Ungarns Absichten zufolge, einer „neutralen“ Macht zufallen, eine Lösung dieser Frage, welche nicht etwa als die beste im Sinne einer zielbewußten Verfolgung unserer Interessen erscheint, sondern bloß unter dem Gesichtspunkte der Verhinderung einer schweren Schädigung unserer Position am westlichen Balkan eine gewisse Kautel geboten hätte. Ausschlaggebend für Österreich-Ungarns Verlangen der Zuweisung Üskübs war, wie der italienische Botschafter in Konstantinopel als Ergebnis einer Rücksprache mit Baron Calice mitteilte, „daß es selbstverständlich sei, daß der Monarchie eben jener Distrikt zugewiesen werde, welcher sich am nächsten dem von der Monarchie okkupierten Territorium befinde“.

Ebenso berichtet der Herzog von Avarna an die Consulta über eine Unterredung mit Grafen Goluchowski. „Österreich-Ungarn sowie Rußland“, bemerkte Graf Goluchowski, „hatten sich bei dem Mürzsteger Übereinkommen dahin geeinigt, keiner Macht eine privilegierte Stellung zu gewähren. Rußland habe erklärt, die Zuweisung eines in der Nähe Bulgariens befindlichen Distriktes nicht zu wünschen. Was Österreich-Ungarn anlange, so sei beschlossen worden, ihm Üsküb zu überweisen, wodurch der Monarchie, dank der Nähe dieses Bezirkes zur eigenen

Südostgrenze, die Entsendung ihrer Offiziere erleichtert werde."

Die Zuweisung des Bezirkes von Serres an Italien ergab sich sohin in logischer Folge des ganzen Aufbaues dieser Aktion. Eine Zurücksetzung Italiens konnte in dieser Absicht um so weniger erblickt werden, als dieser Macht durch die Betrauung mit der Gendarmerieoberleitung ohnehin eine Vorzugstellung eingeräumt war, welche an besonderem Werte noch dadurch gewann, daß als Sitz des italienischen Oberkommandanten Monastir in Aussicht genommen wurde, wodurch für Italien die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Verhältnisse auch dieses Bezirkes gesichert war. — Nun aber erwies es sich, welche Unvorsichtigkeit die Monarchie dadurch begangen hatte, daß sie das Kompensationsobjekt — die Zuteilung des Gendarmeriekommandos — bereits aus der Hand gegeben, ehe die meritorischen Verhandlungen über die Verteilung der einzelnen Distrikte abgeschlossen waren.

Italien wies den ihm angebotenen Distrikt Serres zurück. Tittoni telegraphierte dem Botschafter in Konstantinopel, daß bloß die Zuweisung des Bezirkes von Monastir Italien befriedigen könne. Gleichzeitig begann man wiederum einmal von Rom aus den Einfluß der „Ententemächte" gegen jenen der Alliierten auszuspielen. Zwischen Rom und Paris wie zwischen Rom und London erfolgte ein reger Notenwechsel und spielte der Draht. Dem italienischen Botschafter war es, wie er nach Rom berichtete, gelungen, die französische Regierung zu der Zusicherung zu bewegen, „daß sie beabsichtige, den Bezirk Monastir zurückzuweisen, falls

er ihr angeboten würde, und vorzugsweise jenen von Serres zu fordern, woselbst Frankreich Eisenbahninteressen besitze."

Ebenso sicherte Marquis Lansdowne dem italienischen Botschafter in London die Unterstützung der englischen Regierung zu, und es scheint, italienischen Berichten zufolge, dieselbe auch in der Form „freundschaftlicher Vorschläge" im Sinne der Ansprüche Italiens gewährt worden zu sein. Am Ballplatze wollte man wohl vermeiden, daß die Angelegenheit zu einem offenkundigen Zwiste zwischen den beiden Alliierten ausarte, und der Welt das Schauspiel geboten werde, daß — bei der ersten praktischen gemeinsamen Aktion in Mazedonien, Italien sich ganz offen von seinem Verbündeten trenne und seine Sonderinteressen unter Anschluß an Frankreich und England verfolge.

Darum scheint der Widerstand unseres Auswärtigen Amtes ein nichts weniger als energischer gewesen zu sein; man suchte durch ausweichende Antworten Zeit zu gewinnen, um dann unserem Standpunkte vielleicht doch Anerkennung zu verschaffen. „Das österreichische Ministerium des Äußern" — telegraphiert der italienische Geschäftsträger in Wien — „hat sich an den Detailfragen der Organisierung der Gendarmerie gänzlich desinteressiert gezeigt . . . und da es über die Einzelheiten und über die Motive, welche für die Zuweisung der einzelnen Distrikte ausschlaggebend waren, nicht informiert ist, könne es dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Konstantinopel die von der königlichen Regierung im Gegenstande gewünschten Instruktionen nicht geben."

Es ist klar, daß diese unsere Haltung angesichts des einträchtigen Vorgehens der drei Ententemächte unmöglich zum Ziele führen konnte. Es blieb uns schließlich nichts übrig, als gute Miene zum schlechten Spiel zu machen: Italien erhielt den weitaus wichtigsten Distrikt ganz Mazedoniens, jenen von Monastir, zugewiesen und wir mußten es schließlich noch als eine Konzession hinnehmen, daß der italienische Gendarmeriekommandant General de Giorgis seinen Sitz nicht in Monastir, sondern in Salonik aufschlug.

Hiemit waren aber die Hindernisse keineswegs erschöpft, welche dem Vorgehen der beiden am Balkan meist interessierten Mächte von seiten der anglo-italienischen oder italo-französischen Entente bereitet wurden. So erregte das österreichisch-ungarisch-russische Finanzreformprojekt das italienisch-englische Mißtrauen, und der Unterstaatssekretär des italienischen Auswärtigen Amtes, Fusinato, sandte dem Botschafter in Petersburg eine Note, in welcher dagegen Stellung genommen wird, daß Österreich-Ungarn und Rußland sich durch das Finanzreformprojekt in Mazedonien eine priviligierte Stellung schaffen wollen. — Auch die Haltung, welche der Gendarmeriekommandant General de Giorgis den beiden Zivilagenten gegenüber einnahm, gab zu Reibungen Anlaß. Dies nötigte schließlich das Auswärtige Amt, durch den österreichisch-ungarischen Botschafter der italienischen Regierung am 9. August folgendes zur Kenntnis zu bringen:

„Le manque d'accord qui parait exister en dernier lieu en Macédoine entre les agents civils d'Autriche-Hongrie et de Russie d'une part, et le commandant de la gendarmerie de l'autre, est de nature à engen-

drer de graves inconvénients qu'il est de l'intérêt de toutes les puissances d'écarter. D'après les rapports des représentants officiels à Salonique et à Constantinople, ce manque d'accord a pour point de départ une appréciation inexacte par le général de Giorgis, du rôle qui lui est devolu dans l'œuvre de la réorganisation de la gendarmerie dans les trois vilayets. Dans la pensée des Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg, le général n'est pas soumi à l'autorité des agents civils; d'autre part cependant, ces deux Cabinets ne sauraient lui reconnaitre une indépendance complète, qui affranchirait son activité de tout contrôle. On ne doit pas perdre de vue que l'organisation de la gendarmerie, à la tête de laquelle, et par suite de l'accord des puissances a été placé le général, ne constitue qu'une partie du programme des réformes qui s'accomplit sous la surveillance de l'Autriche-Hongrie et de la Russie. Dans ces conditions on ne saurait priver les agents civils du droit de veiller à l'application des mesures concernant la reforme de la gendarmerie. Le général de Giorgis est un des organes éxecutifs de l'une des branches de la vaste tâche confiée à l'inspecteur général, auprès duquel sont placés, en qualité de conseillers, les agents civils des deux puissances, chargés spécialement de surveiller l'introduction des réformes en Macédoine.“

Aus der diplomatischen in die Alltagssprache übertragen, bedeutete diese Note die Konstatierung der Tatsache, daß Italien in Mazedonien seine eigenen Wege wandeln und durch de Giorgis seine Sonderinteressen wahren wolle. — Gegen die österreichisch-ungarische Auffassung, daß die Gendarmerieorgani-

sation einen integrierenden Bestandteil der gesamten Reformaktion bilde, und sich derselben daher einzugliedern und unterzuordnen, nicht aber unabhängig von ihr zu erfolgen habe — protestierte wiederum die — von England sekundierte — italienische Regierung unter Tittoni. Dagegen mußte Graf Goluchowski den Standpunkt der Monarchie neuerlich dahin präzisieren, daß die österreichisch-ungarischen und russischen Zivilagenten „das Recht hätten, über die Gendarmeriereorganisation, welche einen Teil der Reformen selbst bilde, zu wachen ... und daß, nachdem dem General de Giorgis jene Mission übertragen worden sei, er sich der Aktion der beiden Zivilagenten nicht entziehen könne ...“

So bewegt sich unsere Aktion am westlichen Balkan von Klippe zu Klippe. Kaum ist der eine Kalvarienberg glücklich erstiegen, taucht wieder ein zweiter vor unseren Blicken auf. Hier wie in Kreta und Algeciras finden wir aber unseren Alliierten auf seiten Englands und Frankreichs. Man nennt dies die friedliche Ausgestaltung der Bündnisse durch Freundschaften und durch Ententes cordiales ...

Auch gegenwärtig ist daran in Mazedonien nichts geändert. Informationen zufolge, welche von verläßlichster, an Ort und Stelle amtlichen Einblick besitzenden Seite stammen, dauern die Widerstände der italienischen Funktionäre gegen die österreichisch-ungarischen Reformmaßnahmen ungemindert an, in kleinsten wie in größeren Fragen ergeben sich Reibungen und Schwierigkeiten, welche nicht selten durch die Sonderinteressen der italienischen Politik hervorgerufen oder verschärft werden. — Diese nicht

bloß in Albanien, sondern auch in Mazedonien zu wahren, hat Italien in hohem Maße verstanden.

So umklammert es Albanien von drei Seiten her, mit immer fester werdendem Griffe. Über die See dringt italienischer Geist ins Land, die nördlichen, montenegrinischen Grenzgebiete sind zur Plattform geworden, von denen aus man auch im Ernstfalle die Position dominiert, und nun rückt die eiserne Klammer auch aus dem Osten heran. Von Monastir aus kann jener Politik praktische Geltung gegeben werden, welche darauf hinausläuft, die kompakteren Albanesenmassen in Mazedonien sowie die Kutzowalachen zu lebhafterem „Nationalbewußtsein“ zu erwecken . . . beziehungsweise ihre Latinisierung vorzubereiten. Die von italienischen Politikern geforderte und geförderte administrative Loslösung größerer Gebiete der Wilajete Monastir und Kossowo und ihre Vereinigung mit den beiden albanesischen Wilajets soll die Schaffung des autonomen Albanien vorbereiten. Selbstredend eine Autonomie unter Italiens Führung! Das Streben geht dahin, schon heute das „albanesische Hinterland“, wie die von Italien geprägte Bezeichnung lautet, zu schaffen — und dies im Wege der allmählichen Evolution und durch unverfänglich scheinende Administrativmaßnahmen. So soll sich jenes Gebiet herauskristallisieren, welchem vorerst eine unter europäischer Kontrolle stehende Selbstverwaltung zugedacht ist, das aber, wenn einmal die große Stunde der Liquidierung schlägt, in der einen oder der andern Form in Italiens Interessen- und Machtsphäre geraten soll.

Einzelne Albanesen selbst beginnen gegen das

allzu warme „Interesse", welches ihnen entgegengebracht wird, mißtrauisch zu werden. Sie fühlen, daß für Italien das Endziel nicht in der „Autonomisierung" Albaniens liegt, daß die Aspirationen ihres neuen Freundes und Beschützers darüber weit hinaus gehen. Ein klassischer Zeuge für die Stichhaltigkeit dieser Befürchtungen ist der italo-albanesische Agitator Anselmo Lorecchio, welcher seine Lebensaufgabe darin sah, die Aufmerksamkeit und das Interesse Italiens für Albanien zu erwecken. Er kann als der eigentliche Schöpfer der italo-albanesischen Bewegung gelten, und war unermüdlich publizistisch tätig, um die maßgebenden Kreise seines Adoptivvaterlandes Italien für eine aktive Politik in Albanien zu gewinnen. Und dennoch sah sich Lorecchio genötigt, in seinem Werke „Il pensiero politico Albanese, in rapporto agli interessi Italiani" (Roma 1904) das von einzelnen seiner Landsleute in Albanien gehegte Mißtrauen gegen Italien mit folgenden Worten als gerechtfertigt zu bezeichnen:

„Dieses Vorgehen (Italiens) hat ein naheliegendes und in gewissen Beziehungen berechtigtes Mißtrauen der Albanesen in Albanien, sowohl gegen die Italiener als auch gegen die Albanesen der Kolonien gezeitigt, welche man verdächtigte, die Arbeit Anderer zu fördern. Und man gelangte dahin, zu finden, daß die Italiener mit ihrer Manie Schulen zu gründen, neue Konsulate, neue Handelsagentien in Albanien ins Leben zu rufen, dieses Land wie eine italienische Provinz betrachten..."
.... „Und von den beiden Formeln des politischen albanesischen Gedankens haben die Italiener die erste

beiseite geschoben, um sich bloß mit der zweiten zu beschäftigen, die da sagt: „Die Adria ist ein italienisches und albanesisches Meer.“ Und sie gingen noch weiter und berücksichtigten bloß den ersten Teil dieser Formel indem sie riefen: „Die Adria ist ein italienisches Meer.“ Schon im Jahre 1901 hatte sich der Präsident der Società Nazionale Albanese veranlaßt gesehen, an den Secolo (Mailand) ein Schreiben zu richten, in welchem er die italienischen Staatsmänner daran erinnert, „daß die Albanesische Frage nicht mit Schulen gelöst werden könne und nicht mit der von Konsulaten geübten Propaganda, ebensowenig wie mit Hinweisen auf Eroberungen, auf die Okkupation oder das Protektorat“. So kennzeichnete selbst ein Führer jener Bewegung, welche die Annäherung Italiens an Albanien bezweckte, das Vorgehen und die Ziele unseres Verbündeten! — Und ein Italiener mußte Italien daran erinnern, daß es sich von dem ursprünglichen Programme der Italo-Albanesen immer mehr entferne, welches in der Forderung gipfelte „Albanien den Albanesen“!

Gegen diese neuen Ziele aber stemmen sich Österreich-Ungarns Lebensinteressen mit Macht. Wie des alten Venedigs Kämpfe gegen die Abschließung der Adria ein Ringen um Sein oder Nichtsein waren, so wird auch die Machtstellung der Monarchie mit Albaniens Geschicken sich erfüllen. Das ist das große Fragezeichen der Zukunft: In welchem Sinne werden die Interessengegensätze der beiden Verbündeten im Osten der Adria gelöst werden?

Eine in vielleicht noch fernen Zeiten liegende

Entscheidung, deren Voraussetzungen aber schon heute geschaffen werden. Die Antwort auf diese Schicksalsfrage wird nicht in der Zukunft Schoß, und nicht in den sie unmittelbar gebärenden Ereignissen liegen.... So wie wir heute säen, so werden wir in Jahren ernten. In allmählicher Evolution wird sich Albaniens Los vorbereiten, und was am Tage der Entscheidung als Ergebnis des Augenblickes und als des Schicksals Laune scheinen wird.... das wird nichts anderes sein, als der Geschichte unerbittlich harte Logik: Demjenigen die Palme zu reichen, der beizeiten in das Räderwerk des Werdeganges gegriffen!

IV.

Wohin ...?

Wer da glauben sollte, daß der Status quo den Stillstand in der Entwicklung des Balkanproblems bedeutet, dem dürfte die Zukunft manch unliebsame Überraschung bringen: er wird plötzlich von einem fait accompli stehen, dessen allmähliches Werden ihm verborgen geblieben!

Wie eine eiserne Kurtine schließt das Prinzip des Status quo die Vorgänge auf dieser Weltbühne ein, ihr Übergreifen auf den Zuschauerraum verhindernd. Indessen arbeiten dahinter, unseren Blicken entzogen, geschäftige Hände, welche Kulissen schieben und für ein neues Dekor sorgen; Gruppierungen vollziehen sich, Statisten ziehen auf und ab, kundige Regisseure verteilen die Rollen — und wenn einmal der Vorhang emporrauschen wird... wer weiß, ob wir uns unter denen befinden werden, die Beifall klatschen! Darin liegt die Gefahr des Status quo für jenen, der bereits eine dominierende oder gesicherte Stellung zu besitzen vermeint, daß ihm der Aufschub der Entscheidung viel Schlechtes und nur wenig Gutes zu bringen vermag. Denn die Lage des Verteidigers ist eine viel ungünstigere als jene des Angreifers... Leichter ist es in das Bestehende Breschen zu schlagen und den alten Bau zu untergraben als ihn unversehrt und unbeschädigt zu erhalten. So steht's um unsere

Position in Albanien: Einstens der überwiegende und im Norden des Landes von keiner Seite bestrittene, sah der österreichisch-ungarische Einfluß neben sich Zoll um Zoll den italienischen emporwachsen. Den politischen viel rascher als den kommerziellen. Denn die Monarchie, welche ja niemals den Besitz Albaniens anstrebte, sondern nur das Übergehen dieser Küste in bestimmte, fremde Hände verhindern wollte, hatte, so lange die italienischen Aspirationen nicht offenkundig geworden, ihr Augenmerk in erster Linie auf die stete Entwicklung der Handelsbeziehungen gerichtet, und sich begnügt, ihren politischen Einfluß nur so weit zu üben, als es unbedingt notwendig war, um die Ruhe in diesen so nahe zu uns liegenden Gebieten zu erhalten und abenteuerliche Pläne zu verhindern.

Die italienischen Emissäre aber buhlten für Italien um jedes Einzelnen Gunst. Mit Geld und Unterricht sollte der Albanese gewonnen werden. Und es gelang. Erst Vereinzelte, dann Familien, schließlich viele Tausende und ganze Stämme wurden zum Italianismus bekehrt. — Zumindest erreichte man, daß sie in ihrem Vertrauen zu Österreich-Ungarns uneigennützigem Interesse erschüttert, und ihrem Hoffen eine neue Richtung gegeben wurde. Heute ist es so weit gekommen, daß Italiens politischer Einfluß dem unseren dort schon zweifellos überlegen ist, obwohl auch die Monarchie sich durch das Vorgehen unseres Verbündeten gezwungen sah, auf die Erhöhung ihres politischen Einflusses etwas mehr Gewicht zu legen...

Nur mehr wirtschaftlicher Natur ist sohin unsere Präponderanz, und auch diese steht bloß in einzelnen

Teilen des umstrittenen Gebietes aufrecht. — Wie lange sie währen wird? Mit allem Hochdrucke wird das Wachstum der künstlichen Schöpfung italienischer Handelsinteressen am westlichen Balkan gefördert, und auch hier droht uns das Terrain immer mehr eingeengt und bestritten zu werden. Will sich aber die Monarchie nicht selbst aufgeben, so darf, so kann sie nicht untätig zusehen, wie die Verhältnisse in Albanien sich allmählich zu ihren Ungunsten verschieben. Mit den gleichen Mitteln, mit welchen Altbesessenes uns entwunden wurde, müssen wir es wieder zurückzugewinnen streben. Daraus aber entspinnt sich ein Wettstreit, der, wenn Italien das Feld nicht räumen will, notgedrungen immer intensiver, immer unheilvoller sich gestalten muß. Wohin soll er führen?

Bis daß beide Mächte sich in diesem fremden Lande mit gleich starken, gleich tiefwurzelnden Interessen gegenüberstehen, eine jede für sich das Recht beanspruchend, die Frucht langjähriger Arbeit einzuheimsen? Bis daß Italien und Österreich-Ungarn so weit engagiert sind, daß es für keinen von beiden mehr ein Zurück gibt, bis daß ein jeder sich für den einzig Berechtigten hält — bis daß aus Albanien für die beiden Verbündeten ein Schleswig-Holstein geworden?

Nicht mit Waffen allein werden im zwanzigsten Jahrhunderte Länder und Völker unter fremde Botmäßigkeit gezwungen. Pénétration pacifique heißt das bekannte, moderne Rezept unblutiger Eroberungen. Wenn aber in demselben Gebiete zwei Mächte dieses friedliche Eindringen anstreben und beide es mit

gleicher Energie und gleichem Erfolge vollführen — dann sind die Reibungsflächen keine geringeren, dann stehen sie sich schließlich in nicht minder schwieriger Lage gegenüber, als hätten sie das Land gemeinsam mit Waffengewalt erobert, ohne sich vorher über dessen Schicksal geeinigt zu haben. Dann muß es zum schweren Interessenkonflikte kommen, über den nur die höchste Appellationsinstanz zwischen den sich gleich stark wähnenden Mächten ein endgültiges, mit Blut geschriebenes Urteil zu fällen vermag ..... Noch sind in Albanien die Dinge lange nicht so weit gediehen, aber daß sie, in gleicher Weise wie bisher sich selbst überlassen, schließlich diese Situation herbeiführen müßten, dies erscheint leider jedem Kenner der Verhältnisse und jedem objektiven Beobachter als unausweichlich.

Zukunftsbefürchtungen werden manche sagen! Sind es aber nicht gerade diese, welche einer verständigen Politik die Richtung weisen sollen? Wer in der Weltpolitik nur das „Heute“ berücksichtigt, der wird allüberall zu spät kommen, sich vollendeten Tatsachen gegenüber sehen, und nur Jener, der die Ereignisse in ihrem Keim erfaßt, wird auf ihren Werdegang bestimmenden Einfluß nehmen können. Und eben weil der durch die Albanische Frage bedingte Interessengegensatz zwischen Italien und der Monarchie erst im Entstehen begriffen — und noch weit davon entfernt ist, seinen Höhepunkt erreicht zu haben — eben deshalb ist es die Pflicht der verantwortlichen Faktoren, ihn zu ersticken, ehe er unüberwindlich groß geworden. Bequemer ist

es freilich, sich mit der Beruhigung zufrieden zu geben, daß die gegenseitigen Zusicherungen, betreffend die Erhaltung des Status quo, bis auf weiteres jedwede territoriale Verschiebung ausschließen, und daß wir der italianisierenden Pénétration pacifique, wenn sie allzu ungestüme Formen annehmen sollte, schließlich jederzeit werden Halt gebieten können.

In dieser prekären Argumentation liegt aber eine allzu gefährliche Selbsttäuschung und der verhängnisvolle Trugschluß, als würde das Schicksal Albaniens sich unabhängig von dem jetzigen Werdegange und den gegenwärtigen Ereignissen entscheiden; als würde das systematische Eindringen eines neuen Geistes, eines neuen Einflusses spurlos vorübergehen, als würde es schließlich nur von der „Endentscheidung“ abhängen, die erfolgte Italianisierung des ganzen Landes mit einem einzigen Schlage ungeschehen zu machen.

Dies ist wieder der alte, so oft mit blutiger Sühne sich rächende österreichische Erbfehler, daß wir die werbende Kraft der Ideen und die Macht der Volksbewegungen hochmütig geringschätzen, daß wir, auf unsere Kraft pochend, ihnen trotzen zu können glauben, zu trotzen, indem wir sie erst ignorieren und wachsen lassen, und dann — mit einem Machtwort sie zu bannen vermeinen! Als ob es möglich wäre, der organischen Entwicklung mit Erfolg die bloß mechanische Kraft entgegenzusetzen.... Nicht immer kann die Tüchtigkeit der Armee die Fehler der Diplomatie gut machen. Was würde es uns nützen, wenn es uns tatsächlich in heißem Ringen gelänge, am Tage der Entscheidung Albanien den Armen

Italiens zu entwinden? Wir stünden vor einem italianisierten Lande, dessen Sehnen, dessen Sympathien ans jenseitige Ufer der Adria drängen, dessen unbotmäßiger Sinn diesem neuen Irredentismus einen gewaltsamen Charakter geben, ihn zu einer Quelle schwerer Unruhen und Erschütterungen gestalten würde. Die serbische Irredenta Dalmatiens würde im Norden der italienischen, im Süden der italo-albanischen die Hand reichen — — und Österreich-Ungarn stünde vor der Wahl, entweder sich selbst sein Grab zu schaufeln, indem es schließlich auf den freien Ausgang ins Mittelmeer verzichtet, oder aber sich eine unversiegbare Quelle des Zwistes mit Italien zu eröffnen, und um jeden Preis die Besitznahme Albaniens durch Italien oder eine präponderierende Vorzugstellung unseres heutigen Verbündeten in jenem strittigen Lande zu verhindern.

Heute sind die reellen Interessen Italiens in Albanien noch keineswegs so große, seine, für die Italianisierung gemachten Aufwendungen noch nicht so ungemein hohe, daß es deshalb allein sich unbedingt veranlaßt sehen müßte, eine entscheidende Ingerenz auf Albaniens Geschicke zu beanspruchen. Von Jahr zu Jahr wird dies aber anders werden. Man lasse die jetzige Politik der italienischen Pénétration pacifique ihren Lauf nehmen, man gebe den politischen und kommerziellen Bestrebungen die Zeit, sich stets intensiver zu gestalten, man lasse an Stelle eines heute noch künstlich geweckten, allmählich ein tatsächlich vorhandenes Handelsinteresse treten — und man wird es so weit bringen, daß Italien wirkliche und nicht, wie heute, fiktive

Rechte und Ansprüche dortselbst besitzt und sich mit zu großen Opfern eine Interessensphäre geschaffen haben wird, als daß es auf dieselbe dann noch leichten Kaufes Verzicht leisten könnte.

Und in dem Maße als eine gewissenlose, von den ausschlaggebenden Kreisen zumindest passiv geförderte Agitation die Bevölkerung durch das Schlagwort des „mare nostro“ elektrisieren und immer mehr in den Strudel der Bewegung ziehen wird, in demselben Maße wird es der italienischen Regierung stets schwerer fallen, im entscheidenden Augenblicke sich der Strömung zu widersetzen und die tatkräftige Anstrebung eines Zieles zu verhindern, welches jahrelang gepredigt und auch in den der offiziellen Welt nahestehenden Organen gutgeheißen wurde.

Auch für Italien kann diese Politik zu keinem guten Ende führen! Sich gerade jenes Gebiet zum Objekte der Expansionslust zu wählen, das nur in dem Falle des vollen Zusammenbruches der Monarchie in ruhigem, unbestrittenem Besitze Italiens zu verbleiben vermöchte — — dies ist ein unkluges, wenn nicht gefährliches Beginnen. Eine Rückschau auf die Geschichte und ein flüchtiger Blick auf die Karte muß die italienischen Staatsmänner davon überzeugen, daß die Monarchie alle ihre Kraft wird einsetzen müssen, um zu verhindern, daß Albanien in welcher Form immer in eine innigere Verbindung mit Italien trete, und wäre dieselbe auch vorerst nur auf die im Vereine mit befreundeten Mächten geübte Verwaltungskontrolle beschränkt. Selbst im günstigsten Falle für Italien wird die konsequente Verfol-

gung dieser Politik die allerschwersten Opfer heischen, Opfer — — welche des Preises kaum wert sind, der unserem heutigen Verbündeten winkt — — — auch dann nicht, wenn die kühnsten Träume Jener in Erfüllung gehen, die da glauben, daß mit Albanien auch über das Schicksal des Trento und Triests entschieden werden wird.

Denn für Jahrzehnte mit all seinen Kräften in der Adria festgehalten und in den Kampf um die Vorherrschaft in diesem Meerbusen engagiert, wird Italien von seinem eigentlichen Ziele, der Verfolgung einer kräftigen Mittelmeerpolitik, abgelenkt werden. Andere werden diese verringerte Aktionsfähigkeit Italiens sich zunutze machen, um die noch freien Gebiete im Mittelmeerbecken ihrer Machtsphäre anzugliedern, und Italien wird nicht die Kraft haben, dies zu verhindern. Die Adriapolitik, welche nur ein Mittel zum eigentlichen Zwecke sein soll: Italiens Position im Mittelmeere zu stärken, — sie wird zum gegenteiligen Ergebnisse führen. Geschwächter denn je müßte Italien aus diesem Kampfe hervorgehen, und an seiner Statt würden andere die dominierende Stellung im Mittelmeere errungen haben. Schon einmal hat unser Verbündeter auf so unrichtige, abseits liegende Wege die Schlüsseln zum Mittelmeere gesucht, als es sich in das abessinische Abenteuer einließ. Warum auch diesmal wieder auf so gefährlichem Umwege dem eigentlichen Ziele zustreben, warum nicht die Mittelmeerpolitik in diesem Meere selbst treiben? Gar zu durchsichtig ist das Spiel, welches Frankreich hiebei treibt, und fast unverständlich erscheint es, daß die öffentliche Meinung Italiens sich

noch immer so leicht und so gerne von dem neuen Freunde täuschen läßt.

Wäre denn eine Umkehr wirklich ausgeschlossen? Vielleicht ist es zu einer solchen noch nicht zu spät, vielleicht kann sie noch vollzogen werden, ehe der Interessengegensatz zwischen den Verbündeten sich gesteigert hat, und eine ruhige, freundschaftliche Aussprache unmöglich geworden oder doch ungemein erschwert sein wird. Zu solchem Ziele zu gelangen, dazu ist aber das System, welches wir heute befolgen, schwerlich geeignet. Österreich-Ungarn glaubt, die Gegensätze mit Italien aus der Welt zu schaffen, indem man bei uns über dieselben schweigend hinweggeht. Man vermeint die Tragweite dieser Vorkommnisse und Reibungen abzuschwächen indem man sie bagatellisiert. Die alte Vogelstraußpolitik! Offiziell und offiziös wird bei uns jedwede Differenz mit Italien hinweggeleugnet, man will nicht sehen, wie sich allmählich ernste Gegensätze vorbereiten, man täuscht sich und die Öffentlichkeit der Monarchie . . . sonst aber niemand anderen mehr.

Wie oft können wir beobachten, daß man es bei uns geflissentlich übersieht, wenn die Monarchie wegen oft ganz unbedeutender Vorfälle — manchmal auch ganz grundlos —, von hunderten und hunderten italienischen Blättern auf das heftigste angegriffen wird. Läßt sich aber dann endlich unter der gesamten Presse Italiens ein oder das andere Blatt bewegen, auch einmal ein freundliches Wort an Österreichs Adresse zu richten, dann wird dies sofort registriert und dem österreichischen Publikum mitgeteilt, welches sich auf diese Weise eine ganz falsche

Meinung über die Stimmung in Italien bilden muß. Hört es doch nur die wenigen, wohlwollenden Stimmen, die aber drüben von dem lauten Widerhalle feindseliger oder unfreundlicher Äußerungen tausendfältig übertönt werden. Ebenso werden die tatsächlichen Interessengegensätze zwischen der Monarchie und Italien bei uns möglichst geheim gehalten, was gewiß auch nicht das beste Mittel ist, um dieselben zu applanieren. Die befriedigende Beilegung dieser Differenzen dürfte in dem Maße schwieriger werden, als wir sie später in Angriff nehmen! Eine öffentliche Diskussion über all diese Fragen könnte vielleicht klärend und erlösend wirken; ein Vertuschen macht die Sache nur schlimmer und gefährlicher und was heute noch kurabel ist, kann durch Vernachlässigung und hochmütiges Ignorieren zu einem, nur mehr durch das Messer des Operateurs heilbaren Gebrest ausarten. In diesem Sinne scheint das bei uns beliebte Totschweigen der westbalkanischen Gegensätze zwischen den beiden Verbündeten als eine Methode, welche nicht im wohlverstandenen Interesse eines dauernd freundschaftlichen Auskommens mit Italien gelegen ist.

Les extrêmes se touchent: In Italien sündigt die Presse, indem sie jede, auch die geringste Differenz mit Österreich-Ungarn ins Ungemessene aufbauscht, indem sie die öffentliche Meinung niemals zur Ruhe kommen läßt und so lange Zeit den Ruf nach einem aktiven Balkanstreben oder vielmehr nach einer auf die unbeschränkte Beherrschung der Adria gerichteten Politik in die Massen geschleudert hat, bis daß jetzt aus der Bevölkerung

selbst dieser Ruf in vieltausendfältigem Echo zurückschallt. Bei uns hinwieder ist man in das andere, gewiß lange nicht so gefährliche, aber darum unseren Interessen nicht weniger abträgliche Extrem verfallen: Es wurde die Parole ausgegeben, so wenig Nachrichten als nur möglich über gewisse Vorfälle in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, der Gegensätze und Verstimmungen denkbarst wenig Erwähnung zu machen, und die Bestrebungen Italiens in Albanien fast gänzlich totzuschweigen.

Noch mehr. Auch über unsere eigenen Interessen am Balkan zu sprechen, hielt man sehr oft für ein unvorsichtiges Beginnen — als sei gerade nur der Monarchie das verwehrt, was in allen anderen Staaten als das Selbstverständlichste gilt: sich eine Einflußsphäre zu sichern, in der man — ohne territoriale Erwerbungen anzustreben, eine präponderierende Vorzugstellung zu erringen weiß. Man erzielte damit gerade das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung. Denn das Ausland fand darin einen willkommenen Anlaß, uns die weitestgehenden Absichten in die Schuhe zu schieben, und vielfach deutete man das völlige Stillschweigen über unsere Balkaninteressen in dem Sinne, als wären unsere Absichten derartige, daß sie das Licht des Tages scheuen müßten. So konnte sogar die Legende Verbreitung und Glauben finden: Österreich-Ungarn wolle in Albanien einmarschieren und dasselbe in eine österreichische Provinz umwandeln!

Noch ein weiteres Übel zeitigte diese verfehlte „Stillschweigentaktik“:

Die Wahrung unserer Interessen am westlichen

Balkan blieb einzig und allein der Sorge des Ballplatzes anvertraut, und wenn diese Stelle einmal der Mitwirkung breiterer Wirtschaftskreise zur Verwirklichung einer ihr unerläßlich scheinenden größeren wirtschaftlichen Aktion bedurfte, deren geschäftlicher Vorteil nicht sofort zutage trat . . . dann hielt man von dort aus nicht selten vergeblich Umschau . . . es fand sich nicht die Unternehmungslust, nicht das Kapital, welches bereit gewesen wäre, verständnisvoll auf die Absichten der leitenden Kreise einzugehen. Ganz natürlich! Woher sollte denn auch plötzlich das Interesse und das Verständnis für Aktionen kommen, die fürsorglich im Halbdunkel der Kanzleien ausgeheckt und für welche die Öffentlichkeit weder vorbereitet noch gewonnen war, die ja fast niemals öffentlich besprochen wurden und über deren Ersprießlichkeit daher die Wenigsten beizeiten sich ein klares Urteil bilden konnten. Mehr als einmal hat der Verfasser aus maßgebendstem Munde die Klage vernehmen müssen, daß alle Bemühungen gescheitert seien, österreichische Unternehmer für eine oder die andere Aktion am Balkan zu interessieren, österreichisches oder ungarisches Kapital für diese oder jene Bankgründungen, Eisenbahnbauten oder dergleichen zu gewinnen. Wer sollte sich darüber wundern? Was wußte man denn in der Öffentlichkeit über die dringende Notwendigkeit, durch derartige Maßnahmen einem uns gefährlichen Einflusse die Spitze zu bieten? Verlautete doch fast niemals auch nur das Geringste über diese fremden Absichten, unsere Interessen zu durchqueren, sehr selten nur ein Wort über diese unsere Interessen

selbst. Glaubt man, daß sich in Italien das Kapital so leicht bereit erklärt hätte, Unternehmungen mit immerhin nicht glänzenden Ertragchancen, wie z. B. den Hafenbau von Pristan und den Bahnbau nach Vir-Bazar ins Leben zu rufen, wenn nicht jahrelang vorher die Organe der Regierung die Öffentlichkeit systematisch vorbereitet und sie gewissermaßen zur Adriapolitik erzogen hätten?

Die italienische Regierung hat es nicht verschmäht — auch breitere Kreise zur Mitarbeiterschaft heranzuziehen. Man vertrat dort den modernen Standpunkt, daß die auswärtige Politik heutzutage nicht mehr bloß im Arbeitskabinett des Ministers allein gemacht werden dürfe, nicht mehr wie eine ehrfürchtig zu behütende Geheimwissenschaft — dem profanen Auge zur Gänze entzogen werden solle, daß vielmehr auch das pulsierende Leben der Volkskraft in ihren Dienst zu stellen sei.

Auch bei uns wird man sich gezwungen sehen, diesbezüglich moderner zu denken: Im Parlamente des allgemeinen Stimmrechtes werden jene Elemente nicht mehr so zahlreich zu Gebote stehen, deren persönliche Beziehungen oder deren feineres politisches Empfinden den leitenden Personen die Gewähr gaben, daß auch das Nichtgesagte, und selbst in der Presse Verschwiegene, erraten werden würde, daher der Widerspruch zwischen Erklärungen und Forderungen, zwischen Reden und Handeln, nicht zu unliebsamen Überraschungen in den Delegationen zu führen brauchte. Jetzt wird die breite Öffentlichkeit zu Wort gelangen, und wenn man Dissonanzen und Entgleisungen wird vermeiden wollen, wird man nicht wie

es bisher geschehen, der Allgemeinheit gewisse Vorgänge verschweigen dürfen; das komplizierte Instrument der aus einem Volksparlament gewählten Delegationen könnte sonst versagen oder ganz anders erklingen als der Kapellmeister es gewollt . . . .

Das größte Übel jedoch, welches aus dem verfehlten System entsprang, das Wort „Albanien" aus dem Sprachschatze der Öffentlichkeit zu streichen und die dortigen Vorgänge unserer Kenntnis zu entziehen, bestand darin, daß die Möglichkeit verringert, wenn nicht gänzlich benommen wurde, durch eine öffentlich geführte, ruhige, sachliche Diskussion die Wege zu suchen, auf welchen die westbalkanischen Gegensätze zwischen Italien und der Monarchie verringert werden könnten. Während die italienische Tagespresse in verhetzendem Sinne wirkt, während zahllose französische und italienische Publikationen, mit denen der Büchermarkt förmlich überschwemmt wird, das albanisch-mazedonische Problem fast stets nur in der falschen Beleuchtung der franco-italienischen Entente und eines künstlich geschaffenen „lateinischen" Interesses darstellten, und auch die zahlreichen italienischen Parlamentsreden diese Fragen recht einseitig behandelten . . . . . fehlte es auf der andern Seite fast gänzlich an dem nötigen Korrektiv, sachlicher Besprechungen des österreichisch-ungarischen Standpunktes. Hier Wandel zu schaffen, wäre eine dankenswerte Aufgabe für österreichisch-ungarische Politiker und Patrioten sowie für die heimische Presse.

Vielleicht würde eine solche offene Aussprache ergeben, daß es noch Mittel und Wege gibt, eine, die beiden Teile befriedigende Lösung zu finden, ehe

der Interessengegensatz allmählich ein unüberbrückbarer geworden — — —

* * *

Es wurden vereinzelte Stimmen laut, welche einem österreichisch-ungarisch-italienischen Abkommen in dem Sinne das Wort redeten, der westliche Balkan solle in einverständlicher Weise zwischen den beiden Mächten geteilt werden. Italien möge der Monarchie den Besitz Mazedoniens überlassen, wogegen Österreich-Ungarn von einem weiteren Widerstande gegen den Übergang Albaniens in die Interessensphäre Italiens Abstand nehmen könnte. Ganz abgesehen davon, daß derlei Vorschläge von der irrigen Voraussetzung ausgehen, als erstrebe die Monarchie derzeit einen Ländererwerb am Balkan, liegt ihnen auch eine völlig unrichtige Einschätzung der hiebei in Betracht kommenden Interessen zugrunde.

Salonik ist eine Zukunftshoffnung. Dereinst, wenn Vorderasien der Kultur erschlossen, wenn die Eisenbahn Mesopotamien durchziehen und der Persische Meerbusen durch einen Schienenstrang mit Smyrna verknüpft sein wird, da wird Mazedonien als Durchzugsgebiet für den großen Überlandverkehr zwischen Mitteleuropa und Vorderasien wohl zu neuer Blüte emporsteigen und Salonik zu großer Bedeutung gelangen. Aber auch dann, wenn alle diese Voraussetzungen schon geschaffen, wenn die, wohl noch viele Jahrzehnte erheischende Entwicklung schon abgeschlossen wäre, selbst dann könnte uns Saloniks Besitz nimmermehr für den Verlust der Adria, für die c a p i t i s

deminutio Triests und Fiumes sowie für die völlige Verschiebung des „Gleichgewichtes in der Adria“ entschädigen, welche durch Albaniens Übergang in die italienische Machtsphäre bedingt ist. Nur als Ergänzung Triests und Fiumes könnte Salonik für Österreich-Ungarn einen Wert besitzen; niemals aber als Ersatz für den Verlust der vollkommenen Freiheit des adriatischen Verkehres. Der Monarchie steht es gewiß ferne, den Anspruch auf die Vorherrschaft in der Adria erheben, und Italiens berechtigte Interessen in diesem Meere verletzen zu wollen. Mit um so mehr Nachdruck können wir aber dafür auch fordern, daß nicht die geringste Verschiebung zu unseren Ungunsten erfolge, daß der einzige Kanal, der uns mit den übrigen Meeren verbindet, und unserem Welthandel offen steht, auch nicht um eines Haares Breite mehr dem Einflusse Italiens näher gerückt werde, als es heute der Fall ist!

Aussichtslos erscheint darum auch der Vorschlag einer gemeinsamen Aktion Italiens und der Monarchie in Albanien, einer seinerzeitigen, gemeinschaftlichen Übernahme des Protektorates oder der Verwaltungskontrolle über die in eine autonome Provinz umgewandelten Gebiete. Selbst wenn dies im Vereine mit einer dritten Macht geschähe, wäre dadurch an der Tatsache nichts geändert, daß auf diese Weise Italiens Übergewicht in der Adria verwirklicht oder zumindest vorbereitet würde. Auf diesem Wege wäre überdies erst recht ein zweites Schleswig-Holstein geschaffen, und die gemeinsame Verwaltung Albaniens würde den Keim unaufhörlichen Zwistes

und schwerster Interessengegensätze zwischen uns und Italien in sich bergen.

Über diese Klippe kommen wir eben nicht herum, daß es für die Monarchie keinerlei Kompensationsobjekt gibt, welches dieselbe jemals mit dem Gedanken einer noch so losen Verbindung zwischen Albanien und Italien und der durch sie drohenden italienischen Vorherrschaft in der Adria versöhnen könnte. Deshalb wird wohl nichts anderes übrig bleiben als den Hebel an einem andern Punkte anzusetzen und Bedingungen zu suchen, unter welchen Italien zum freiwilligen Verzichte auf die weitere Verfolgung seiner neuen Adriapolitik bewogen werden könnte.

Warum sollten nicht *wir* diejenigen werden, die Italiens Mittelmeerpolitik ehrlich und tatkräftig unterstützen, die als Gegenwert für ein gänzliches Zurückziehen Italiens aus Albanien unsere mit allem Nachdrucke gewährte Förderung seiner Ansprüche auf Tripolis in die Wagschale werfen? Nach diesem letzten Stück freier Mittelmeerküste geht seit langem schon Italiens berechtigtes Sehnen. Von dort aus könnte es allmählich seinen Einfluß ins Innere Afrikas erstrecken und durch den Besitz dieser Gebiete eine bedeutende Erweiterung seiner Machtsphäre erlangen. *Dort* kann die Basis für eine Weltpolitik Italiens gelegt werden, — niemals aber in Albanien, dessen ruhiger Besitz ihm doch stets bestritten werden würde. Darum wäre dieses Tauschgeschäft ein für Italien keineswegs unvorteilhaftes: mit Hilfe der Monarchie die Grundlagen einer weitreichenden Afrikapolitik zu schaffen, und dafür auf die albanischen Aspirationen und den Traum von

der alleinigen Beherrschung der Adria ein für allemal zu verzichten. Nicht etwa, als ob wir die Forderung erheben wollten, Albanien solle als ein der Monarchie ausschließlich reserviertes Territorium angesehen werden. Dies ist noch niemandem beigefallen und würde als Akt der Notwehr und des Selbsterhaltungstriebes nur dann geschehen müssen, wenn Italiens Vorgehen uns schließlich keinen andern Ausweg mehr ließe als jenen . . . die drohende Verbindung der Adriaküsten durch einen raschen Vorstoß abzuschneiden.

Niemals aber haben wir gegen ausschließlich kommerzielle Bestrebungen Stellung genommen, wie sie zum Beispiel von Deutschland und England in diesen Gebieten erfolgen. Wogegen wir uns wehren müssen, das ist jenes Vorgehen, welches ein künstliches, forciertes Eindringen zum Ziele hat, jenes offenkundige Anstreben der Vorherrschaft, das rückhaltlose „ôte toi que je m' y mette“, welches aus Italiens Aktion uns hundertfältig entgegenschallt. Wir sollen nicht verlangen, daß Italiens Handel sich aus Albanien zurückziehe, wohl aber, daß der unnatürliche Hochdruck aufhöre, mit welchem man unter politischen Schlagworten dieses Eindringen in Albanien vollzieht. Sah man sich in der Monarchie jemals genötigt, durch die Presse, durch eine Flut von Broschüren und Resolutionen, durch das Parlament und von Regierungs wegen eine Aktion zu dem Zwecke einzuleiten, auf daß unser Handel seinen Weg nach Mazedonien und Albanien nehme? Es hat sich dies von selbst als logische Folge natürlicher Bedingungen entwickelt. Nicht so in Italien. Dort bedurfte es erst

einer jahrelangen, lärmenden Aktion, des Zusammenwirkens aller Faktoren, um endlich den Verkehr nach den westlichen Balkan zu lenken.

Klagt nicht selbst noch im Jahre 1902 der spätere Minister des Äußern Guicciardini, daß die Schiffe der „Puglia“ fast ohne Fracht nach Albanien gehen? Und wurde der Personenverkehr nicht lange Zeit fast ausschließlich aus dem Hin- und Herwandern bezahlter oder freiwilliger Agitatoren alimentiert, welche an die jenseitige Küste keine andere Ware zu bringen vermochten, als den Italianismus, den sie dort en gros und en détail auf den Markt brachten … und für den sie anfangs die Abnehmer um teures Geld erst — erkaufen mußten! Die Fabel von der Mission Italiens in diesen Gebieten und von den geheiligten Ansprüchen auf das unbeschränkte Dominium in der Adria wurde so lange wiederholt, bis man daran schließlich wirklich glaubte, und die theoretischen Erörterungen in praktische Versuche umwandelte, politisch und kommerziell dort festen Fuß zu fassen. Eine Autosuggestion ist der italienische Drang nach dem Osten, nicht die Folge einer natürlichen Entwicklung oder eines realen Interesses. Die Konfiguration des westlichen Adriaufers ist eine weitaus weniger günstige als jene der Mittelmeerküste Italiens. Dies sowie der Umstand, daß die Adria ein vom großen Weltverkehre völlig abseits liegendes Bassin ist, mußte automatisch dazu führen, daß sich nicht hier, sondern am Mittelmeere die großen Seeverkehrszentren entwickelten, die Häfen der östlichen Adriaküste jedoch eine nur sehr bescheidene Entwicklung nehmen konnten. Die Vor-

aussetzungen für den Handel und den Seeverkehr hatten so grundstürzende Veränderungen erfahren, daß selbst Venedig, trotz aller Anstrengungen auch nicht einen blassen Abglanz seiner einstigen Größe als Handelsstadt zu erringen vermochte: es blieb mitten in dem Riesenaufschwunge des geeinten Italien ein toter Hafen! Selbst Bari und Brindisi waren dereinst relativ verkehrsreichere Häfen gewesen, als sie es heute noch sind. Nicht im Südosten sondern im Nordwesten des Landes erstand die große italienische Industrie und nicht von Venedig, Ancona oder Brindisi, sondern von Genua, Neapel und Messina ging der größte Teil selbst des nach der Levante gerichteten Verkehres. — So lag für den italienischen Verkehr Albanien, trotz seiner kilometrischen Nähe viel ferner — — als selbst überseeische Gebiete ... Die Aufnahmsfähigkeit des albanischen Marktes rechtfertigte — — wenn man bloß den kommerziellen und nicht auch politische Gesichtspunkte ins Auge faßte — — keineswegs die Errichtung eigener Verbindungen zwischen den beiden Adriaküsten, und die natürliche Verkehrsrichtung war eine solche, daß es nur äußerst wenige italienische Schiffahrtslinien gab, welche ohne nennenswerte Deviation Albanien berühren konnten.

Dies ist eben einer der geringen Vorteile, der im allgemeinen keineswegs günstigen Lage Triests und Fiumes: daß, wohin immer unsere Fahrzeuge ausgehen, immer und immer wieder der westliche Balkan und die albanesische Küste auf ihrer Route liegt. Wir brauchen den Verkehr nicht eigens dorthin zu lenken, der albanesischen Küste entlang müssen

Österreich-Ungarns Handelsdampfer ziehen, wenn sie noch so fernen Meeren zustreben. Italiens Fahrzeuge aber, die ja größtenteils von Mittelmeerhäfen auslaufen, müssen in den meisten Fällen erst eigens nach Albanien dirigiert werden und darum entstand ein solcher Verkehr gar nicht, oder in nur minimalem Umfange — — solange eben nur natürliche Entwicklungsmomente bestimmend waren. Es mußte erst der politische Gedanke erstehen, um durch eine erzwungene Aktion das für Italien so nahe und im Grunde doch so völlig abseits gelegene Albanien künstlich in unseres Verbündeten Interessensphäre zu ziehen.

Wo wahrhaft ernste, in den natürlichen Verhältnissen wurzelnde Wirtschaftsinteressen gebieten, da bedarf es nicht erst einer lauten, marktschreienden Propaganda, nicht erst politischer Schlagworte und eines die Menge suggestionierenden Kampfrufes, wie es das ominöse „Mare nostro" ist. Dorthin, wo natürliche Voraussetzungen sie rufen, bahnen sich Handel und Verkehr und in ihrem Gefolge auch der politische Einfluß in aller Stille den Weg, den man dann erst später durch künstliche Maßregeln verbessern und ebnen mag. So war es mit dem nördlichen Afrika. Lange bevor Italien seine Interessen dortselbst „entdeckt" hatte, war sein Handel dorthin gedrungen. Gerade das Gegenteil war aber mit Albanien der Fall. Darum ist es nicht ein Verzicht auf wahrhaft vorhandene, tiefgreifende Interessen, den wir Italien auferlegen würden, indem wir die Einstellung seiner Aktion in Albanien fordern. Es sei denn, daß man die bewußte Benachteiligung und Schädigung

der Monarchie als ein positives Interesse Italiens ansehen wollte . . . eine Auffassung, welche wohl die italienische Irredentistenpartei, keineswegs aber die ernsten Kreise und die leitenden Staatsmänner unseres Bundesgenossen vertreten.

Österreich-Ungarn kann sich mit geringen Opfern seitens Italiens begnügen. Wir würden uns wohl damit zufrieden geben, wenn das Schlagwort des „Mare nostro“ verstummt, wenn die Italianisierung Albaniens aufhört, wenn die Schulen aufgelassen und die in den letzten Jahren unter ausschließlich politischen Gesichtspunkten sehr zahlreich errichteten Konsulate wiederum etwas eingeschränkt würden. Es wäre dies auch kein Novum für Italien: schon einmal waren in Albanien italienische Unterrichtsanstalten und Konsulate erstanden, die man bald darauf eingehen ließ, um sie erst einige Jahre später wiederum ins Leben zu rufen.

In dem Augenblicke aber, wo Italien in solcher Weise ehrlich und aufrichtig auf jede politische Präponderanz und auf jedwede Einflußnahme in Albanien verzichtet, könnte auch die Monarchie positive Garantien dafür bieten, daß sie eine territoriale Expansion nach dieser Richtung hin nicht suchen werde. Das völlige Einstellen jedweder politischen Tätigkeit Italiens in Albanien würde auch uns in die Möglichkeit versetzen, uns darauf zu beschränken, die kommerzielle Suprematie zu wahren und einen politischen Einfluß nur so weit zu üben, als dies angesichts der Grenznachbarschaft zur Verhütung gefährlicher Brände in der Nähe unseres Hauses unbedingt erforderlich ist.

Mit allgemein gehaltenen Zusicherungen, daß Italien den Status quo nicht stören wolle, ist uns freilich so lange nicht gedient, als sein Auftreten in Albanien dem Geiste dieser Zusage zuwiderläuft. — Darum erscheint das sogenannte Protocol de désintéressement — und möge dasselbe auch in noch so bindender Form die Einigung über die Erhaltung des Status quo in Albanien aussprechen — — doch nur als ein kümmerlicher Notbehelf, keineswegs aber als eine auch nur halbwegs hinreichende Garantie, welche uns vor unliebsamen Überraschungen am westlichen Balkan zu schützen vermöchte. Welchen Wert mag die von einer Regierung eingegangene Verpflichtung zur Wahrung des Status quo besitzen, wenn dieselbe Regierung, gleichwie alle ihre Vorgänger und Nachfolger im Amte, unentwegt in nachhaltigster Weise eine Aktion fördert, deren Endziel doch nur eine Verschiebung der gegenwärtigen Verhältnisse zugunsten Italiens sein kann.

Die Zusicherung, daß Italien derzeit keine territorialen Aspirationen auf Albanien hege, kann uns heute nicht mehr über das Schicksal des Landes und die große Zukunftsfrage der Adria beruhigen.

Denn Regierungen kommen und gehen — und unsere Politik am westlichen Balkan kann auf die Dauer unmöglich einzig und allein auf der nur allzu schwankenden Hoffnung aufgebaut sein, daß in Italien stets nur solche Staatsmänner am Runder sein werden, welche vor dem entscheidenden Schritte zurückscheuen werden und welche, dem Drucke der öffentlichen Meinung Widerstand leistend, niemals zur Ausführung dessen schreiten werden, was so lange

und sorgsam vorbereitet wurde. Wir können nur dann der Zukunft beruhigt entgegensehen, wenn der Status quo ante der Geister in Albanien wieder hergestellt ist und jedwede italianisierende, politische Aktion für alle Hinkunft ausgeschlossen bleibt. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als dem italienischen Einfluß den unseren entgegenzustellen und durch eine nachhaltige politische und kommerzielle Tätigkeit dem weiteren Vordringen des Italianismus in Albanien einen kräftigen Riegel vorzuschieben.

In diesem uns aufgenötigten Widerstande könnten wir einen durch ähnliche Interessen mit uns verknüpften Bundesgenossen in Griechenland finden. Nicht etwa in dem Sinne, als sollten wir allüberall dem Hellenismus unsere Stütze gewähren und damit der richtigen Erkenntnis zuwiderhandeln, daß wir in den meisten Gebieten des Balkans sowie fast im ganzen Süden der Monarchie nur durch Anlehnung an den Slawismus eine wirklich gesunde, uns große Perspektiven eröffnende Politik inaugurieren können. Dem in weiter Zukunft zu lösenden großen Problem, ob die Vereinigung der Südslawen sich mit oder gegen uns vollziehen wird, sollte schon heute durch eine verständige slawische Politik im Süden der Monarchie vorgearbeitet werden, welche bewirkt, daß die Slawen ihr Gravitationszentrum, nicht wie bisher viele unter ihnen außerhalb, sondern innerhalb der habsburgischen Länder suchen. Eine solche, das Slawentum fördernde Politik kann aber kein Hindernis dafür sein, daß in einem nichtslawischen Lande wie Albanien es ist, dem Hellenismus in seinem schweren Kampfe gegen die

fortschreitende Entfremdung der Geister und gegen die allmähliche Latinisierung der Bevölkerung unserseits tatkräftige Hilfe geleistet wird.

Die Rumanisierung und Italianisierung der Albanesen ist für uns mindestens ebenso gefährlich wie sie es für die griechische Kultur und für den Hellenismus ist. Dieser Erkenntnis, daß in Albanien heute die Interessen der Monarchie mit jenen Griechenlands zum Teil parallel laufen, dürften wohl die in Italien mit besonderer Geflissenheit kolportierten Gerüchte entspringen, welche von einem geheimen Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und Griechenland wissen wollen.*)

*) Der in Rom erscheinende Courrier des Balkans, welcher sich zur Aufgabe stellt, die italienische Presse stets mit allerhand Agitationsmaterial für die neue Balkanpolitik Italiens zu versorgen und dessen Communiqués auch in den ernstesten Blättern Aufnahme finden, lancierte Anfangs Juni 1906 folgende, von Anfang bis zu Ende erfundene Nachricht:

„Le traité secret entre l'Autriche et la Grèce.

„En Décembre 1903, à Vienne, entre l'Empereur François Joseph d'Autriche, et le roi George de Grèce un traité a été signé. Les copies originales du traité sont gardées l'une à Vienne et l'autre à Athènes, contresignées par le Comte Goluchowski Voici le texte du traité: L'Autriche reconnaît l'influence Grecque jusqu'au fleuve Skumbi, au dessous de Durazzo, savoir dans tout le Vilayet de Janina et dans une partie du Vilayet de Monastir, et jusqu'à ladite limite elle reconnaît les droits de la Nation Grecque. La Grèce de son côté s'engage à reconnaître l'influence autrichienne dans tout le Vilayet de Scutari, aussi bien que dans toute la Macédoine jusqu'au port de Salonique. Le traité secret restera en vigueur même si le statu quo dans les Balkans devait être modifié et si l'integrité de l'Empire Ottoman devait se briser. En ce cas les deux Etats s'engagent à s'entr'aider. —

„Nous nous hâtons à déclarer, avant tout, que par la publication d'un document si grave nous n'avons eu la moindre intention de faire

So unbegründet und so wenig stichhaltig auch all diese Mitteilungen sind, so sollten wir denselben dennoch eine größere Aufmerksamkeit schenken. Sie deuten darauf hin, an welcher Stelle der wirksamste Angriffspunkt gegen die Italianisierung Albaniens gefunden werden könnte, und sie dienen als Hinweis, nach welcher Richtung sich unsere Politik in Albanien zu bewegen hätte:

un acte d'hostilité envers la Grèce, mais de faire connaître publiquement une entente secrète qui représente un danger pour les interêts italiens dans l'Adriatique, pour le peuple Albanais, pour l'intégrité de l'Empire Ottoman, et pour les Balkans; et qui en méme temps montre à l'evidence quelles sont les visées de l'Autriche envers la péninsule Orientale. Nous voyon au contraire, avec regret que la Grèce se soit prêtée d'une façon si inconsciente à faciliter la marche de l'Autriche sur Salonique. Mais la question est encore plus grave sous un autre point de vue. On sait qu'il existe un accord entre l'Italie et l'Autriche, par lequel les deux puissances alliées s'engagent à respecter le statu quo en Albanie, et, sans se diviser aucune sphère d'influence, elles s'engagent aussi à aider le développement naturel du peuple Albanais. On connaît aussi l'existence d'un autre accord entre l'Autriche et la Russie pour les Balkans (l'entente de Murzsteg), par lequel les deux Empires, en respectant l'intégrité de l'Empire Ottoman, s'engagent à faire améliorer par de convenables réformes, les conditions des differentes nationalités sous la Turquie.

„Et bien, en allant contre les deux ententes, l'Autriche en conclut une troisième secrète avec la Grèce pour se créer de telle façon une situation privilégiée, et se préparer le terrain pour le jour où elle croira le moment venu de briser l'integrité de l'Empire Ottoman.

„Cette entente, en même temps qu'elle justifie la conduite hostile de la Grèce envers l'Italie de ces derniers temps à propos de l'Epire, est la preuve la plus évidente de la mauvaise foi du Gouvernement de Vienne. En publiant ce document, nous souhaitons que l'Italie, comme puissance la plus intéressée dans les Balkans, voudra bien protéger les intérêts de ces populations, et spécialement les intérêts du peuple Albanais contre ces intrigues et embûches de l'Autriche . . .“

Griechenland und die Monarchie sollen gemeinsam vorgehen, um dem siegreichen Vordringen des italienischen Einflusses im Osten der Adria Halt zu bieten.

Zu diesem Zwecke müssen wir aber vor allem auch unserer Aktion in Albanien eine andere Richtung geben. Unsere eigenen Schulen dürfen nicht mehr italianisierend wirken, die von der Monarchie unterstützte Geistlichkeit sich nicht mehr aus italienischen Elementen rekrutieren; wir sollten keines der von unserem Bundesgenossen in so reichem Maße angewandten Mittel scheuen, um die Bevölkerung zu gewinnen, sie wirtschaftlich und politisch in unsere Abhängigkeit zu bringen, mit einem Worte, auch wir dürfen nicht mehr ein bloß religiös-kulturelles Wirken entfalten, auch unserer Aktion soll — solange als dies bei jener Italiens der Fall ist — der Stempel einer politischen und nationalen — und zwar in ausschließlich albanesischem Sinne — aufgeprägt sein. Und wenn wir auch nach wie vor den Katholiken Albaniens unser vorzüglichstes Augenmerk widmen sollen, so dürfen wir anderseits doch nicht vergessen, daß sie kaum 15 Prozent der gesamten Bevölkerung repräsentieren, und nicht ihre Stimme allein über Albaniens Geschicke entscheiden wird. Aus diesem Grunde müssen wir auch im Süden Albaniens eine rege Tätigkeit entwickeln und eine kommerziell wie politisch zielbewußte Aktion einleiten. Mit je größerer Zähigkeit wir auf diese Weise unsere Stellung verteidigen und verbessern, um so eher können wir hoffen, daß Italien schließlich vielleicht doch geneigt sein wird, eine ohnehin proble-

matische Position an der Ostküste der Adria aufzugeben und hiefür sich unsere Unterstützung bei Verfolgung seiner großen Mittelmeerinteressen zu sichern.

Daß diese Umkehr bald erfolgen und Italien betreffs Albaniens zur „Politik der reinen Hände" zurückkehren möge, dahin muß unser aller Hoffen und Streben gerichtet sein.

Das große, weit über den Rahmen bloßen Lokalinteresses hinausreichende adriatische Problem sollte aber die beiden Teile der Monarchie zu einträchtigem Vorgehen bewegen. Für beide steht gleich Großes am Spiele — beide haben dasselbe zu verlieren, beider Interessen laufen die gleiche Gefahr! Mag auch Triests und Fiumes Wettstreit uns manchmal in der Adria entzweien, die Existenzbedingungen dieser beiden Häfen sind doch die gleichen, und sie sind in derselben Weise bedroht.

Wenn Italiens Vorherrschaft in der Adria erst einmal zur Wirklichkeit geworden, dann ist es um Fiume nicht minder wie um Triest geschehen. Darum schneidet Ungarn Riemen aus dem eigenen Fleische, wenn es gewissen, von Italien ausgehenden Bestrebungen gegenüber eine gleichgültige, um nicht zu sagen konnivente Haltung einnimmt. Darum untergräbt es aber auch seine eigenen Existenzbedingungen, wenn es die Ausgestaltung unserer Kriegsflotte hemmt, deren Aufgaben darin bestehen müssen, unserem Ansehen ein solches Gewicht zu verleihen, daß niemand es wagen darf, dort allein herrschen zu wollen, wo auch wir zu gebieten das Recht besitzen. Vor diesen großen Fragen wenigstens

sollte unser häuslicher Streit Halt machen. Oder wollen wir warten, bis erst die gemeinsame Not uns zur Einigung zwingt, und bis daß die hereingebrochene Katastrophe uns darüber die Augen öffnet . . . daß wir einstens große, gemeinsame Interessen — hatten?

Wenn beiderseits nicht bloß wie bis jetzt die verantwortlichen Faktoren, sondern auch die gesamte Öffentlichkeit einmal wissen wird — wie groß diese gemeinsamen Interessen sind, und wie ernstlich sie bedroht erscheinen, dann wird wenigstens in diesen Beziehungen ein geeintes Vorgehen möglich werden.

Dann aber, wenn Österreich und Ungarn Hand in Hand ihre Stellung in dem einzigen sie mit der Welt verbindendem Meere verteidigen werden, dann ist es auch mit dem italienischen Traume der alleinigen Adriabeherrschung vorbei . . dann wird die Monarchie ihren Gegnern in der Adria die stolzen Worte ihres Dante entgegenrufen können:

Sto come torre ferma, che non crolla giammai la cima, per soffiar de' venti!

